

19. November 1928

## KARL RENNER · VOM 15. JULI ZUM 7. OKTOBER



ZWEI Kalendertage treten in der jüngsten Geschichte Österreichs hervor, dem äußern Anschein nach verwandt und innerlich doch völlig entgegengesetzt. Am 15. Juli des Jahres 1927 brach ungewollt und unvermutet die Empörung von 100 000 Wiener Proletariern los und führte zum Protest gegen den Freispruch der Totschläger von Schattendorf, zum Brand des Justizpalasts und zur blutigen Straßenschlacht. Eine wahrhaft revolutionäre Gärung hatte sich Luft gemacht und zu einem furchtbaren Ausbruch geführt, der Österreich in den Bürgerkrieg zu stürzen drohte. Dieses Ereignis wirkt noch heute in der österreichischen Politik nach. Die bürgerlichen Parteien haben lange diesen Vorfall für sich und gegen das Proletariat auszunutzen versucht. Die Verbände der Frontkämpfer, der Hakenkreuzler und der Heimwehren haben sich zusammengeschlossen und mit Hilfe reichlicher Geldunterstützungen der großen Industrie vermehrt und ausgestaltet. Der Ausbruch vom 15. Juli hat vollständig verfehlt das Bürgertum zur Besinnung zu bringen und darüber zu belehren, daß die Gewalt keine heilsame Methode der Politik ist. Nach einander haben in Orten der Provinz Aufmärsche der Heimatschutzverbände unter der Duldung und Förderung der Behörden stattgefunden, und einzelne reaktionäre Landesregierungen haben sie geradezu offiziell zu einem Teil des öffentlichen Sicherheitsdienstes gemacht. Das Bürgertum aller Besitzgrößen hat diese Aufmärsche mit Behagen mitangesehen: Durch Jahre hatte es sich ohne Grund vor den Demonstrationen der Arbeiterklasse gefürchtet, einfach, weil in der Zeit der Monarchie das Demonstrieren überhaupt verboten und dieses in den westlichen Demokratien landläufige Mittel politischer Kundgebungen ihm völlig unvertraut war. Nun freuten sich die Bürger, daß auch für sie, wenn auch nicht von ihnen, demonstriert werde, und die jahrelange Angst schlug jetzt mit einemmal in Übermut um.

Nicht etwa, daß die breiten Schichten des österreichischen Bürgertums für ein Gewaltregime eingenommen wären. Der Österreicher liebt zwar den Lärm, aber nicht den Ernst der Gewalt; dann hat auch die Unterdrückung der Deutschen Südtirols durch die italienische Regierung alle ursprüngliche Hinneigung zu solcher Praxis sehr gedämpft. Es sind der scharfmacherische Teil der großen Industrie und mit ihm die Hausbesitzerschaft, die unter dem Mieterschutz leidet, die einzigen Träger solcher Pläne. Vielmehr ist es Scha-

denfreude, daß nun den demonstrationslustigen Sozialdemokraten endlich einmal eine Vergeltung geworden, was einem Teil des Bürgertums die Heimwehrbewegung so sympathisch gemacht hat. Der 15. Juli hat auf diese Weise im Bürgertum nicht die Besinnung gefördert, sondern eher den politischen Mutwillen erweckt. Auf die Sozialdemokratie hat jener Unglückstag allerdings ganz andere Wirkungen ausgeübt. Dieses Jahr war eine Zeit allerernster Selbstbesinnung. Hat schon der Wiener Parteitag vom September 1927 mit rückhaltloser Offenheit die taktischen Probleme und die bisher geübten Methoden des Kampfs im allgemeinen nachgeprüft, so hat die parlamentarische Erfahrung des letzten Jahres auch Anlaß geboten die parlamentarischen Methoden zu überprüfen. Die Partei hat durch diese Selbstbesinnung in ihrem innern Zusammenhang keinerlei Schaden gelitten. Auch diejenigen, die unter geänderten Verhältnissen eine andere Stellungnahme fordern, geben bereitwillig zu, daß die Partei in der Vergangenheit nicht anders handeln konnte und auch klugerweise nicht anders hätte handeln sollen. Und die die alte Taktik verteidigen, haben nicht einen Augenblick geleugnet, daß die Lage der Partei anders geworden ist und andere Methoden fordert.

Am 12. November 1928 feierten wir den 10. Jahrestag der Begründung der Republik. In diesen 10 Jahren hat die Republik als Staatsform sich konsolidiert, und diese Feier bedeutete den Abschluß einer Epoche. Bezeichnend für den Wandel aller Dinge ist, daß diesmal am 12. November der Nationalrat die Republikfeier in einer Festsitzung beging, an der alle Parteien teilnahmen, und alle Abgeordneten ohne Ausnahme der Republik huldigten. Diese Feier selbst beendete die Epoche, in der die Republik als Staatsform und Deutsch Österreich als Staat noch einem Teil seiner Bürger problematisch gewesen ist.

Aber die Republik war nicht immer unbestritten. Zwar war im ersten Moment nach der Katastrophe des Habsburgerreichs die Reaktion unsichtbar geworden. Als am 8. November 1918 Otto Bauer und ich Victor Adler unmittelbar vor seinem Tod das letzte Mal besuchten, konnten wir ihm mitteilen, daß Republik und Anschluß beschlossene Sache seien. Er nahm dies, schwer atmend und mit dem Tod ringend, mit sichtlicher Genugtuung auf, bemerkte jedoch: »Mich beunruhigt nur, daß wir auf keinen Widerstand stoßen. Wo ist die Reaktion? Wir stoßen mit der Stange in den Nebel. Es wäre besser, wenn der Widerstand faßbar wäre.« Diese Bemerkung verrät Adlers politische Voraussicht und Weisheit. Es dauerte 2 Jahre, bis sich der Widerstand ralliierte. Die Reaktion sammelte sich unter der Führung des Prälaten Seipel im Parlament und hinter den Fahnen der Frontkämpfer und Hakenkreuzler außerhalb des Parlaments.

Zunächst griffen die reichsdeutschen Wehrverbände wie die Organisation Escherich auf Tirol und Salzburg über, während in Wien sich habsburgtreue Offiziere und Bürger die Frontkämpferorganisation schufen. Der Lüttwitzputsch dauerte nicht lange genug, um Österreich mitzureißen, sein Scheitern wirkte auf die Reaktion eher entmutigend. Einen starken Anstoß bot der Staatsstreich Mussolinis. Er brachte die Heimatschutzverbände auf die Beine. Man erinnert sich, daß schon im Jahr 1919 im Kampf um Kärnten und Radkersburg und die jugoslawische Grenze, ferner als Rückwirkung gegen die Abtrennung Südtirols in allen südlichen Grenzgebieten neben den Arbeiterordnern bürgerliche Formationen entstanden waren. In jener Zeit besorgten proletarische und bürgerliche Formationen gemeinsam den

Grenzschutz, und Feindseligkeiten waren zwischen ihnen selten. Nachdem im Jahr 1920 die Sozialdemokraten aus der Regierung geschieden waren, machten die bürgerlichen Heimatschutzverbände energischer Front gegen die Arbeiterordner, und Zusammenstöße mehrten sich. Dabei hatte die Arbeiterklasse fast jedes Mal Todesopfer zu beklagen. Diese Zwischenfälle mit den schon bestehenden Formationen der Frontkämpfer, Hakenkreuzler und Heimatschützer nötigten die Sozialdemokratie zur Umwandlung ihrer Ordner in eine Abwehrformation, die den Namen Republikanischer Schutzbund annahm. Die verbreiteten Auslandsmeldungen, daß die Sozialdemokratie mit Wehrformationen vorangegangen sei, sind darum falsch. Diese Maßregel wurde ihr zur Selbstverteidigung aufgezwungen, insbesondere, da die ungarische Reaktion mit der Wiedereinsetzung der Habsburger täglich und stündlich drohte. Die Begeisterung für den Republikanischen Schutzbund war sehr groß, füllte seine Reihen und machte aus ihm tatsächlich ein wirksames Abwehrmittel. Für die rückschauende Betrachtung kann es als ausgemacht gelten, daß Österreich ohne ihn das Opfer mancherlei monarchischer oder diktatorischer Experimente hätte werden können, und daß also seine Schöpfung für die allgemeine republikanische Entwicklung eine richtige und heilsame Maßregel war. Daß sein Bestand die Gegenwirkung hatte bürgerliche Gegenformationen zu verstärken, ist natürlich nicht zu bestreiten.

Zu den Sicherungen der Republik zählte noch eine andere Tatsache, die von ausländischen Beurteilern der Geschichte des letzten Jahrzehnts unserer Republik leicht übersehen wird. Die Republik Deutsch Österreich hatte ursprünglich ein Wehrgesetz beschlossen, das uns eine bescheidene Milizverfassung brachte. Der Friedensvertrag von Saint-Germain verbot uns das Milizsystem und zwang uns ein Söldnerheer von höchstens 30 000 Mann auf, in das die aus der Revolutionszeit überkommenen revolutionären Truppenbestände aufgenommen werden mußten. Unsere Gesetzgebung sieht ebenso wie bei der privaten Industrie Betriebsräte, auch Personalvertretungen im öffentlichen Dienst und auch beim Heer vor. Die Wahlen zu diesen Personalvertretungen ergaben nicht nur bei der Polizei und bei der Gendarmerie sondern auch beim Heer immer starke sozialdemokratische Mehrheiten. Diese Tatsache allein war eine starke Sicherung der Republik. Auf sie bezieht sich das vielgebrauchte sarkastische Wort "Die Bürgerlichen regieren, aber die Sozialdemokraten sind an der Macht". Die Bourgeoisie hielt in der Tat diese Sicherheitstruppen im Fall von Unruhen für unverwendbar und kam daher aus der Angst nicht heraus. Auf sie trifft zu, was Victor Adler sagte: »Der Bourgeois ist niemals so stark, als wenn er es mit der Furcht bekommt.« Obwohl sich niemals eine Gelegenheit ergab die Unzuverlässigkeit der Sicherheitsorgane zu erweisen, im Gegenteil beim Kampf um das Burgenland und bei anderen Anlässen die staatlichen Exekutivorgane ihre volle Pflicht taten, beherrschte die Unsicherheit über die Organe der Sicherheit doch die ganze österreichische Bourgeoisie.

Aus diesen Umständen erklärt es sich, warum das österreichische Bürgertum beim Ausbruch der Unruhen vom 15. Juli 1927 dermaßen in Schrecken und Verzweiflung und nach der Räumung der Straßen durch schießende Polizisten in maßlosen Übermut versetzt wurde. Die Polizei schießt doch! Das war der Erlösungsruf aller. Und von da ab redete sich die Reaktion von Tag zu Tag in ein steigendes Machtgefühl hinein, in eine maßlose Über-

schätzung des vermeintlich errungenen Vorteils. Aus diesen Stimmungen heraus ging sie einen Schritt weiter: Die bis dahin getrennten Formationen der Frontkämpfer, Hakenkreuzler und Heimatschützer wurden zusammengefaßt und einer obersten Führung unterstellt, reichliche Geldmittel flossen von der großen Industrie, und die Heimwehrführer sparten nicht mit fascistischen Drohungen. Während früher jede Formation nur in ihrem Stammgebiet aufmarschiert war, gingen sie nun daran ihre Aufmärsche just in die Gebiete überwältigender sozialdemokratischer Mehrheiten zu verlegen. Und so kündigten sie für den 7. Oktober 1928 einen Aufmarsch von 18 000 Mann in Wiener Neustadt an, in der größten Industriestadt vor den Toren Wiens, ausgesprochenermaßen als Generalprobe für den Marsch nach Wien.

Während dieses selben Jahres hatte sich in der Sozialdemokratie die entgegengesetzte Entwicklung vollzogen. Nicht etwa in dem Sinn, daß man den Republikanischen Schutzbund verringert oder gar abgerüstet hätte. Die wachsende Gefahr hatte im Gegenteil zu einer Verstärkung und Verstrammung dieser Organisation geführt. Nicht etwa, daß man seine Positionen bei der Polizei, in der Gendarmerie und im Heer geräumt hätte. Obwohl der wachsende Druck der Reaktion unsere Wählerzahl etwas verringert hatte, bleiben noch so starke und so entschlossene Bestände, daß wir im Ernstfall nichts zu fürchten haben. Weit entfernt also vor dem Ansturm der Gegner zurückzuweichen, hat die Arbeiterschaft sich ihm auf der ganzen Linie gestellt. Hätte sie das nicht getan, so wäre sie längst überrumpelt worden. Aber innerhalb der Partei wurde die Erkenntnis sehr bald rege, daß die Dinge einen Lauf nehmen, der zu einer Katastrophe führen muß. Und schon auf dem Wiener Parteitag von 1927 sprach die Sozialdemokratie unumwunden aus, was ist: daß keine Partei die andere besiegen könne, daß ihr Zusammenstoß aber notwendigerweise das Land in eine Katastrophe stürzen müsse. Nicht im Gefühl der Schwäche sondern im Bewußtsein ihrer Kraft warnte die Partei vor der Überspitzung der Gegensätze, und sie forderte eine beiderseitige, gleichmäßige, schrittweise erfolgende Abrüstung.

Daß die "Revolutionäre von Beruf" mit einem Schlag als die Apostel der Abrüstung und des Bürgerfriedens auftraten, das verblüffte die Öffentlichkeit maßlos. Daß die Sozialdemokratie die Partei der republikanischen Ordnung, der Bürgerblock die Partei des Bürgerkriegs war, machte die bürgerliche Welt zunächst ganz fassungslos. Und im Grunde genommen ist sie es heute noch. Die reaktionären Kreise legten dieses Bekenntnis der Sozialdemokratie als Schwäche aus, und gerade dieser Irrtum veranlaßte sie den Aufmarsch nach Wiener Neustadt am 7. Oktober zu forcieren. Unserer Partei blieb in diesem Fall keine Wahl: Sie mußte zugleich ihre Kraft und ihre Friedensliebe beweisen. Sie veranstaltete auf den selben Tag und den selben Ort einen Massenaufmarsch des Schutzbunds und der Arbeiter des Reviers Wiener Neustadt. Zugleich aber wies sie auf die Absurdität solcher Aufmärsche hin, und sie wollte sie im Interesse des Bürgerfriedens verboten sehen.

Wochenlang dauerte die Verängstigung der ganzen Öffentlichkeit. Man muß bekennen, daß die großen Massen des Bürgertums die Taktik der Sozialdemokratie verstanden und gewürdigt haben. Die bürgerliche Presse selbst forderte zunächst das Verbot. Seipel entschied anders. Sei es, daß er als Beschützer der Heimwehren nicht den Mut zu dem Verbot aufbrachte, sei es, daß er selbst mitdemonstrieren wollte, eine gewisse magere Staatsraison



konnte es nützlicher erscheinen lassen zwischen beide Fronten Polizei, Gendarmerie und Militär zu stellen und beiden zugleich die Überlegenheit der Staatsgewalt zu erweisen. Wie dem sein mag, der 7. Oktober sah eine 3fache Demonstration in Wiener Neustadt: im südlichen Teil der Stadt die der Heimatschützer, im Norden die der Arbeiterklasse und in einem breiten Band dazwischen den Aufmarsch der Exekutive. Nachdem die Heimwehren in den ersten Nachmittagsstunden abmarschiert und die staatlichen Truppen zurückgezogen waren, beherrschten am Nachmittag die Arbeiter die Stadt wieder allein. Es kam zu keinem Zwischenfall.

Die Nachwirkungen dieses Tags sind auf solche Weise für die Entwicklung des demokratischen und republikanischen Gedankens heilsam geworden. Das, was die Sozialdemokratie seit einem Jahr gesagt hatte, das war an einem Tag und in einem Punkt jedermann ad oculos demonstriert worden: Die Dinge sind danach angetan eine Politik der Gewalt ad absurdum zu führen; die Überspitzung der Gegensätze bis zum Bürgerkrieg ist heller Wahnsinn; mit dem System bewaffneter Banden muß Schluß gemacht werden. Und das ist seitdem allgemeine Überzeugung. Wieder waren es die Sozialdemokraten, die den Mut hatten in einer Anfrage an die Regierung zuerst die Schlußfolgerung zu ziehen. Wieder war es die Regierung, die in der verlegenen und verärgerten Antwort Seipels ihre Hilflosigkeit kundtat. Wir aber haben die öffentliche Meinung für uns. Unsere Praxis bleib: stark sein und zugleich den Frieden wollen. Daß der 12. November als Jubiläumstag der Republik nunmehr von allen Parteien im Parlament, in allen Landtagen und Gemeinderäten, ja selbst im Dom zu Sankt Stefan in Wien gefeiert worden ist, das ist mit unser Verdienst. Die republikanische Staatsform hat sich in diesem Jahrzehnt in Deutsch Österreich völlig eingelebt. Das besagt allerdings nicht mehr, als daß der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Kampf nunmehr in anderen Formen fortgeführt wird.

## WILHELM ENGLER · 10 JAHRE VOLKSSTAATLICHER ENTWICKLUNG



ALS im November 1918 das alte Regierungssystem zusammenbrach, die deutschen Könige, Großherzöge und Fürsten auf ihre Kronen verzichteten, glaubten viele, jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, um neben anderen Neuerungen auch den deutschen Einheitsstaat zu errichten. Manche bezeichnen es heute als das größte Versäumnis der Revolution, daß sie mit den deutschen Ländern nicht sofort vollständig aufgeräumt hat! Andere wiederum sind überzeugt, daß ein Versuch den Einheitsstaat mit allen seinen Konsequenzen zu schaffen damals das Reich auseinandergesprengt hätte. Wie dem auch sei, heute müssen wir uns mit der Tatsache abfinden, daß die ersehnte Staatseinheit nicht mehr durch einen revolutionären Akt geschaffen werden kann sondern nur noch auf dem Weg der Gesetzgebung.

Eine Umformung der Staatsverwaltung auf diesem Weg stößt bei ihrer Durchführung im einzelnen auf viele Schwierigkeiten. Ich halte es für notwendig auf einige Punkte hinzuweisen; nicht um flauzumachen, sondern um die richtige Haltung diesen Dingen gegenüber zu gewinnen. Ohne eine Re-

form der Verwaltung und eine andere Einteilung der Verwaltungsbezirke verlöre der Einheitsstaat jeden Sinn. Eine solche Reform läßt sich aber nicht durchführen, ohne daß an vielen Orten lokale Interessen verletzt werden. Dort werden dann die besten grundsätzlichen Anhänger des Einheitsstaats und einer vernünftigen Kreiseinteilung zu wütenden Lokalpatrioten. Man glaube nicht, daß dabei die Sozialdemokraten oder Demokraten eine Ausnahme machen. Ich konnte darüber, als ich in diesem Jahr für das Landesarbeitsamt Hessen die Einteilung der Arbeitsamtsbezirke vorzunehmen hatte, einige Erfahrungen sammeln. Hätten die Reichsbehörden gleich nach dem Krieg diese Verwaltungsreform durchführen müssen, so hätte sich der Haß aller wirklich oder vermeintlich verletzten Interessen gegen Berlin gerichtet. Es ist deshalb für die Entwicklung des Reichs viel besser, daß das Volk in dem Kampf um den Einheitsstaat zunächst geistig für die Sache gewonnen wird. Erfreulich ist, daß die Forderung nach dem Einheitsstaat von immer weiteren Kreisen des Volkes erhoben wird, wenn man sich dabei auch nicht verhehlen darf, daß die Gründe, die die einzelnen bewegen, sehr verschiedener, oft sogar entgegengesetzter Art sind. Immerhin, die anti-unitarischen Argumente verlieren immer mehr an Gewicht, und die neue Generation, die keine aktiven Fürsten mehr kennt, wird für den Weiterbestand der Länder mit Staatsgewalt gar kein Verständnis mehr haben. Während vor 5 Jahren noch kaum vom Einheitsstaat geredet wurde, gibt es heute nur noch wenige Leute, die daran glauben, daß sein Kommen verhindert werden könnte; sie versuchen wohl die Entwicklung zum Einheitsstaat aufzuhalten, glauben aber selbst nicht mehr, daß man um ihn herumkommen könnte. Das scheinbar wichtigste Argument: die Wahrung der Eigenart der Stämme, hat bei näherem Zusehen überhaupt kein Gewicht, weil keiner der sogenannten Volksstämme in einem Land zusammengefaßt ist, weil kein Land, abgesehen von den allerkleinsten, nur von einem Stamm besiedelt ist, und die Stammeseigenschaften, soweit sie wertvoll sind, sicherlich in einem Einheitsstaat ebenso gut gewahrt werden wie bis jetzt in den Ländern.

Die politischen Kreise, die an der staatlichen Hoheit der Länder festhalten, fühlen selbst die Schwäche ihrer Position, sie sind jetzt schon bereit durch Beseitigung von Enklaven der Volksstimmung etwas entgegenzukommen. Mit solchen Kleinigkeiten ist ihre Sache aber nicht mehr zu retten. Es muß gründliche Arbeit gemacht werden. Das größte Hindernis für die Erreichung des Ziels liegt nach meiner Auffassung nicht bei den Gegnern des Einheitsstaats sondern in der Uneinigkeit derjenigen, die ihn wollen. Wenn diese Uneinigkeit bis jetzt noch nicht so scharf in die Erscheinung getreten ist, so nur deshalb, weil sich bis jetzt jede Partei und Gruppe auf die Festlegung von allgemein gehaltenen Richtlinien beschränken konnte. Für die Sozialdemokratische Partei ist es dringend erforderlich, daß sie bald zu klaren Entschlüssen kommt, damit nicht die Sozialdemokraten auf den Städtetagen etwas anderes meinen als die auf dem Landkreistag und etwas anderes als der Parteitag. Ohne die tätige Mitwirkung der Sozialdemokratie in Regierung, Verwaltung und Propaganda wird der Einheitsstaat nicht geschaffen. Die Demokraten sind zu schwach und werden im entscheidenden Moment vor den sich einstellenden Interessengegensätzen zurückschrecken. Als Bundesgenossen hat die Sozialdemokratie die Gewerkschaften, die Arbeitgeberverbände und den Deutschen Städtetag. Bei den Vertretern der Städte hat

man aber oft den Eindruck, daß es ihnen weniger um den Einheitsstaat geht als um ein möglichst weitgehendes und ungehindertes Selbstverwaltungsrecht der Kommunen. Wenn man ihre Klagen hört, könnte man glauben, daß sie vom Staat schwer bedrückt werden. In Wirklichkeit hatten die Oberbürgermeister noch nie eine solche Machtfülle in Händen wie jetzt. Man darf sich darin durch den äußerlich stürmischen Verlauf der Stadtverordnetenensitzungen, der in erster Linie auf Parteikämpfe zurückzuführen ist, nicht über die Tatsache hinwegtäuschen lassen, daß bei der Fülle des Materials, das in Sitzungen zu bewältigen ist, und bei der Kraftvergeudung im Parteikampf, diese Körperschaften auf die Verwaltung selber keinen großen Einfluß haben. Außerdem wird durch die vielen Festlichkeiten und Besichtigungsreisen, an denen man die Stadtverordneten teilnehmen läßt, ihre Stellung gegen die Spitze der Stadtverwaltung auch nicht gestärkt. Die Stadtverwaltungen haben, bis herunter zu den mittelgroßen Gemeinden, das Bestreben von den Kreis- und Provinzverbänden loszukommen; die Freie Reichsstadt, in der man sagen kann "Der Himmel ist hoch, und Berlin ist weit", ist ihr Ziel. Als Sozialdemokraten können wir so weit nicht gehen. Wir dürfen uns auch nicht durch Berufungen auf Freiherrn vom Stein irremachen lassen. Die Steinsche Selbstverwaltung entstand in einer Zeit, da es noch keine Eisenbahn, keinen Telegraphen, kein Telephon, kein Radio, keinen demokratischen Staat und auch keine großkapitalistische Wirtschaft gab. Die Steinsche Selbstverwaltung wurde als Gegengewicht gegen den absolutistischen Staat geschaffen. Heute liegen die Dinge wesentlich anders. In weitem Kreis um die Städte wohnen Arbeiter, deren Fabriken oder doch Fabrikherren sich in der Stadt befinden. Der Reichtum der Städte beruht zum großen Teil auf der Arbeit, die auf dem Land oder doch von Landbewohnern geleistet wird, auf dem Handel mit landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln und Erzeugnissen. Es ist deshalb nicht mehr als recht und billig, wenn die Städte mithelfen, daß auch in den Landkreisen auf sozialem und kulturellem Gebiet etwas geleistet werden kann. Schließlich sind in einem demokratischen Staatswesen Kreise, Provinzen und, wenn man will, auch das Reich ebenfalls Selbstverwaltungskörper, in denen die Arbeiterklasse ihren Einfluß geltend machen kann. Der Aufbau der Angestelltenversicherung, der Invalidenversicherung und der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sind ein Beweis dafür, daß man für gewisse Dinge auch Selbstverwaltungsorgane schaffen kann, die nicht territorial sondern nach Aufgabengebieten abgegrenzt sind. Durch einen umfassenden Ausbau des Genossenschaftswesens kann die wirtschaftliche Selbstverwaltung einen großen Teil unserer Wirtschaft erfassen.

Große Schwierigkeiten wird die Abgrenzung der einzelnen Provinzen und Kreise bereiten. Es klingt ja sehr schön, wenn man in Versammlungen von vernünftigen oder wirtschaftlichen Grenzen spricht. Es ist aber schwer zu sagen, wo diese Grenzen zu ziehen sind. Außer in den wenigen Fällen, wo ein schmaler Gebirgsstock 2 Gebiete von einander trennt, wird jede Grenze auch wertvolle Verbindungen zerstören. Selbst große Flüsse sind keine wirklichen Grenzen. Bei jeder Grenzziehung wird man mit Recht sagen können, daß man auch noch etwas weiter nach rechts oder links hätte gehen können. Dort, wo die neuen Grenzen Gebiete auseinanderreißen, die seit Jahrzehn-

ten, oft seit Jahrhunderten zusammengehörten, wird das vielfach schmerz-lich empfunden werden. Jede Stadt, die bis jetzt Kreisstadt war und diese ihre Eigenschaft verlieren soll, wird sich dagegen wehren. Das gilt in noch höhern Maß von den Städten, die bis jetzt Landes- oder Provinzhauptstadt waren, und gleichfalls für solche, die Landesbehörden mit großem Beamtenstab dadurch verlieren würden. Die Sache ist noch nicht abgetan, wenn man die Sorge um diese Einrichtungen als kleinlich und rückständig bezeichnet. Man darf nicht vergessen, daß mit dem Verlust solcher Behörden vielfach der Bestand von Schulen und anderen kulturellen Einrichtungen in jenen Städten gefährdet ist. Die am Ort befindlichen Schulen und Behörden ermöglichen manchem den Eintritt in den Staats- oder Gemeindedienst, der ihm sonst versperrt bleibt. Das Verhalten der Bewohner dieser Städte ist auch keineswegs mehr vom Egoismus diktiert als das an anderen Orten, wo man Einheitsstaat und Verwaltungsreform nur will, um möglichst viele Behörden in seiner Stadt zu versammeln. Eine Zusammenlegung der sämtlichen oberen Behörden in der Provinzhauptstadt ist auch nicht notwendig. Die Lebensinteressen der anderen Städte können gewahrt werden, und dabei kann man doch eine gute Verwaltungsorganisation erzielen.

Der Staat müßte sich auf Gemeinde, Kreis und Provinz aufbauen. In Kreis und Provinz müßte die richtige Mischung von Staatsgewalt und Selbstverwaltung gefunden werden. In den preußischen Kreisen ist die Selbstverwaltung stärker als die Staatsgewalt, in den süddeutschen Ländern ist es umgekehrt. Welches das beste ist, braucht hier nicht entschieden zu werden; sicher ist das süddeutsche System das billigere, und in einem demokratischen Staat braucht man staatliche Eingriffe nicht so zu fürchten wie in unseren früheren halbabsolutistischen Ländern, in einem großen Reich ist die Neigung zu Eingriffen auch nicht so stark wie früher in den kleinen Ländern.

Eine wichtige Frage ist auch die der parlamentarischen Kontrolle des Beamtentums. Gewiß hat der Reichstag das Kontrollrecht, aber er ist nicht in der Lage es auszuüben, er ist auch nicht in der Lage eine Verbindung zwischen Beamtentum und Volk herzustellen. Es wird sich aber in Zukunft als notwendig erweisen, daß in den Provinzen eine enge Verbindung zwischen den Spitzenbeamten und dem Volk entsteht. Die Leiter der Landesfinanzämter, der Eisenbahndirektionen, Postdirektionen und anderer Spitzenbehörden betrachten sich bis zu einem gewissen Grad auch als Vertreter ihrer Gebiete. Man muß sie deshalb auch in Verbindung mit den Körperschaften der Kreise und Provinzen bringen. Dann untersteht ihre Tätigkeit der Kritik dieser Körperschaften, ohne daß sie selber in gefährliche Abhängigkeit von ihnen kommen. Die Gemeinden, Kreise und Provinzen müßten ihre Tätigkeitsgebiete unter einander und gegen die Zentralgewalt klar abgegrenzt sehen, es müßte ihnen aber die Möglichkeit gelassen sein sich zur Durchführung gemeinsamer Aufgaben zu verbinden. Durch Schaffung von Kreisen in richtiger Größe und eine gute Geschäftsverteilung könnte man im Lauf der Zeit eine große Anzahl von Beamten und Angestellten entbehren. Das Wesentlichste bei einer Verwaltungsreform ist durch eine Verminderung der Anzahl von Kreisbehörden Beamten einzusparen. Am unübersichtlichsten ist wohl der preußische Verwaltungsapparat: in der Provinzialverwaltung, die keineswegs billiger ist als die Länderverwaltung, der Oberpräsident, in den meisten Provinzen mehrere Regierungspräsidenten, dann

der Landeshauptmann und als unterste Glieder die Kreise. Diesem Kunterbunt in der Verwaltung könnten allerdings die Länder selber zum großen Teil abhelfen. Da es aber in den Jahren größter finanzieller Not nicht geschehen ist, so darf man erst recht nicht hoffen, daß es in Zukunft geschieht. Die Länder werden nach wie vor vom Reich so viel Geld verlangen, daß sie den alten Verwaltungsapparat aufrechterhalten können. Diese Erkenntnis hat sich bei den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden immer mehr durchgesetzt. Sie fordern deshalb gerade vom Standpunkt der Geldersparnis aus immer dringender den Einheitsstaat und eine Vereinfachung der Verwaltung. Die Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber sind alle ohne Berücksichtigung der Ländergrenzen zentralistisch aufgebaut, sie neigen daher naturgemäß zum Unitarismus, ohne den unteren Organen die Handlungsfreiheit zu nehmen. Diese Organisationen sind der mächtigste Faktor im Kampf um den Einheitsstaat. Ihr starker Einfluß hat sich ganz deutlich bei der Schaffung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes gezeigt. Die sich so hartnäckig gegen jede Reform wenden, sollten aus jenem Vorkommnis die Lehre ziehen, daß, wenn sie sich den notwendigen Reformen entziehen, ihnen durch die Reichsgesetzgebung die Macht stückweise aus der Hand genommen werden wird, wodurch aber eine Verwaltungsorganisation entstünde, bei der die territoriale Selbstverwaltung zu kurz käme. Die Form der Selbstverwaltung, wie sie für die Arbeitslosenversicherung gefunden wurde, wird für die Sozialversicherung gut sein, sollte aber nicht auf andere Gebiete der Verwaltung und Wirtschaft übertragen werden.

Der Einheitsstaat ist aber nicht nur notwendig, um im Innern zu einer einfachern, billigern und bessern Staatsverwaltung zu kommen, sondern auch aus außenpolitischen Gründen. Mit Recht konnte kürzlich in einer Versammlung, in der über die Wiedervereinigung von Deutschland und Österreich gesprochen wurde, darauf hingewiesen werden, daß erst eine Angleichung der Gesetze im Innern Deutschlands selber erfolgen müsse, bevor sich Österreich angleichen könne. Die kulturelle und politische Einwirkung auf die Deutschen im Ausland wird, wenn sie von einem Einheitsstaat ausgeht, ganz anders sein als sie jetzt ist. Wenn Deutschland nach dem Willen des Volks ein Einheitsstaat geworden ist, so wird niemand mehr seine Politik darauf einrichten können, daß das Deutsche Reich doch einmal auseinanderfällt. Die Gegner des Einheitsstaats sollten die Tatsache ordentlich bedenken, daß man an ein Auseinanderfallen überhaupt nur deshalb denken konnte, weil Deutschland ein Bundesstaat war, in dem einzelne Länderminister sogar Auslandspolitik machen wollten. Wenn die Gegner des Einheitsstaats auf gute Leistungen der Länder mit staatlicher Hoheit hinweisen, so wollen wir ihnen sagen, daß es keine staatliche Organisation gibt, die so schlecht ist, daß sie nicht auch Vorteile hätte, und daß die beste Organisation auch Schwächen haben wird. Eines aber zeigt die Geschichte Deutschlands deutlich: daß der Einheitsstaat dem deutschen Volk niemals den Schaden bringen kann, den ihm seine Zerrissenheit so oft gebracht hat. In dem Gefühl, daß wir nationalpolitisch, wirtschaftlich und kulturell für eine gute Sache kämpfen, wollen wir in das 2. Jahrzehnt deutschen demokratischen Staatslebens eintreten, in der Hoffnug, daß in ihm die Frucht ausreift, die wir im 1. Jahrzehnt noch nicht sehen konnten.



# CURT VON REIBNITZ · REGIERUNGSKRISE UND EINHEITSSTAAT



INE Regierungskrise in Mecklenburg-Strelitz, einem Land von nur 110 000 Einwohnern, würde die Öffentlichkeit überhaupt nicht beschäftigen, zeigte sie nicht, wie dringend für Deutschland die Schaffung eines regionalisierten Einheitsstaats ist, wie er von den Sozialistischen Monatsheften noch vor dem Novemberumsturz und seit 10 Jahren immer wieder verlangt wurde<sup>1</sup>, und in dem es solch kleine Gebilde überhaupt nicht gibt. Kann doch der Parlamentarismus nur in Ländern von mehreren Millionen Einwohnern funktionieren. Denn es waren rein persönliche, nur in so kleinen Verhältnissen mögliche Gegensätze, die zum Ausbruch der Regierungskrise in Neustrelitz führten. Monatlang schwelend erfüllte sie das Land mit dicker Luft; sie lähmte wochenlang die Geschäftsführung der Regierung und führte tagelang die 35 Abgeordneten zu unfruchtbaren unerfreulichen Debatten zusammen. Das alles kostete das kleine Land sehr viel Geld.

Wodurch entstanden diese rein persönlichen Gegensätze? Der demokratische Minister, der im Februar dieses Jahres nach 7½jähriger ununterbrochener Amtsführung zurücktrat, und der zuerst 3 Jahre mit den Sozialdemokraten, dann 4½ Jahre mit den Deutschnationalen regiert hatte, wollte unter allen Umständen weiter Minister bleiben und, da es diesmal nicht anders ging, ein Kabinett mit einem Sozialdemokraten bilden. Die Sozialdemokratische Partei lehnte indessen seine Mitarbeit ab, und als er sah, daß diese Ablehnung endgültig war, brachte er mit Hilfe der Deutschnationalen und der Handwerker ein Mißtrauensvotum gegen den Alleinminister von Reibnitz ein. Um dies zu begründen, griff er seinen ehemaligen Kollegen, mit dem er 3 Jahre hindurch reibungslos gearbeitet hatte, in kleinlichster Spießbürgerart an. Indessen wurde das Mißtrauensvotum abgelehnt, und der Verfasser dieses Aufsatzes blieb auch weiterhin Alleinminister.

Man hätte annehmen sollen, daß diese Regierungskrise mit ihren üblen Begleiterscheinungen im ganzen Land nur einen einzigen Schrei auslösen würde: den nach unverzüglicher Angliederung an ein größeres Land. Dies um so mehr, als ebenfalls infolge der Kleinheit des Landes in den letzten Monaten in der Verwaltung erhebliche Personalschwierigkeiten vorgekommen waren. Beamte, die zwar disziplinarisch nicht zu fassen waren, aber in einer bestimmten Richtung versagten oder bei der Mehrheit der Bevölkerung das Vertrauen verloren hatten, konnten nicht versetzt werden, da andere Stellen gleichen Ranges zum Austausch fehlten. Es blieb also nichts anderes übrig als diese Beamten zum Schaden des Ganzen weiter amtierend oder aber mit vollem Gehalt spazieren gehen zu lassen.

Der erwartete Schrei ertönte indessen nicht, und sein Nichtertönen sollte diejenigen, die glauben den regionalisierten Einheitsstaat in wenigen Jahren schaffen zu können, auf die vielen Imponderabilien aufmerksam machen, die dem entgegenstehen. Die Frage der Reichs- und Länderreform muß äußerst

<sup>1</sup>) Siehe zuletzt Koch Die Frage des deutschen Einheitsstaats in historisch-politischer Beleuchtung und Politische und wirtschaftliche Selbstverwaltung in der Gestaltung des deutschen Einheitsstaats, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 663, 757 und folgende.

geschickt angefaßt werden. Besser gesagt: Die Bevölkerung der Länder, und zwar aller Länder, auch Preußens, muß erst an den Gedanken eines solchen Staates herangebracht, das heißt zu ihm erzogen werden. Jede Partei, der dieses Geschick fehlt, wie die der Demokraten, wird dafür an Wählerstimmen einbüßen. Beweis die Tatsache, daß die Demokratische Partei bei den letzten Reichstagswahlen im Wahlkreis Mecklenburg-Lübeck, der aus 3 Kleinstaaten besteht, nämlich den beiden Mecklenburg und Lübeck, seit 1924 40 % ihrer Wähler verlor. Kein Wunder; denn eine Volksabstimmung in den genannten 3 Ländern hätte sicher das Ergebnis, daß rund 90 % der Bevölkerung für die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit wären. Die Gründe für diesen fanatischen Partikularismus sind verschieden. In Lübeck ist es Hanseatenstolz, in den beiden Mecklenburg die Stammeseigenschaft des Eigensinns in beiden Bedeutungen des Worts. Dazu kommt in Mecklenburg-Strelitz ein starkes Besitzgefühl, das darauf beruht, daß drei Fünftel des Landes, das 3000 Quadratkilometer groß ist und 110 000 Einwohner zählt, dem Staat gehören. 72 Domänen (zusammen 37 000 Hektar) und 45 000 Hektar Wald sind sein eigen. Und dieser große Besitz, der Mecklenburg-Strelitz zu dem im Verhältnis zu seiner Fläche und Einwohnerzahl reichsten deutschen Land macht, wird keinem Nachbarn gegönnt, auch nicht dem stammverwandten großen Bruder Mecklenburg-Schwerin. Sicherungen aber, die dieses Land oder Preußen im Fall der Verschmelzung anböten, steht man mißtrauisch gegenüber. In diesen Wein "Marke Föderalismus" gießt freilich das Reichsfinanzministerium jedes Jahr etwas mehr Einheitsstaatswasser, so daß von dem Wein in wenigen Jahren nicht mehr viel übrig bleiben wird. Auf Grund des § 35 des Reichsfinanzausgleichsgesetzes zahlt nämlich das Reich den beiden Mecklenburg, die als Agrarstaaten ein unter dem Reichsdurchschnitt liegendes Aufkommen an Einkommensteuern haben, zurzeit jährlich 6 Millionen: 5 Millionen an Mecklenburg-Schwerin, 1 Million an Mecklenburg-Strelitz. Beide Länder stehen also von selbst vor der finanziellen Notwendigkeit Angliederung an ein reiches Land zu suchen.

Dieses Land müßte Preußen sein. Preußen aber will sich nicht in Reichsprovinzen auflösen. Und nur in diesem Fall wollen die Länder, solange sie sich finanziell noch halten, auf ihre Selbständigkeit verzichten. Daß Preußen sich mit aller Macht gegen eine "Zerschlagung" wehrte, war begründet, solange die Republik bedroht erschien. War doch Preußen ihr stärkstes, vielleicht ihr einziges Bollwerk<sup>2</sup>. Dieser Grund ist heute weggefallen. Wenn also Preußen jetzt nicht will, so doch nur, weil man an mancherlei maßgebenden Stellen dort vorläufig nur ein Ziel kennt: sämtliche norddeutschen Staaten zu schlucken. Das dagegen geprägte Schlagwort von der Wiederaufrichtung der Mainlinie ist tatsächlich nur ein Schlagwort. Das Zweite Deutsche Reich und 4 Jahre Krieg haben auch den Süden schon zu sehr verdeutscht. Schwer, ganz schwer indessen wiegt, daß ein Anschluß Deutsch Österreichs, daß die Zustimmung Europas dazu erst dann zu erreichen ist, wenn der regionalisierte Einheitsstaat durch die Aufteilung Preußens in Reichsprovinzen gebildet ist. Auch Bayern, Baden, Württemberg und Sachsen werden ihre Rechte zugunsten eines solchen Staats nur aufgeben, wenn Preußen mit solch gutem Beispiel vorangeht. Das sollte es bald tun.

2) Siehe dazu von Reibnitz Preußen und das Reich, in den Sozialistischen Monatsheften 1924 Seite 169 und folgende.

Wie kann man auf dem harten Dornenweg zum regionalisierten Einheitsstaat ein Stückchen vorwärts kommen? Einmal durch Übertragung von Länderefunktionen auf das Reich (zum Beispiel Verreichlichung der Justiz in allen Ländern, groß und klein), dann aber durch Belehrung und Aufklärung. Hier ist noch viel zu tun, vor allem in den partikularistisch gesinnten kleinen Ländern und auch in Preußen selbst. Ganz systematisch wird man da vorgehen müssen, und mit dem Endziel eines Volksentscheids.

Nur der regionalisierte Einheitsstaat ist Deutschlands Zukunft. Preußen, Kern und Basis des Zweiten Deutschen Reichs, hat seine deutsche Mission erfüllt. Das zentralistische Preußen muß sterben, damit das regionalistische Deutschland, das Dritte Deutsche Reich, in neuer Blüte leben, wachsen kann.

## LUDWIG QUESSEL · ZUR REPARATIONSFRAGE

**J**ETZT soll die Angelegenheit der Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung oder, wie man sie allgemein nennt, die Reparationsfrage, die seit dem Abschluß des Versailler Friedensvertrags in immer neue Stadien getreten ist und immer erneute Unruhe und Unsicherheit hervorgerufen hat, anscheinend in ihr Endstadium gebracht werden. Eine Kommission unabhängiger Finanzsachverständiger soll zu ihrer endgültigen Regelung zusammentreten. Die vorbereitenden Schritte sind getan, der Notenaustausch zwischen den beteiligten Regierungen darüber scheint abgeschlossen, und man wird schon in allernächster Zeit an die Bildung der Kommission und dann ohne Verzug an die Verhandlungen gehen. Ihr Verlauf und ihr Ergebnis sind für das Schicksal der deutschen Wirtschaft, aber auch für die Entwicklung des ganzen europäischen Kontinents, von allergrößter Bedeutung. Zu Beginn des 2. Nachkriegsjahrzehnts soll der vor 10 Jahren verwüstete Kontinent nun endlich in die Lage gebracht werden seine Produktivkräfte ganz zu entfalten. Aber gerade weil von den jetzt eingeleiteten Reparationsberatungen so Entscheidendes für unser Land und unser Volk abhängt, muß man mit größtem Verantwortungsbewußtsein an sie herangehen und selber ein festes Ziel haben. Dieses kann nur die Gestaltung der Einheit des europäischen Kontinents sein. Man muß daher auf alle Momente achtgeben, die geeignet wären einer Verständigung der Kontinentalvölker Hindernisse zu bereiten.

Nach einer Mitteilung, die der unter dem Namen Morus schreibende Wirtschaftspublizist und Chefredakteur des Finanz- und Handelsblatts der Vossischen Zeitung, Richard Lewinsohn, in der Weltbühne am 30. Oktober 1928 machte, hätte der Chef der Deutschen Reichsbank Hjalmar Schacht am 5. Juni auf einer Tagung der Friedrich-List-Gesellschaft in Pyrmont eine Rede gehalten, in der er empfohlen hätte die deutsche Wirtschafts-, Finanz- und Anleihepolitik so einzurichten, daß Deutschland keine Reparationen zahlen könne; denn Schacht gehöre »zu denjenigen Deutschen, die eine Reparationsverpflichtung innerlich nicht anerkennen«. Es wäre im deutschen Interesse zu wünschen, daß jene Rede authentisch interpretiert würde, damit nicht der Eindruck entsteht, als ob wirklich in Deutschland maßgebende Persönlichkeiten daran dächten die übernommene Reparationsverpflichtung beiseite schieben zu sollen oder gar zu können. Ein solcher Eindruck könnte bei den Verhandlungen über die Revision des Dawesplans uns allerdings recht abträglich sein.



Deutschland hat bis jetzt den im Dawesplan von ihm übernommenen Verpflichtungen genügt. Was es jetzt erstrebt, ist nicht etwa sich den weiteren Zahlungen zu entziehen sondern nur die Gesamtverpflichtung zu erleichtern und günstigere Bedingungen zu gewinnen, die den Wiederaufschwung der deutschen Wirtschaft nicht gefährden. Wir hoffen, daß es mit diesem seinem Bestreben Erfolg haben wird. Er wird aber in Frage gestellt, wenn auf der Gegenseite die Meinung aufkommt, daß bei uns so etwas wie ein Wille zur Nichtzahlung bestehe. Man weiß nun allerdings, daß Deutschlands eiligst wiedergewählter und von der Reichsregierung schnell bestätigter Reichsbankpräsident ein Mann radikaler Lösungen ist, wenn es gegen die Gläubiger geht. Die Aufwertung der 200 Milliarden Forderungsrechte privat- und öffentlichrechtlicher Natur bekämpfte er als "unsittlich", weil angeblich alle durch die Inflation arm geworden seien, Gläubiger und Schuldner, obwohl, was zu beachten bleibt, von vornherein eine nur winzige Aufwertung dieser ungeheuren Vermögensmasse, die im Ruhrkrieg auf 20 Goldpfennig zusammengeschmolzen war, in Frage kam. Psychologisch wäre es zu verstehen, wenn man nun folgerte, daß der Reichsbankpräsident für ausländische Gläubiger nicht mehr übrig hat als für inländische, daß er daher den Reparationsgesetzen vom August 1924 mit ebenso tiefer Abneigung gegenübersteht wie den Aufwertungsgesetzen vom Juni 1925. Aber politisch wäre das ganz und gar indiskutabel. Denn dem Ausland gegenüber hat man es nicht mit einer Menschengruppe zu tun, die sich, wie die Inlandsgläubiger, wohl oder übel mit allem zufrieden geben müssen, was ihnen geschieht, sondern mit einem Kontrahenten, der seine Macht kennt und sie auch zu gebrauchen gewillt ist.

Welche Rolle Hjalmar Schacht in den kommenden Reparationsverhandlungen spielen wird, die eine Endlösung des gesamten Problems der Wiedergutmachung bringen sollen, steht noch nicht fest. Eine prominente Rolle, offiziell oder inoffiziell, ist ihm jedenfalls gesichert. Kein Wunder, daß man auf seine Äußerungen ganz besonders achtet. Es gibt sicher Kreise, in denen man, bewußt oder unbewußt, auf eine Reparationskatastrophe hinsteuert. Diesen Wahn- oder Spekulationspolitikern muß gesagt werden, daß, wenn sie glauben Deutschland von seinen Reparationsverpflichtungen freimachen zu können, sie wie Kinder handeln, die nach den Sternen greifen und dabei auf die Nase fallen. Im Ruhrkrieg wurde diese sinnvolle Politik schon einmal getrieben. Wie sie ausging, ist wohl noch nicht ganz vergessen.

Seit der Pyrmonter Rede, wie sie auch gelautet haben mag, hat sich auf dem Kontinent manches ereignet, das selbst einem zu radikalen Lösungen neigenden Politiker zu denken geben sollte. In Frankreich gelang es Joseph Caillaux mittels des Parteitags von Angers Raymond Poincaré zu stürzen. Der Sieg des 65jährigen Parteiführers über den 68jährigen Staatsmann war jedoch von kurzer Dauer, ja ein richtiger Eintagserfolg. Poincaré wurde, kaum daß er seinen Rücktritt ausgesprochen, von der Nation zu seinem eigenen Nachfolger bestimmt. Ganz selten war Frankreich so einig. Noch mehr: Poincaré ist durch die Regierungskrise von der öffentlichen Meinung ganz eindeutig zum Minister der Reparationen bestimmt worden. Das soll er nach Frankreichs Willen sein. Die Gruppe Caillaux ist aus dem neuen Kabinett ebenso ausgeschaltet worden wie die Gruppe Marin. Poincaré hat als Ministerpräsident in seinem neuen Kabinett kein besonderes Fachministerium

übernommen, um sich ganz der Neureglung der Reparationen widmen zu können. Aus der Regierungserklärung, die am 15. November in der Kammer verlesen wurde, geht klar und deutlich hervor, daß die französische Regierung die ins Auge gefaßten Verhandlungen mit aller Aktivität führen und beschleunigen will; Poincaré selber unternimmt es in steter Zusammenarbeit mit den Alliierten und mit dem deutschen Botschafter in Paris eine Gesamtlösung herbeizuführen. Poincaré hat bisher alle seine Ankündigungen stets wahrgemacht. Er wird es auch diesmal tun. Damit werden sich diejenigen, die, statt eine Erleichterung der Reparationszahlungen anzustreben, sich von der Illusion ihrer Beseitigung verblenden lassen, abfinden müssen.

Gewiß, sie stehen mit ihrer Parole nicht allein. England steht neben ihnen. Es hat ein Haar in der Reparationssuppe gefunden. Sie widert Großbritannien an. Man ist sich in London klar, daß es ein schlechtes Geschäft ist  $x$  Reparationen zu empfangen, wenn der englische Ausfall an industriellem Absatz auf dem Kontinent infolge der deutschen Sachlieferungen  $x + y$  beträgt. Dazu kommt, daß jenen Ausfall von  $x + y$  das Privatkapital erleidet, während der Gewinn von  $x$  Reparationen in die öffentliche Kasse fließt. Ähnlich wie die englischen Industriellen denken auch die englischen Arbeiter. Vom englischen Gesichtsfeld aus betrachtet haben beide recht. Gewiß gibt es auch französische Industrielle, die ähnlich denken. Der Ausfall an Gewinn für die französische Großindustrie ist aber doch zu gering, um Geltung zu erlangen; zumal ohnehin in Frankreich einzelne Erwerbskreise keinen Einfluß auf den Gang der Politik ausüben, dieser vielmehr durch das gesamt-nationale Interesse bestimmt wird. Frankreich ist zudem das Land ohne Arbeitslosigkeit. Es hat seit 1918 noch immer ungefähr 1 Million ausländischer Arbeitskräfte benötigt. Das weiß Poincaré, das weiß auch die Koalition, die sich um ihn scharf. Frankreich ist heute mehr denn je bereit Reparationen, so weit als notwendig, in Sachlieferungen zu nehmen. Ähnlich liegen die Dinge auch bei den kontinentalen Reparationsberechtigten. Die englische Parole kann auf dem Kontinent keine Wirkung ausüben.

Auch der deutschen Arbeiterklasse erscheint die Reparationsfrage unter anderen Aspekten als der englischen. Die deutschen Sachlieferungen, die die Arbeitslosigkeit in England vermehren, vermindern die Erwerbslosigkeit in Deutschland. Ein Plus an Sachlieferungen bedeutet für die deutsche Arbeitslosenunterstützung ein Minus an Kosten. Auch der entschiedenste Gegner der Reparationen kann nicht bestreiten, daß von allen Formen ihrer Bezahlung die Sachlieferungen für die deutschen Arbeiter die vorteilhaftesten sind. Das deutsche Interesse fällt hier mit dem kontinentalen zusammen. Die englischen Interessen widersprechen sowohl vom proletarischen als auch vom kapitalistischen Gesichtsfeld aus den deutschen. Weil in der Reparationsfrage Kontinentaleuropa gegen England und Amerika steht, ist es auch unmöglich, daß die Angelsachsen ihren Willen durchsetzen. Von Poincaré geführt, werden die Siegerstaaten des Kontinents bei den kommenden Reparationsverhandlungen eben kontinentalen und nicht angelsächsischen Gesichtspunkten Geltung verschaffen. Wollte Deutschland wirklich sich darauf einlassen die Reparationen zu verweigern, so wäre solcher Versuch, auch wenn England ihn begünstigen sollte, zum Mißerfolg verurteilt. Es ginge Deutschland bei der Proklamation solchen Rechts ähnlich wie es ihm in Genf bei der Vertretung seines Anspruchs auf Abrüstung der Gegenseite ergangen ist.

Übrigens täuscht man sich sehr, wenn man glaubt, daß in England und Amerika die Meinung vorherrscht, daß Deutschland die volle Reparationssumme nicht zahlen könne. Ungefähr das Gegenteil dessen ist richtig. Der Engländer Robert Crozier Long hat jüngst in einem Buch *The Mythology of Reparation* dargestellt, wie die Engländer unter sich das Reparationsproblem ansehen. Zunächst hat, nach ihm, die Erfahrung der letzten 4 Jahre gezeigt, daß die Deutschen sich die Summen, die sie zahlen sollen, auch durch Steuern verschaffen können. Jeder Engländer und Amerikaner wisse, daß die verpfändeten Einnahmen mehr eingebracht hätten, als ursprünglich von Deutschland gefordert worden sei. Nach englischer Anschauung ist die Behauptung, daß Deutschland durch Steuern die Reparationssumme nicht aufbringen könne, ein Märchen, das bereits ins Nichts versunken sei. Auch das Transferproblem nimmt man in England nicht tragisch. London ist davon überzeugt, daß Deutschland auch ohne Sachlieferungen die volle Reparationssumme an seine Gläubiger zahlen könne. Die Einwände der Keynes und Cassel machen in Deutschland, aber nicht in England Eindruck. In England nimmt man anscheinend die pessimistischen Reparationsprognosen dieser beiden Autoritäten nicht mehr ernst. Auch die Ansicht, daß Deutschland bisher mit geborgtem Geld die Reparationen bezahlt hätte, läßt man in London nicht gelten. Man sagt dort, daß die Auslandsanleihen Deutschlands allerdings 7 bis 8 Milliarden betragen werden, daß aber die Kapitalbildung in den 4 Jahren nach dem Inkrafttreten des Dawesplans sich mehr als verdreifacht habe. Deutschland sei an den Reparationszahlungen nicht bloß nicht zugrundegegangen sondern habe im Gegenteil in den letzten 4 Jahren sich durch seine Industrie neue Quellen des Reichtums erschlossen, so daß es wieder das industriegewaltigste Land des Kontinents geworden sei.

Bedenken und Unruhe erregt im Ausland lediglich die ununterbrochene Steigerung der Ausgaben des Reichs, der Länder und Gemeinden, die kein Maß und kein Ziel zu haben scheinen. Der Einspruch des Reparationsagenten gegen die Erhöhung der Beamtengehälter um  $1\frac{1}{2}$  Milliarden Mark, unabhängig von jeder Reform der unglaublich komplizierten und kostspieligen Verwaltung, ist noch in aller Erinnerung. Eine Denkschrift des Hansabunds, die jüngst veröffentlicht worden ist, zerstört die Legende, daß die Steigerung der öffentlichen Ausgaben lediglich auf die Reparationen und inneren Kriegslasten zurückzuführen sei. Geht die Steigerung der öffentlichen Ausgaben im selben Tempo wie bisher weiter, so ist eine ökonomische und politische Katastrophe allerdings in Deutschland unvermeidlich.

An den Reparationen, wenn sie eine Regelung im kontinentaleuropäischen Sinn finden, wird Deutschland nicht zugrunde gehen. Sie werden, sobald Deutschland ernstlich den Willen zeigt mit seinem Nachbarn Frankreich wirtschaftlich zusammenzuarbeiten, auf ein für die deutsche Wirtschaft (an deren Weiterentwicklung dann die französische selber interessiert wäre) erträgliches Maß gebracht werden. Nicht von außen kommt neue Gefahr, wohl aber von innen. Was Deutschland in eine schlimme Lage bringt, ist die unheimliche Höhe seiner öffentlichen Ausgaben. Hier mit eiserner Energie Wandel zu schaffen, und zwar schnell, muß die Aufgabe aller derjenigen sein, die Land und Volk vor einer neuen schweren Prüfung bewahren wollen.



# ELIAS HURWICZ · DIE SCHICHTUNG DER BAUERN- SCHAFT IM BOLSCHEWISTISCHEN RUSSLAND

**R**USSLANDS bäuerliche Schichten weisen in der wirtschaftlichen Lage<sup>1</sup> eine Ungleichheit auf, die sich durch 3 Grundmerkmale kennzeichnet: den Umfang des Bodenbesitzes, die Anzahl des Arbeitsviehs sowie den Zustand des toten Inventars und schließlich die Anzahl der Arbeiter und Esser. Diese Ungleichheit bestimmt die ganze Agrarstruktur des bolschewistischen Staatswesens.

Im Jahr 1923 bot die Gruppierung der bäuerlichen Wirtschaften je nach der Anzahl des Arbeitsviehs sowie nach dem Umfang des Bodenbesitzes das folgende Gesamtbild dar:

Wirtschaftsgruppe	Prozentualer Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe	Prozentualer Anteil an der besteuerten Gesamtfläche	Prozentuale Verteilung der Esser	Auf 1 Wirtschaft entfallen	
				Deßjatinen Land	Esser
<b>Großrußland</b>					
Ohne Vieh	17,14	11,32	12,46	3,90	3,83
Mit höchstens 2 Stück Vieh	56,63	50,69	54,80	5,28	5,11
Mit 2 bis 4 Stück Vieh	20,62	25,65	24,89	7,34	6,37
„ über 4 „	5,61	12,34	7,85	12,98	7,38
<b>Ukraine</b>					
Ohne Vieh	29,02	17,83	22,46	3,42	3,65
Mit 1 Stück Vieh	26,34	21,54	24,59	4,55	4,40
„ 2 „	25,06	26,83	27,18	5,97	5,12
„ 3 „	13,12	18,81	16,15	8,01	5,81
„ 4 „	6,46	14,93	9,62	12,86	7,02

Wie sich aus den vorstehenden Zahlen ergibt, besaßen im Jahr 1923 von 100 bäuerlichen Wirtschaften in Großrußland 17 und in der Ukraine 29 überhaupt kein Arbeitsvieh. Und doch war in einzelnen anderen Gebieten Rußlands der prozentuale Anteil der viehlosen Betriebe noch weit höher als die obigen Durchschnittszahlen es ausweisen. Im Jahr 1924 bildete, nach amtlichen Angaben<sup>2</sup>, der Prozentsatz der viehlosen Wirtschaften in ganz Rußland 36,7, in Großrußland 31, in der Ukraine 46,4; in einzelnen Gebieten ergab er sich wie folgt: Zentralgebiet 40,6, Wolga-Kama 36,7, Ural 26,1, Wolga 40,6, Untere Wolga 43,3, Südosten 42,2, Südsteppe 47,2, Rechtes Dnjeprufer 54,9, Krim 56,2, Baschkirien 36,1. Diese so beträchtliche Anzahl von Wirtschaften ohne jedes Arbeitsvieh ist bereits ein hinlänglicher Beweis für die Existenz eines sehr erheblichen Teils des Bauerntums, der nicht imstande ist den ihm zugefallenen Boden zu bewirtschaften.

Vergleichen wir nun die beiden extremen Gruppen mit einander, so sehen wir, daß bereits 1923 die Anzahl der viehlosen Wirtschaften solche, die über 4 Stück Vieh besitzen, in Großrußland fast um das Dreifache, in der Ukraine aber um mehr als das Vierfache überwog. Zugleich nehmen wir aus der selben Zusammenstellung eine charakteristische Erscheinung wahr:

1) Siehe zum folgenden namentlich *Sagorskij* *к социализму или к капитализму?* /Prag 1927/.

2) Siehe die Denkschrift der *Statistischen Zentralverwaltung* *Народное хозяйство РСФСР в цифрах* /Moskau 1925/.

In den höheren Gruppen nimmt die Bodenfläche zu, die Esserzahl dagegen ab. Das heißt, die ärmeren Wirtschaften haben eine größere Anzahl von Menschen zu ernähren. Im Jahr 1924 verteilte sich, nach den Angaben der Statistischen Zentralverwaltung, die Gesamtzahl (1 291 138) der untersuchten bäuerlichen Betriebe je nach der Anbaufläche folgendermaßen:

Wirtschaftsgruppe	Prozentualer Anteil	
	Wirtschaften	Anbaufläche
Ohne Anbaufläche	4,3	0
Mit Anbaufläche		
bis 2 Deßjatinen	37,1	14,4
von 2 bis 4       "	32,8	29,6
" 4 bis 8       "	19,6	33,1
" über 8       "	6,2	22,9

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß 41,4 % der Gesamtheit der Wirtschaften nur über ein Siebentel der gesamten Anbaufläche, während 6,2 % der reichsten Wirtschaften über mehr als ein Fünftel des Anbauareals verfügen. Angesichts der geringen Zahl der durch die obigen Angaben charakterisierten Wirtschaften seien indessen auch die auf einer Massenuntersuchung beruhenden Materialien des Finanzkommissariats berücksichtigt, die ein nicht minder plastisches Bild der Schichtung der heutigen russischen Bauernschaft ergeben. Nach diesen Materialien stellt sich die Gruppierung der bäuerlichen Wirtschaft<sup>3</sup> nach verschiedenen Merkmalen wie folgt dar:

Kategorie	Anzahl absolut (in Millionen)					prozentual				
	Land- arme	Mitt- lere	Wohl- haben- de	Rei- che	ins- ge- samt	Land- arme	Mitt- lere	Wohl- haben- de	Rei- che	ins- ge- samt
Anzahl der Wirtschaften	6,2	9,8	3,0	0,8	19,8	31,3	49,5	15,2	4,0	100
Anzahl der Esser	27,2	47,9	18,2	6,9	100,2	27,1	47,8	18,2	6,9	100
Anzahl der Arbeiter	11,9	19,9	7,2	2,7	41,7	28,5	47,7	17,3	6,5	100
Anzahl des Viehs	8,7	17,2	7,8	3,5	37,2	23,4	46,2	21,0	9,4	100
darunter Großvieh	5,8	10,2	4,2	1,8	22,0	26,4	46,3	19,1	8,2	100
Arbeitsvieh	2,9	7,0	3,6	1,7	15,2	19,1	46,0	23,7	11,2	100
Besteuerter Boden	13,8	53,9	31,0	19,2	117,9	11,4	45,6	26,3	16,7	100
Anbaufläche	6,9	27,4	15,3	9,6	59,2	11,7	46,3	25,8	16,2	100

Also die landarmen Wirtschaften, die unter 4 Deßjatinen besitzen, etwa ein Drittel der Gesamtheit, umfassen allesamt noch nicht ein Neuntel der ganzen Bodenfläche und noch nicht ein Viertel des ganzen Viehbestands, während den Betrieben mit über 8 Deßjatinen (wohlhabende und reiche), die zusammen noch nicht ein Fünftel der Gesamtheit der Wirtschaften ausmachen, 42 % des Bodens und 30,4 % des Viehs gehören. Die Betriebe mit über 15 Deßjatinen (reiche), die nur ein Fünfundzwanzigstel der Gesamtheit der Wirtschaften bilden, verfügen über ein Sechstel des gesamten

3) Unter landarmen Wirtschaften sind im folgenden solche zu verstehen, die bis 4 Deßjatinen besitzen, unter mittleren solche von 4 bis 8, unter wohlhabenden solche von 8 bis 15, unter reichen solche über 15 Deßjatinen.

Areals und fast über ein Zehntel des gesamten Viehbestands. In einzelnen Gebieten erreicht der prozentuale Anteil der landarmen Betriebe eine sehr ansehnliche Höhe: so in den Nordwestlichen Gebieten 66,5, im Moskauer Industriegebiet 65,1, in der Ukraine 64,7, an der Untern Wolga 56,5, im Nordkaukasus 56,2, im Ural 44,0. Aus allen diesen Zahlen ergibt sich, daß auf der einen Seite ein beträchtlicher Teil, in manchen Gebieten sogar die Mehrheit, der Bauernschaft landbedürftig und ohne Arbeitsvieh ist, auf der andern Seite aber ein ansehnlicher Teil des Bodens in den Händen einer zahlenmäßig geringen Schicht der Wohlhabenden konzentriert ist. In der Ukraine ergab die Schichtung der Bauernschaft bereits 1924 folgendes Bild<sup>4</sup>:

Wirtschaftsgruppe	Prozentualer Anteil					
	Wirt- schaften	Bevöl- kerung	Boden	Anbau- fläche	Arbeits- vieh	Landwirt- schaftli- ches Ein- kommen
Landarme	58,0	45,8	28,9	24,4	31,3	37,0
Mittlere	27,7	31,6	32,7	32,9	34,5	33,7
Wohlhabende	14,3	22,6	38,4	42,7	34,2	29,3

Die wirtschaftliche Schichtung der heutigen russischen Bauernschaft unterliegt also keinem Zweifel. Allein unter dem bolschewistischen Wirtschaftsregime vermag diese Schichtung auch nicht zum Stillstand zu kommen. Vielmehr muß sie unvermeidlich fortschreiten und sich vertiefen, immer neue Teile des Bauerntums sei es nach oben sei es nach unten abspalten, das heißt die unteren Schichten einer weitem Proletarisierung aussetzen und die oberen auf der Stufenleiter des Wohlstands noch höher aufrücken lassen. Ursprünglich leugneten die bolschewistischen Forscher diese unvermeidliche Entwicklung, indem sie sich auf die Nationalisierung des Bodens beriefen, die eine Veränderung des Bodenbesitzes unmöglich mache. In diesen Zusammenhang gehörte auch das Verbot der Lohnarbeit auf dem flachen Land sowie die Zulassung der Bodenpacht nur in Ausnahmefällen. Allein die ökonomische Entwicklung erwies sich stärker als der Gesetzeswille, sie schuf neue Verhältnisse und zwang diese auch durch eine neue Gesetzgebung zu sanktionieren. Die rechtlichen wie namentlich die tatsächlichen Verhältnisse des Bodenbesitzes im heutigen Dorf erzeugen neben der wirtschaftlichen auch eine soziale Schichtung innerhalb der Bauernschaft.

B. Kolesnikow sagt in seiner bekannten Untersuchung über den Kurs, den das russische Dorf nimmt:

»Hätten unsere Gesetze Bodentransaktionen gestattet, so nähme die tatsächlich auf dem Land vor sich gehende Entwicklung den Charakter der Konzentration des Grundeigentums an; da aber der Boden bei uns nationalisiert ist, so sehen wir eine weite Verbreitung der Landpacht sowie der Verpachtung von Arbeitsvieh und Inventar. Das Steppendorf gärt von unten bis oben, und seine sozialökonomische Struktur kann nicht als stabil angesehen werden, in den nächsten Jahren wird die Gruppe der wohlhabenden Wirtschaften einerseits, die der armen andererseits zunehmen, dagegen der Anteil der mittleren sich wohl beträchtlich vermindern . . . Auf dem einen Pol entsteht eine machtvolle Schicht wohlhabender Bauern, deren Wirtschaft zumeist mit der Bodenpacht zusammenhängt, auf dem entgegengesetzten Pol aber schichtet sich die Dorfarmut ab, treten in chronischer Weise Betriebe ohne Pferde, ohne Inventar, ohne beackerten Boden hervor, bildet sich eine Klasse von ländlichen Proletariern und Halbproletariern.«<sup>5</sup>

4) Siehe *Gurewitsch* К вопросу о дифференциации крестьянского хозяйства Украины. /Charkow 1925/.

5) Siehe *Kolesnikow* Деревня, куда она идет? /Moskau 1925/.

Zu gleichen Ergebnissen gelangt auch N. D. Kondratjew:

»Der vor dem Krieg und der Revolution in der Landwirtschaft beobachtete Grad der Übersaturierung mit Arbeitshänden und des Mangels an Produktionsmitteln hat nicht nur nicht nachgelassen sondern zugenommen. Die Dichtigkeit der werktätigen Bevölkerung pro Landeinheit geeigneten Bodens wächst. Die Sicherstellung der bäuerlichen Gesamtwirtschaft mit Arbeitsvieh und Inventar nimmt dagegen ab. Stand das Dorf vor dem Krieg der Tatsache der Übervölkerung gegenüber, so wächst diese auch heute weiter. Und war dieser Gegensatz für die Entwicklung der Landwirtschaft vor dem Weltkrieg grundlegend, so ist seine Bedeutung nach der revolutionären Umwälzung noch mehr gestiegen. Ein anderer kennzeichnender Zug: die Differenzierungstendenz im Dorf. Fand in der Zeit des Kriegskommunismus, vor der Neuen Ökonomischen Politik, auf dem flachen Land eine Nivellierung statt, so ist nach deren Einführung eine Differenzierung zu beobachten.«<sup>6</sup>

Der Irrtum der ersten bolschewistischen Erforscher des Dorfs bestand in der Außerachtlassung der Tatsache, daß im Endergebnis des bolschewistischen Staatsstreichs nicht nur eine unregelmäßige Verteilung des Bodens sondern auch eine solche der Produktionsmittel bestehen blieb. Sobald der Versuch dem Kapitalmangel einzelner bäuerlicher Wirtschaften durch "Kollektivierung der Landwirtschaft" abzuwehren sich als Utopie erwies, wurde es klar, daß trotz dem Vorhandensein des Bodens infolge des Mangels an Produktionsmitteln die sogenannte Nationalisierung des Landeigentums in keiner Weise der Differenzierung des Dorfs Halt gebieten kann, vielmehr den Besitzern der Produktionsmittel wirtschaftliche, dann aber auch soziale Vorteile vor der ganzen übrigen besitzlosen Masse des Bauerntums zufallen müssen. Der Mangel an Produktionsmitteln machte auf der andern Seite die landarmen Wirtschaften tatsächlich zu proletarischen. Unter solchen Bedingungen mußten unweigerlich Verhältnisse entstehen, die auf der Herrschaft einiger, der Abhängigkeit und wirtschaftlichen Unterordnung anderer, und zwar bei weitem zahlreicherer Gruppen der Bauernschaft beruhen.



**I**N der Differenzierung zweier extremer Gruppen kommt die Klassenschichtung des Bauerntums zum Ausdruck: des Dorfproletariats auf der einen, des wohlhabenden Bauerntums, das als Vorbote einer bäuerlichen Bourgeoisie erscheint, auf der andern Seite. Unter den Bedingungen der bolschewistischen Wirtschaft besteht zwischen der Entwicklung der einen und der der andern Gruppe eine starke gegenseitige Abhängigkeit. Die Entwicklung des Dorfproletariats schafft günstigere Bedingungen für die Festigung und das Wachstum des wohlhabenden Bauerntums, und umgekehrt. Parallel mit dem wirtschaftlichen und sozialen Erstarren dieses letzten wächst quantitativ auch das Dorfproletariat. Das Wachstum beider Gruppen wird sowohl durch die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse des zeitgenössischen Rußlands wie namentlich durch die bolschewistische Politik, die bei der Art des Regimes auch gar nicht zu ändern ist, begünstigt.

Die Vermehrung des ländlichen Proletariats wird vor allem durch die Übervölkerung bedingt, die bereits vor der Revolution auf dem flachen Land herrschte, die aber unter bolschewistischem Regime nicht nur nicht nachgelassen sondern zugenommen hat. Die dürftige Zumessung der Landanteile für einen beträchtlichen Teil der Bauernschaft vor der Revolution, der niedrige Kulturstand der ländlichen Bevölkerung, die überaus schwache

6) Siehe Bericht des *Volkskommissariats für Landwirtschaft* an den Gosplan 1925 Nummer 4: *Пути сельского хозяйства*.

Entwicklung einer intensiven Landwirtschaft, all diese Faktoren bewirkten einen Überschuß der bäuerlichen Bevölkerung im Vergleich mit den armseligen Existenzmitteln, die eine Bauernfamilie aus der Landwirtschaft gewinnen konnte. Und doch befanden sich bereits am Vorabend der Revolution fast 90 % der gesamten Anbaufläche des europäischen Rußlands im Besitz der Bauern, wobei zirka ein Viertel dieses Areals von der Bauernschaft gepachtet wurde. Das bolschewistische Regime veränderte im Grunde nur die rechtlichen Verhältnisse auf dem flachen Land. Gewiß, im Vergleich zum Beispiel mit dem Jahr 1905 ergibt sich ein Wachstum der mittleren Wirtschaften, wie die folgenden Zahlen beweisen:

Wirtschaftsgruppe	Prozentualer Anteil der Wirtschaften		Anbaufläche	
	1905	1924	1905	1924
Landarme	33,3	38,3	13,9	16,2
Mittlere	41,6	43,0	33,5	41,4
Wohlhabende	19,6	14,3	28,2	25,8
Reiche	5,5	4,4	24,4	16,6

Sowohl die Anzahl der mittleren Betriebe als ihr Landbesitz hat also zugenommen. Allein die Zunahme des Landbesitzes der bodenarmen Betriebe entspricht nur der Vermehrung ihrer Anzahl, und 38 % der Gesamtheit der bäuerlichen Wirtschaften besitzen kaum ein Sechstel des Gesamtareals. Oben sahen wir denn auch, wie groß die Anzahl der Wirtschaften ohne Arbeitsvieh und beackertes Land ist. Im Ergebnis der Agrarumschichtung vollzog sich also ein Sinken des wirtschaftlichen Stands der niederen Bauernschaft und parallel damit eine Zunahme der bäuerlichen Bevölkerung. Diese zeigte im Jahr 1922 und Anfang 1923 kein Wachstum und betrug 110 Millionen Seelen. Aber Anfang 1924 vermehrte sie sich bis auf 112,1 Millionen, Anfang 1925 auf 114,8 Millionen, Anfang 1926 auf 117,5 Millionen. Prozentual betrug die Bevölkerungszunahme im Jahr 1923 1,9, 1924 2,5, 1925 2,3. Die arbeitsfähige Bevölkerung auf dem flachen Land vermehrte sich in der Zeit von Anfang 1922 bis Anfang 1926 von 55,8 bis auf 63,2 Millionen Menschen, das heißt um 7,4 Millionen.

Bei einer solchen Bevölkerungszunahme entsteht in den landarmen Wirtschaften ein Mangel an Boden, an totem und lebendem Inventar, zugleich aber ein Überschuß an Arbeitskräften:

Wirtschaftsgruppe	Auf 1 bäuerliche Arbeitskraft entfallen an Deßjatinen Land	Auf 1 Deßjatinen Land entfallen an Arbeitskräften
Landarme	0,58	1,7
Mittlere	1,38	0,72
Wohlhabende	2,13	0,46
Reiche	3,56	0,28

In der Gruppe der Landarmen entfällt also auf 1 Arbeitskraft  $2\frac{1}{2}$  mal weniger Land als in der Gruppe der Mittleren,  $3\frac{1}{2}$  mal weniger als bei den Wohlhabenden und 6 mal weniger als bei den Reichen. Nach den Berechnungen des holschewistischen Agrarforschers Oganowskij sind von den 13,1 Millionen Arbeitskräften, über die die Gruppe der Landarmen verfügt, schon heute 9 Millionen überschüssig. Der jährliche Zuwachs der Landbevölkerung muß diesen Überschuß noch weiter vermehren.



Die ländliche Übervölkerung ist indessen nicht nur durch das Ergebnis der bolschewistischen Agrarpolitik verursacht sondern auch durch die allgemeinen ökonomischen Verhältnisse, die das bolschewistische Regime erzeugt. Wohin soll in der Tat der jährliche Zuwachs der ländlichen Arbeitskräfte, der auf 800 000 Menschen geschätzt wird (wobei wir von der allgemeinen Übervölkerung des flachen Landes schon absehen wollen) heute abgeleitet werden? Untersuchen wir, welche Aussichten für die Absorbierung dieses Zuwachses durch die Staatsindustrie bestehen.

Nach der Angabe des Staatsplans, des Gosplan, ist im Lauf der 3 Jahre 1922 bis 1925 die Anzahl der Personen, die von der Lohnarbeit leben, von 6 036 000 auf 8 260 000, also um 24 % gestiegen. Ziehen wir von diesen Zahlen die landwirtschaftlichen Arbeiter, deren Anzahl im Jahr 1922-1923 1 100 000 und im Jahr 1924-1925 1 500 000 betrug, sowie die bolschewistischen Funktionäre<sup>7)</sup>, deren Gesamtheit in den betreffenden Jahren 1 409 000 respektive 1 676 000 ausmachte, ab, so sehen wir, daß der Personenzuwachs in solchen Berufen, die den ländlichen Bevölkerungsüberschuß absorbieren können, im Lauf von 3 Jahren 937 000, das heißt jährlich im Durchschnitt 313 000 Menschen beträgt. Insonderheit hat die Anzahl der Fabrikarbeiter im Lauf der angegebenen Zeit nicht einmal um  $\frac{1}{2}$  Million zugenommen, das heißt, ihre Zunahme bleibt ganz beträchtlich hinter der Zunahme der landwirtschaftlichen Arbeiter zurück. Nach einer von Strumilin entworfenen perspektivischen Orientierung für die nächsten 5 Jahre würde der Gesamtzuwachs an Arbeitskräften bis zum Jahr 1930 11,4 Millionen Menschen betragen. Hiervon entfallen auf die natürliche Vermehrung in den Städten 1,1 Millionen, auf dem flachen Land 8,7 Millionen. Unterstellt man nun, daß im Lauf dieser 5 Jahre aus dem Dorf nach den Städten 1,5 Millionen Menschen abwandern werden, so wird die überschüssige Bevölkerung auf dem Land mehr als 6 Millionen Menschen betragen.

Es ist evident, daß von einer Absorption dieser ungeheuren Masse des Bauerntums, die auf Arbeit angewiesen ist, außerhalb der Landwirtschaft in absehbarer Zeit keine Rede sein kann.

In dem vorrevolutionären Rußland gab es für die überschüssige Landbevölkerung einen Ausweg: die Überwanderung. Die Neigung zu ihr ist auch im heutigen Bauerntum außerordentlich stark. Im Jahr 1925 schätzte man die Anzahl der überwanderungsbedürftigen Bauern annähernd auf 3 Millionen Menschen. Bei der Finanzlage des bolschewistischen Staats kann aber die Überwanderung, die beträchtliche Mittel und gute Organisation erfordert, nur in bescheidenstem Umfang in die Tat umgesetzt werden. 1924-1925 bestimmte zum Beispiel das Landwirtschaftskommissariat einen Betrag von 4,5 Millionen Rubel für die Übersiedlung von 218 500 Bauern, das heißt 20 Rubel pro Person, während vor dem Krieg für die Übersiedlung insgesamt 25 Millionen Rubel jährlich ausgegeben wurden, wobei aber auch dieser große Betrag nur die Übersiedlung von 250 000 Menschen ermöglichte. 1923-1924 haben sich 154 000 Personen zur Übersiedlung bei den Behörden gemeldet, 1924-1925 schon 311 400. Allein die Übersiedlung geschieht in beträchtlichem Maß auch auf dem Weg der Selbsthilfe. Von 111 000

<sup>7)</sup> Siehe dazu *Hurwicz* Das Funktionärregime des Bolschewismus, in den Sozialistischen Monatsheften 1927 II Seite 547 und folgende.

registrierten Übersiedlern waren es 86 500 auf eigene Faust. Der gesamte Kolonisationsfonds wird auf 9 Millionen Deßjatinen geschätzt, von denen 1,3 Millionen, das heißt 14 %, ansiedlungsreif sind. Die Sehnsucht nach der Übersiedlung nimmt von Jahr zu Jahr zu, aber die Möglichkeit ihrer Befriedigung wird nicht größer. Dazu kommt, daß die vorhandenen Möglichkeiten der Übersiedlung in erster Linie nicht den Dorfarmen sondern dem mittlern oder sogar dem wohlhabenden Bauerntum zugute kommen werden. Nicht umsonst fordert der bolschewistische Staat selbst eine gewisse materielle Sicherheit des Überwanderers: mindestens 900 Rubel pro Wirtschaft zur Übersiedlung nach Sibirien und dem Fernen Osten, mindestens 1300 Rubel für das Wolgagebiet und den Nordkaukasus.

Die landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften, die eine überaus geringfügige Rolle spielen, werden nicht imstande sein auch nur im mindesten jenen Teil der überschüssigen Bevölkerung zu absorbieren, der vor allem um einen Ausweg aus seiner gegenwärtigen Lage ringt.

**B**EI der fundamentalen Bedeutung, die die Agrarfrage für die Zukunft des ganzen bolschewistischen Staatswesens hat, ist es notwendig den obigen Zahlen auch einige grundsätzliche Bemerkungen hinzuzufügen. Man darf nie vergessen, daß das Schicksal der Bauernschaft in einem Land, in dem sie 82 % der Bevölkerung ausmacht, im letzten das Schicksal des Landes selber bedeutet.

Gerade im laufenden Jahr erlebt Rußland eine sehr akute Agrarkrise. Der Getreideexport sank auf einen minimalen Umfang herab. In den russischen Großstädten wurde zum Teil, namentlich für Weißbrot, wieder wie in Kriegszeiten und in den Zeiten des "Kriegskommunismus" das Kartensystem eingeführt. Noch mehr: Die Regierung sah sich gezwungen große Getreidemengen im Ausland einzukaufen. All diese Erscheinungen zwangen Stalin von seiner bisherigen Agrarpolitik abzugehen. Scheute sich diese Politik vorher nicht auch Gewaltmaßnahmen anzuwenden, um von den Bauern die Herausgabe der "Getreidevorräte" gegen niedrige Bezahlung zu erpressen, so erschien am 20. Juli eine Verfügung, die eine gewisse Erhöhung der Einkaufspreise und zugleich die Abstellung der Zwangsmaßnahmen anordnete. Die Nachrichten, die seither eingetroffen sind, erlauben es noch nicht die Gesamtwirkung dieses "neuen Agrarkurses" abzuschätzen. Die Klagen in der bolschewistischen Presse über ungenügende Getreideablieferung durch die Bauern sowie über die Konkurrenz von Privaten, die beim Getreideeinkauf die Behörden überbieten, ebenso die Maßnahmen, die den Broteinkauf der Bevölkerung einschränken, dauern jedenfalls an.


Die wichtigste Frage ist aber doch die, ob auch der "neue Agrarkurs" nicht einen der vielen Sprünge der bolschewistischen Regierung auf diesem Gebiet bedeutet, die ja der dafür instinktiv empfindliche Bauer ebenfalls durch wechselnde Anbau- und Preispolitik beantwortet; also die Frage nach der Gestaltung des Agrarproblems, wie sie sich aus der Gesamtstruktur der Wirtschaft ergibt. Der Mißerfolg des Bolschewismus in der Agrarfrage erklärt sich nicht nur durch die schlimmen Zustände auf dem Gebiet der Landwirtschaft selbst sondern auch durch die Lage der Industrie. Die Agrarfrage ist in Rußland zugleich Industriefrage. Die Landwirtschaft vermag sich aus sich selbst heraus nicht emporzuentwickeln, solange der Bauernmasse

nicht gute und billige Produktionsmittel zur Verfügung stehen, die eben von der Industrie zu liefern sind. Um nun ihre Industrie zu entwickeln, bedarf die bolschewistische Regierung vor allem Geld, Geld und nochmals Geld; dieses sucht sie vor allem durch Export von Getreide zu beschaffen, das sie so billig wie möglich beim Bauern zu kaufen bestrebt ist. Das ist das Grundscheina, das sich aus dem ganzen Regime des Bolschewismus ergibt und, eben solange dieses Regime andauert, durch keinerlei Sprünge und "neue Kurse" abgeändert werden kann. Statt der Bauernschaft und der Landwirtschaft zu Hilfe zu kommen, stellt sich die Staatsindustrie in einen Gegensatz zu ihnen. Den billigen Getreidepreisen, die sie anstrebt, entspricht nicht etwa eine Billigkeit der landwirtschaftlichen Produktionsmittel, die sie dem Bauern liefert. Im Gegenteil. Diese Produktionsmittel bleiben andauernd teuer, da das Hauptstreben der bolschewistischen Funktionäre dahin geht die Rentabilität der industriellen Betriebe nachzuweisen; dazu aber muß man die Industriepreise so hoch wie möglich schrauben.

Wie geradezu vernachlässigt die Landwirtschaft durch all diese Faktoren im Staat ist, zeigt eine sicherlich unverdächtige Quelle, nämlich ein Artikel der Prawda vom 14. August 1928. Schon wieder hatten nämlich die unvermeidlichen Plänemacher des Funktionärregimes, dies bei Fortdauer des Kartensystems, angefangen davon zu phantasieren, wie »in 10 Jahren die Bruttoproduktion der Landwirtschaft sich verdoppeln« werde. Und da fordert sie der Verfasser des Prawdaaufsatzes, Klimenko, auf einmal sich anzusehen, »was auf unserer Sowjeterde vor sich geht«. Es geht aber folgendes vor: Es dauert, trotz den ewigen Klagen der Bauernschaft selbst, immer noch die Gemengelage der bäuerlichen Parzellen fort, die eine irgendwie rationelle Bewirtschaftung mechanisch hemmt; und vielerorts noch die Bewirtschaftung durch den Hakenpflug. Der patriarchalische Hakenpflug nach 10 Jahren bolschewistischen Regimes: hier ist wirklich in nuce das ganze Agrarrelend des Bolschewismus enthalten.

Dieses Regime dreht sich in einem verzauberten Kreis: Um der "Industrialisierung" willen muß es viel und billiges Getreide exportieren. Das führt zur Vernachlässigung der Landwirtschaft. Das Resultat ist knappes oder auch teures Getreide. Und das Märchen fängt immer wieder von neuem an.

## WALTHER PAHL · STAATSWIRKLICHKEIT UND STAATSVERANTWORTUNG

HNE Zweifel stellt die Aussperrung von etwa 250 000 Arbeitern in der nordwestdeutschen Eisen- und Stahlindustrie eine Auflehnung der Industriekapitäne gegen die Staatsgewalt dar. Selbst wenn die Unternehmer das einzige Ziel dieses Arbeitskamps wirklich in der Stabilisierung und Erhaltung des Preisniveaus, der Aufrechterhaltung der Rentabilität der Betriebe sehen, bleibt es doch dabei, daß sie dieses rein wirtschaftliche Ziel durch eine Ausmerzungen des Schlichtungsgedankens aus dem öffentlichen Bewußtsein zu erreichen suchen. Die Gewerkschaften haben bisher, von ein paar örtlichen Ereignissen abgesehen, niemals nach einem für verbindlich erklärten Schiedsspruch den Kampf fortgesetzt. Zum erstenmal ist nunmehr von seiten der Unternehmer ein Kampf gegen den Staat als Schiedsrichter eröffnet worden.

Diese Tatsache stellt uns wieder die Notwendigkeit der Lösung eines Problems von grundsätzlicher Bedeutung vor Augen. Es ist die Frage des Verhältnisses der staatlichen Ordnung zu den vorhandenen gesellschaftlichen Machtkreisen. Das Schlichtungswesen stellt offensichtlich einen Eingriff des Staates in die Autonomie des Vertragsrechts dar. Zwar hat der Staat zunächst darauf verzichtet diesen Eingriff, wie er in der staatlichen Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs vorliegt, mit Zwangsmitteln auszugestalten. Er hat darauf verzichtet die Durchführung seiner Schiedssprüche durch eine Strafaktion zu sichern. Das freie Verfügungsrecht der Kollektivpartner des Wirtschaftslebens über Aussperrung und Streik hat der Staat den Parteien lediglich eingeschränkt, nicht genommen. Den Unternehmern geht auch diese Einschränkung schon zu weit. Unter der Parole "Der Staat ist eine Zwangsorganisation, die Wirtschaft braucht Freiheit" versucht man heute dem Staat das Recht zu bestreiten die wirtschaftlichen Kräfte zu binden, mag nun diese staatliche Bindung wirtschaftlicher Kräfte in der Form direkter Eingriffe in das Wirtschaftsleben vor sich gehen, mag sich diese Erweiterung der Staatszuständigkeiten in einer staatlichen Beschränkung des Rechts zur autonomen Regelung der Arbeitsverhältnisse ausdrücken.

Am 1. November konnte man in dem Industrieorgan Rhein und Ruhr die folgenden Sätze lesen:

»Geht die Freiheitsbeschränkung der Privatwirtschaft so weit, daß sie auch gegen ihre privatwirtschaftliche Überzeugung gezwungen werden kann ihren Betrieb gegen ihren Willen fortzuführen? Das ist die Frage, die am 1. November akut wird, und die wir mit einem glatten Nein beantworten.«

Es ist sicher nicht zufällig, daß der Hansabund sich mit einem Manifest für die Freiheit der Wirtschaft in einem Augenblick an die Öffentlichkeit wandte, in dem das Kapital seinen bisher schärfsten Angriff gegen den Staat begann. In diesem Manifest, das für die Bildung eines Kampffonds für »Freiheit der Wirtschaft« werben will, lesen wir:

»Der Glaube an die Staatsallmacht verführt Regierungen und Parlamente zu immer weitergehenden Eingriffen in die Wirtschaft. Übertriebener Protektionismus und das schrittweise Vordringen des Sozialismus hemmen die schöpferische Kraft und Leistung der Persönlichkeit in allen Zweigen von Gewerbe, Handel, Industrie und Landwirtschaft. Die Aufgabe der deutschen Wirtschaft sich in dem entscheidenden Ringen um den Weltmarkt erfolgreich durchzusetzen wird unlösbar. Damit wird eine Katastrophe heraufbeschworen, deren Folgen auch die Arbeitnehmerschaft sich nicht wird entziehen können. Wirtschaft ist Dienst an der kulturellen Entwicklung der Menschheit, in Deutschland vor allen Dingen auch Dienst an der Wiederherstellung der Freiheit. Der Staat muß über, er soll nicht in der Wirtschaft stehen. Die individuelle Leistung, die Notwendigkeit ihr die unentbehrliche Freiheit zu gewähren, muß der Ausgangspunkt aller deutschen Wirtschaftspolitik sein. Wir fordern Freiheit der Wirtschaft als Voraussetzung der Befreiung des Vaterlandes, als Grundlage des weiteren kulturellen und sozialen Aufstiegs unseres Volkes. Wir fordern die Beseitigung der durch die Machtpolitik der Staaten, durch Staatskapitalismus und Sozialismus errichteten wirtschaftlichen Schranken, um Deutschland, Europa, der Menschheit am besten zu dienen. Wir anerkennen den Geist einer veränderten Zeit, wir anerkennen die soziale Bedeutung und volkswirtschaftliche Notwendigkeit einer gerechten Beteiligung der Arbeitnehmer an den Erfolgen und Erträgen der Wirtschaft. Wir bekennen uns mit Nachdruck zu einer sozialen Politik, die Schutz vor Not und Elend schafft, wo die Möglichkeiten der Selbsthilfe ausgeschöpft oder gegenstandslos sind, denn der Mensch und die Förderung seines Aufstiegs ist Zweck alles Wirtschaftens. Wir wehren uns mit aller Entschiedenheit gegen jeden Versuch der Untergrabung unentbehrlicher Grundpfeiler der Wirtschaft (Unternehmer und Kapital), da ohne sie dem deutschen Volke der notwendige Anteil an der weltwirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung nicht gesichert werden

kann. Wir rufen auf zur Sammlung aller, die in Privateigentum, Individualismus, Freiheit der Wirtschaft die größte Möglichkeit für die Erfüllung des menschlichen Strebens erblicken dem Volksganzen eine friedliche Entwicklung des materiellen Wohlstandes zu sichern.«

Es wird deutlich geworden sein: Das kapitalistische Unternehmertum sieht sich durch die staatlichen Beschränkungen seiner Freiheit in seinen Grundrechten gefährdet. Es sperrt Hunderttausende von Arbeitern aus, um den Staat zur Respektierung seines Machtwillens zu zwingen. Aus solcher Situation heraus ergibt sich für die Arbeiterklasse die Forderung die Suprematie des Staats über Wirtschaftsmacht und Wirtschaftsrecht zu festigen.

Der gegenwärtige Eisenkonflikt zeigt uns klar, daß die Verantwortung vor dem Sozialismus auch Staatsverantwortung verlangt. Nur wer ohne Vorbehalt dem Ganzen des Staates dient, kann verlangen, daß dieser Staat auch seine Gruppeninteressen befriedigt. Die Arbeiterklasse trägt gesamtgesellschaftliche Verantwortung, sie führt den Kampf gegen den Kapitalismus nicht, weil sie einer Gesellschaftsgruppe die Profite neidet, sondern weil sie mit der Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsform das Übel ausrotten will, daß *eine* Gesellschaftsgruppe sich den Forderungen des Gesellschaftsganzen entzieht. Der proletarische Wille geht auf Unterordnung der gesellschaftlichen Teile unter das Gesellschaftsganze. Der Kampf gegen das Kapital soll nicht nur im Klasseninteresse des Proletariats sondern im gesamtgesellschaftlichen Interesse geführt werden. Der Klassenkampf der Arbeiterbewegung hat das Ziel die kapitalistischen Gruppeninteressen dem Gesamtinteresse unterzuordnen. Sofern sich der Kampf der Arbeiterbewegung in dieser Richtung orientiert, kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß das Proletariat sich des Staates als des vorzüglichsten und nächstliegenden Mittels bedienen muß, um die Unterordnung der Wirtschaftswillkür einer Klasse unter das Gesamtinteresse durchzuführen.

Die Denkschrift über die Wirtschaftsdemokratie, die die Freien Gewerkschaften anlässlich ihres letzten Kongresses in Hamburg der Öffentlichkeit vorlegten, ist ein einziger Beweis dafür, daß die Arbeiterbewegung diese Praxis übt. Hier heißt es mit aller Deutlichkeit:

»Wir können uns keine politische Demokratie vorstellen, ohne daß wir an den Staat denken. Der Staat aber ist ein Gemeinwesen, das heißt eine über allen einzelnen stehende öffentliche Körperschaft, die einen Gemeinwillen ausdrückt. Das Wesen der Wirtschaftsdemokratie ist daher erst erfüllt, wenn die Verfügung über die Produktionsmittel nicht mehr einzelnen zu Privateigentum für private Zwecke zusteht sondern einem Gemeinwesen der Wirtschaft, das einen wirtschaftlichen Gemeinwillen verkörpert, in dem nicht mehr der private Nutzen einzelner, sondern der Gemeinnutzen bestimmend ist . . . Um so weniger läßt sich die staatliche Einmischung vermeiden, wenn es sich um die Schaffung der demokratischen Grundlage für die Gesamtwirtschaft handelt. Hier gilt es planmäßige Wirtschaftsführung im Interesse der Allgemeinheit durchzusetzen, wozu die Organisation der Wirtschaft auf der Grundlage des Sozialismus an Stelle der privatkapitalistischen Gewinnsucht gehört. Der Weg führt über die Übernahme der lebenswichtigen Betriebe durch die Öffentliche Hand, über die Erweiterung des Bereichs der öffentlichen Wirtschaft, über die Durchsetzung der planwirtschaftlichen Regelung und über die Wandlung des Eigentumsrechtes mit dem Ziel das Privileg des Besitzes aufzuheben. Das Prinzip der Wirtschaftsdemokratie ist die Unterordnung jeder wirtschaftlichen Tätigkeit unter die Interessen der Allgemeinheit, und der Kampf der Arbeiterschaft für die Demokratisierung der Wirtschaft als Weg zum Sozialismus ist ebenso sehr ein Kampf für das Wohl der Allgemeinheit, wie ihr politischer Kampf nicht nur der Eroberung des Wahlrechts für die Arbeiterschaft sondern der Eroberung des allgemeinen Wahlrechts und der politischen Demokratie galt.«

Mit aller Eindringlichkeit wird hier von den Freien Gewerkschaften betont, daß es im Interesse des sozialen Aufstiegs der proletarischen Klasse liegt die Entfaltung aller produktiven Kräfte in der Gesamtwirtschaft zu fördern, und zwar nicht zuletzt dadurch, daß die organisierten Wirtschaftsmächte der Macht des demokratischen Staatswesens untergeordnet werden.

In der Denkschrift der Freien Gewerkschaften über die Wirtschaftsdemokratie haben wir eines der erfreulichsten Dokumente des neuen sozialistischen Geistes vor uns, der den Mut hat die neuen Realitäten zu bejahen und praktisch zu meistern. Zu diesen neuen Realitäten gehört an erster Stelle die Wandlung des von der kapitalistischen Klasse beherrschten Vorkriegsstaats in eine Demokratie, die dem Proletariat dient, auch wenn, oder gerade weil sie die gesellschaftlichen Gruppenmächte in jene Schranken weist, die die Unterhaltung des Gesellschaftsganzen erfordern.

**L**EIDER verschließen sich heute viele Genossen immer noch durch scheintheoretische Bedenken dieser grundlegenden Erkenntnis, von der aus allein ein Blickpunkt zur Formung und Wertung der immer wieder herandrängenden Gegenwartsaufgaben des Proletariats gefunden werden kann. So ließ sich Max Adler am 15. Oktober in der Zeitschrift *Der Klassenkampf* in einem Aufsatz über Staatsverantwortung wie folgt vernehmen:

»Wer sich auf den Standpunkt der Staatsverantwortung stellt, stellt sich zugleich auf den Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung, er hat aufgehört nicht etwa nur klassenrevolutionär zu reden sondern so zu denken, fühlen und handeln. Er vertritt, ob nun als einfacher Genosse oder als Vertrauensmann in der Partei oder Gewerkschaft oder als Minister in einer Staatsregierung, nicht mehr das Interesse des Proletariats allein, sondern darüber hinaus auch die Interessen des "Ganzen", also auch die Interessen der besitzenden Klasse; das heißt, er muß sie stets mitberücksichtigen, und aus diesen Rücksichten allein das Maß und den Inhalt der Forderungen seiner eigenen Klasse bestimmen lassen . . . Da er aber über die Gesinnung und Handlung der anderen keine direkte Gewalt hat, so bleibt ihm nur übrig zunächst im eigenen Lager mit dem Entgegenkommen zu beginnen, also vom eigenen strengen Klasseninteresse des Proletariats abzugehen, in der Hoffnung, daß die anderen dies "würdigen" und ähnlich vorgehen werden.«

An einer andern Stelle des selben Artikels unterstellt Max Adler, daß die staatsverantwortlichen Genossen die Grenzen der sozialistischen Politik überall dort sehen, »wo die Interessen des Staatsganzen, der Nation, der Volksgemeinschaft sonst verletzt werden müssen«. Er wiederholt hier seine vor langen Jahren vertretene Auffassung, »daß jeder, auch der demokratischste bürgerliche Staat, das System der bürgerlichen Rechts- und Wirtschaftsordnung aufrechterhalten muß, ja daß dies die vorzüglichsten Aufgaben jeder Regierung im Staate sind«.

Max Adler kämpft gegen das "Ganze", das sich im Staat verkörpert. Er vermag nicht zu erkennen, daß das Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile. Er operiert mit einem naturwissenschaftlichen (aber in der modernen Naturwissenschaft schon überwundenen) Ganzheitsbegriff, der das eigengesetzliche Wesen der Staatsganzheit niemals zu erfassen vermag. In Wahrheit steht das proletarische Gruppeninteresse keineswegs im Widerspruch zu den Interessen des Ganzen, wie sie sich im Staat verkörpern. Sozialistischer Kampf ist ein Kampf für die Hoheit des Gesamtinteresses über die Gruppeninteressen. Der Klassenkampf des Proletariats ist von einer andern Struktur als der des Kapitalismus. Er sollte es jedenfalls sein; denn der

Sozialist ist kein Kapitalist mit dem berühmten, immer zitierten "negativen Vorzeichen". Die Arbeiterbewegung fordert die Unterordnung aller Einzelinteressen unter das Gesamtinteresse. Die modernen Kapitalmächte sind ein Hindernis auf dem Weg zur Erreichung dieses Ziels. Deshalb richtet sich der Klassenkampf des Arbeiters gegen den Kapitalisten. Er ist aber lediglich Mittel zu einem Zweck, nicht Selbstzweck. Von diesem geistigen Standort aus sind die Lehren Max Adlers abzuwehren, die aus dem Sozialismus das Negativum des Kapitalismus zu machen drohen.

Im Gegensatz zu Max Adler und seiner Anhängerschaft, zu der nicht zuletzt ein großer Teil der Jungsozialisten gehört, muß man gerade erkennen, daß Verantwortlichkeit vor dem Sozialismus Staatsverantwortung verlangt. Bei der Konzeption einer neuen sozialistischen Staatstheorie handelt es sich um nichts weiter als darum die geistigen Konsequenzen aus der täglich geübten neuen Praxis zu ziehen, die immer wieder für das Proletariat die Hilfe des Staats erwartet. Indessen werden heute von vielen Genossen immer wieder die alten Schlagworte wiederholt, wenn man auch die Wandlung in dem Verhältnis von Staat und Arbeiterklasse nicht zu leugnen vermag. Auf der einen Seite kann man nicht genug Forderungen an den Staat stellen, auf der andern Seite setzt man aber die "Versöhnung" mit dem Staat einer Preisgabe des Klassenkampfes gleich. Diese Widersprüche finden wir beispielsweise in einem Aufsatz Ernst Fraenkels über Staat und Gewerkschaften, der in dem schon genannten Klassenkampf am 1. Oktober erschien. Fraenkel sieht es etwa als einen Erfolg der Gewerkschaften an, daß durch die Neufassung des § 5 der Arbeitszeitverordnung die Befugnisse der Tarifparteien auf Vereinbarung der Arbeitszeit einer gewissen staatlichen Kontrolle unterworfen sind. Er widersetzt sich allen Bestrebungen auf einen Abbau der staatlichen Sozialgesetzgebung. Mit Recht betont er, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen außerhalb der Staatszone unmöglich sei. Dennoch spricht er von der Gefahr einer Versöhnung der Arbeiterklasse mit dem Staat, an den er seine Forderungen stellt. Eine solche widerspruchsvolle Haltung dem Staat gegenüber muß endlich aufgegeben werden. Von der neuen Wirklichkeit des Staates her haben wir auch unsere ideologische Staatsauffassung zu revidieren.

Die Tatsache, daß in diesen Wochen die Eisenindustrie einen Kampf gegen die Arbeiterklasse in Form eines Kampfs gegen die Staatsgewalt führt, sollte die Notwendigkeit dieser Revision unserer ideologischen Stellung zum Staat von neuem in unser Blickfeld rücken. Dieser Kampf demonstriert uns aufs deutlichste, daß eine Stabilisierung der Staatssouveränität in Form einer Ausgestaltung der staatlichen Zwangsmittel im Interesse der Arbeiterklasse liegt. Es handelt sich um die Entscheidung, welche Rolle die demokratische Staatsgewalt gegenüber den großen Wirtschaftsmächten spielen soll. Das Klasseninteresse des Proletariats verlangt deshalb ein Ja zu diesem Staat, der einer Kapitalsmonarchie entgegensteht. Diejenigen, die immer wieder das Schlagwort von dem Staat als einem Instrument im Dienst der herrschenden Klasse wiederholen, mögen es nun endlich einmal an dem neuen Wirklichkeitsbild dieses Staates überprüfen. Und insbesondere innerhalb der jungen Generation in der sozialistischen Bewegung muß die neue Staatsauffassung eine der stärksten Antriebskräfte werden.



# MAX KLESSE · GRUNDLAGEN JAPANISCHER POLITIK

**B**EREITS im letzten Jahrhundert der Schogunatherrschaft hatte die Bevölkerung Japans langsam, aber stetig zugenommen; sie betrug im Jahr 1723 etwa 26 Millionen, im Jahr 1852 etwa 33 Millionen. Die Verdichtung der Bevölkerung hatte in Gestalt der feudalen Manufakturen und der Ausbreitung des Verlagsystems zu einer Erweiterung des Lebensspielraums geführt. Die nach der Erschließung des Landes beginnende Industrialisierung saugte Zehntausende auf, vermehrte aber den Bevölkerungsauftrieb, nachdem die 200jährigen wirtschaftlichen, staatlichen und ständischen Fesseln gefallen waren. Der raschen Bevölkerungszunahme im letzten halben Jahrhundert steht eine verhältnismäßig geringe Auswanderungsbewegung gegenüber. Die Volkszahl stieg seit dem Jahr 1885, dem Beginn rascher industrieller Entwicklung, von 37,87 auf nahezu 62 Millionen im Jahr 1928. Zum Vergleich sei der Bevölkerungszuwachs einzelner europäischer Staaten angeführt, über die allerdings der Weltkrieg mit seinen furchtbaren Verwüstungen hinweggegangen ist:

Land	Einwohnerzahl (in Millionen)	
	1881	1921
Deutschland	45,5	62,5
Frankreich	37,6	39,2
Großbritannien	35,0	47,2
Europäisches Rußland	76,6	100,4

Die großen Gebietsverluste Deutschlands und Rußlands im Gefolge des Weltkriegs schränken den Vergleichswert allerdings sehr ein.

Der starke Zuwachs fand auf den japanischen Inseln Arbeit in Industrie, Bergbau, Handel und Verkehr, aber auch in der Ausdehnung der Landwirtschaft und ihrer Nebengewerbe, besonders der Seidenkultur. Die Innenkolonisation war jedoch, an der Bevölkerungszunahme gemessen, außerordentlich gering und glich in keiner Weise die großen Unterschiede in der Bevölkerungsdichte der einzelnen Reichsteile aus. Die mit reichen Tälern und Ebenen ausgestatteten reisebauenden Landschaften des Südens und der Mitte, die auch Zentren der industriellen Entwicklung geworden sind (wie die Gebiete um die milde japanische Inlandsee und der Kwanto) weisen eine Bevölkerungsdichte bis zu 350 Menschen auf den Quadratkilometer auf, während die weniger begünstigten Gebiete, besonders des Nordens, das Reichsmittel von 145 Menschen auf 1 Quadratkilometer kaum überschreiten, ja, meist nicht erreichen, wie die folgenden Zahlen aus dem Jahr 1920 zeigen:

Gebiet	Bevölkerung	Ausdehnung (in Quadrat- kilometer)	Bevölkerungsdichte (Menschen pro Qua- dratkilometer)
Mutterland im ganzen	55 963 053	385 522	145
davon			
Kwanto	11 127 995	32 275	345
Kiuschiu	8 158 520	42 003	194
Tohoku	5 795 974	66 904	87
Hokkaido	2 359 183	92 341	26

Der Hokkaido, die große Insel im Norden, ist so groß wie das heutige Un-



garn und könnte bei seinem Reichtum an gutem Boden, Holz und Mineralien wohl ebensoviel Einwohner fassen, das heißt etwa 8 Millionen, besitzt aber nach mehr als 30jähriger Kolonisationsarbeit nur wenig mehr als ein Viertel dessen. Diese Insel könnte gut die Getreide- und Obstkammer Japans werden, ganz abgesehen von ihrem Reichtum an Holz, Erzen, Kohle, Petroleum und Fischen. Der japanische Siedler fühlt sich in den windigen, leichten Holz-, Stroh- und Schilfhütten, die wohl für Japans Klima, aber nicht für den strengen Winter des Hokkaido taugen, nicht wohl; die nördliche Landschaft ist ihm fremd, die heimischen Feldfrüchte (Reis) gedeihen hier schlecht. Erst, wenn man zum Bau von festen Holz- und Steinhäusern übergeht und den einwandernden japanischen Bauern zum Anbau von klimafestem europäischen Getreide (Weizen) erzieht, wird das Land sich bevölkern und aufblühen. Aber dazu gehört, ebenso wie zur Erschließung des Landes durch moderne Verkehrswege, Kapital. Das (immerhin noch begrenzte) japanische Kapital findet auf dem Festland jedoch größere und schneller wirksam werdende Gewinne. Dazu kommt, daß der Hokkaido heute für Japan ein von keiner Macht bestrittenes Gebiet ist, alle Mittel der japanischen Wirtschafts- und Staatsmacht aber mit großer Umsicht in die noch bestrittenen Gebiete des Kontinents zum Ausbau und zur Ausdehnung der japanischen Reichs- und Wirtschaftsbasis geleitet werden.

Gerade die Abneigung des japanischen Siedlers gegen das rauhe Klima und die nördliche Landschaft beweist, daß die eingeschlagene Expansionsrichtung nicht den Wünschen und Bedürfnissen der japanischen Auswanderer entspringt sondern bewußt von der japanischen Wirtschafts- und Staatsführung beschränkt und weiter verfolgt wird. Die volkstümliche Auswanderungsrichtung zeigt viel mehr die freiwillige Wanderung japanischer Arbeiter in die warmen Gebiete des Südens und Ostens, die klimatisch dem Wärmebedürfnis des Japaners entsprechen und landschaftlich der Heimat verwandt sind und deshalb gern aufgesucht werden. Aber die vom japanischen Volk gefühlsmäßig gewählte Wanderrichtung nach den warmen Inseln und Ländern stieß auf den geschlossenen Widerstand der Angelsachsen, die sich einen bequemen Lebensraum für ungezählte Generationen vorbehalten wollen. Angesichts der geringen Zahlen mit nur wenig mehr als 200 000 Japanern in ganz Amerika und kaum 125 000 in Ozeanien, unter denen sich noch dazu Tausende von Prostituierten befinden, könnte man bei einer theoretischen Betrachtung des japanischen Lebensraums innerhalb der Inselgrenzen zu dem Schluß kommen, daß die weitere industrielle Entwicklung des Landes, planmäßige Innenkolonisation und endlich die Besiedlung und Aufschließung des menschenarmen Hokkaido noch auf Jahrzehnte hinaus den Bevölkerungszuwachs hätten aufnehmen können, also eine gewaltsame Ausdehnung über die Inselgrenzen hinaus nicht unbedingt lebensnotwendig gewesen wäre. Aber die Umlenkung nach dem Hokkaido gelang nicht, scheiterte zum Teil an dem Mangel an Mitteln, während die Industrialisierung an der Rohstoffarmut des Inselreichs an Eisenerzen, Kohle (qualitativ) und Baumwolle bald enge Grenzen gefunden hätte. Erst die Ausdehnung auf das Festland erweiterte den engen Nahrungsspielraum.

Der volkstümlichen Wanderung nach den warmen Ländern wurde also von den Angelsachsen des Stillen Ozeans von Canada bis Australien ein Riegel vorgeschoben. In kluger Erkenntnis des gegenseitigen Kräfteverhältnisses

suchte die japanische Regierung die auswandernden Massen in eine Richtung geringern Widerstands umzulenken: auf den asiatischen Kontinent. Und diese Expansion auf das Festland erfolgte nicht nur auf der Linie des geringsten Widerstands sondern vor allem auf der des größten Nutzens für das japanische Kapital; sie eröffnete der herrschenden Schicht die Aussicht durch militärische Erfolge Japan unter den europäischen Mächten Geltung zu verschaffen und ihm die wirtschaftlichen Grundlagen für eine moderne Großmacht zu erobern, die im eigenen Land nicht ausreichend vorhanden waren: Kohle, Eisenerze, Öl, Baumwolle und Nahrungsmittel.

**D**ER aufblühende japanische Kapitalismus hatte in nächster Nähe einen riesigen Kontinent mit unendlichen Möglichkeiten für die wirtschaftliche Ausbeutung seiner Reichtümer und seiner Bewohner. Die amerikanisch-europäischen Industrieländer hatten jedoch trotz ihrer räumlichen Entfernung in der Aufschließung des asiatischen Festlands einen erheblichen Vorsprung vor dem nahen Inselreich. Sie drohten China und Korea, deren Widerstandskraft den weißen Raubstaaten durchaus nicht gewachsen war, unter sich aufzuteilen und damit der japanischen Industrie die durch die geographische Lage gegebenen unentbehrlichen Rohstoff- und Absatzmärkte zu entziehen. Nur Eifersucht unter einander hatte sie bisher daran gehindert. Ferner schob sich aus Sibirien Rußland nach dem Chinesischen Meer vor, um einen eisfreien Hafen zu erbeuten. An dieser Vormarschlinie suchte es seinen Einfluß auszuweiten. Die Japan gegenüberliegenden Gebiete Korea und die Mandchurie, die für den japanischen Kapitalismus günstigsten Räume auf dem Festland, drohten verloren zu gehen. Ja, die Nähe eines so hungrigen Riesennachbarn konnte Japan in seiner dünn bevölkerten Nordinsel Hokkaido selbst eines Tages gefährlich werden. Daher verband Japan zunächst ein gemeinsames Interesse mit Großbritannien, dem großen Nachbarn und Gegner des russischen Riesen in Vorder- und Zentralasien. Japan schlug als Degen Englands Rußland zurück, das im Fernen Osten über 5000 Kilometer von den Quellen seiner Kraft entfernt war. Es entriß ihm die eisfreien Häfen (Port Arthur und Dairen) und eröffnete sich durch seinen Sieg die Bahn zur Ausdehnung auf dem Festland.

Bereits im Krieg mit China (1894 bis 1895) hatte Japan sich dieses Kriegsziel gesteckt, und nur die Einmischung der europäischen Festlandsstaaten, wobei Deutschland als Vorspann Rußlands diente, hatte ihm im Frieden von Schimonoseki diesen Siegespreis vorenthalten. Diese Betätigung Deutschlands gegen Japan ist uns nie vergessen worden. Die von England ausgegebene Parole "Rache für Schimonoseki!" gewann die japanischen Massen für das Eingreifen ihrer Regierung gegen Deutschland im Jahr 1914. England, in dessen Interessengebiet Japans Auswanderungsstrom nach Süden einst stoßen mußte, hat damals die Ausdehnung Japans auf das Festland gutgeheißen und unterstützt. Es verwandelte dadurch den Gegner der Zukunft in einen Bundesgenossen der Gegenwart im Kampf gegen Rußland (Bündnisvertrag von 1902). Als nun nach China auch Rußland zurückgeworfen war, konnte keine Macht Japan, den Verbündeten Großbritanniens, hindern seine Hand auf Korea zu legen. Zunächst begnügte es sich mit der Oberaufsicht. Der japanische Generalresident übte aber schon vor der formalen Besitzergreifung die Macht durch japanische Soldaten, Polizisten und

Beamte aus. Das Attentat auf den Generalresidenten Ito /1909/ diente als Anlaß zur Annexion im Jahr 1910. Seitdem sucht Japan dieses Land, durch dessen Vermittlung es einst Kulturanregungen in reichem Maß empfangen hatte, zu japanisieren. Zuerst sorgte es für die militärische Sicherung durch Ausbau des koreanischen Verkehrswesens (Eisenbahnen, Häfen); denn Korea bildet durch seine Brückenlage zwischen dem Inselreich und dem Kontinent den Ausgangspunkt für jede weitere Ausdehnung auf dem Festland. Die koreanischen Eisenbahnen haben heute bereits eine Ausdehnung von nahezu 2000 Kilometer. Um festen Fuß im Land zu fassen, schickte man zuerst alle auswanderungslustigen und gewinnsüchtigen Elemente Japans nach Korea, wo sie durch ihr rücksichtsloses Auftreten starke Antipathieen gegen Japan hervorriefen. Später erkannte man, daß nur ein sorgfältig ausgesuchtes, in der Heimat bereits bewährtes Menschenmaterial von Reisbauern, Handwerkern, Kaufleuten und Unternehmern fähig ist die japanische Herrschaft durch Leistungen auch im Interesse des eroberten Landes und seiner Bewohuer erträglich zu machen. Sind auf wirtschaftlichem Gebiet die Erfolge Japans in Korea unbestreitbar, so sind sie auf politischem noch fraglich. Die japanische Militärherrschaft schuf eine starke Abwehrstimmung, die sich in Attentaten und Scharmützeln zwischen koreanischen Freischärlern und japanischen Soldaten und Polizisten Luft machte. Inzwischen dürfte Japan aus dem Weltkrieg gelernt haben, daß schlecht behandelte nationale Fremdkörper in der Schicksalsstunde eines Reichs katastrophal wirken können, und dadurch gemahnt sein rechtzeitig eine vernünftige, nicht bloß auf Waffengewalt beruhende Eingliederung des koreanischen Volkes mit seiner jahrtausendealten Kultur in das Reich vorzunehmen. Die neuerdings geduldete Entwicklung eines koreanischen Bürger- und Beamtentums dürfte wohl einen Anfang in dieser Richtung bedeuten. Für das Schicksal Koreas wird das Tempo der Demokratisierung Japans entscheidend sein. Sicher kann Korea statt der heute 18 Millionen zählenden Bevölkerung etwa 30 ernähren. Wenn auch der Bevölkerungszuwachs in erster Linie auf die Koreaner entfällt, und die Japaner trotz allen Einwanderungsbegünstigungen durch die japanische Regierung immer nur einen Bruchteil der Bevölkerung ausmachen, so liegt eine Durchsetzung Koreas mit japanischen Einwanderern in den Städten durchaus im Bereich der Möglichkeit.



LS unmittelbare Frucht des Russisch-Japanischen Krieges /1904 bis 1905/ gewann Japan die russische Pachtung auf der äußersten Südspitze der Halbinsel Liautung mit den beiden eisfreien Häfen Port Arthur und Dairen. Im Jahr 1915 mußte China unter dem Druck Japans, das auch die deutsche Pachtung Tsingtau erobert hatte, in eine Verlängerung der Pachtung um 99 Jahre willigen; im Jahr 1923 wäre nämlich die russische Pacht abgelaufen. Ihre Bedeutung erhält diese kleine Provinz Kwantung mit 599 726 Chinesen und 82 145 Japanern als Einwohnern erst durch das reiche Hinterland, die Mandschurei.

Dieses den doppelten Flächeninhalt wie Deutschland aufweisende Land mit kontinentalem Klima (heiße Sommer, kalte Winter) ist außerordentlich fruchtbar und wird in raschestem Tempo von den übervölkerten Provinzen Nordchinas aus (Schantung, Tschili) besiedelt. Es wandert jährlich fast eine halbe Million Chinesen, in den letzten Jahren sogar zirka 1 Million, teils als Sachsengänger teils als bleibende Siedler ein und verwandelt den noch

billigen jungfräulichen Steppenboden, der ohne Düngung reiche Früchte trägt, in Ackerland. Die Handelskammer von Dairen schätzte im Jahr 1921 die kultivierte Fläche auf bereits 22 744 505 Acres, das heißt mehr als die doppelte Kulturfläche Koreas. Die Einwohnerzahl wurde von der selben Stelle auf 19 461 100 geschätzt, was entschieden zu niedrig gegriffen ist; sie dürfte heute wenigstens 30 Millionen betragen. In dieser rasch steigenden Flut von Chinesen würden rein zahlenmäßig die im Jahr 1922 auf 87 238 angegebenen Japaner in der Mandschurei völlig untertauchen, wenn sie nicht wirtschaftlich und politisch eine große Macht darstellten.

Neben dem umfangreichen Anbau der Sojabohne, des Hauptprodukts der mandschurischen Landwirtschaft, gewinnt der Weizenanbau immer größere Bedeutung. Zahlreiche Mühlen verarbeiten das Getreide bereits zu Mehl für die Ausfuhr. Die Mandschurei ist heute das reichste Überschußgebiet an pflanzlichen Nahrungsmitteln und Rohstoffen für den Fernen Osten und verspricht in Zukunft, zusammen mit der Innern Mongolei, in der Getreideversorgung der Ostvölker, sobald diese sich neben Reis und Hirse auch unseren Brotgetreidearten zuwenden, eine ähnliche Rolle zu spielen wie Canada und Argentinien für Europa. Heute ist noch das Hauptnahrungsmittel der chinesischen Bauern im Norden eine hohe Hirseart. Endlich gedeiht die Zuckerrübe strichweise so ausgezeichnet, daß auch auf diesem Gebiet mit der steigenden japanisch-chinesischen Nachfrage nach Zucker eine große Erweiterung der bereits begonnenen Produktion mit Hilfe der vorläufig noch billigen chinesischen Arbeitskräfte erfolgen wird.

Mit dem Sieg fiel den Japanern auch die Südmandschurische Bahn zu, die heute nach ihrem Ausbau die Hauptschlagader für das Wirtschaftsleben des Landes darstellt. Dies gilt wenigstens für die Südprovinz Schönking, deren Entwicklung am weitesten vorgeschritten ist. Der Schienenstrang und der ihn beiderseits begleitende schmale Landstreifen werden als langfristige Pachtung Japans von diesem verwaltet und durch Militärposten überwacht. Aber selbst in der Eisenbahnzone sind die 67 726 Japaner (ohne Garnison) neben 109 772 Chinesen in der Minderheit. Die Hauptstrecke ist durch eine Verbindungslinie an die koreanische Überlandlinie angeschlossen und dadurch strategisch gesichert. Im Jahr 1917 übernahm die Südmandschurische Eisenbahngesellschaft auch die Verwaltung der koreanischen Bahnen, im Jahr 1923 erreichte ihr Kapital 440 Millionen Jen; die Aktien sind zur Hälfte in den Händen der japanischen Regierung, zur Hälfte in denen japanischer Kapitalisten. Die Haupteinnahmequelle der Gesellschaft bildet der Transport der in gewaltigen Mengen angebauten Sojabohne. Diese wird nach aller Welt ausgeführt, und zwar in steigendem Umfang nach vorheriger Verarbeitung zu Öl und Bohnenkuchen (Krafftuttermittel). Auch als hochwertiges menschliches Nahrungsmittel gewinnt die Bohne in verschiedenen Formen immer größere Bedeutung. Die Eisenbahngesellschaft besitzt Lagerhäuser für Aufnahme und Sortierung der Bohnen, Ölmühlen und Öltanks. Ein weiterer wichtiger Erwerbszweig der Gesellschaft ist die Ausbeutung der reichen Kohlenminen von Fuschun, die gleichfalls von den Russen bereits im Stollenbau angegangen worden waren und von den Japanern im Tagbau abgebaut werden. Die Kohlen sind daher leicht und billig zu gewinnen und finden bei ihrer guten Qualität steigenden Absatz an der ganzen Nordküste Chinas. Die Kohlenminen von Fuschun gehören nach Umfang

und Qualität zu den besten im Fernen Osten. Sie sind durch Einlagerung von Ölschieferschichten ausgezeichnet. Berücksichtigt man ferner, daß das Problem der rentablen Ölgewinnung aus Kohle in absehbarer Zeit gelöst sein wird, so dürften die japanischen Hoffnungen sich in der Ölversorgung von Amerika unabhängig zu machen erfüllt werden. Der gesamte Kohlenvorrat wird auf 5½ Milliarden Tonnen geschätzt. Nimmt man an, daß auch nur ein Drittel davon gefördert wird, so würde der heutige Bedarf Japans, mit dessen Steigerung man allerdings in Zukunft rechnen muß, für mehr als 100 Jahre befriedigt werden können. In der Mandschurei fand Japan auch die für seine Großmachtstellung wesentliche Erweiterung seiner viel zu schmalen Eisenerzbasis in den Eisenerzgruben von Anzan. Die angegliederte Verhüttungs- und Stahlindustrie arbeitet zwar recht teuer, wird aber weiter ausgebaut, da sie im Kriegsfall den Bedarf sicherstellen könnte.

Das Unternehmen der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft ist also nicht bloß ein großes Verkehrsunternehmen sondern gleichzeitig ein moderner Produktionsstrust großen Stils, der alles in sich begreift, von der Kohlen- und Eisenerzgewinnung bis zum Stahlwerk und Lokomotivbau. Der Gesellschaft gehören auch umfangreiche Hafenanlagen in Dairen; sie hat einen eigenen Schiffsdienst zwischen Dairen und Schanghai eingerichtet. Dank der Machtstellung im Verkehrswesen und der zollfreien Gütereinfuhr in das Pachtgebiet und die Eisenbahnzone besitzt Japan außer seiner geographischen Lage einen Vorsprung vor allen anderen Konkurrenten im mandschurischen Handel. In langwierigen Tarifikämpfen mit der (russischen) Nordmandschurischen Eisenbahn ist es ihr gelungen auch einen Teil der nordmandschurischen Ausfuhr (Holz, Soja, Weizen) über Dairen zu lenken. Ebenso eifrig pflegte sie den Personenverkehr, indem sie das Land durch Anlage von gut geleiteten und verhältnismäßig billigen Hotels, Gas- und elektrischen Werken bereisbar machte. Dieses Riesenunternehmen des japanischen Kapitalismus ist ein Musterbeispiel dafür, daß auch die gelbe Rasse, vor große Aufgaben in großen Räumen gestellt, diese in jenem großzügigen Stil zu lösen vermag, den man bei uns amerikanisch zu nennen pflegt.

**B**ETRACHTEN wir noch einmal die Stellung der Japaner im chinesischen Reich und die Beziehungen zwischen den großen gelben Völkern. Von den im Jahr 1922 im Ausland lebenden Japanern ist nur etwa ein Drittel (zirka 200 000 von 592 000) auf chinesischem Gebiet. Davon sind allein in der mandschurischen Pachtung (Kwantung) 82 000 und in der übrigen Mandschurei (einschließlich der Eisenbahnen) 87 000. Im chinesischen Stammland leben nur 35 309, die unter den Fremden in China allerdings die stärkste Kolonie bilden. Fünf Sechstel der Japaner entfallen auf die Sitze der japanisch-chinesischen Textilindustrie in China, vor allem Schanghai (17 600), 2483 leben in Hankau, 1754 in dem in englischen Händen befindlichen Hongkong.

Von einer durch Rasse- und Kulturverwandtschaft getragenen politischen Verbundenheit und Arbeitsgemeinschaft der Japaner und Chinesen konnte bis heute noch nicht gesprochen werden, wenn man von einzelnen Vertretern des modernen japanischen Buddhismus absieht, die bewußt die Kultur- und Schicksalsgemeinschaft der ostasiatischen Völker betonen. Die Japaner gingen nach China nicht als arme Arbeiter, wie etwa nach Californien und Hawaii, sondern als die Reichtümer und Bevölkerung des Landes ausbeutende

Unternehmer. Die enge Verbindung des mandschurischen mit dem koreanischen Eisenbahnsystem beweist, daß Japan nicht gesonnen ist auf die wachsenden wirtschaftlichen, politischen und strategischen Vorteile zu verzichten, die die Verfügung über die inneren tatkräftig erschlossenen Hilfsquellen der Mandschurei für das nahe Japan zur Folge hat. Darin herrscht wohl Einstimmigkeit von der Rechten bis zur Linken im japanischen Volk, daß ein solcher Verzicht nicht bloß Japans Großmachtstellung erschüttern sondern unabsehbare Not für die japanischen Volksmassen bedeuten würde, weil ein bedeutungsvoller Eckpfeiler der japanischen Wirtschaft und damit des nationalen Nahrungsspielraums auf der Mandschurei aufgebaut ist. Japan, dessen ganze Politik im festländischen Raum darauf hinauslief von der Amurmündung bis nach Schantung keine Großmacht sich festsetzen zu lassen, und das jüngst erst Deutschland daraus vertrieben hat, würde sich in 1 bis 2 Menschenaltern hier großen Schwierigkeiten gegenüber sehen, wenn es nicht vorher gelänge die sozialen und nationalen Gegensätze in einer für beide Teile ersprießlichen Arbeitsgemeinschaft zu überbrücken, die allein in Zukunft Japans Stellung in der Weltwirtschaft und Weltpolitik erhalten kann. Japan ist heute stark genug, um von sich aus eine für beide Teile ersprießliche Lösung in Richtung der notwendigen ostasiatischen Arbeitsgemeinschaft einzuleiten. Seit 1910 hat es mit großem Geschick und mit bestem Erfolg die Atmosphäre mit Rußland bereinigt und durch den während des Weltkriegs abgeschlossenen russisch-japanischen Bündnisvertrag klar seinen Willen zu einer Politik der Zusammenarbeit mit Rußland bekundet.

Die Einigung des chinesischen Stammlands unter der nationalen Regierung wird gerade angesichts der Geschicklichkeit, ja Gerissenheit der angelsächsischen Großmächte, die China erneut unter ihren Einfluß zu bringen trachten, Tokio veranlassen eine Chinapolitik einzuschlagen, die auf eine wirtschaftliche Konzentration Ostasiens abzielt. Japans nächste Zukunft liegt nach wie vor nicht auf dem Wasser sondern auf dem Kontinent, wo es gegen die Angelsachsen auf dem Posten sein muß. Diese Notwendigkeit für Japan das neue China politisch und wirtschaftlich zu gewinnen wird der ganzen Ostasienpolitik der nächsten Zukunft ihren Stempel aufdrücken. Das Tempo der Verständigung und Annäherung der beiden Mächte wird jetzt erheblich beschleunigt, weil der Anspruch der Nationalen Regierung des neuen Chinas auf den Anschluß der Mandschurei die japanische Politik veranlaßt eine neue Plattform der Arbeit im nordchinesischen Siedlungsraum gemeinsam mit der chinesischen Regierung zu zimmern. Wie ernst Japan die Reinigung der Atmosphäre ist, beweisen der Beschluß des japanischen Kabinetts die noch in Schantung stehenden Garnisonen zurückzuziehen und eine Äußerung des japanischen Premiers Tanaka, nach der Japan zur Revision des japanisch-chinesischen Vertrags von 1896 bereit ist. Der Vorkämpfer der sino-japanischen Verständigung, der japanische Generalkonsul Vada in Schanghai, soll als japanischer Unterhändler in Aussicht genommen sein.

Es kann nur eine positive Lösung geben: engste Zusammenarbeit zwischen Japan und China. Nur gemeinsam können sie die gewaltigen wirtschaftlichen Möglichkeiten ihres Lebens- und Arbeitsraums aus dem Reich der Idee in die Wirklichkeit herüberholen, nur gemeinsam können sie die berechtigten Ansprüche ihrer Rasse auf subtropischen und tropischen Siedlungsraum gegen den Raumegoismus der Angelsachsen in Zukunft durchsetzen.



NSERE Betrachtungen, die sich vorzüglich mit Japans Stellung auf dem asiatischen Kontinent beschäftigten, ergaben als notwendige und organische Lösung die chinesisch-japanische Arbeitsgemeinschaft, die sich eng an das zukünftige Rußland und den sich bildenden Vereinigten Europäischen Kontinent anlehnen und zusammen mit ihnen ein Gegengewicht gegen den angelsächsischen Mächteblock (Britisches Reich und Vereinigte Staaten von Amerika) bilden und allein den Weltfrieden verbürgen könnten.

Der Kern der neujapanischen Reichsbildung umrahmt also das Japanische Meer: am Ufer begrenzt von Korea und der russischen Küstenprovinz, auf der Meeresseite von dem geschlossenen Inselkranz der japanischen Inseln von Kiuschiu bis nach Sachalin. Die benachbarten Randmeere: im Süden das Ostchinesische und im Norden das Ochotskische, sind im Kriegsfall dem japanischen Zugriff preisgegeben, solange nicht China eine ebenbürtige Macht darstellt. Aber nicht bloß in diesen Seeräumen ist Japan Herr dank seiner geographischen Längenausdehnung und seiner seetüchtigen Bevölkerung, sondern es streckt seine Fühler auch in die dem Wärmebedürfnis seiner Rasse mehr entsprechenden südlichen Meere mit ihren Inselgruppen aus. Die Bonin- und Vulkaninseln sind altjapanischer, unbestrittener Besitz. Sie dienen gleichsam als Sprungbrett nach dem Süden und Osten, wo Japan allerdings auf die amerikanische Sicherungslinie von Californien (über Hawaii und Guam) nach den Philippinen stößt, hinter deren Schutz sich die nördlichsten Stationen des britischen Australiens (Neuguinea und benachbarte Inseln) bergen. Durch das Ausscheiden Deutschlands ist die politische Geographie in diesem See- und Inselraum, der an Größe fast dem australischen Kontinent gleichkommt, vollkommen umgewälzt worden. Deutschland, das mit seinem isolierten Südseeinselnreich für alle Partner (Vereinigte Staaten, Australien, Japan) den bestgehaßten Puffer abgegeben hatte, ist endgültig aus dem Machtbereich des Stillen Ozeans verschwunden, wie schon vor ihm Spanien. In der Zukunft sind die jüngst unter der Form eines Völkerbundmandats erworbenen ehemaligen deutschen Südseeinseln bis zum Äquator von allergrößter Bedeutung für das politische Leben im Stillen Ozean. So geringfügig dieser Besitz (Marianen-, Palau-, Karolinen-, Marschallinseln) an nutzungsfähigem Boden und sonstigen wirtschaftlichen Möglichkeiten (die Phosphatinsel Nauru gehört den Australbriten) ist, so wichtig und wertvoll ist er: 1. als 2. Etappe (nach der 1. in Formosa) in südlichen Meeren zu südlichen, für japanische Siedler geeigneten Ländern, 2. durch die weite Verstreung der Inseln über einen gewaltigen Meeresraum; er stößt heran bis an das australisch-britische Inselmeer und unterbricht die gerade amerikanische Verbindung Hawaii-Guam-Philippinen.

Mit diesem Vordringen nach dem Ozean und Äquator ist eine neue Phase der japanischen Reichsentwicklung eröffnet worden oder vielmehr der alten Wanderbewegung des Volkes nach warmen Ländern Richtung gegeben (in zeitgemäßer Form als Völkerbundsmandat). Die eingeschlagene Richtung wird, weiter beschritten, die ganze weiße Rasse zur Selbstbesinnung zwingen. Japan erscheint darin mit den Ansprüchen seines Volkes auf warme Siedlungsgebiete; hinter ihm folgen schattenhaft China und Indien, deren Söhne heute noch als Halbsklaven (Kontraktarbeiter) dem europäisch-amerikanischen Kapital die Ausbeutung der Tropen und Subtropen ermöglichen.

Bereits in den achtziger Jahren ging ein starker Strom japanischer Auswanderung in den ihrem Wärme- und Arbeitsbedürfnis entsprechenden pazifischen Raum, und zwar zunächst nach dem kleinen Inselreich im Osten, nach den Hawaiiinseln, die vom amerikanischen Kapital mit Hilfe japanisch-chinesischer Arbeit ausgebeutet werden. Der Anteil der Japaner an der Gesamtbevölkerung stieg mit dem Rückgang der durch Alkohol und Zivilisation dezimierten Eingeborenen rasch an und machte vor dem Weltkrieg mit 90 000 nahezu die Hälfte der Bevölkerung aus. Im Jahr 1924 waren von 307 100 Einwohnern 125 368 Japaner. Ebenso lockte sie das milde Californien, wo sie als Gemüse- und Obstzüchter, kleine Händler und Handwerker ein gutes Auskommen finden. Sie kehren meist nach einiger Zeit mit den Ersparnissen in die Heimat zurück und machen neuen Landsleuten Platz. Die japanische Einwanderung ist bekanntlich unterbunden worden. Die Bedürfnislosigkeit der gelben Einwanderer drohte die Lebenshaltung der weißen amerikanischen Arbeiterschaft zu senken. Rasseabneigung, vermischt mit Verachtung für eine ganz andere unverstandene Kultur und Furcht vor einem wirtschaftlich und militärisch nicht zu verachtenden Gegner vereinigten schließlich alle Schichten Californiens in jener bekannten Gesetzgebung zur Erschwerung der "farbigen" Einwanderung. Diese gipfelte darin die Anzahl der aufenthaltsberechtigten Japaner zu begrenzen, jede weitere Einwanderung zu unterbinden und das japanische Wirtschafts- und Kulturleben zu zerstören (Schließung japanischer Schulen, Enteignung japanischen Grundeigentums und Verbot neuen Landerwerbs, ja überhaupt der Beschäftigung in der Landwirtschaft). Noch ängstlicher, weil wehrloser, fühlten sich die anderen angelsächsischen Siedlungsreiche am Stillen Ozean: Australien, Neuseeland und auch Canada, die alle menschenarme Hochlohnländer sind und leicht das Zehnfache der heutigen Einwohnerzahl ernähren könnten. Nur die Länder Lateinamerikas: Brasilien, Peru, Mexico, machen der japanischen Einwanderung keine Schwierigkeiten.

Zum Schluß folge eine Übersicht über die in Amerika und Ozeanien lebenden Japaner. Im Jahr 1922 lebten in Nordamerika 152 336 Japaner, davon 130 635 in den Vereinigten Staaten, 48 023 in Nordcalifornien (7 039 in San Francisco), 18 997 in Südkalifornien (17 999 in Los Angeles), 18 712 in Canada (besonders in Britisch Columbia), in Südamerika lebten 52 243 Japaner, davon 39 731 in Brasilien, 9 675 in Peru, 2 161 in Argentinien; in Ozeanien lebten 123 985 Japaner, davon 116 169 auf den Hawaiiinseln, 4 458 in Australien, 3 358 im Mandatsgebiet.



**C**HINESEN und Japaner des Südens sowie Inder sind, neben Negern und zum Teil Malaien, die von der Natur bestimmten Arbeiter in den Tropen und Subtropen des Indischen und Großen Ozeans; sie werden deshalb auch einst ihre Besitzer und Herren werden. Es ist daher notwendig für alle Europäer, die ihrem gequälten Erdteil unfruchtbare Kämpfe um nach Selbstbestimmung ringende Außenposten ersparen wollen, diese Entwicklungstendenzen aufmerksam zu verfolgen; es ist aber lebensnotwendig für das Zusammenleben der Weißen mit den Andersfarbigen und damit für den Weltfrieden, daß die heutigen Besitzer tropisch-subtropischer, besonders indopazifischer Gebiete durch Änderung in der Behandlung der Andersfarbigen eine Arbeitsgemeinschaft vorbereiten, die auf lange Zeit Platz für beide Partner läßt.



Man wird, wie eingangs gezeigt wurde, noch für die nächsten Jahrzehnte mit einem jährlichen Bevölkerungszuwachs Japans von 800 000 bis 1 Million Köpfen rechnen müssen, die bei den Schwierigkeiten der japanischen Großindustrie (Übergang von der Quantitäts- zur Qualitätsarbeit) und der Mechanisierung der Kleinindustrie wohl kaum alle in der Heimat Brot finden werden, trotz der raschen Entwicklung der Länder am Stillen und Indischen Ozean. Geradezu aufreizend muß es daher wirken, wenn "Mächte" wie Australien und Neuseeland ihrerseits danach streben, aus Gründen der Sicherheit, einen Kranz von weit vorgelagerten Inseln in ihre Hände zu bekommen, die sie weder mit Kapital noch Menschen versorgen und daher nicht weiter entwickeln können. Neuseeland, fast so groß wie Italien, mit kaum  $1\frac{1}{3}$  Millionen Einwohnern, auf dem 8 Tagereisen nordöstlich liegenden Samoa wirkt, ebenso wie Australien auf Neuguinea, wie ein Hohn angesichts der dichtbevölkerten Gebiete Mitteleuropas und Asiens. Es ist ein "Imperialismus" nicht aus Stärke und überströmender Lebenskraft sondern aus Angst und kompensatorischer Arroganz.

Eine sorgfältige Prüfung muß darüber angestellt werden, wieviel von den gewaltigen Räumen, die heute die weißen Völker und insbesondere die Angelsachsen für sich beanspruchen, auch von ihren Volksmassen besiedelt und damit billigerweise von ihnen behalten werden können. Wenn wir uns auf den pazifischen Raum beschränken, der allein für die japanische Wanderung ernstlich in Frage kommt, so läßt sich folgendes sagen: Eine großzügige Einwanderungs- und Siedlungspolitik, die europäische Menschen in Massen heranzieht, kann die ganze Westküste Canadas und der Union "weiß" erhalten und mit einer wachsenden, 30 bis 50 Millionen zählenden Bevölkerung versehen, die nicht von der krankhaften Angst gequält zu sein braucht von einigen Hunderttausend Asiaten verdrängt zu werden. Eine gleich großzügige Einwanderung von Europäern könnte im Lauf des Jahrhunderts die weiße Bevölkerung Neuseelands und Australiens verzehnfachen und ihr den Frieden der See wiedergeben. Neben diesen Ansprüchen auf die für weiße Arbeit geeigneten Siedlungsräume muß grundsätzlich für einen Verzicht auf die Tropen und Subtropen zugunsten der andersfarbigen Völker eingetreten werden, da sie allein fähig sind diese Gebiete für die Weltwirtschaft durch ihrer Hände Arbeit nutzbar zu machen. Praktisch würde es sich zunächst darum handeln der Einwanderung von Japanern keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten, soweit sie sich auf die im Süden ihres Reichs sich fortsetzenden Inselbögen und ozeanischen Inseln erstreckt. Die Vereinigten Staaten, die den Philippinen feierlich die Unabhängigkeit in Aussicht gestellt haben, sollten grundsätzlich der japanischen Einwanderung dorthin keine Schwierigkeiten machen. Die großen und kleinen Sundainseln, die Molukken und Neuguinea bieten Platz und Arbeit für unzählige Millionen und können nur zum Teil von den Malaien selbst bevölkert werden. Für das angelsächsische wie europäische Kapital wäre die Erschließung dieser Räume eine große Aufgabe, aber fürs erste weniger profitabel als die Chinas, Indiens, Javas und anderer dichtbevölkerten Gebiete. Läßt man in die dünnbevölkerten genannten Inseln Südchinesen und Südjanaper ungehindert einwandern, so kann ihr Strom zum größten Teil von den angelsächsischen Siedlungsräumen abgelenkt werden, und diese gewinnen ein Jahrhundert Zeit, um von Europa aus dichter bevölkert zu werden.



den Rechtsansprüchen und Rechtsinstinkten ist, das indessen über triebhafte Betätigung dieser Ansprüche hinaus sich gedanklich keine Sorgen um die Einordnung dieser seiner kindlichen Persönlichkeit in ihre Umgebung macht. Der Jugendliche ist andererseits noch keine ausgereifte Persönlichkeit in dem Sinn, daß er mit einer aus Erlebnissen erwachsenden und geschulten Kritik zu den Dingen seiner Umgebung einigermaßen sachlich Stellung nehmen kann. Wir verstehen, daß sich die Abgrenzung nach unten weitaus leichter vollziehen läßt als die nach oben. Denn die Grenze zwischen dem Kind und dem Jugendlichen ist, individuell verstanden, zum mindesten theoretisch zu erfassen: durch das Erlebnis der eigenen Persönlichkeit, dem aus dem Innern des Organismus kommenden Antrieb über sich und die Welt nachzudenken, kurz durch die gedankliche Auseinandersetzung mit dem eigenen Ich. Dieses Persönlichkeitserlebnis wird dadurch eingeleitet, daß eine Absonderung geschlechtlich bestimmter Stoffe seitens der reifenden Geschlechtsdrüsen ins Blut eintritt. Auf diese Weise wird mit Hilfe des Blutumlaufs die Großhirnrinde als Sitz unserer Vorstellungen in Mitleidenschaft gezogen. Die chemische Umwälzung kommt als Gefühl einer, wenn auch dem Ziel nach zunächst unbekanntem Veränderung des eigenen Wesens zum Bewußtsein. Auf diese Weise ist für den nunmehr Jugendlichen ein Anlaß gegeben über Ursachen dieser Veränderung und damit zwangsläufig über sein Ich nachzudenken. Aus triebhaften Voraussetzungen verproblematisiert er sich selbst. Mit anderen Worten: Im Gegensatz zu seiner Kindheit nimmt er nunmehr weder sich noch die Umwelt als selbstverständlich hin, beginnt dagegen über Gott und die Welt zu grübeln. Die Folge dieses Prozesses pflegt eine mehr oder weniger stark empfundene respektive mehr oder weniger stark in die Erscheinung tretende innere und äußere Isolierung der gewohnten Umgebung gegenüber zu sein. Eine Tatsache, die etwa jeder mit Fingerspitzengefühl begabte berufsmäßige Erzieher bei hinreichender Aufmerksamkeit und nicht übermäßiger Größe der Schulklasse bei dem einen oder andern seiner Schutzbefohlenen beobachten kann. Bei der Stellung, die in unserem Kulturzusammenhang der Erwachsene mit dem autoritativen Bewußtsein seiner eigenen Würde einnimmt, pflegt der Kleinere, Jüngere, Unerfahrene ins Hintertreffen zu geraten; die auf chemischer Grundlage durch Vermittlung des Vorstellungsapparats entstehende Kontaktlösung zwischen dem Jugendlichen und seiner Umwelt drängt somit ungemein regelmäßig diesem Jugendlichen das Gefühl auf: Die anderen verstehen mich nicht. Sehr bald indessen gewinnt diese im Bereich des bloßen Urteils liegende Ansicht eine affektive Note: Die anderen *wollen* mich nicht verstehen. Und damit ist die Voraussetzung klargelegt, deren Erkenntnis für die Erziehung und gegebenenfalls auch juristische Beurteilung des Jugendlichen notwendig ist: Zu einem Teil aus den erörterten Entwicklungsvorgängen, zum andern und wesentlichen Teil aber aus der pädagogischen Haltung der Erwachsenen heraus ist der Jugendliche im allgemeinen diesen Erwachsenen gegenüber mit Mißtrauen gesättigt. Die Folge ist, daß er niemanden an sich herankommen läßt. Was hat er es nötig sich mit "denen da" überhaupt abzugeben? Das Bemühen um Verständigung ist ja doch zwecklos.

Nun wird man sich mit Recht fragen: Welche Beziehungen haben diese psychologischen Aufweisungen zu den sexuellen Angelegenheiten, die gerade im Hintergrund des Krantzprozesses die Öffentlichkeit so stark beschäftigen?

Wir wissen, daß alle die Erscheinungen der Übergangsjahre, die, vom Erwachsenen meist als Flegel- oder Backfischstreiche empfunden, den Ausdruck der dem Jugendlichen aufgenötigten Oppositionsstellung bilden, auf chemische Veränderungen während der sexuellen Reife zurückgehen. So kann es uns nicht wundern, daß im Zusammenhang mit dem Persönlichkeitserlebnis auch das Bemühen um eine gedankliche Auseinandersetzung mit dem sexuellen Problem auf triebhafter Grundlage eingeleitet wird. Viel früher als die Öffentlichkeit im allgemeinen weiß oder wahrhaben will, beginnen, verstärkt durch den gelegentlichen sexuellen Anschauungsunterricht proletarischer Wohnungsverhältnisse, Fragen des sexuellen Gebiets die Kinder und später mit entsprechend triebhafter Verstärkung die Jugendlichen zu interessieren. Wenn ich nur als ein Beispiel anführe, daß mich in einer Unterhaltung mit 13- und 14jährigen Schulkindern ein Mädchen danach fragte, wie lange nach einer Entbindung man wieder Verkehr haben dürfe<sup>1</sup>, so wird klar sein, daß die Voraussetzung einer solchen Frageformulierung ein mehrjähriges Nachdenken über die fraglichen Zusammenhänge ist.

Die Zuordnung der sexuellen Interessen zu den Altersstufen, in denen sie wirklich auftauchen, wird selten richtig vollzogen. Meist unterschätzt man den Auffassungsumfang der Jüngeren. Ebenso herrscht die größte Unklarheit über die beim Jugendlichen vorkommenden homoerotischen Tendenzen seiner Empfindungen und Neigungen. Fast bei jedem Jugendlichen findet sich in der Übergangszeit eine homoerotisch zu deutende Phase (Horden-tum, Backfischcliquen), die, entsprechend der Entwicklungsstufe des einzelnen, der Jahresklasse nach sehr verschieden gelagert sein kann (Frühentwicklung, Spätentwicklung). So kann der Anschein wirklicher Homosexualität bei einem spät entwickelten Jugendlichen gelegentlich entstehen, ohne begründet zu sein, zumal wir bei Zeugenaussagen mit der Tatsache nachträglicher Sexualisierung früherer Vorgänge rechnen müssen.

Durch die kulturpsychologisch bedingte und erklärbare Haltung der Mehrzahl unserer Erwachsenen der sexuellen Frage gegenüber fühlt nun der Jugendliche, daß da anscheinend ein großes Geheimnis vor ihm verborgen werden soll. Er wird, je stärker alle diese sexuellen oder wenigstens vom Erwachsenen sexuell gedeuteten Dinge unter affektivem Druck gehalten werden, einen um so stärkern Antrieb zur Sammlung eigener Kenntnisse und gegebenenfalls auch eigener Erfahrungen empfinden. Man muß sich nun davor hüten zu glauben, daß alles, was dem Erwachsenen als "sexuell" erscheint, etwa für das jugendliche Bewußtsein in jedem Fall sexuell ist. In dieser Beziehung können die größten Mißverständnisse entstehen, für die der Krantzprozeß ganz peinliche Beispiele geboten hat.

Wichtig für die Praxis der Erzieher und Juristen und darum besonders zu beachten sind in diesem Zusammenhang vor allem 2 Tatsachen:

1. Die der sexuellen Reifezeit eigentümliche Labilität der Empfindung, das Schwanken zwischen extremer Lebensbejahung und Lebensverneinung (Selbst-

1) Ich habe eine Reihe derartiger Fragen in meiner Sexualpädagogik /Rudolstadt 1927/ zusammen mit dem in diesen Ausführungen auch anzudeutenden zeugenpsychologischen Hintergrund veröffentlicht. Ebenso mit Aufweisung der pädagogischen Konsequenzen in Geschlecht und Liebe /Rudolstadt 1928/. Eine Analyse der Psychologie der Entwicklungsjahre findet sich in meinem Heftchen Bub und Mädel /Rudolstadt 1928/. Die Nöte der Entwicklungsjahre kommen dokumentarisch zum Ausdruck in der Briefsammlung Sexualelend und Sexualberatung /Rudolstadt 1928/.

mordgefahr) kennzeichnet die völlige Andersartigkeit der Struktur jugendlicher Persönlichkeiten im Vergleich mit den "Gereiften". Von höchster Bedeutung wird diese Andersartigkeit in zeugenpsychologischer Beziehung, wobei ich nichts Besseres tun zu können glaube als auf die grundlegende Arbeit William Sterns darüber hinzuweisen<sup>2</sup>. Bei der Frage, bis zu welchem Alter die psychologischen Voraussetzungen des Jugendgerichtsverfahrens für jugendliche Zeugen im Strafprozeß gelten sollten, wird sich ein gewisser Schematismus nicht umgehen lassen. Aber wenn man eine solche Festlegung versucht, möchte ich aus den Erfahrungen meiner Jugendberatung dafür plädieren dieses Alter lieber etwas zu hoch als zu niedrig anzusetzen: besser 20 als 18 Jahre.

2. Die bloße Tatsache, daß es zu bewußtermaßen erotischen oder sexuellen Handlungen zwischen Jugendlichen kommt, darf an sich noch nicht als Merkmal der Verwahrlosung gedeutet werden. Es ist erfreulich zu bemerken, daß sich wenigstens im Rahmen der Arbeit großstädtischer Jugendämter diese Erkenntnis mehr und mehr durchzusetzen beginnt. Bei aller Schärfe der Warnung vor einer Überspitzung des Verwahrlosungsbegriffs muß deutlich betont werden, daß die psychischen und doch auch sozialen Verwicklungen, die aus frühzeitigen bewußt sexuellen Erlebnissen erwachsen, den Jugendlichen in erhöhtem Maß beratungsbedürftig machen.

Hierbei darf sexuelle Aufklärung nicht einfach mit sexueller Erziehung verwechselt werden. Bei der Aufklärung als bloßer Kenntnisvermittlung kommt es gar nicht so sehr auf das Was an sondern auf das Wie. Mit anderen Worten: Die Tatsache, daß überhaupt vertrauensvoll offen gesprochen wird, ist ein Weg, um die erzieherisch notwendige Vertrauensbasis zu sichern. Bei der gekennzeichneten Mißtrauenssphäre, in der sich die meisten Jugendlichen den Erwachsenen gegenüber befinden, wird aber nur derjenige ältere Mensch, der die Vertrauensbasis mit den Jugendlichen auf kameradschaftlichem Weg auszubauen und zu erhalten weiß, sich das notwendige "Renommee" bei den Beratungsbedürftigen sichern können, das Voraussetzung für das rechtzeitige Zustandekommen solcher Beratungen ist. In dieser Beziehung will ich hoffen, daß durch Kollektivarbeit der Mediziner, Pädagogen, Psychologen und Juristen die verständnisvolle Kenntnis der Eigenart jugendlicher Altersstufen weiter gefördert wird, um in Zukunft Ereignisse wie den Krantzprozeß in einer solchen Form, wie er sich abgespielt hat, unmöglich, besser gesagt überflüssig zu machen.

Sachgemäße Würdigung jugendlicher Übergangszustände wird sich nicht durch Anwendung irgendeines pädagogischen Rezepts erreichen lassen. Rezepte in der Pädagogik sind sinnloser als in irgendeiner andern Wissenschaft, und insofern kann ich hier, abgesehen von der Berufung auf das erzieherische Taktgefühl, kein Rezept geben. Wohl aber einen Appell aussprechen, und der lautet: Jeder einzelne, der mit den hier erörterten Fragen als Erwachsener zu tun hat, bemühe sich in hinreichend selbstkritischer Weise das übliche Ressentiment des Erwachsenen zu überwinden. Kameradschaftliches und freundschaftliches Verhalten ist der sicherste und einzige Weg bei jeder Bemühung um das Vertrauen der Jugend.



2) Siehe Stern Jugendliche Zeugen in Sittlichkeitsprozessen /Leipzig 1926/.

## ORTRUD STUMPFER · DIE SELBSTVERWALTUNG DER DEUTSCHEN STUDENTEN NACH DEM KRIEG



UENE Kämpfe unter den deutschen Studenten, die in letzter Zeit vor der Öffentlichkeit ausgefochten wurden, waren der Ausdruck der Krise einer studentischen Nachkriegsgeneration, die sich in den Idealen und der Romantik der Vorkriegszeit und in der Negation des Neuen gefiel, der Krise, die schließlich zum Zusammenbruch der großen Studentenorganisation führte, die sich Ende Juli zum Danziger Studententag nur noch als Torso zusammenfand. Die Öffentlichkeit, deren Aufmerksamkeit oft genug durch die Hochschulkämpfe, vom Gumbel- und Lessingskandal über den Bonner Flaggenzwischenfall bis zu den jüngsten Berliner Hochschulkrawallen, in Anspruch genommen wurde, gewinnt nicht immer ein klares Bild dieser Entwicklung, zumal der Maßstab anders geworden ist. Sie sei daher hier kurz dargestellt.

Das erste, was beim Betrachten der deutschen Studentenschaft heute im Gegensatz zur Vorkriegszeit auffällt, ist ihre stärkere Bewußtheit. Als nach dem Krieg die Hochschulen sich wieder füllten, war die Mehrzahl der Menschen, die dahin kamen, durch das gleiche große Erlebnis mit einander verbunden. Die neben einander im Kampf gestanden hatten, hatten eine Basis ihrer menschlichen Beziehungen gewonnen, von der aus sie auch das Leben auf der Hochschule besonders gestalten wollten. Es kam hinzu, daß der Zusammenbruch des alten Staats ein Chaos zurückgelassen hatte, das jeden, wollte er sich durchsetzen, zu engem Zusammenschluß mit seinen Berufsgenossen zwang. Die Macht der Organisationen, der Gewerkschaften, Berufsverbände usw., wuchs, das Koalitionsrecht wurde von früheren Hemmungen befreit, immer mehr Standes- und Interessenvertretungen entstanden. So mußte auch die Studentenschaft, deren Lage noch viel schwieriger und haltloser war als die anderer Gruppen, nach einer Organisationsform suchen, um sich mit fest umrissenem Arbeitsgebiet in das Staatsganze einzugliedern. Daß die Studenten nach Kriegsende meistens an Jahren älter und geistig reifer waren als in normalen Zeiten, daß sie aus dieser reifern Selbständigkeit heraus eine Bevormundung ablehnten, traf mit dem jener Zeit eigentümlichen Streben nach Selbstregierung zusammen. Gemeinsame Not, aufkommendes Organisationsbewußtsein, Streben nach Selbstverwaltung waren die Triebkräfte, die die Studenten von der Front und aus den verarmten bürgerlichen Schichten zur Bildung einer Deutschen Studentenschaft bewogen. Man hatte dabei nicht die Absicht etwa eine rein studentische Interessenvertretung zu schaffen, sondern man wollte eine "Standesvertretung"; sie sollte sämtliche Studenten erfassen, sie zu einer Gemeinschaft zusammenschließen und so organisch in das Gefüge der Hochschule als historischen Organismus eingliedern. Die Erzielung besserer Studiums- und Fortkommensmöglichkeiten wurde als Zwecksetzung strikt abgelehnt; man erstrebte die Erhaltung respektive Formung der Akademikerschaft zu einem kompakten soziologischen Begriff.

Schon in den letzten Kriegsjahren waren an einzelnen Hochschulen Studentenausschüsse entstanden, und als es schließlich 1919 in Würzburg zur Gründung der Deutschen Studentenschaft kam, waren sämtliche Hochschu-

len durch ihre Studentenausschüsse vertreten. In den Richtlinien hieß es da: »Wir erwarten, daß die Organisation . . . die Mitarbeit der Studenten in Kultur und Politik im Staatsleben herbeiführt und sichert, das heißt also die Erfüllung der kulturellen Aufgabe des Akademikers ermöglicht.« Praktische Vorschläge für die Betätigung respektive Anleitung zur positiven Mitarbeit auf kulturellem, politischem, sozialem Gebiet wurden gemacht. Man gab sich eine Verfassung, die als Zweck der Deutschen Studentenschaft vor allem den angab: »in allen der gesamten deutschen Studentenschaft gemeinsamen Angelegenheiten, insbesondere in Bildungs- und wirtschaftlichen Angelegenheiten, Stellung zu nehmen und entsprechende Maßnahmen durchzuführen. Fragen des Glaubensbekenntnisses und der Parteipolitik werden ausgeschlossen.« Tatsächlich liegen hier weite und wesentliche Wirkungsbereiche einer großen studentischen Organisation. So hätte man also an den Ausbau und die Verwirklichung dieser Verfassung gehen können, hätte sie nicht den Keim zur Zersetzung schon in sich getragen: Die unscharfe Formulierung des für die staatliche Anerkennung wichtigsten Satzes »Die Studierenden deutscher Abstammung und Muttersprache der Hochschulen des deutschen Sprachgebietes bilden die Deutsche Studentenschaft« entfachte einen Streit über seine Auslegung. Über den großdeutschen Aufbau einer Deutschen Studentenschaft, darüber, daß man die deutschen Studierenden an den österreichischen, sudetendeutschen und Danziger Hochschulen mitvertrat, war man sich stets einig; und im Reich verstand sich die Mitgliedschaft aller Studenten, die deutsche Staatsbürger waren, von selbst. Aber die Österreicher und Sudetendeutschen, für die das Rasseproblem akut war, hatten die Verfassung im völkischen Sinn ausgedeutet und ihre Studentenschaften entsprechend zusammengesetzt. So war die "Judenfrage" angeschnitten. Nun begann der Verfassungskampf, der sich ständig zwischen und auf den Studententagen austobte. Er war der äußere Anlaß, daß innerhalb der Deutschen Studentenschaft eine Reihe politischer Gruppen entstand; anfangs waren sie nur en bloc durch Bejahung oder Verneinung des "völkischen Prinzips" geschieden, bald spalteten sich einzelne Gruppen ab.

Mit diesem Verfassungskampf schon wurde klar, daß sich heute die Politik von der Hochschule nicht verbannen läßt. Durch die tiefgehende Politisierung, die unser Leben erfahren hat, ist eine ständige Berührung des Studenten mit politischen Dingen unvermeidlich, und ist er nicht ganz uninteressiert, so muß er Stellung nehmen, vor allem, da das Wahlrecht ihn bald aktiv beteiligt. So ist trotz allen Gegenbestrebungen die Politisierung der Hochschule unvermeidbar. Sie ist aber auch wünschenswert. Dient sie doch dazu in einer Zeit der Entladungen und Neuformungen des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens wirklichkeitsbewußte aktive Menschen auch auf den Hochschulen auszubilden. So scharten sich hier um die politischen Kampfparolen "Hie völkisch, hie nationalkulturell" 2 Gruppen, von denen die völkische ständig wuchs. Die Korporationen, die früher nur zum Teil offiziell völkisch gewesen waren, verteidigten nun geschlossen das Rassenprinzip. Sie formten einen Block, dem auch die gleichgesinnten Nichtinkorporierten sich anschlossen, und das Ganze hieß Deutscher Hochschulring. Durch die Altherrenschaften der Verbände stand er in ständiger Fühlung mit der Öffentlichkeit, konnte reichlich Propaganda treiben und wiederum selbst beeinflußt werden. Je mehr das Bürgertum, insbesondere sein rechter Flügel,

wieder erstarkte, desto größere Verstärkung erhielt die völkische Front. Das wirkte sich 1922 in der endgültigen Verfassung aus. Diese führte für alle Auslandsdeutschen das völkische Prinzip durch: eine Betonung der volkklich-kulturellen Aufgaben einer Deutschen Studentenschaft fehlte darin völlig. Entscheidend war, daß die Deutsche Studentenschaft mit dieser Verfassung die reichsdeutschen Minderheiten von der Mitarbeit und weite auslandsdeutsche Kreise von der Mitgliedschaft überhaupt ausschloß: so waren in Österreich 2000 sozialistische und Arbeiterstudenten nie Mitglieder der Deutschen Studentenschaft. Diese sogenannten Minderheiten wurden nur durch die Ablehnung des Rassenprinzips geeint. Dem Hochschulring eine gleich starke und geschlossene Organisation entgegenzustellen fehlte ihnen die Disziplin der Korporationen, die sich immer wieder als hochwichtiger Faktor erwies. So schien es unmöglich alle die Kreise, die die Minderheiten hätten unterstützen können, zu erfassen. Allmählich aber hatte das Eindringen neuer Elemente, zumal proletarischer, in die Hochschulen einen stärkern Zustrom zu ihnen zur Folge. Die Sozialistischen Studentengruppen waren schon 1918 gegründet und 1922 zu einem Reichsverband, dem auch die österreichischen Gruppen angehören, zusammengefaßt worden. Aber ihr Wachstum ging zunächst sehr langsam vor sich; ihre politische Aufklärungsarbeit und ihre hochschulpolitischen Aktionen stießen auf den Widerstand einer rechtsgerichteten Masse, die vielfach in ängstlicher Besorgnis um den Schutz ihres Privilegs sich hinter "unpolitischen" Schlagworten von "alter deutscher studentischer Tradition", versteckte und die Worte großdeutsch und national für sich in Anspruch nahm. Diese Masse war unzweifelhaft in der Mehrheit, was nicht wunderzunehmen braucht, da noch heute etwa 30 % der deutschen Studenten inkorporiert sind. Erst auf dem Bonner Studententag 1926 waren die Minderheiten stark genug, um offen gegen die Deutsche Studentenschaft Stellung zu nehmen. Dort schieden sich die Geister.

Nicht nur die politischen Linksgruppen, auch ganze Studentenschaften traten nunmehr in Opposition. Heidelberg stellte sich in einen Gegensatz zur Deutschen Studentenschaft, wurde vor die Tür gesetzt und kehrte nicht wieder zurück, trotz allen Gegenversuchen. Nach dem Würzburger Studententag von 1927 trat Freiburg unter Protest gegen die Sabotage der sachlichen Arbeit durch die Deutsche Studentenschaft aus ihr aus. Schon jetzt war diese nicht mehr Gesamtvertretung, denn die badischen Universitäten respektive ihre Studentenschaften standen außerhalb. Bald sollten die preußischen folgen. Auf die Anträge der sozialdemokratischen Landtagsfraktion gestützt erließ der Unterrichtsminister Becker ein neues preußisches Studentenrecht, das er den Studentenschaften zur Abstimmung stellte. Zwar genügte dieses Studentenrecht durchaus nicht den Forderungen, die von den sozialistischen Studenten erhoben wurden; ein soziales Studentenrecht, das dazu den Studenten die Mitbestimmung in den wichtigsten Hochschulangelegenheiten sichert, hätte eher ihren Wünschen entsprochen. Dennoch stellte das Beckersche Studentenrecht einen Fortschritt dar, indem es den Einzelstudentenschaften das Koalitionsrecht, das Recht der Bildung einer Gesamtstudentenschaft auf großdeutscher nationalkultureller Grundlage verleihen sollte. Aber die Studenten, denen hier das ihnen von dem sozialdemokratischen Unterrichtsminister Haenisch gegebene Recht auf Selbstverwaltung gewahrt bleiben sollte, erwiesen sich ihm durchaus nicht gewachsen. Die



Kriegs- und Frontkämpfergeneration war nicht mehr auf den Hochschulen. Die Söhne des Bürgertums der Nachinflationszeit hatten keinerlei Beziehung zu den Nöten jener Zeit, aber auch nicht jene weiten studentischen Kreise, die in sozial abhängiger und wirtschaftlich mißlicher Lage (so die Werkstudenten) ihr Studium durchführen müssen. Daher erscheint es nicht als zufällig, daß auf allen Gebieten, wo die Förderung des einzelnen strebenden und schaffensfrohen Studenten im Vordergrund steht, die positive Arbeit nicht von der Deutschen Studentenschaft sondern von der immer mehr selbstständigen und jüngst völlig unabhängigen Wirtschaftshilfe in Dresden geleistet wurde. Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften wirkten zusammen, studentische Mitarbeiter halfen das gleich nach der Umwälzung begonnene Werk zu fördern. Es ist auch klar, daß eine Organisation, deren Hauptthema auf allen Tagungen und Sitzungen der Streit um die Satzung war, sich mit solchen wichtigen Fragen gar nicht beschäftigen wollte.

Noch deutlicher beweist die Auslandspolitik der Deutschen Studentenschaft den Mißbrauch der studentischen Selbstverwaltung. Durch ihre intransigente Haltung hat sie es verschuldet, daß die deutschen Studierenden der Confédération Internationale des Etudiants, die die Studentenschaften von 50 Nationen umfaßt, ihr bisher nicht angehören. Das beispiellose Auftreten ihrer Vertreter, die als eine der Bedingungen des Eintritts die besondere Ausschließung der slawischen Sprachen von den Verhandlungen forderten, hat sicher nicht dazu beigetragen die Sympathieen für die Deutschen zu erhöhen. Diese Studenten, die die Stützen solcher Auslandspolitik waren, haben Ende 1927 durch die Ablehnung des neuen Studentenrechts der studentischen Selbstverwaltung in Preußen den Todesstoß versetzt.

Da also die Studentenschaften Preußens aufgelöst wurden, verlor die Deutsche Studentenschaft wiederum einen Teil, und zwar den Hauptteil, ihres Vertretungsrechts. Somit wurde die Voraussetzung hinfällig, unter der alle deutschen Unterrichtsverwaltungen die Zugehörigkeit der Einzelstudentenschaften zur Deutschen Studentenschaft zugelassen hatten. Jetzt vollends war die Deutsche Studentenschaft nicht mehr die deutsche Studentenschaft. Mit Ausnahme der bayrischen und der württembergischen Regierung sperrten alle übrigen Länderministerien die bisherigen Zwangsbeiträge mit dem Hinweis auf den veränderten Zustand. Stück um Stück ihres Arbeitsgebiets, Stück um Stück ihrer Rechte hatte die Deutsche Studentenschaft verloren. Der Kampf um die Form hatte den Inhalt vergessen lassen. Man erschöpfte sich in Repräsentation und in nationalistischen Redewendungen. Trotzdem beanspruchte die Deutsche Studentenschaft immer weiter noch als die einzige und Gesamtvertretung der Studierenden an den deutschen Hochschulen zu gelten. Die Gefahr, die in dieser Präention lag, wurde von den früheren sogenannten Minderheiten klar erkannt. Hätte die Deutsche Studentenschaft noch kurze Zeit weiter so agieren dürfen, die Studenten wären allen Einflusses in ihren eigenen Angelegenheiten beraubt worden. Daher forderten die republikanischen, die sozialistischen, die freiheitlichen und andere Studentenverbände ihre Ortsgruppen auf dem großdeutsch aufgebauten Deutschen Studentenverband beizutreten, der im Februar 1928 begründet wurde, um den Gedanken der studentischen Selbstverwaltung vor seinen Freunden zu bewahren und in eine spätere Zeit hinüberzuretten.

Dieser neue Verband hat es unternommen bei den Behörden und Organisationen den studentischen Einfluß zu sichern. Seiner Forderung "Sachliche Mitarbeiter in der Wirtschaftshilfe vor die Front!" kam die letzte Vorstandssitzung der Wirtschaftshilfe entgegen. Von der Confédération Internationale des Etudiants wurde er als mit der Deutschen Studentenschaft gleichberechtigt anerkannt, so daß nun vor einem internationalen Forum Deutschland endlich durch Studenten vertreten wird, die sich grundsätzlich zum Gedanken der Völkerverständigung bekennen. So wird hier für künftige studentische Arbeit von der einstigen Minderheit, die in verhältnismäßig kurzer Zeit stark wurde, der Weg gewiesen. Ohne die Führung durch die sozialistische Studentenorganisation hätte der Minderheit die Kraft für ihre Aktionen gefehlt, hätte die Entwicklung in der deutschen Studentenschaft leicht anders sein können als sie jetzt geworden ist. Das war von jenem Wirtschaftsführer klar erkannt worden, nach dessen Aussage, wie der Minister Becker am 7. Dezember 1927 im Landtag berichtete, die Politik in die Studentenschaft getragen worden wäre, weil man sich vor dem Anwachsen der sozialistischen Studentenbewegung gefürchtet hätte.

Begründete Furcht verband sich mit der Einsicht, daß das Fehlen einer tiefen sozialnatürlichen Interessensolidarität zur Gruppenbildung und schließlich zum Zusammenbruch der einheitlichen Organisation führen mußte.

## ADOLF BEHNE · DIE KUNSTGESCHICHTE AM ENDE UND AM ANFANG

**U**NSERE Kunstgeschichte ist fertig. In scharfsinniger und fleißiger Arbeit mehrerer Generationen hat sie den Bestand an Werken der Malerei, Plastik und Architektur in 5 Erdteilen aufgenommen, zeitlich geordnet und das bürgerliche Leben der Meister aufgezeichnet. Das Resultat dürfte im ganzen richtig und brauchbar sein. Es sind noch einige frühe Epochen im Halbdunkel, es sind noch manche Bilder ohne Autornamen und Datum; manche Korrekturen werden noch kommen. Das alles ist nur eine Sache der Zeit, nicht der Methode, und es mag noch einige Sensationen geben, aber keine Überraschungen.

Man kann aber auch sagen: Die Kunstgeschichte hat noch kaum begonnen. Alles, was sie bisher leistete, war Vorarbeit, war Materialsammlung. Kunstgeschichte war eine Spezialabteilung der universalen Geschichtswissenschaft, eine Geschichte der Künstler, eine historisch geordnete Sammlung von Biographien, aber keine Geschichte der Kunst. Denn weder ist es Aufgabe der Kunstgeschichte ein Katalog zu sein noch eine Aneinanderreihung von Lebensläufen. Sicherlich hat es nicht an Versuchen gefehlt das Material nach höheren Gesichtspunkten zu durchdringen. Es sei nur an Heinrich Wölfflins Suchen nach einer überpersönlichen Gesetzlichkeit erinnert. Aber über die Feststellung tieferer Stilmerkmale der Darstellung kam man auch hier nicht hinaus, und Wölfflins großes Bemühen um feste, saubere und präzise Begriffe hatte wenig Erfolg. Wer Wilhelm Worringers Ägyptische Kunst oder sein Buch über Griechentum und Gotik liest, stürzt in ein unabsehbares Gewoge schillernder Eindrücke, Empfindungen, Deutungen und Wertungen, von denen jede an einer andern Stelle das Gegenteil begründen kann; er liest einen Roman, keine kunstwissenschaftliche Untersuchung.

Viel anderes ist von der Kunstgeschichte nicht mehr zu erwarten. Gibt es denn Eigenschaften und Wesenszüge eines Bildes, einer Plastik, eines Baus, die der Kunsthistoriker nicht schon 50 Jahre lang mit minutiöser Genauigkeit in einer Staubfädenbotanik analysiert, kontrolliert und protokolliert hätte? Doch, es gibt solche Eigenschaften.

Der Kunsthistoriker und der Museumsmann haben sich auf eine ganz bestimmte Spezies von Qualitäten beschränkt. Ohne Frage sind das Qualitäten, die eminent wichtig sind, die niemand außer acht lassen darf. Aber auch in ihrer Summe machen sie immer nur erst eine Seite des Kunstwerks aus. Der Kunsthistoriker untersucht das Thema eines Bildes, die Ikonographie wurde eine wichtige Spezialwissenschaft. Er untersucht die besondere Art das Thema zu fassen. Er untersucht den örtlichen und den zeitlichen Einfluß auf diese Art und schält das Persönliche der Leistung heraus. Er untersucht das Technische: Malgrund und Bindemittel und Pigment. Er untersucht die Veränderungen späterer Zeiten und stellt auf allen diesen Wegen weitgesponnene Vergleiche an. So häuft er einen Berg von Beobachtungen, und man darf wirklich sagen, daß ihm nichts auf der Fläche zu unscheinbar war, kaum etwas ihm auf der Fläche entging, seit er auch das Röntgenlicht zur Sichtbarmachung der Untermalung benutzte. Nein, auf der Fläche entging ihm nichts. Aber alles entging ihm im Raum.

Die Qualitäten der Fläche erschöpfen gar nicht das Wesen eines Bildes. Zu jedem Kunstwerk gehört ein Raum, in dem es seinen bestimmten Platz und damit ein bestimmtes Verhältnis zum Menschen hat. Seine Leistung wird durch den Raum bestimmt.

Die Museumsleute haben einmal Ähnliches empfunden und haben versucht ihren vom Platz gelösten, aus dem Zusammenhang gerissenen Objekten einen Raumersatz zu schaffen. Wilhelm Bode hängte italienische Altarbilder in die Nischen einer Pseudobasilika und stellte alte Möbel, alte Türeinfassungen und zeitgenössische Plastiken in die Kabinette. (Das Märkische Museum machte sogar die Säle um so finsterner, je dunklere Vergangenheit sie enthielten.) Aber solche Stimmungsandeutung bleibt von dem, was hier gemeint ist, weit entfernt, schon deshalb, weil ja die Ausstattungsstücke ebenso raumlos waren wie die Glanzstücke. Nicht das kulturhistorische oder künstlerische Milieu ist hier mit Raum und Platz gemeint sondern der biologische Lebensraum, das Gebiet des künstlerischen Radius. Es ist nicht wahr, daß das Kunstwerk gleich der Summe seiner im Rahmen eingeschlossenen formalen Qualitäten sei. Es so anzusehen ist verspäteter Materialismus. Das Kunstwerk ist erst komplett mit seiner Wirkung, ist erst komplett mit dem reagierenden Menschen. (Wie der Mensch reagiert, ist zunächst gleichgültig.) Es handelt sich also hier nicht um das kirchliche oder bürgerliche Milieu sondern um den Raum, in dem sich Wirkung und Gegenwirkung abspielen. (In welchem Grad, ist zunächst ebenfalls gleichgültig.) Diesen Raum bestimmen der Platz des Kunstwerks und der Mensch, der ihm zugewandt ist. Der Student der Kunstgeschichte, der nach Italien kommt, kennt jedes der Fresken Giotto's ganz genau und erlebt dann in Santa Croce einen Chok, wenn er den Zacharias am Altar in seiner schwindelnden Höhe unter der Wölbung der engen Kapelle wiederzuerkennen sich müht. Die Photographie, die er im Seminar studierte, war gar nicht Giotto's Bild, so wenig wie das von der Wand gelöste Original das Bild Giotto's wäre. Photographie und

Museumsstück sind nichts als der formale Extrakt des Bildes, Mumienhüllen. Das Formale ist durchaus nicht zu unterschätzen. Aber keinesfalls ist es das Ganze, und die Außerachtlassung aller anderen Qualitäten ist schuld an der bedauerlichen Nivellierung des Kunstwerks in allen unseren Kunstgeschichten. Auch das Wissen vom Menschen erschöpft sich nicht in der Anatomie. Es stellt doch wohl eine seltsame Nivellierung dar, wenn wir in den Kunstgeschichten die Fresken, die Altarbilder und die Miniaturen hinter einander aufmarschieren sehen, etwa so wie die Bilder im Katalog einer modernen Kunstausstellung. Im Katalog der Großen Berliner Kunstausstellung darf gewiß Bildfläche gleich Bildfläche gesetzt werden. Aber in der Historie der Kunst ist Bildfläche nicht gleich Bildfläche. Und doch erscheinen in den Kunstgeschichten die Werke im durchschnittlich gleichen Format (nur der Zufall variiert es) und ohne Differenzierung ihrer Funktion und Stellung nach: die Miniatur nicht als der Teil der Buchseite, das Fresko nicht als Teil der Wand, die Tafel nicht als Teil des Wandelaltars, die Illustration nicht als Teil des Satzspiegels, sondern alle als "Bilder". Der biologische Charakter eines jeden Werks wird abgeschliffen.

Man möge nicht einwenden, daß das Heiße eines Bildes nicht zur Leistung des Malers gehöre. Es gehört sehr wohl dazu, in der allerbestimmtesten Weise. Aber freilich: Die Kunstgeschichte ist so einseitig auf das Formale eingestellt, daß sie darüber ganz elementar wichtige Seiten des Kunstwerks und der künstlerischen Leistung vergißt. Und vor allem: Sie betrachtet die Form nur formal. Die Gesamtkomposition der Bildfelder auf einer Wand wird manchmal vom Kunsthistoriker noch beobachtet und gedeutet, aber er verfährt dabei so, wie wenn er in einem Fahrstuhl an den Bildern vorbeifahren könnte, mit gleich guter Sicht auf alle Bilder, immer aus der gleichen Distanz. Aber der Betrachter der Bilder an Ort und Stelle, der doch vielleicht wichtiger ist als der Betrachter der raumlosen Abbildung im Buch, hat keinen Fahrstuhl, höchstens ein Opernglas, und der Mann, für den Giotto malte, hatte nicht einmal das. Wie sah der diese Bilder? Was leisteten diese Bilder für ihn? Erst eine wirkliche Untersuchung dieser Beziehung macht die formale Betrachtung in höherem Sinn richtig.

Jedes Kunstwerk ist ein optisches Instrument von geringerer oder stärkerer Leistungskraft. Es ist auch noch manches andere, gewiß: religiöses Faktum, Erfindung, Form. Aber für die Kunstgeschichte ist das optische Instrument wichtig. Eine Geschichte des Bildes ist eine Geschichte des Sehens.

Die Kunstgeschichte klebt an der Darstellung, ebenso die bürgerliche wie die revolutionäre, und bleibt damit hinter der Wirklichkeit zurück. Sie analysiert die Madonna Ruccellai des Cimabue ikonographisch und stilistisch. Die Florentiner aber trugen das Bild, ehe sie es anbeteten, triumphierend durch die Straßen. Sie huldigten dem durch Cimabue verfeinerten optischen Instrument und stellten es dann auf seinen Platz: den Altar von Santa Maria Novella. Der Kunsthistoriker, der das Bild betrachtet, kümmert sich weder um seinen Platz noch um seine optischen Leistungen. Das Studium der optischen Vervollkommnungen würde ihn auf ein Gebiet führen, das er genau so meidet wie die Untersuchung des biologischen Raums: auf die abstrakten Werte des Bildes, der Plastik, des Baus.

Kaum eine andere Wissenschaft blieb so an der Oberfläche der Dinge haften wie die Kunstgeschichte. Jeder Versuch unter das Thema, unter die Dar-



# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Richmond Lennox

England

»Man kann entweder eine Diplomatie haben, bei der die Katze wohlverwahrt im

Sack bleibt und nicht miauen kann, oder man kann die Katze aus dem Sack herauslassen, so daß sie von jedermann besichtigt werden kann. Aber dies war nicht Geheimdiplomatie, weil Sir Austen Chamberlain miaute, und weil die Zeitungen miauten. Offene Diplomatie war es aber auch nicht.« Mit diesen sehr drastischen Worten hat sich James Ramsay MacDonald Anfang Oktober auf der Konferenz der Labour Party über das englisch-französische Flottenabkommen ausgesprochen. Neuerdings verlegt sich die englische Regierungspresse auf die Behauptung, das Miauen rühre gar nicht von einer Katze sondern von einem Kaninchen her.

Ende Oktober sah sich das Foreign Office gezwungen dem allgemeinen Verlangen nach authentischem Material über den englisch-französischen Flottenhandel nachzugeben und ein Weißbuch zu veröffentlichen; aber darin wurde natürlich nur ein Teil der Karten aufgedeckt. Die offiziöse Presse Englands war bemüht dem Publikum von der Beschäftigung mit dieser Broschüre abzuraten. Die Times erklärten ihren Inhalt für sehr einfach und sehr langweilig. Aber die leitenden Minister haben gemerkt, daß die Art, in der die Politik Großbritanniens im letzten Halbjahr geführt worden ist, vom britischen Standpunkt aus betrachtet, durchaus nicht glücklich war, daß sich in vielen Ländern eine Stimmung starken Mißtrauens gegen die englischen Absichten entwickelt hat, und daß auch in England selbst die Kritik der Regierungspolitik zunehmend schärfer wurde. Ende Oktober hielt darum der Premierminister Baldwin eine Rede in der Jahresversammlung der Englischen Liga für Völkerbund, in der er bestritt, daß England die unparteiische Haltung, die es zur Zeit des Abschlusses der Verträge von Locarno eingenommen habe, jetzt nicht mehr einnehme. »Es ist nicht so. Wir sind keine neuen Verpflichtungen eingegangen. Unsere Politik ist nicht anders orientiert als früher. Unsere Interessen und unsere Neigungen treiben uns gleichermaßen an die Herzlichkeit unserer Beziehungen zu Deutschland ebenso wie derjenigen zu Frankreich zu erhalten und

sie sogar noch zu steigern.« Mit beinahe priesterlichen Worten der Verdammung wandte sich Baldwin gegen die Leute, die mutwillig an der Ehrlichkeit der Staatsmänner zweifeln, die in den verschiedenen Ländern im Sinn des Friedens zu arbeiten suchen. An der bona fides Baldwins braucht man nicht zu zweifeln, aber auf die Bahnen, die die Außenpolitik eines Großstaats läuft (und gemeinhin laufen muß), hat der Bieder-sinn eines Premiers, der sich vorzugsweise mit Innenpolitik befaßt, noch selten einen Einfluß geübt.

Von dem fernen Vancouver aus sekundierte Chamberlain, der jetzt wieder in sein Amt zurückkehrt, dem Regierungschef. Auch er ließ aufs neue verlauten, daß das Ziel der britischen Außenpolitik vor allem die Aufrechterhaltung des Friedens sei. Mit sehr viel größerem Ungeschick äußerte sich Chamberlains Stellvertreter Cushendun, der sich in dem Vierteljahr seiner Amtsführung sehr wenig mit Ruhm bedeckt hat. Seine Behauptung, daß zwischen England und Frankreich keine neue Entente bestehe, weil die alte ja niemals aufgelöst worden sei, goß in Deutschland nur Öl ins Feuer, und als er dann in einer weiteren Rede gleichsam entschuldigend erklärte, auch mit Deutschland habe England eine Entente, und Frankreich gegenüber habe es keine neuen Verpflichtungen übernommen, da stieß er in Paris an. Es ist lehrreich die Stimmen der Kritiker zu vergleichen: Die Labour Party hat auf ihrem Parteitag den Katalog der außenpolitischen Sünden des konservativen Ministeriums zusammengestellt, das sofortige Fallenlassen des englisch-französischen Flottenabkommens und die bedingungslose Räumung des Rheinlands verlangt und sich für einen allgemeinen Abrüstungsvertrag ausgesprochen, der zu einer wirklichen und entschiedenen Rüstungsbeschränkung führt. Lloyd George setzt die unverhohlenen antifranzösische Politik fort, die er betreibt, seitdem er nicht mehr Minister ist, und die in ihren Anfängen schon bis 1919 zurückreicht. Auch er fordert die Räumung des Rheinlands und erklärt, die Erfüllung eines geheiligten Versprechens dürfe nicht von der Zahlung einer Geldsumme abhängig gemacht werden. Ein solches Verhalten sei »schlimmer als die Ethik des Atlasgebirges«. Sehr viel vorsichtiger und besser abgewogen und darum auch sehr viel interessanter als solche Ausbrüche

Lloyd Georges ist die Kritik, die von konservativer Seite ausgeht, und zwar von der Seite der konservativen Amerikafreunde und der konservativen Locarno- und Völkerbundspolitiker. Ihre Klage ist doppelter Art: 1. Die englische Regierung habe durch ihre Politik der Dementis und ihre Geheimniskrämerei betreffs der englisch-französischen Flottenverhandlungen in Amerika eine sehr üble Stimmung gegen England erzeugt, nachdem sie sich bereits bei den Beratungen über den Kelloggspakt ungeschickt benommen hätte, und sie habe nichts getan, um die begangenen Fehler wieder auszugleichen. 2. Die englische Regierung gehe von der Politik ab Europa (dem englischen Bedürfnis gemäß) mit Hilfe des Völkerbunds zu stabilisieren und scheine sich damit abfinden zu wollen, daß Europa durch die Militärmacht Frankreichs und seiner Verbündeten (dem französischen Bedürfnis gemäß) stabilisiert ist. Das hier in beiden Klammern Hinzugefügte wird natürlich in der englischen Presse nicht ausgesprochen. Aber selten ist so deutlich in die Erscheinung getreten wie im jetzigen Augenblick, daß diese konservativen-englischen Politiker, und nicht nur sie, den Völkerbund in erster Linie als ein Mittel ansehen, mit dessen Hilfe England ein Gegengewicht gegen das System der kontinentalen Bündnisse Frankreichs schaffen kann, und daß der in der englischen politischen Diskussion so beliebte Gegensatz zwischen den Begriffen Gleichgewichtspolitik und Völkerbundspolitik den wahren Tatbestand verschleiert. Denn was ist die englische Völkerbundspolitik mit ihrer Ergänzung, der englischen Locarnopolitik, in der Praxis denn anderes als die alte Balance-of-power-Politik, wenn man sich auch in den Kreisen der Linken und speziell der liberalen Pazifisten darüber täuschen mag? Die Franzosen täuschen sich jedenfalls nicht darüber, und es liegt gar kein Grund vor, weswegen die Deutschen es tun sollten. Solange sie es tun, wird ihre eigene außenpolitische Rechnung notwendig immer wieder falsch sein, weil sie vergessen, daß das englische Interesse nicht etwa nur verlangt das schwächere Deutschland gegenüber dem stärkern Frankreich bis zu einem gewissen Grad zu stützen und zu fördern, sondern daß es auch verlangt die französisch-deutschen Beziehungen nie zu eng werden zu lassen. Noch jedesmal, wenn die Möglichkeit deutsch-französischer Sonderverhandlungen auftauchte, ist die englische Politik in Berlin aktiv geworden, um die Kontrolle des Geschehenden zu

behalten. Dies entspricht der alten englischen Tradition. Es entspricht aber weder den Bedürfnissen Deutschlands noch denen des europäischen Kontinents als einer Gesamtheit. Die englische Politik erhebt den Anspruch friedensfördernd zu sein, und sie ist dies auch insofern, als sie die Wirkungen der großen kontinentalen Spannungen zu kompensieren sucht und oft auch wirklich kompensiert hat. Doch an der Beseitigung dieser Spannungen selbst kann ihr nicht gelegen sein, weil jeder wirkliche Zusammenschluß Europas die schwere Problematik des Britischen Reichs auf höchste steigern muß. Und unter Sir Edward Grey hat auch die Politik des Kompensierens im Jahr 1914 schlimmen Schiffbruch erlitten.

Über den Grundgedanken der englischen Nachkriegspolitik und ihr System der Juxtapositionen ist man sich in England von Lloyd George bis Lord Cushendun einig, und auch das neue Manifest der Labour Party steht mit der Praxis des Foreign Office in keinem unvereinbaren Widerspruch. Recht verschieden sind jedoch die Ansichten über die Taktik des Augenblicks. Die Diskussion, die anlässlich des Kelloggspakts und der englisch-französischen Flottenverhandlungen in diesem Sommer und Herbst in England in Gang war, war letztlich eine Diskussion darüber, bis zu welchem Grad sich England zweckmäßigerweise amerikanischen, französischen oder deutschen Wünschen anpassen sollte, und an welchen Punkten jeweils die Gefahrenzone begann. Geführt wurde diese Diskussion unter dem Titel Die Erhaltung des Weltfriedens. Aber die Ergebnisse dieser englischen Unterhaltungen können für die Lösung des Friedensproblems auf dem europäischen Kontinent nicht maßgebend sein.

**Englisch-französisches Flottenabkommen** Was nun das englisch-französische Flottenabkommen selbst angeht, das nach der

Behauptung seiner Urheber die Arbeiten der Abrüstungskonferenz erleichtern soll, so ist zu sagen, daß es einen kecken Handel darstellt, zum Zweck die internationalen Verhandlungen und etwa möglichen allgemeinen Beschlüsse über Rüstungsbeschränkung von vornherein einzuengen und für beide Partner die Aussicht zu erhöhen, daß Gebiete, auf denen ihnen ganz besonders stark an einer Nichtabrüstung lag, von der Diskussion ausgeschlossen wurden. Die Einzelheiten sind nur verständlich in Zusammenhang mit den Verhandlungen der englisch-amerikanisch-japanischen Flot-

tenkonferenz vom Sommer 1927. Damals vertraten die englischen Marineinstanzen die Ansicht, das Britische Reich brauche zum Schutz seiner Handelsstraßen mindestens 70 Kreuzer. Von diesen Schiffen brauchten aber nur etwa 10 große Kampfkreuzer zu sein, im übrigen genügten kleine Kreuzer. Den amerikanischen Admiralen dagegen lag an kleinen Kreuzern nichts, sie waren jedoch der Auffassung, daß die Vereinigten Staaten eine größere Anzahl großer Kampfkreuzer benötigten, Schiffe des neuen Typus, der sich nach der Beschränkung des Linienschiffbaus durch die Konferenz von Washington /1921/ entwickelt hatte, und mit deren Bau England den Anfang gemacht hatte. Den geographisch-strategischen Verhältnissen des Stillen Ozeans entsprechend wollten die Amerikaner Kreuzer haben, die einen weiten Aktionsradius und großen Gefechtswert besitzen. Aus diesen Gründen suchten auf der Konferenz die Engländer dem allmählich peinlich werdenden Wettrüsten in Kampfkreuzern Einhalt zu tun, aber ihre kleinen Kreuzer zu retten, während die Amerikaner den Standpunkt vertraten, es solle lediglich die Gesamttonnage der Kreuzer beschränkt werden, bei voller Parität zwischen England und Amerika. Ging dieser Antrag durch, dann kam England mit seinen Kampfkreuzern und damit mit seiner Schlachtflotte überhaupt Amerika gegenüber in die Minderheit, wenn es eine größere Anzahl kleiner Kreuzer unterhielt als die Vereinigten Staaten benötigten. Dieser Gegensatz der Auffassungen über die Kreuzerfrage führte zum Scheitern der Konferenz. Seitdem liegt auf den englisch-amerikanischen Beziehungen ein dauernder Schatten. Wie sich zeigte, gab jedoch die englische Marineleitung darum das Spiel keineswegs auf. Sie ging darauf aus England auf einem Umweg die für nötig erachtete Anzahl kleiner Kreuzer zu sichern und gleichzeitig eine allgemeine Beschränkung des sehr kostspieligen und lästigen Baus von Kampfkreuzern vorzubereiten. Zu diesem Zweck mußte bei den internationalen Verhandlungen dem Grundsatz Geltung verschafft werden, daß große und kleine Kreuzer ganz verschiedene Schiffsklassen seien, die bei der Festsetzung von Rüstungsbeschränkungen keinesfalls zusammengeworfen werden dürften. Unter diesem Gesichtspunkt führte Chamberlain im März 1928 in Genf mit Briand ein Gespräch, aus dem dann der sogenannte englisch-französische Flottenpakt vom Juli entsprang. Wenn die franzö-

sische Regierung sich in der Kreuzerfrage auf den englischen Standpunkt stellte, wollte die englische ihren Widerspruch gegen die von den Franzosen vertretene Auffassung aufgeben, daß bei den Verhandlungen über die Rüstungsbeschränkung zu Land die Anzahl der militärisch ausgebildeten Reserven (bei einem Volk mit allgemeiner Wehrpflicht also der Hauptteil seines Heeres) nicht mit in Rechnung gestellt werden solle. In letzter Stunde errang Frankreich noch eine weitere Konzession. England hatte sich ausbedungen, daß bei dem Bau von kleinen Kreuzern volle Freiheit herrschen solle, Frankreich verlangte und erreichte das gleiche für den Bau von kleineren Unterseebooten.

Was die nun selbstverständlich nötigen weiteren Verhandlungen mit den übrigen Flottenmächten anging, vor allem die mit Amerika, so verstand sich England dazu sie einzuleiten. Frankreich blieb fürs erste mehr im Hintergrund. Man sieht in Paris das ganze Abkommen vermutlich als bloße Übergangserscheinung an und unterscheidet bei ihm einen wertvollen Kern und eine relativ unwichtige Schale. Die Schale ist die Kreuzerfrage, der Kern Englands Zugeständnis betreffs der französischen Landmacht. Am 29. September lehnten die Vereinigten Staaten in einer Note es ab der englisch-französischen Auffassung zuzustimmen, sie erklärten, eine Beschränkung der Rüstungen zur See müsse sämtliche Schiffstypen umfassen, wenn sie wirksam sein solle. Der englisch-französische Vorschlag sehe lediglich eine Beschränkung der Typen vor, für die Amerika einen besondern Bedarf habe. In seiner schon erwähnten Rede in der Albert Hall mußte Baldwin sagen: »Ich bedauere aufs tiefste das vorläufige Mißlingen einer Verständigung mit Amerika über die Flottenfrage.« Und am 13. November erklärte er im Unterhaus, daß das Flottenabkommen auf Widerstand gestoßen und deshalb fallengelassen sei. Das letzte Wort über diese Angelegenheit und ihre inneren Zusammenhänge ist damit natürlich noch nicht gesprochen.

#### Völkerbundstagung

Die Rückwirkung der englisch-französischen Flottenvereinbarung auf Amerika: das schien während der Völkerbundstagung im September die große Sorge Lord Cushenduns und seiner Begleiter zu sein. Wenn es gelingen sollte Amerika die Sache plausibel zu machen, dann mußte nach seiner Meinung zuerst einmal Zeit gewonnen werden, damit die



Angelegenheit ihren sensationellen Charakter verlor. Es schien ihm also notwendig das internationale Gespräch über die Abrüstungsfrage in seinem Tempo nach Möglichkeit zu verlangsamen. Diese Auffassung erwies sich als psychologisch verfehlt, aber für die politische Situation während der Völkerbundstagung war sie eines der bestimmenden Elemente. Einer Völkerbundsversammlung, in der noch die Erinnerung an die Unterzeichnung des Kellogg-Pakts lebendig war, trat eine englische Delegation gegenüber, der es, im Gegensatz zur Situation anderer Jahre, äußerst unlieb war, wenn sich in Genf die Debatte, wie es nahelag, von der Kriegsächtung der Abrüstung zuwandte. Zur selben Zeit sahen die Franzosen die "Locarnokrise" herannahen, das heißt den Zeitpunkt, an dem sich die deutsche Politik, auf Stresemanns bisheriger Linie weitergehend, darüber vergewisserte, zu welchen Konzessionen Frankreich im Rheinland bereit war. Bei seinem Pariser Aufenthalt im August hatte Stresemann das Gespräch darüber eröffnet und die Antwort erhalten, eine Räumung des Rheinlands vor dem Vertragstermin sei nicht unmöglich, es sei aber eine Frage, die mit der endgültigen Regelung der Reparationen in Zusammenhang stehe. In Genf wollte nun die deutsche Regierung vom Kellogg-Pakt her zur Rheinlandräumung gelangen. Hermann Müller hielt seine Rede über den Stand der Abrüstungsfrage und das doppelte Gesicht der internationalen Politik. Die englische Delegation, der dies recht ungelegen kam, enthielt sich jeglichen Beifalls, Briand aber hatte sich darauf vorbereitet den moralischen Argumenten, mit denen Deutschland seinen Anspruch zu stützen gedachte, moralische Gegenargumente entgegenzusetzen. Dem von Frankreich und England ausgehenden Widerstand gegenüber hatte die deutsche Delegation in Genf einen schweren Stand, zumal die deutsche Regierung nicht etwa die Ansicht hegte, daß Verhandlungen über die Neuregelung der Reparationen von vornherein abzulehnen seien, sondern nur bestritt, daß Deutschland eine vorzeitige Räumung des Rheinlands mit Zugeständnissen auf dem finanziellen Gebiet zu bezahlen habe. Das Ergebnis war ein Kompromiß, den Franzosen taktisch günstiger. Über die Rheinlandräumung und die Reparationsfrage soll parallel verhandelt werden. Was in diesen Herbstwochen bisher beschlossen wurde, sind formale Dinge. Klären kann sich die neue Lage erst,

wenn die Aussprache über die konkreten Fragen begonnen hat. Anfang Oktober erklärte Poincaré, daß für den Erfolg des unternommenen Werks nichts so verhängnisvoll wäre wie eine »durch schlechte Laune erbitterte oder durch Zweifelsucht frostig gewordene Zusammenarbeit«. Sinnlos wäre es sich darüber täuschen zu wollen, wie stark sich in Frankreich und in Deutschland diese »Zweifelsucht« schon bemerkbar macht. Zu großartigen Gesten ist keines der beiden Länder bereit. Man sollte allmählich lernen dergleichen auch nicht von einander zu verlangen. Was jetzt auf beiden Seiten am dringendsten gebraucht wird, sind einsichtige Prosaiker.

**Informationsmittel** Eine kurzgefaßte Darstellung der Organisation des

**Völkerbunds**, die für den staatsbürgerlichen Unterricht gedacht ist, hat Albert Kruse geschrieben /Frankfurt, Moritz Diesterweg/. Das Heft unterrichtet den Leser knapp und klar über die verschiedenen Rechtsbestimmungen; die Problematik der davon berührten Fragen bleibt, vermutlich mit Absicht, völlig im Hintergrund. Müssen Schulbücher wirklich so zahm sein?

Eine deutsche Ausgabe der russischen Dokumente über die Haltung der russischen Delegation auf der **Abrüstungskonferenz** in Genf im März 1928 veröffentlicht der Osteuropaverlag in Berlin. Aus diesem interessanten Material ist besonders der Text der Rede Litwinks vom 22. März hervorzuheben. In der Verteidigung wie im Angriff ist sie ein rechtes Musterbeispiel der diplomatischen Fechterkunststücke des bolschewistischen Rußlands.

Eine Sammlung von Zeitungsartikeln, die in China im Dienst des linken Flügels der Kuomintang geschrieben wurden, legt ein Autor vor, der sich Asiaticus nennt. (Von Kanton bis Schanghai 1926-1927 /Wien, Agisverlag/). Das Buch enthält außer den genannten Artikeln auch Berichte und Verordnungen der Regierung von Wuhan, ein parteigeschichtliches Material, das die Probleme, um die sich die **chinesische Politik** gegenwärtig dreht, manchmal recht deutlich beleuchtet. Doch tut man gut das Buch zusammen mit einer Darstellung zu lesen, die übersichtlicher ist und den Verlauf der chinesischen Revolution weiter zurückverfolgt als bis 1918. Asiaticus liebt die bolschewistischen Schlaglichter und derben Spracheffekte. Die Kuomintang des Jahres 1928 ist für ihn einfach ein »stinkender Kadaver«.

**Totenliste** Am 10. September starb während seines Erholungsurlaubs in Deutschland der deutsche Botschafter in Moskau *Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau*, in seinem 60. Lebensjahr. Brockdorff-Rantzau erlebte die Kriegsjahre als Gesandter in Kopenhagen, das heißt, er stand auf einem Posten, der es ihm möglich machte zu gleicher Zeit zu beobachten, welche Entwicklung die Dinge in Deutschland, in England und in Rußland nahmen. Da er dort bewies, daß er sich von den damaligen deutschen Durchschnittsdiplomaten wesentlich unterschied, galt er von 1917 an allgemein als einer der Kandidaten für das Amt des Staatssekretärs des Auswärtigen. Aber nach dem Sturz Bethmann Hollwegs und dem Abgang Zimmermanns wurde nicht er, sondern Kühlmann berufen, um Michaelis zur Seite zu stehen, und als im Oktober 1918 die Liquidation des Krieges begann, wählte der neue Reichskanzler Max Prinz von Baden nach einigem Schwanken nicht ihn sondern Solf zu seinem Arbeitsgenossen. Als Brockdorff-Rantzau dann im Dezember 1918, dem Ruf des Rats der Volksbeauftragten folgend, an Solfs Stelle trat, hatte sich die politische Lage vollständig gewandelt. Brockdorff-Rantzau wurde Außenminister eines von inneren Wirren erfüllten Staats, dessen Zukunftschicksal gänzlich ungewiß war. Mit der ihm eigentümlichen nervösen Intelligenz suchte er sich den neuen Verhältnissen anzupassen und einen Trennungsstrich zwischen dem neuen Deutschland und der wilhelminischen Ära zu ziehen. Er wollte dem geschlagenen Deutschland den Weg zum Eintritt in den Völkerbund bahnen. Sein Entschluß den Versailler Vertrag nicht zu unterschreiben mußte unter den Verhältnissen, wie sie damals lagen, zum Ende seiner Ministerschaft führen. In der Folge trat Brockdorff-Rantzau für eine Annäherung Deutschlands an das bolschewistische Rußland ein. Von 1922 ab konnte er als Botschafter in Moskau im Sinn dieser seiner Politik praktisch wirken, und die Wilhelmstraße ließ ihn gewähren. Am 30. Oktober starb *Robert Lansing*, amerikanischer Staatssekretär unter dem Präsidenten Wilson, 64 Jahre alt. Der ungewöhnlich stark entwickelte Eigenwille seines Vorgesetzten ließ diesen strengen Juristen politisch nicht zu der Wirkung kommen, auf die ihm sein Amt eigentlich Anspruch gab. Auf der Pariser Friedenskonferenz sah sich Lansing zu seinem Leidwesen auf die Rolle einer

ernsthaft aussehenden Dekorationsfigur beschränkt. Er mißbilligte das dort entstehende Vertragswerk, wagte es aber nicht die verwickelte Lage durch öffentlichen Protest und seinen Rücktritt noch weiter zu erschweren sondern beschränkte sich darauf den Lauf der Ereignisse in seinem Tagebuch zu kritisieren.

**Kurze Chronik** In Berlin wurde ein *Komitee für Internationale Aussprache* gegründet, dessen 1. Veranstaltung ein Vortrag James Ramsay MacDonalds im Reichstagsgebäude am 15. Oktober war. MacDonald erklärte dabei unter anderem: »Wenn wir uns anlässlich der Unterzeichnung des Kelloggspakts nicht auf die Meinung geeinigt haben, daß eine jede Nation den Krieg eliminieren muß, dann laßt uns nicht in dem Irrwahn leben, daß uns der Kelloggspakt dem Frieden auch nur einen Schritt nähergebracht hat.« ◊ In den *Vereinigten Staaten* hat die *Chicago Tribune*, die die Meinungen eines recht einflußreichen Teils der Republikanischen Partei vertritt, begonnen sich sehr scharf gegen die Ratifikation des Kelloggspakts auszusprechen.

**Literatur** Unter dem Titel *Dokumente und Argumente* erschien ein Band *Kriegserinnerungen aus dem Nachlaß Victor Naumanns* /Berlin, Ernst Rowohlt/. Naumann war während der Kriegsjahre einer der inoffiziellen politischen Verbindungsmänner zwischen Deutschland und Österreich, Berlin und München, von seinen Auftraggebern sehr geschätzt. Er war insbesondere als Vertrauensmann der bayrischen Ministerpräsidenten Hertling und Dandl tätig, und der Hauptwert dieser posthumen Veröffentlichung liegt wohl darin, daß in ihr die Fragen der Kriegszeit einmal unter bayrischem Gesichtswinkel gesehen werden. Damit soll nicht etwa behauptet werden, daß der Berliner Naumann zu den rabiaten Weiß-Blauen gehörte (rabiati war er überhaupt nicht). Doch das Milieu, in dem er sich in den Kriegsjahren bewegte, und das die in diesem Band gesammelten Briefe und Denkschriften widerspiegeln, war das bayrischer Geheimräte, österreichischer Diplomaten und (meist katholischer) Fürstenfamilien des deutschen Südens. Erschütternd ist die Ahnungslosigkeit, mit der man besonders in diesen Kreisen noch im Jahr 1918 mit dynastischen Plänen liebäugelte. Naumann mußte im Januar 1918 die kleineren deutschen Fürstenhöfe bereisen, um

über die Thronkandidaturen für Kurland und Litauen Informationen zu liefern und allerhand Wünsche weiterzugeben. Über das Reichskanzlerjahr Hertlings hat vor etwa 8 Jahren dessen Sohn in einem sehr naiven kleinen Buch allerhand ungewollte Aufschlüsse erteilt. Doch was Naumann über die Hilflosigkeit und das zunehmende Versagen des klugen, aber innerlich unsichern alten Hertling in seinem Berliner Amt schreibt, ist ungleich feiner und tiefer beobachtet.

Sozialpolitik / Erwin Rawicz

**Internationale** Vom 30. Mai bis zum 16. Juni fand die 11. Tagung der *Internationalen Arbeits-*

*konferenz* in Genf statt, bei der, was bisher erst einmal erreicht war, 46 Staaten vertreten waren. Die Beratungen über die Methode zur Festsetzung von Mindestlöhnen führten zu einem Übereinkommensentwurf, der die das Übereinkommen ratifizierenden Staaten verpflichtet Methoden zu schaffen, durch die Mindestlohnsätze für solche Arbeiterkategorien aufgestellt werden können, bei denen keine wirksamen Einrichtungen zur Festsetzung der Löhne durch Tarifvertrag bestehen, oder deren Löhne außergewöhnlich niedrig sind. Des weitern befaßte sich die Tagung mit der Verhütung von Arbeitsunfällen.

Im Juli fand eine *Internationale Soziale Doppelwoche* statt, die 4 Kongresse vereinte: den Internationalen Wohnungs- und Städtebaukongreß, den Internationalen Kongreß für öffentliche und private Fürsorge, den Internationalen Kinderschutzkongreß und schließlich die wichtige Internationale Konferenz für Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik. Die Doppelwoche vereinigte 3000 im sozialen Leben tätige Personen aus 46 Ländern. Die letztgenannte Tagung erhielt eine besondere Bedeutung dadurch, daß sie die 1. internationale Fachkonferenz für Wohlfahrtspflege seit dem Krieg war. In der Doppelwoche wurden alle wesentlichen Themen, wie die Organisation der sozialen Arbeit, die Methodik der Fürsorge, die Ausbildung zu sozialer Tätigkeit, die Verknüpfung zwischen sozialer Arbeit und dem Wirtschaftsleben, auf Grund von ausführlichen Vorberichten für die einzelnen Länder behandelt, so daß die internationale soziale Arbeit durch den Austausch der Erfahrungen sicherlich Befruchtung und Antrieb erfahren hat. Die Ähnlichkeit der Entwicklungslinien trotz der Abhängigkeit der sozialen Arbeit von dem kulturellen

Niveau und den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen der einzelnen Länder legten Zeugnis für das steigende soziale Verantwortungsgefühl bei allen Völkern ab. Die Vorberichte des Internationalen Kongresses für Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik, 70 an der Zahl, sind wesentliches Material, das vom Deutschen Verein für Öffentliche und Private Fürsorge in Frankfurt auch jetzt noch eingefordert werden kann.

Der Verwaltungsrat des *Internationalen Arbeitsamts* hielt auf Einladung der polnischen Regierung seine 42. Tagung am 5. Oktober in Warschau ab.

**Arbeitslosigkeit** Die Anzahl der Unterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hat sich in *Deutschland* bereits seit Ende Juli erhöht. Am 15. Oktober wurden 445 000 Männer und 149 000 Frauen, zusammen 594 000 Hauptunterstützungsempfänger, aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung unterstützt. In der Krisenunterstützung, die zu vier Fünfteln vom Reich finanziert wird, befanden sich Mitte Oktober 76 000 Männer und 14 000 Frauen, zusammen 90 000 Personen; insgesamt werden also in der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung 684 000 Arbeitslose unterstützt. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahrs sind es 265 000 Personen mehr. Dazu kommt die Steigerung in der Personenzahl der nichtunterstützten Arbeitslosen, so daß der Stand der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr erheblich höher ist. Doch muß man bei der Beurteilung dieser Niveauerhöhung der Arbeitslosigkeit berücksichtigen, daß durch das Hineinwachsen der noch vollbesetzten Geburtsjahrgänge der Vorkriegszeit in die erwerbsfähigen Altersklassen die Anzahl der im Wirtschaftsprozess Beschäftigten sich keineswegs so verringert hat, wie man dies nach der Vermehrung der unterstützten und nichtunterstützten Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr annehmen müßte. Mit der zunehmenden Kälte ist mit einer starken Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu rechnen, da in der Landwirtschaft und später auch im Baugewerbe die Außenarbeiten beendet werden müssen. Eine außerordentliche Gefahr für den Arbeitsmarkt der nächsten Wochen bilden die Auswirkungen des Tarifbruchs der Unternehmer in der Großeisenindustrie, die am 1. November trotz verbindlich erklärtem Schiedsspruch  $\frac{1}{4}$  Million Arbeiter ausgesperrt haben. Abgesehen von den Arbeitern, die direkt betroffen sind, werden durch die

Ausstrahlung der Aussperrung auf die übrigen eng mit der Eisenindustrie zusammenhängenden Produktionszweige der Arbeitsmarkt und die gesamte Wirtschaft schwer erschüttert werden, wenn nicht bald der Konflikt im Sinn der Durchführung des Schiedsspruchs beigelegt wird. Für die ausgesperrten Arbeiter beschloß der Reichstag am 17. November nach näherer Vereinbarung mit Preußen Mittel zur Verfügung zu stellen, um den Gemeinden eine ausreichende Erfüllung der ihnen obliegenden Fürsorgepflichten zu ermöglichen. Zunächst wurden 20 Millionen Mark ausgesetzt.

Die Arbeitslosigkeit in *England* steigt ständig an. Mitte August wurden 1,36 Millionen Arbeitslose gezählt, das heißt 300 000 Personen mehr als im März. Die Bergarbeiter sind besonders stark von der Arbeitslosigkeit betroffen, da 28 % von ihnen ohne Arbeit sind. Infolge der trostlosen Lage der arbeitslosen Bergarbeiter hat sich die englische Regierung zu einem Abkommen mit *Canada* entschlossen, wonach inzwischen 10 000 Bergarbeiter als Saisonarbeiter für die Ernte nach *Canada* geschickt worden sind. In den englischen Arbeitsämtern waren Listen ausgelegt, die in wenigen Tagen bereits wieder geschlossen werden mußten, da fast 20 000 Anträge Arbeitsloser, meist von Bergarbeitern, eingelaufen waren. Zunächst wurden von ihnen 4500 untersucht und nach *Canada* verschickt. Die Reisekosten wurden vorschußweise von der englischen Regierung gezahlt. Sie müssen später von den in *Canada* gemachten Ersparnissen teilweise zurückerstattet werden, was bei dem in Aussicht gestellten Wochenlohn von 60 bis 100 Mark selbst bei den höheren Lebenshaltungskosten in *Canada* auch möglich erscheint. Diese Maßnahme ist natürlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Auch in *England* wird man nicht darum herumkommen sich der produktiven Arbeitslosenfürsorge zuzuwenden. Dabei muß jedoch erst der Widerstand des Schatzkanzlers überwunden werden, der sich zunächst noch gegen öffentliche Ausgaben für diese Zwecke wendet. Dafür setzen sich, außer McKenna, Sir Alfred Mond und Lloyd George ein. Ein Umsiedlungsprogramm, das die Regierung entworfen hat, dürfte nach Ansicht der Arbeiterpartei nur zu einer Verschiebung der Arbeitslosigkeit führen und die bisher noch nicht so stark betroffenen Gebietsteile stärker belasten, ohne für die schwerst betroffenen Teile Großbritanniens eine merkliche Entlastung zu bedeuten.

Infolge des erfreulichen Fehlens der Arbeitslosigkeit in *Frankreich* ist ein Vertrag zwischen dem französischen Arbeitsministerium und dem deutschen Reichsarbeitsministerium zustande gekommen, wonach eine gegenseitige Beschäftigungsgenehmigung für 500 Arbeitskräfte vereinbart ist. 500 französische Arbeiter dürfen jährlich in *Deutschland* erwerbstätig sein, und umgekehrt dürfen 500 Deutsche in *Frankreich* Stellen annehmen. Wenn die absolute Austauschzahl auch noch gering ist, so liegt die Bedeutung dieses sozialpolitischen Abkommens darin, daß in ihm ein weiterer Schritt zur Annäherung der beiden Völker gerade für die Schichten zu erblicken ist, die im Ernstfall als die Träger eines praktisch sich betätigenden Friedenswillens anzusehen sind.

Mit der allgemeinen Besserung der konjunkturellen Lage hat sich die Arbeitslosigkeit in *Italien*, in *Österreich*, in *Polen* und besonders in der *Tschechoslowakei* in den letzten Monaten gebessert. Das tritt im Vergleich der Arbeitslosenzahlen dieser Länder mit dem Vorjahr zutage. Auch in den westeuropäischen kleineren Staaten, in der *Schweiz*, in *Belgien* und in *Holland*, erscheint die Arbeitsmarktlage durch die günstige Entwicklung der Wirtschaft in diesen Ländern in den letzten Monaten entspannt.

**Arbeitslosenversicherung** Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung legte für August 1928 ihre Rechnungsergebnisse vor, nach denen 77 Millionen Mark Monatseinnahmen 55 Millionen Mark Monatsausgaben gegenüberstehen, so daß sich ein Rechnungsüberschuß von 22 Millionen Mark ergibt. Damit ist der Notstock der Reichsanstalt, der in Zeiten besonderer Anspannung auf dem Arbeitsmarkt die erhöhten Ausgaben der Arbeitslosenversicherung decken soll, Ende August auf 84 Millionen angewachsen. In den Monaten September und Oktober dürfte er sich noch weiter erhöhen, während er in den folgenden Monaten wird herangezogen werden müssen, um die dann die Einnahmen übersteigenden Ausgaben zu decken. Im Zusammenhang mit der finanziellen Frage mußte auch die der berufsblichen Arbeitslosigkeit einer Regelung unterzogen werden. Das Gesetz hat es dem Verwaltungsrat der Reichsanstalt überlassen zu den Problemen der Saisonarbeitslosigkeit Stellung zu nehmen. Nunmehr liegen in der 2. Oktoberhälfte gefaßte Beschlüsse dieses Organs der Arbeits-

losenversicherung vor, nach denen bereits in diesem Winter eine besondere Regelung der saisonüblichen Arbeitslosigkeit eintreten wird. Die Wartezeit für die Saisonarbeiter ist nicht verändert worden; sie beträgt wie bei allen übrigen Arbeitslosen 7 Tage. Dagegen wurde die 26wöchige Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung für Saisonarbeitslose auf 6 Wochen reduziert, mit der Maßgabe, daß die Bedürftigen nach diesen 6 Wochen in einer vom Reich finanzierten Saisonsonderfürsorge (nach Art der Krisenfürsorge) weiter unterstützt werden. Über den Begriff der saisonüblichen Arbeitslosigkeit, deren Dauer auf höchstens 4 Monate festzusetzen ist, und der unter diesen Begriff fallenden Arbeitnehmer ergehen noch nähere Bestimmungen, die Berufs- und Betriebszugehörigkeit kombinieren. Erst wenn der Reichstag das Gesetz über die Saisonsonderfürsorge für berufsübliche Arbeitslose annimmt, tritt die vom Verwaltungsrat getroffene Regelung in Kraft.

#### Bedürftigkeitsprüfung

Jede Fürsorge setzt voraus, daß derjenige, der sie in Anspruch nimmt, mangels eigener Existenzmöglichkeiten ihrer bedarf, das heißt also bedürftig ist. Der ursprüngliche Fürsorgecharakter der staatlichen Arbeitslosenhilfe bei ihrer Einführung nach Kriegsende findet seine Erklärung darin, daß die Lasten der Arbeitslosenunterstützung damals zunächst aus Steuermitteln, das heißt von der Gesamtheit, getragen wurden. Damit mußte Voraussetzung für die Unterstützungsgewährung nicht allein der Tatbestand der Arbeitslosigkeit sondern gleichzeitig auch der der Einkommens- und Besitzlosigkeit sein. Daraus folgte, daß mit Inanspruchnahme der mit der Staatsumwälzung eingeführten staatlichen Arbeitslosenhilfe die individuelle Bedürftigkeit zu prüfen war; damit waren übrigens staatsrechtliche Entrechtungen, wie etwa in der frühern Armenfürsorge, nicht verbunden, zumal sie der Reichsverfassung widersprochen hätten. Als in der Inflation die Finanzen des Reichs und der Länder zusammenbrachen, wurde die Einführung der Beitragspflicht in der damaligen Erwerbslosenfürsorge notwendig, damit die öffentlichen Ausgaben beschränkt würden. Aus der Beitragspflicht, die für jeden dem Risiko der Arbeitslosigkeit ausgesetzten Arbeiter besteht (Ausnahmen sind hier unwichtig), folgte der Rechtsanspruch auf Unterstützung. Unabhängig von sonstigen Voraussetzungen individueller Na-

tur, also auch von der Bedürftigkeit des Arbeitslosen, durfte nunmehr nur die Tatsache der Arbeitslosigkeit selbst für den Rechtsanspruch auf Unterstützung entscheidend sein. Mit Einführung der Beitragspflicht in der Erwerbslosenfürsorge war der Arbeitslosenhilfe der Fürsorgecharakter genommen, die von der Bedürftigkeit abhängige Unterstützung überholt. Das Versicherungsprinzip, also der Grundsatz von Leistung und Gegenleistung, diese selbstverständliche Folgerung aus der Beitragspflicht, wurde erst mit Einführung der Arbeitslosenversicherung am 1. Oktober 1927, also mit mehrjähriger Verspätung, statuiert. Da nicht alle Kreise der Arbeitgeber der Arbeitslosenversicherung freundlich gegenüberstehen, wurde mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit ein Generalangriff gegen die Arbeitslosenversicherung unternommen, der sich auf die scheinbar nur schwach besetzte Linie des Fortfalls der Bedürftigkeitsprüfung konzentrierte. Der Gesetzgeber hatte bei Vorbereitung der Arbeitslosenversicherung damit gerechnet, daß durch den Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung die durchschnittliche Unterstützungszahl in der Arbeitslosenversicherung um etwa 5 % gegenüber der frühern Erwerbslosenfürsorge steigen würde. Nun behauptete ein Teil der Unternehmerpresse, daß diese Schätzung irrig, und die Steigerung der Arbeitslosenzahlen nur dem Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung zuzuschreiben sei. Daher entschloß sich der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu einer Erhebung, deren Ergebnisse nunmehr als Denkschrift in einer Beilage zum Reichsarbeitsmarktanzeiger vom 4. September 1928 veröffentlicht wurden. Die Erhebung, durch vorsichtige Schätzungen ergänzt, da sie nur einen Teil der Arbeitsamtsbezirke erfaßte, zeigte, daß die Zunahme von 5% der unterstützten Arbeitslosen nach dem Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung, die der Gesetzgeber angenommen hatte, nicht erreicht sein konnte, die Zunahme vielmehr nur etwa 4% betragen haben kann. Diese Untersuchung hat zu einer weitem Festigung der Arbeitslosenversicherung geführt, an der nicht nur die gesamte Arbeiter- und Angestelltenschaft bis zum äußersten festhalten wird, sondern die auch im Interesse der deutschen Wirtschaft gefordert werden muß, weil sie einen gewissen Ausgleich in der Kaufkraftgröße darstellt und damit ein Gegengewicht gegen Krisen durch Absatzstockungen auf dem Inlandsmarkt schafft.

**Tagungen** Im Mai hielten in Probstzella die sozialistischen *Fürsorger und Fürsorgerinnen* ein Pfingsttreffen ab, in dem der Beschluß gefaßt wurde, daß sich die sozialistischen Fürsorger und Fürsorgerinnen selbstverständlich in einer Freien Gewerkschaft zu organisieren haben. Diese Resolution war notwendig geworden, weil ein (übrigens unbedeutender) Teil der Sozialbeamtinnen die Zugehörigkeit zu bürgerlichen Verbänden verteidigen zu müssen glaubte.

Vom 17. bis zum 19. Juni fand in München der 6. ordentliche Bundestag des *Bundes der Techniker, Angestellten und Beamten* statt, der im Hinblick auf die starke Steigerung der Unfälle, namentlich im Steinkohlenbergbau, die Änderung der veralteten Vorschriften der Berggesetze und in der Arbeitszeitfrage die Einbeziehung der Techniker in das Arbeitsschutzgesetz forderte.

Auf dem am 3. und 4. August in Hamburg abgehaltenen Kongreß des *Vereins Deutscher Gewerbeaufsichtsbeamter* setzte Ludwig Preller seine Stellungnahme zur geplanten Reichsarbeitsaufsicht auseinander, gegen die sich der preußische Ministerialrat Ludwig Simon aussprach. Der Vertreter des Reichsarbeitsministers, der Ministerialdirektor Friedrich Sitzler, bekannte sich zu der Ansicht, daß die Arbeitsaufsicht unter einheitlicher Leitung, also fürs ganze Reich, zusammengefaßt werden müsse. Im Anschluß an das Referat Prellers nahm der Kongreß eine Resolution an, die ausspricht, daß der Verein Deutscher Gewerbeaufsichtsbeamter die Verreichlichung der Gewerbeaufsicht für ein erstrebenswertes Ziel halte; vom Reichsarbeitsministerium solle zwecks Überleitung eine besondere Abteilung Reichsarbeitsaufsicht gebildet werden, die aus erfahrenen Gewerbeaufsichtsbeamten konstituiert werden soll, und der ein Beirat aus Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Gewerbeaufsichtsbeamten anzugliedern sei.

Vom 5. bis zum 7. August fand in Breslau der 32. *Deutsche Krankenkassentag* statt, auf dem die deutschen Krankenkassen durch fast 2000 Delegierte vertreten waren. Nicht nur besondere Fragen des Krankenversicherungswesens, sondern auch der Zusammenhang zwischen Krankenversicherung und den Grenzgebieten, der Krankenfürsorge, die Beteiligung der Krankenkassen an der Ernährungsfürsorge, ihr Interesse an der Fürsorge für gesundheitlich gefährdete Jugendliche kamen auf der arbeitsreichen Tagung zur Sprache, auf der auch die

Frage der Arbeitsgemeinschaften zwischen Versicherungsträgern und Gemeinden eingehend erörtert wurde. Den Höhepunkt der Tagung bildete ein Referat des Vorsitzenden Helmuth Lehmann, der zur Reform der Reichsversicherungsordnung umfangreiche Leitsätze aufstellte. Lehmann forderte eine Zusammenfassung der Krankenkassen in örtliche und bezirkliche Verbände; auf diesem Unterbau wären die Hauptkrankenkassenverbände für das ganze Reichsgebiet zu errichten, die als öffentlichrechtliche Körperschaften unter der Aufsicht des Reichsarbeitsministers stehen sollen.

Im September tagte in Hamburg der 13. Kongreß der *Freien Gewerkschaften*, auf dem die entscheidenden Fragen der deutschen Sozialpolitik in ausführlichen Referaten und Diskussionen behandelt wurden (siehe die Rundschau Gewerkschaftsbewegung, in diesem Band Seite 805 und folgende). Aus den Verhandlungen dieses Kongresses, bei dem Reich und Länder vertreten waren, erkennt man klar die künftige Linie der deutschen Sozialpolitik. Scharf zeichnete sich im Lauf der Tagung das Führertum der Gewerkschaften im letzten Jahrzehnt ab. Das hohe Niveau der Verhandlungen zeugte von dem starken Verantwortungsbewußtsein der gewerkschaftlichen Führer auf dem Gebiet der Sozialpolitik und von der Entschiedenheit, mit der sie an der Verwirklichung der sozialistischen Postulate arbeiten. Für das Arbeitsschutzgesetz fordert eine an Reichsregierung und Reichstag gerichtete Resolution, daß endlich der Achtstundentag gesetzlich eindeutig festgelegt, die Arbeitsaufsicht völlig umgestaltet und zur Reichsarbeitsaufsicht, unter Einschaltung des Gedankens der Selbstverwaltung, erweitert werde. Von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung fordert der Kongreß, daß sie die Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung in sozialem Sinn handhabt. Die Diskussion ließ keinen Zweifel darüber, daß die Gewerkschaften die Reichsanstalt, die auf starker Selbstverwaltung fußt, bis zum äußersten vor allen Angriffen zu schützen entschlossen sind. Für die Krisenunterstützung fordert der Kongreß, daß sie auf alle Berufsgruppen ausgedehnt wird und die zeitliche Begrenzung dieser ergänzenden Unterstützungseinrichtung fortfällt, das heißt also, daß die Krisenunterstützung praktisch zur Reichsarbeitslosenfürsorge ausgestaltet wird (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 789 und folgende). Weiter

wird mit Nachdruck die Vereinheitlichung und Selbstverwaltung der Sozialversicherung verlangt, und die Reichsregierung wird aufgefordert der Verschwendung von Zeit und Mitteln in der Sozialversicherung endlich ein Ende zu machen. Schließlich will der Kongreß, daß die vom deutschen Volk verlangte Freizeit für die erwerbstätige Jugend im Arbeitsschutzgesetz festgelegt werde. Der Kongreß, der sich mit der Frage der Wirtschaftsdemokratie befaßte, zeigte, auf wie hoher geistiger Warte die deutschen Gewerkschaften stehen.

Nicht ohne Absicht tagte der 3. Kongreß des *Allgemeinen Freien Angestelltenbundes* kurz nach dem Kongreß des *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes* vom 1. bis zum 4. Oktober ebenfalls in Hamburg. Die sehr gut vorbereitete Tagung, bei der Reich und Länder ebenfalls vertreten waren, befaßte sich eingehend mit der Lage der Angestellten in der Wirtschaft und mit ihrer großen Arbeitslosigkeit. Sie forderte den Ausbau der Krisenunterstützung für die Angestellten, nahm eingehend zum Ausbau der Sozialversicherung Stellung und sprach sich für den 6-Uhr-Ladenschluß und den Ausbau des Betriebsrätegesetzes aus. Die Verhandlungen, in denen die Redner ihre Thesen durch weitgehende Heranziehung statistischen Materials fundierten, zeigten die enge Verbundenheit der Angestellten mit den Arbeitern.

#### Informations- mitte

Ein für die Praxis wichtiges Werk gaben der Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium Georg Hartrodt und der Gewerberat Ludwig Preller, der bisherige Bearbeiter dieser Rundschau, heraus: ein *Sozialbehördenlexikon*. Die Organe der Sozialpolitik /Berlin, Reimar Hobbing/, das in außerordentlich übersichtlicher Anordnung und in anerkannter Vollständigkeit alle öffentlich-rechtlichen Organisationen in Reich, Ländern und Kommunen erfaßt, die auf dem Gebiet der Sozialpolitik zu wirken berufen sind. Seit 1918 haben sich in der staatlichen Sozialpolitik außerordentlich große Wandlungen vollzogen, die in weitem Umfang neue Behördenapparate oder mindestens deren Erweiterung aus bestehenden Ansätzen heraus im Gefolge hatten. Es ist äußerst dankenswert, daß die Genannten sich der mühevollen Arbeit unterzogen ein Nachschlagewerk von über 1200 Seiten zu schaffen, das jedem sozialpolitisch Arbeitenden in der Tätigkeit des Tages sehr gute Dienste leisten

wird. Abgesehen von der systematischen Aufzählung aller sozialen Behörden in den öffentlichen Körperschaften gibt der ausgezeichnete alphabetische Teil tabellarisch über die wichtigsten, für jeden untern Verwaltungsbezirk zuständigen Sozialbehörden Auskunft, was die Benutzbarkeit dieses Lexikons noch weiter erhöht. Hartrodt und Preller haben ohne Zweifel mit ihrem gewissenhaft durchgearbeiteten Werk dem Sozialpolitiker manche Arbeit sehr erleichtert.

Von dem derzeitigen Bearbeiter dieser Rundschau, Erwin Rawicz, erschien im Volksvereinsverlag in München-Gladbach ein Buch *Die deutsche Sozialpolitik* im Spiegel der Statistik, das auf dem gesamten Gebiet der Sozialpolitik Stand und jüngste Entwicklung im Gewicht der sozialpolitischen Notwendigkeiten und Maßnahmen darzustellen versucht.

Eine systematische Einführung in die *Wohlfahrtspflege*, die die neuesten Änderungen der Gesetzgebung bereits berücksichtigt, wird durch die 2. Auflage der Schrift Hans Muthesius' *Die Wohlfahrtspflege* /Berlin, Julius Springer/ geboten. Interessante Einzeluntersuchungen tiefschürfender Art sind aus einer Preisaufgabe der Sächsischen Landeswohlfahrtsstiftung hervorgegangen. Die 5 besten Arbeiten sind unter dem Titel *Die örtliche und soziale Herkunft der öffentlich unterstützten Personen*, insbesondere der verwahrlosten Familien, herausgegeben worden /Leipzig, B. G. Teubner/. Sie geben aus den Akten der kommunalen Wohlfahrtspflege interessante Einblicke über die soziale Umschichtung im Gefolge des Krieges und der Inflation. Vielleicht hätten einheitliche Richtlinien für die Abfassung den Wert noch gesteigert.

Auf dem Gebiet des *Fürsorge- und Versorgungswesens* erschien ein von Ernst Behrend verfaßtes Nachschlagebüchlein, betitelt *Versorgungs- und Fürsorgerecht* /Halberstadt, H. Meyer/, das in knapper und daher übersichtlicher Form unter Einordnung der Materie in die geläufigsten Stichworte das Wesentliche zusammenstellt. Die Hinweise auf die einschlägigen Gesetzesstellen erhöhen den Wert des lexikonartigen Büchleins.

Von Kurt Wilhelmi erschien ein Kommentar zu den gesetzlichen Bestimmungen über die *produktive Arbeitslosenfürsorge* (*Die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge* /Berlin, Reimar Hobbing/). Die wichtige sozialpolitische Materie ist in übersichtlicher und erschöpfender Form unter Berücksichtigung der neuesten Verordnungen dargestellt worden.



## Totenliste

Der Reichsdeutsche Blindenverband beklagt den Tod seines Mitbegründers und Führers *Paul Reiner*, der in Berlin einem Straßenbahnunfall im Juni im Alter von 55 Jahren zum Opfer fiel. Reiner hat sich große Verdienste um die Blindenfürsorge erworben. Auf seine Anregung wurde der 1. Kongreß für Blindenwohlfaht in Stuttgart abgehalten. Ferner arbeitete er tatkräftig in der Kommission für Einführung einer öffentlichrechtlichen Blindenrente mit.

Am 16. Juni starb in Mannheim der Professor an der Handelshochschule *Anton Erdel* in seinem 53. Lebensjahr. Er war einer der Pioniere auf dem Gebiet des Arbeitsrechts und gehörte zu den Wissenschaftlern, die Neues in ihrem Fach schufen. Er trat für den Ausbau des kollektiven Arbeitsvertrags ein.

Am 27. Juni starb der wegen seiner Sachkenntnis auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung bekannte und geschätzte Amtsrat *Willy Dencker*, 47 Jahre alt. Er hat sich aus der Praxis heraus wissenschaftlich emporgearbeitet. Mit unermüdlicher Arbeitskraft widmete sich Dencker neben den täglichen Amtsgeschäften seiner umfangreichen literarischen Tätigkeit, in der er zahlreiche sozialpolitische Fragen behandelte.

Am 9. Oktober starb *Walter Kaskel*, Ordinarius an der Universität Berlin, 46 Jahre alt. Durch seinen Tod wurde die Arbeitsrechtswissenschaft schwer getroffen. Kaskel, der stets Hilfsbereite, hat das Werk geschaffen, das nicht nur in der Vergangenheit sondern auch in der nächsten Zukunft als grundlegend auf dem Gebiet des Arbeitsrechts zu bezeichnen ist. Wie kein anderer setzte er sich dafür ein, daß das Arbeitsrecht als gleichwertig mit den übrigen Rechtsdisziplinen anzusehen sei. Sein Name wird in den Kreisen der Arbeiter, obwohl er ihnen politisch nicht nahestand, in bestem Andenken bleiben; denn gleich den Gewerkschaften strebte er danach die sozialen Errungenschaften juristisch festzulegen.

Am 14. Oktober starb, 74 Jahre alt, *Eduard Bernhard*, der als erster Unternehmer in die sozialreformatorische Bewegung eintrat (siehe über ihn diese Rundschau, 1924 Seite 319). Obwohl er Vorsitzender der Arbeitgebernvereinigung war, gewann er beim Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts, dem er seit 1893 als Beisitzer angehörte, durch seinen Gerechtigkeitsinn und sein soziales Verständnis auch das Vertrauen der Arbeiter. So konnte er in den großen Vorkriegsstreiks der Metallarbeiter und der

Bauarbeiter bei der Einigung der Parteien wesentlich mitwirken. Bernhard war Schatzmeister der Gesellschaft für Soziale Reform und als Vertreter der Tiefbaugenossenschaft Mitglied des Reichsversicherungsamts. Beim Bau des Berliner Gewerkschaftshauses war er der Vertrauensmann der Gewerkschaften. Zu seinem 70. Geburtstag ernannte ihn die Universität Rostock zum Ehrendoktor »in Anerkennung der hohen Verdienste, die er sich auf dem Gebiet der Sozialpolitik, insbesondere des gewerblichen Gerichts-, Einigungs- und Versicherungswesens, in jahrzehntelanger selbstloser Tätigkeit erworben hat«.

**Kurze Chronik** Am 4. Oktober wurde der 10. Geburtstag des *Reichsarbeitsministeriums* gefeiert.

Kurz vor der Staatsumwälzung wurde dieses als Reichsamt für Soziale Gesetzgebung und Verwaltung errichtet, unter Abtrennung vom Reichswirtschaftsamt, dem jetzigen Reichswirtschaftsministerium, zu dessen größerm Bruder es sich ausgewachsen hat. Die Umwandlung dieses Reichsamts in das Reichsarbeitsministerium erfolgte im März 1919, mit der Maßgabe, daß es neben dem Schlichtungswesen die gesamte Sozialpolitik zu bearbeiten hätte. Heute stehen unter der Aufsicht des Reichsarbeitsministeriums die gesamte Sozialversicherung, die Arbeitslosenversicherung, das Versorgungswesen, die Arbeitsvermittlung, das Wohnungs- und Siedlungswesen, das Schlichtungswesen usw. In den Zeiten schwierigster politischer und wirtschaftlicher Kämpfe hat das Reichsarbeitsministerium produktive Arbeit geleistet. Daß an seiner Spitze jetzt Rudolf Wissell steht, gibt uns die beste Gewähr dafür, daß, wie Wissell selber es in den Sozialistischen Monatsheften (in diesem Band Seite 654) formuliert hat, die Arbeitspolitik des Ministeriums »zwischen sozialen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten das richtige Verhältnis findet«.

◊ Im Reichsfinanzministerium wurde am 10. Oktober zwischen dem Reich und dem am Reichsangestelltentarifvertrag beteiligten Angestelltenorganisationen ein Abkommen über die *Zusatzversicherung der Reichsangestellten* getroffen. Danach werden den berufsunfähigen Angestellten respektive ihren Hinterbliebenen Zuschüsse zu den gesetzlichen Pensionen respektive den Hinterbliebenenrenten gewährt, und zwar im Rahmen der Angestelltenversicherung. Mit Wirkung vom 1. November 1928, an dem das Abkommen zwischen dem Reich



und den Verbänden in Kraft trat, werden für die zusatzversicherten Angestellten höhere Beiträge an die Angestelltenversicherung abgeführt, nach denen sich, den reichsgesetzlichen Bestimmungen gemäß, die Rentenberechnung richtet. Auch wenn ein zusatzversicherter Angestellter aus dem Reichsdienst ausscheidet, bleiben die erhöhten Rentenansprüche bestehen. Diesem Abkommen, das nicht nur für das Reich sondern auch für Preußen Gültigkeit erhalten soll, dürften die übrigen Länder, Kommunen und Selbstverwaltungskörper wohl beitreten. Es besteht die Möglichkeit, daß auch die Angestellten privater Betriebe zwecks Verbesserung der Alters- und Hinterbliebenenversorgung die Zusatzversicherung beantragen können, ohne daß neue Verwaltungsorgane geschaffen werden. ◊ Am 16. Oktober tagte im Reichsarbeitsministerium eine Konferenz zur Besprechung grundsätzlicher Fragen des *Schlichtungswesens*, in der die von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite geübte Kritik diskutiert wurde. In der Debatte über die praktische Anwendung des geltenden Schlichtungswesens kam klar zum Ausdruck, daß weder die Gewerkschaften noch die Arbeitgeberorganisationen eine Abschaffung der Verbindlichkeitserklärung verlangen. Die Verbindlichkeitserklärung solle aber regelmäßig nur auf Antrag einer Partei erfolgen, damit mindestens diese eine Partei die Verbindlichkeitserklärung und die sich daraus ergebenden Folgen von vornherein billigt. Die Aussprache im Reichsarbeitsministerium, die auch von der Seite der Arbeitgeber den Willen zur Mitarbeit und das wirtschaftliche Interesse am Schlichtungswesen bekundete, läßt die Sabotage der Verbindlichkeitserklärung durch die Arbeitgeberverbände der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie Anfang November unverständlich erscheinen, um so mehr, als gleichzeitig mit dem Tarifbruch der Arbeitgeber in Westdeutschland dem Reichsarbeitsministerium eine Denkschrift der Arbeitgeberverbände vorgelegt wurde, die die Beibehaltung der staatlichen Schlichtung fordert. Nach diesen Vorschlägen soll eine neutrale, unpolitische Reichsschiedsstelle geschaffen werden, die die Voraussetzungen für den Erlass einer von der Reichsregierung auszusprechenden Verbindlichkeitserklärung zu prüfen hat. Dieser keineswegs neue Vorschlag würde, wenn er zur Ausführung käme, äußerlich eine weitere Intensivierung der Staatsautorität im Schlichtungswesen bedeuten, wäh-

rend diese Autorität gerade jetzt von den Unternehmern der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie aufs schärfste verletzt worden ist. Abgesehen von anderen Gründen, aus denen sie für die Arbeiterschaft nicht akzeptabel sind, dürften die "neuen" Arbeitgeberanschläge wegen der zu ihrer Durchführung notwendigen Gesetzesänderungen nicht angenommen werden können, zumal die gewünschten Reformen, wie Wissell in der erwähnten Konferenz bereits ausführte, schon im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen durchaus durchführbar sind. ◊ Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung befaßte sich Ende Oktober mit der Neuordnung der *Kurzarbeiterunterstützung*. Die Beschlüsse brachten wohl Verbesserungen, dehnten aber die Unterstützung, die bisher nur bei einem Arbeitsausfall von mindestens 3 Tagen wöchentlich gezahlt wird, nicht auf Kurzarbeiter mit 2 Tagen Arbeitsausfall in der Woche, also mit nur 4 vollen Arbeitstagen, aus.

#### Literatur

In einer Schrift *Der Tag ohne Licht* /Berlin, Verlag für Kulturpolitik/ schildert *Joachim von Delbrück* eine von ihm mehrere Monate hindurch ausgeübte Tätigkeit unter Bergleuten. Der Inhalt kann nicht halten, was der Titel verspricht. Einer, der nur einen kurzen Einblick in das Leben des Bergarbeiters genommen hat, kann selbst tiefstes Empfinden vorausgesetzt, nicht zum Kunder des Lebens und Erlebens der im Bergwerk Tätigen werden. So fehlt den Folgerungen die innere Berechtigung. Eine gewisse Überheblichkeit der Darstellung vermindert noch die Lesbarkeit der mit dem erwähnten vielversprechenden Titel ausgezeichneten Schrift. ◊ Die Heilung der Gesellschaft betitelt *Richard Bondam* ein Buch /München, Albert Langen/. Man könnte in gewisser Hinsicht den Verfasser mit den sozialistischen Utopisten vergleichen. Wie diese betrachtet er mit warmem Mitgefühl die Leiden der Armen und entwickelt voll der Erkenntnis notwendiger Änderung seinen Plan. Er erhofft von einer Umwandlung des privaten Erbschaftsrechts in ein bestimmt geregeltes Erbschaftsrecht des gesamten Distrikts des Verstorbenen die Lösung der ganzen sozialen Frage. Unnötig darauf hinzuweisen, daß von der Lösung eines Teilproblems, selbst wenn sie sich als richtig und durchführbar erwiese, doch niemals die der Gesamtfrage erwartet werden kann.

Staatssozialismus / Walther Pahl

**Öffentliche Aufträge** Unter den Mitteln, die der Konjunkturpolitik zur Beeinflussung der Konjunktur zur Verfügung stehen, spielt die zweckentsprechende Dosierung der öffentlichen Aufträge eine bedeutende Rolle. Diese Aufträge gewinnen mit der Zunahme der Staatsbetätigung in der modernen Wirtschaft für den Konjunkturablauf immer größere Bedeutung. Erst in letzter Zeit haben die jahrelangen Bemühungen des Reichsarbeits- und des Reichswirtschaftsministeriums eine Übersicht über den Umfang der behördlichen Aufwendungen wie Leistungen und Warenlieferungen an die Privatwirtschaft festzustellen zu einem Ergebnis geführt. Danach betragen die Gesamtausgaben für Sachaufträge der Öffentlichen Hand im Jahr 1927 beim Reich (einschließlich Eisenbahn und Post) und bei den Ländern 3,381 Milliarden Mark. Die Vertreter des Deutschen Städtetags im Reichswirtschaftsrat veranschlagten die Vergebung von Leistungen und Warenlieferungen durch die kommunalen Körperschaften auf mindestens 4 Milliarden Mark jährlich. Das bedeutet, daß die Öffentliche Hand jährlich mit einem Auftragsbestand von 7 bis 8 Milliarden Mark auf den Arbeits- und Warenmarkt tritt. Die zeitlich zweckmäßige Einsetzung dieser enormen Mittel muß die Konjunktur-bildung beeinflussen. Die Ursache des unentwegten Wechsels von Aufschwung und Stockung wird ja heute in erster Linie darin gesehen, daß zu gewissen Perioden mehr investiert wird als die Kapitalbildung zuläßt. Diese Überinvestition pflegt in Aufschwungszeiten allgemein zu sein. Mit Hilfe von Notenbank- und Bankkredit wird eine Zeitlang die effektive Knappheit an Kapital verschleiert, deren Auswirkung alsdann den Rückschlag hervorruft. Daraus ergibt sich von selbst die Wichtigkeit einer maßvollen Zuteilung von Kredit, und damit gewinnt man ferner die Anhaltspunkte dafür, was der Staat tun kann, um diesen Massenbewegungen entgegenzuwirken. Bisher machte sich die Öffentliche Hand an der Überinvestition selber mitschuldig. Sie häufte ihre Aufträge an die Privatindustrie in einer Zeit günstiger Industriebeschäftigung.

Anfang dieses Jahres wurde im Reichswirtschaftsrat ein Antrag eingebracht (Initiativantrag Baltrusch), der verlangte, daß der Reichswirtschaftsrat die Reichsregierung ersuche mit den Verwaltungen der Reichsbahn, der Reichspost

und allen sonstigen für größere Auftragserteilung an die Wirtschaft in Betracht kommenden Reichsstellen sowie mit den Regierungen der Länder und den Vertretungen der Kommunen in Verbindung zu treten, um Mittel und Wege ausfindig zu machen, wie die behördliche Auftragserteilung an die Wirtschaft von größeren zentralen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus planmäßig erfolgen könne. In dem einstimmig vom Reichswirtschaftsrat angenommenen Antrag wird verlangt, daß eine zu starke Häufung eiliger Aufträge verhindert wird, um eine größere Stetigkeit in die von solchen Aufträgen der Öffentlichen Hand beeinflussten Zweige der deutschen Wirtschaft zu bringen. Infolge dieses Antrags wurde ein Arbeitsausschuß eingesetzt, der eine lange Reihe von Vernehmungen mit den in Frage kommenden Stellen vornahm. Diese Vernehmungen haben deutlich die Mißstände aufgezeigt, die auf Grund der bisherigen planlosen Verteilung der öffentlichen Aufträge in einer Reihe von Wirtschaftszweigen entstehen.

Es wurde zum Beispiel festgestellt, daß die Aufträge der Reichspost an die sehr umfangreiche Schwachstromindustrie in den letzten Jahren bis zu 60 % schwankten, mit dem Erfolg, daß einzelne Schwachstromfirmen, die sich auf die Herstellung automatischer Fernsprechämter umgestellt hatten, in späteren Jahren beinahe beschäftigungslos wurden. Die Steinindustrie, die zu 95 % für die Öffentliche Hand arbeitet, klagt darüber, daß im Jahr 1927 die Aufträge unter Forderung kürzester 6wöchiger Lieferfristen auf wenige Monate zusammengedrängt wurden, so daß trotz voller Leistungsfähigkeit der deutschen Steinindustrie  $\frac{1}{2}$  Million Tonnen Pflastersteine im Wert von 18 Millionen Mark aus Schweden eingeführt werden mußten. All das zeigt die Notwendigkeit durch richtige Dosierung der öffentlichen Aufträge einen Konjunkturausgleich herbeizuführen. Der Reichswirtschaftsrat hat denn auch auf Grund des erwähnten Antrags eine Anzahl sehr wichtiger Vorschläge gemacht, die die Aufträge der Privatwirtschaft und die der Öffentlichen Hand in Wechselbeziehung bringen sollen. Ein Konjunkturausgleich soll dadurch angestrebt werden, daß die öffentlichen Aufträge nach Möglichkeit bis in die Depressionszeit aufgespart werden; besonders bei öffentlichen Hoch- und Tiefbauten, bei werbenden Neuanlagen von Eisenbahn und Post und beim Ausbau des Wasserstraßennetzes.

Es ist fernerhin von dem Reichswirtschaftsrat als erforderlich bezeichnet worden, daß künftighin alle größeren Aufträge der Öffentlichen Hand, spätestens nach ihrer Vergabung, dem Reichswirtschaftsministerium oder einer von diesem zu bestimmenden Stelle mitgeteilt werden sollen. Durch das Reichswirtschaftsministerium soll dann eine fortlaufende statistische Erfassung und Auswertung der gesamten öffentlichen Vergabungsunterlagen durchgeführt werden. Auf diese Weise soll verhindert werden, daß die sehr zahlreichen öffentlichen Vergabungsstellen ohne jede Beziehung unter einander arbeiten. Bis heute fehlt eine solche Verbindung durchaus. Das Reichspostministerium kontrolliert zum Beispiel nach der Erlaubniserteilung für Bauten und Beschaffungen die Oberpostdirektionen, die die Ausführung durchführen, überhaupt nicht. Das tut erst viel später der Reichsrechnungshof. Bei den Stiefelbestellungen der preußischen Schutzpolizei konnte es vorkommen, daß 22 Beschaffungsstellen des Ministeriums des Innern unabhängig von einander bei einer einzigen Fabrik die

wendungen der Öffentlichen Hand verschiebbar ist, so handelte es sich selbst bei diesem übertragbaren Teil schon um einen stattlichen Prozentsatz der gesamten deutschen Industrieproduktion, die für 1927 auf etwa 30 Milliarden Mark angenommen werden darf.

In Kreisen der Reichsregierung verweist man darauf, daß die Wirkung der Zusammenfassung und der möglichst planwirtschaftlichen Verteilung der Aufträge nicht überschätzt werden soll, da verschiedene Körperschaften häufig mit der Durchführung ihrer Aufträge nicht warten können. Wenn man aber die Gesamtsumme der Aufträge berücksichtigt, die durch die Öffentliche Hand gehen, dann ist es klar, daß die ökonomische Verteilung auch nur eines geringen Teils dieser Aufträge für die Lenkung der Konjunktur außerordentlich wichtig sein kann. Es ist damit zu rechnen, daß mit dem 1. Januar 1929 in einigen maßgebenden Zweigen der Auftragserteilung die neue planmäßige Vergabung einsetzen kann. Von den Erfolgen dieser ersten Zusammenfassung wird es abhängen, ob man den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrats folgen wird.

stich im Reg. ...  
 destens zu Beginn eines jeden Wirtschaftsjahrs, die Vertreter der größeren Beschaffungsstellen, einschließlich der Länder und Kommunen, mit den Vertretern der interessierten wirtschaftlichen Organisationen zusammenfinden, um über die Konjunktur und die Beschaffungslage zu beraten und festzustellen, ob Streckung oder Verstärkung der Aufträge erwünscht ist. Ebenso sollen auch in den größeren Gemeinden regelmäßige Besprechungen zwischen Stadtverwaltungen und Regierungspräsidenten, Landesfinanzämtern, Provinzialschulkollegien, Landeskulturämtern, Reichsbahn- und Oberpostdirektionen unter Beteiligung der Arbeitsämter und der Vertretungen der Wirtschaft stattfinden.

Wenn auch die Hemmungen, die einer solchen planmäßigen Beeinflussung der Konjunktur- und Saisonschwankungen durch eine richtige Einsetzung der öffentlichen Aufträge entgegenstehen, nicht unterschätzt werden dürfen, so steht es doch fest, daß die Anwendung der vom Reichswirtschaftsrat empfohlenen Grundsätze unzweifelhaft einen segensreichen Einfluß auf die Konjunktur ausüben kann. Selbst wenn man annimmt, daß nur ein kleiner Bruchteil der oben mit 7 bis 8 Milliarden Mark geschätzten Sachauf-

ernahme  
 omischen  
 : Univer-  
 sität Basel gehaltene Antrittsvorlesung Edgar Salins Theorie und Praxis staatlicher Kreditpolitik der Gegenwart /Tübingen, J. C. B. Mohr/ ist eine in jeder Hinsicht erfreuliche Attacke wider die Planlosigkeit der Führung der deutschen Kreditpolitik durch die Reichsbank und ihren gegenwärtigen Präsidenten. An dem Beispiel der Kreditpolitik zeigt Salin, wie notwendig der ökonomischen Praxis, der Tochter der Routine, eine Nutzung theoretischer Erkenntnisse wäre. Die Kreditpolitik der Gegenwart verstößt insbesondere in Deutschland in der Tat gegen die banalsten theoretischen Einsichten. Zum größten Teil richtet sie ihre Maßnahmen noch immer nach der idealen Norm der "klassischen" Kreditpolitik, die von den englischen Freihändlern in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts konzipiert wurde und reine Diskontpolitik war, der es lediglich auf eine Registrierung der veränderten Geldmarktlage ankam. Salin zeigt, daß die Voraussetzung für die Berechtigung einer solchen passiven Kreditpolitik längst geschwunden ist, seitdem England nicht mehr die einzige Suprematiemacht der Welt ist, und seitdem »der Übergang von einer vorwiegend

liberalen zu einer stärker sozialen Staatsanschauung und von einer vorwiegend freiwirtschaftlichen zu einer stärker planwirtschaftlichen Staatsbetätigung« vollzogen ist. »Das Axiom des Liberalismus von der ausschließlich konstatierenden Aufgabe der Diskontpolitik konnte und kann auf die Dauer einer Zeit nicht genügen, die den Glauben an die die Harmonie verwirklichende Macht der Konkurrenz verloren hat, und die ehrlich genug ist, um sich einzugestehen, daß schon längst nicht mehr freier Wettbewerb, sondern organisierte Wirtschaft das Kennzeichen des ausgehenden Hochkapitalismus bildet.« Salin fordert, daß die praktische Kreditpolitik endlich dieser Erkenntnis Rechnung trage und an die Stelle des kreditpolitischen *laissez faire* eine Kreditpolitik setze, die die Regulierung des Angebots von Geld und Kredit zum Zweck der Aufrechterhaltung des Preisstands zum Ziel hat. Eine moderne Kreditpolitik darf sich in der Tat nicht mit der Erhöhung oder Herabsetzung des Diskontsatzes begnügen sondern muß, unter Verzicht auf den Schutz eines imaginären Goldbestands der Zentralbank, mit allen Mitteln, insbesondere denjenigen der Ausdehnung oder Verringerung der Kredilmenge, die Erhaltung des konkreten Preisstands der Volkswirtschaft anstreben. Eine planwirtschaftliche Konjunkturpolitik wird von der Reichsbank gefordert.

Salin würdigt die Schwierigkeiten, die heute einer praktischen Durchführung solcher krisenmildernden Kreditpolitik bei dem Übergangscharakter der gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur entgegenstehen. Aber sie scheinen ihm überwindbar, weil die Tatsache des planwirtschaftlichen Umbaus des Kapitalismus die Notwendigkeit einer Kreditpolitik mit dem Ziel der Stabilisierung der Konjunktur erzwingt. Der Deutschen Reichsbank macht er mit Fug den Vorwurf, daß sie sich nicht nur der Aufgabe einer Stabilisierung des Preisstands erschreckend schlecht gewachsen gezeigt sondern auch durch ihre eigenen planlos durchgeführten Maßnahmen das Zickzack der deutschen Wirtschaftskurve mit verschuldet habe. Salin fordert deshalb ein neues Sachverständigen-gremium als Kontrollorgan der Reichsbank und eine gesetzliche, staatliche Festlegung der einzuschlagenden Politik. Die Schrift Edgar Salins sollte in unseren Kreisen zu einer intensivern Beschäftigung mit den bisher wenig beachteten Fragen der Kreditpolitik und Kreditkontrolle veranlassen.

#### Wegebau

Eine der wichtigsten Aufgaben der Öffentlichen Hand besteht in der nächsten Zukunft darin eine großzügige Umgestaltung und Erneuerung des Landstraßennetzes vorzunehmen. Der Finanzbedarf, der für den Umbau des vorhandenen und den Ausbau des *deutschen* Straßennetzes notwendig wäre, wird auf 4 bis 4½ Milliarden Mark geschätzt. Eines der wesentlichsten Hemmnisse, die sich der Erneuerung des Landstraßennetzes entgegenstellen, liegt im deutschen Wegerecht. Gesetzlich sind die einzelnen Landkreise und Kommunen zum Unterhalt der vorhandenen Straßen verpflichtet, nicht aber zu ihrem modernen Ausbau, wozu ihnen ja auch die Mittel fehlen. Die Lokalbehörden besitzen heute auf der einen Seite nicht die materielle Leistungsfähigkeit, um einen Umbau des Landstraßennetzes in Anpassung an die rapide Entwicklung des Automobilverkehrs vorzunehmen; auf der andern Seite reicht aber auch die wegerechtliche Zuständigkeit der Lokalbehörden nicht mehr aus, weil sich heute infolge des Automobilverkehrs der Verkehr über längere Entfernungen erstreckt. Es genügt nicht eine Verbesserung und Verbreiterung der Straßen, es ist auch eine veränderte Linienführung unbedingt notwendig. Eine Änderung des Wegerechts, in Form der Schaffung eines Reichswegerechts, könnte allein die Schwierigkeiten beseitigen, die hier vorliegen. Von zentraler Stelle aus muß die Renovierung des deutschen Straßennetzes betrieben werden. Es ist fernerhin auf die Dauer unhaltbar, daß die Mittel zur Straßenunterhaltung bisher im wesentlichen lediglich dadurch aufgebracht werden, daß den Kreisen und Kommunen Teilbeträge aus der Automobilsteuer überwiesen werden. Es wäre richtiger die Erträge aus der Automobilsteuer auf solche Weise nicht zu verzetteln sondern sie direkt für die Verzinsung großer Auslandsanleihen für den Straßenbau zu verwenden. Die Aufnahme von Auslandsanleihen begegnet insofern Schwierigkeiten, als die Beratungsstelle für Auslandsanleihen im Einvernehmen mit der Reichsbank Straßenbauten nicht als produktiv in dem für die Bewilligung von Anleiheaufnahmen seither maßgebenden Sinn anerkennt.

Ende Oktober ist nun durch ein Konsortium der Reichskreditgesellschaft eine Studiengesellschaft für die Finanzierung des Straßenbaus gegründet worden. Sie plant die Gründung einer großen Straßenbaugesellschaft, die im Ausland, ins-

besondere in Amerika, auf der Grundlage der Automobilsteuer und von Zuschüssen aus der Arbeitslosenfürsorge sukzessive Wegebauanleihen aufnehmen soll. Die Verzinsung und Tilgung der Anleihen denkt man ebenfalls aus den Steuererträgen leisten zu können. Die schwerlich zu beschaffende dingliche Sicherheit will man durch die Einschaltung eines Treuhänders ersetzen, der die Verwendung der Anleiheerlöse im Rahmen der zur Verfügung stehenden öffentlichen Gelder überwachen soll.

**Bergbau** Die dem Land *Preußen* gehörende Bergwerksgesellschaft *Hibernia* hat, wie hier schon mitgeteilt, ihre Dividende von 5 auf 4 % reduziert. Trotz der um 240 000 Tonnen erhöhten Syndikatsbeteiligung von nunmehr 6,92 Millionen Tonnen ist die Kohlenförderung mit 5,54 Millionen Tonnen sogar noch eine Kleinigkeit hinter dem Vorjahr zurückgeblieben. Die Kokserzeugung stieg dagegen von 0,71 auf 0,79 Millionen Tonnen. Auch die Gewinnung der Nebenprodukte ist durchweg stark erhöht worden. Im einzelnen wurden produziert: Steinkohlenteer 28,53 (24,46), schwefelsaures Ammoniak 11,20 (10,27) und Rohbenzol 7,94 (6,99) Millionen Tonnen. Am Bilanzstichtag betragen die Bestände 4,22 Millionen Mark gegen 2,89 Millionen Mark im Vorjahr. Das Bankguthaben ging von 5,53 auf 2,16 Millionen zurück, die Außenstände dagegen stiegen von 18,51 auf 25,20 Millionen; auch die Beteiligungen weisen eine Zunahme um rund 1 auf 8,84 Millionen Mark auf. Auf der Passivseite erhöhten sich die Gläubiger von 21,18 auf 27,51 Millionen Mark. Der Geschäftsbericht beurteilt die Aussichten als unsicher. Mit Rücksicht auf die Rationalisierungsreserven des ausländischen Kohlenbergbaus im Verhältnis zum deutschen sei ein Nachlassen der Weltmarktkonkurrenz nicht zu erwarten. Die Syndizierungsbestrebungen des englischen Bergbaus seien auf den Kampf mit der Ruhrkohle abgestellt.

Die Erteilung des Schürf- und Abbaurechts ist in *England* nicht Staatsregal, wie bei uns, sondern Sache des jeweiligen Grundbesitzers, der dafür laufend "royalties" übernimmt. Diese stellen eine feste Last für den Bergbau dar, die seine Lage außerordentlich erschwert. Bekanntlich gehen die Forderungen der englischen Arbeiterbewegung in der Richtung, daß die royalties in einer Hand vereinigt werden, die sie dann nach staatlichen Gesichtspunkten zentral ver-

walten könnte. Auch in Kreisen der englischen Wirtschaft erkennt man immer mehr und mehr die Dringlichkeit einer Verstaatlichung der englischen Kohlengerechtheiten an. Sir Alfred Mond (jetzt Lord Melchett) teilte mit, daß sich schon verschiedene Komitees für eine Übernahme des Bergeigentums auf Grund einer angemessenen Entschädigung durch den Staat ausgesprochen hätten. Er bedauert, daß die Regierung in dieser Angelegenheit bisher keine entscheidende Stellung eingenommen hätte. Je mehr er von dem Problem sehe, mit dem man es bei der Schaffung von Zusammenschlüssen im Bergbau zu tun habe, desto mehr sei er von den Vorteilen überzeugt, die der Industrie aus einer Verstaatlichung der Kohlengerechtheiten erwachsen.

Die Regierung der *Tschechoslowakei* beschloß die im staatlichen Besitz befindlichen Grubenfelder von 15 Millionen Quadratmeter Fläche auszubauen. Zunächst soll eine Kohlengrube, deren Förderleistung 6 Millionen Kubikmeter betragen wird, ausgebeutet werden.

**Deutschland:** Die in der Aktiengesellschaft *Vereinigte Industrieunternehmungen* als Dachgesellschaft zusammengeschlossenen Reichsbetriebe gehören heute zu den solidesten, besten Werken, die in Deutschland bestehen. Die Entwicklung der Reichsbetriebe im Jahr 1927 beweist mit aller Deutlichkeit, daß das Reich in der Lage ist wirtschaftliche Unternehmungen auf das beste zu leiten. Die Dividendeneinnahmen der Vereinigten Industrieunternehmungen steigerten sich von 11,6 auf 14,55 Millionen Mark. Es verblieb nach Abzug der Geschäftskosten und Steuern (0,515 Millionen Mark), der Disagioabschreibungen (1,718 Millionen Mark) und der Zinsen (2,381 Millionen Mark) ein Reingewinn von 9,95 Millionen Mark, von denen der Finanzminister auf seinen Gesamtbesitz von 120 Millionen Aktien 7 % Dividende erhielt, gegen 6 % im Vorjahr. Das Beteiligungsvermögen der Vereinigten Industrieunternehmungen stieg in diesem Geschäftsjahr von 148,8 auf 172,7 Millionen Mark. Zu dieser Steigerung des Beteiligungsvermögens trug unter anderem die Übernahme von 3,336 Millionen Mark oder rund 20 % des Gesamtkapitals von 16 Millionen Mark der durch Fusion entstandenen *Heckmann-Selve-Aktiengesellschaft* bei, einem wichtigen Unternehmen der Aluminiumverarbeitung. Durch die Steigerung des Beteiligungsvermögens ging das Bankguthaben

von 16,8 auf 9,8 Millionen Mark zurück, die Forderungen stellen sich jetzt auf 37,4 Millionen gegen 56,9 Millionen Mark. An Verbindlichkeiten werden andererseits 8,7 Millionen gegen 14,8 Millionen Mark ausgewiesen. Von den Forderungen entfielen 22,66 Millionen Mark auf die Elektrizitätsbeteiligungen. Die zu den Hauptinteressenten der Vereinigten Industrieunternehmungen gehörende Reichskreditgesellschaft steigerte ihren Umsatz um 17 % von 45,2 auf 52,6 Millionen Mark und verteilte eine Dividende von 8 % (1926 ebenfalls 8 %). Die gleiche Höhe wie im Vorjahr (10 %) erreichte die Dividende ferner bei der Deutschen Revisions- und Treuhandaktiengesellschaft.

Die Stromerzeugung der Elektrowerke, deren Kapitalhöhe von 60 Millionen Mark sich bekanntlich ganz im Besitz des Reichs befindet, erreichte mit 1,37 Milliarden Kilowattstunden einen neuen Rekord. Mit 8 % blieb die Dividende unverändert, aber das restliche Anleihe-disagio wurde vollständig abgebucht. Das Beteiligungskonto erhöhte sich um 4 Millionen, von 9,6 auf 13,9 Millionen Mark. Es handelt sich dabei namentlich um die Übernahme junger Aktien aus der Kapitalserhöhung des Überlandwerks Oberschlesien. Fernerhin wurde der Einfluß bei den Braunschweigischen Kohlenbergwerken durch Zukauf verstärkt. Den Neuinvestierungen steht ein unwesentlicher Rückgang der Liquidität gegenüber. Die unter Führung der Elektrowerke vollzogene Gründung der Aktiengesellschaft für deutsche Elektrizitätswirtschaft wird höchstwahrscheinlich schon sehr bald eine überragende Bedeutung für die deutsche Elektrowirtschaft bekommen. Das Ostpreußenwerk, von dessen Kapital in Höhe von 18 Millionen Mark 7,416 Millionen auf die Vereinigten Industrieunternehmungen entfallen, nahm eine Erhöhung der vorjährigen Erstlingsdividende von 3 auf 4 % vor. Die Stromabgabe stieg von 41 auf 53 Millionen Kilowattstunden. Bei der Württembergischen Landeselektrizitätsaktiengesellschaft in Stuttgart, von deren Kapital ein beträchtliches Minderheitspaket sich im Besitz der Vereinigten Industrieunternehmungen befindet, stieg die Stromübertragung von 100,6 auf 145,8 Millionen Kilowattstunden, die Dividende von 5 auf 6 %.

Die Vereinigten Aluminiumwerke erhöhten ihre Dividende von 8 auf 9 %. Auf die Vereinigten Aluminiumwerke entfallen 80 % der gesamten deutschen Aluminiumerzeugung. Das neugegründete

Europakartell in der Aluminiumindustrie hat sich im Jahr 1927 durchaus bewährt. Von der gesamten Jahresproduktion des Europakartells in Höhe von etwa 100 000 Tonnen (Weltproduktion zirka 210 000 Tonnen) entfiel auf Deutschland etwa ein Drittel. Das wichtigste organisatorische Ereignis des neuen Jahres ist ein Vertrag der Reichsaluminiumwerke mit der Montecatini Società Generale per l'Industria Mineralia in Mailand, dem führenden italienischen Chemietrust. Mit dieser Gesellschaft zusammen haben sich die Reichsaluminiumwerke an der Società Italiana del Alluminio in Mailand beteiligt, die mit einem Kapital von 80 Millionen Lire arbeitet und damit beschäftigt ist in Marghera bei Venedig eine Tonerde- und in Mori eine Aluminiumfabrik zu bauen. Die Vereinigten Aluminiumwerke stellen die Haglundpatente für die Herstellung reiner Tonerde auf elektrothermischem Weg zur Verfügung. Das Innwerk, das nur noch elektrischen Strom für die Reichsaluminiumwerke sowie für die Kalkstickstoffgruppe der Vereinigten Industrieunternehmungen liefert, erhöhte die Erzeugung von 47,5 auf 51,2 Millionen Kilowattstunden. Die Dividende von 6 % blieb unverändert.

Die Kalkstickstoffunternehmungen der Vereinigten Industrieunternehmungen: Mitteldeutsche Stickstoffwerke, Bayrische Kraftwerke und die als Stromlieferanten fungierenden Alzwerke, haben sich im Jahr 1927 ebenfalls befriedigend weiter entwickelt. Der Stickstoffverbrauch der deutschen Landwirtschaft stieg im Düngejahr 1926-1927 von 325 000 auf 390 000 Tonnen. An dieser Steigerung war vornehmlich der Kalkstickstoff beteiligt. Die Produktion der Bayrischen Kraftwerke dürfte von 28 200 auf zirka 35 000 Tonnen gestiegen sein, dazu kommen etwa 30 000 Tonnen der privaten Bayrischen Stickstoffwerke, unter deren Führung die Stickstoffgruppe der Vereinigten Industrieunternehmungen zu einer Betriebsgemeinschaft zusammengefaßt ist. Es blieb bei 6 % Dividende. Bei den Mitteldeutschen Stickstoffwerken, die ihre Werke schon Anfang 1926 an ein Konsortium Bayrische Stickstoffwerke-Farbenindustrie zwecks anderweitiger Ausnutzung der für die Kalkstickstoffproduktion weniger günstig gelegenen Anlagen verpachtet haben, schreitet die Abwicklung weiter fort. Die Dividende von 8 % konnte beibehalten werden. Die Alzwerke erhöhten ihre Stromerzeugung von 245 auf 247 Millionen Kilowattstunden.

Die sogenannten D-Werke (Deutsche Industriewerke, Deutsche Spinnereimaschinenbaugesellschaft, Deutsche Präzisionswerkzeuggesellschaft und Deutsche Werke) scheinen sich konsolidiert zu haben. Die Deutschen Werke haben zum erstenmal eine Dividendenzahlung mit 6% vorgenommen. Es ist der Verwaltung der Vereinigten Industrieunternehmungen gelungen die unter denkbar ungünstigen Voraussetzungen übernommenen D-Betriebe (früher Deutsche Werke) auf eine solide Grundlage zu stellen.

**Rußland** Der Wirtschaftsplan des bolschewistischen Staats tritt jährlich am 1. Oktober in Kraft. Erst auf Grund der Feststellung der Menge des für die Ausfuhr zur Verfügung stehenden Getreides ist die Regierung imstande annähernd die Warenmenge zu bestimmen, die im Ausland gekauft werden kann. Der Staatsplan (Gosplan) ist diejenige Staatsbehörde, die alle Daten der Produktion, der Erfordernisse der Industrie und des Handels, der Ausfuhr und der Einfuhr zu sammeln und wissenschaftlich zu ordnen hat. Um die in jeder Industrie herzustellenden Mengen festzulegen, ging man zu der Entwicklung neuer statistischer Methoden über, bei denen die Zahlen teils in vergleichenden Tabellen, teils in Form von Bilanzen dargestellt werden. Diese sogenannten Kontrollzahlen bilden die Grundlage für eine exakte Abschätzung der Produktionsaufgaben des nächsten Wirtschaftsjahrs. Dieses System hat nun im letzten Wirtschaftsjahr völlig versagt. Bis 1927 hat man sich bei der Aufstellung des Wirtschaftsplans größtenteils nach den Ernteergebnissen, das heißt nach dem für den Export verfügbaren Teil der Ernte, richten können. Von dieser Menge her bestimmte sich der Umfang der Einfuhr an Rohmaterialien, Halbfabrikaten und Maschinen. Bis zum Ablauf des Wirtschaftsjahrs 1926-1927 hatten sich die tatsächlichen Ernteerträge ziemlich innerhalb der Schätzungen gehalten. Im Wirtschaftsjahr 1927-1928 war das aber nicht mehr der Fall. Das System, das die Beschaffung von Getreide für den Export sichern sollte, ist zusammengebrochen. Nun beschloß das Handelskommissariat den Exportplan unabhängig von den Ernteergebnissen aufzustellen und nur mit solchen Industrieerzeugnissen und Rohstoffen zu rechnen, deren Beschaffung mit allergrößter Sicherheit vorauszusehen ist. Im Wirtschaftsjahr 1926-1927 ist es nicht einmal gelungen 18% der Getreide-

menge, die in dem Programm für den Export vorgesehen war, zu beschaffen. Im Juni und Juli 1928 mußten sogar größere Mengen fremden Getreides nach Rußland eingeführt werden. Es war also nicht möglich die notwendigen Einfuhren durch die Getreideausfuhr zu finanzieren. Das Loch in der Handelsbilanz führte zu einem starken Geldabfluß. Dadurch entstand ein Defizit, das noch wächst, da große Mengen von den im Ausland bestellten Waren nach dem Wirtschaftsplan des Jahres 1926-1927 erst jetzt hereinkommen.

Der Wirtschaftsplan für 1928-1929 sieht eine Erweiterung der Metall-, Brennstoff-, Kunstdünger- sowie Maschinenindustrie und eine Verringerung des Ausbaus der Leichtindustrie vor. In der Landwirtschaft ist eine forcierte Organisation von Kollektivwirtschaften vorgesehen, um der Gefahr des Individualismus in der Bauernschaft zu begegnen. Die Ausführung bleibt abzuwarten. Programm und Wirklichkeit sind unter dem bolschewistischen Regime stets zweierlei. Die Eisenerzgewinnung des Trusts Uralmet ist im verflorenen Wirtschaftsjahr um 20% hinter dem Produktionsprogramm zurückgeblieben. Die Minderförderung ist zum größten Teil auf die zeitweilige Stilllegung der Bakalskabergrube zurückzuführen, denen untauglicher Sprengstoff geliefert worden ist. Zurzeit wird von dem Hauptkonzessionskomitee ein Plan für die Vergebung von kommunalen Konzessionen ausgearbeitet. Dieser Plan sieht die Anlage neuer Straßenbahnen, die Anlage von Wasserleitungen und Kanalisationen, elektrischen Kraftwerken und Gasanstalten vor. Es handelt sich hier um Anlagen in Höhe von 400 Millionen Rubel. Im Konzessionsvertrag soll die Höhe der Gewinne des Privatkapitals durch eine stärkere Besteuerung der übernormalen Profite begrenzt werden.

Es wirkt in der Tat grotesk, daß ein Staat, der den Sozialismus verwirklichen will, sich durch das Versagen seiner Wirtschaftsführung gezwungen sieht einen großen Teil von kommunalen Monopolbetrieben an ausländische Privatkapitalisten zu konzessionieren. Die deutsche sozialistische Bewegung erblickt in der Ausdehnung des Kommunalsozialismus einen der natürlichsten Wege zu einer neuen sozialistischen Wirtschaftsform, und deshalb ist es für sie eine der selbstverständlichsten sozialistischen Forderungen die kommunalen Betriebe vor jedem Zugriff des Privatkapitalismus zu schützen.



## Totenliste

In der 1. Hälfte des Juli starb in Karlsruhe *Ferdinand Lewald*, in seinem

82. Lebensjahr. Er war von 1900 bis 1913 Präsident des Badischen Verwaltungsgerichtshofs und als hervorragender Verwaltungsfachmann bekannt. Er war auch eine Zeitlang Mitglied der frühern Ersten Kammer Badens.

Am 4. Juli starb in Potsdam *Ernst von Glasenapp*, in seinem 67. Lebensjahr. Er war anfangs im Berliner Polizeipräsidium und im Preußischen Ministerium des Innern beschäftigt. 1908 wurde er Präsident und Landesdirektor von Waldeck, kurz vor dem Weltkrieg Polizeipräsident von Köln. Er gehörte 1898 bis 1901 dem Preußischen Abgeordnetenhaus an und war von 1908 bis 1914 Bevollmächtigter zum Bundesrat. Während des Weltkriegs fungierte er als Polizeipräsident in Warschau, und er blieb dort bis zum Ende der Besetzung Polens. 1919 nahm er seinen Abschied.

**Kurze Chronik** Unter der Führung der Elektrowerke und der Gesellschaft für Elektrizitätsunternehmungen ist nunmehr zur Schaffung eines Gemeinschaftskraftwerks mit Oberschlesien eine Aktiengesellschaft unter dem Namen *Ostkraftwerk* gegründet worden. Das Kapital beträgt 15 Millionen Mark. Die Beteiligung der Vereinigten Industrieunternehmungen beläuft sich auf 51 %, die der Gesellschaft für Elektrizitätsunternehmungen auf 49 %. In der Beteiligung der Vereinigten Industrieunternehmungen sind 5 % enthalten, die vorweg an die Landeshauptmannschaft Oberschlesien abgetreten worden sind, so daß diese Körperschaft als Gründer auftritt. Von seiten der Vereinigten Industrieunternehmungen erhält das Überlandwerk Oberschlesien eine Unterbeteiligung. Von seiten der Gesellschaft für Elektrizitätsunternehmungen sind die schlesische Elektrizitäts- und Gasaktiengesellschaft und das Elektrizitätswerk Schlesien interessiert; die Quote dieser beiden Werke steht noch nicht fest. Die Bauzeit des neuen Werks schätzt man auf 1½ Jahre. Vorläufig ist eine installierte Leistung von 80 000 Kilowatt vorgesehen. Zweck der Gründung ist zunächst die Schaffung eines gemeinschaftlichen Stromlieferungswerks für die Werke Überlandwerk Oberschlesien, Schlesische Elektrizitäts- und Gaswerke und Elektrizitätswerk Schlesien. ◊ Der Stromabsatz der *Sächsischen Werke* stieg im Jahr 1927 von 503 auf 660 Millionen Kilowattstunden.

## WISSENSCHAFT

## Philosophie / Christian Herrmann

**Wahrheit und Wirklichkeit** Die großartige Entwicklung der jüngsten Philosophie zeigt sich in der immer größeren systematischen Kraft die verschiedensten Gedankenmotive mit einander zu vereinigen und in dem Vermögen den letzten Ausgangspunkt aller Begründungen immer tiefer zu legen. Damit verbindet sich weiter das Bestreben bei aller rein wissenschaftlich verfahrenen und aus strengem Methodenbewußtsein stammenden philosophischen Forschung doch die Grundlagen zu einer umfassenden Weltanschauung zu liefern. Nichts weniger als eine wissenschaftliche Metaphysik ist das Ziel dieser Bemühungen, welche Absicht allein schon zeigt, wie ungeheuer der Weg ist, den die Philosophie seit etwa 2 Dezennien durchgemessen hat. Die neue Haltung zeigt sich zunächst einmal in der zentralen Bedeutung, die die Frage nach dem Verhältnis von Wahrheit und Wirklichkeit und nach dem Wesen der Wirklichkeit gewonnen hat. Ganz grundsätzlich sieht man heute einen Unterschied in der Frage nach der Wirklichkeit und der nach der Wahrheit. Daß mit der Untersuchung des Wahrheitsbegriffs noch gar nichts über den Wirklichkeitsbegriff ausgemacht ist, will uns heute schon fast selbstverständlich erscheinen. Und daß Wirklichkeit als ein Reich außerhalb der Erkenntnis verstanden werden muß, ist heute auch wieder in verschiedenen Variationen selbstverständlich vorgetragene Melodie. Einer der umfassendsten, scharfsinnigsten und vielseitigsten Versuche das Verhältnis von Wahrheit und Wirklichkeit zu untersuchen ist von dem Berliner Ordinarius für Philosophie *Heinrich Maier* gemacht worden. In seinem großen Werk *Wahrheit und Wirklichkeit* (Tübingen, J. C. B. Mohr) zeigen sich, wie in kaum einem andern des philosophischen Schrifttums, die Tendenzen der gegenwärtigen Philosophie in größter Klarheit. Bemerkenswert hierfür ist die Art, wie in unserer Philosophie 2 große Hauptströmungen klargelegt werden: eine idealistische und eine absolutistische, die sich zwar oft genug mit einander verbinden, aber doch von einander getrennt betrachtet werden müssen. Die eine, entstanden aus der Reaktion auf die naturwissenschaftliche Weltanschauung, hat Bedeutendes in der Herausarbeitung der Eigengesetzlichkeit der geschichtlich-



geistigen Welt geleistet. Aber die Betonung der Immanenz der Welt im Geist mußte die Philosophie den Naturwissenschaften, aber auch den anderen Wirklichkeitswissenschaften entfremden. Maier sieht aus der idealistischen Stellungnahme eine Verarmung der Philosophie kommen. Die absolutistische Tendenz der gegenwärtigen Philosophie hat sich ebenfalls als Reaktion auf Strömungen des 19. Jahrhunderts entwickelt: den Relativismus, Psychologismus und Historismus. Es ist nun das Wesentliche dieses Absolutismus nach Maier, daß es ein Absolutismus der Vernunft ist. Die Vernunft gelangte allmählich wieder zu einem Ansehen und zu einer Stellung, daß man sich nur darüber wundern kann, daß es überhaupt noch Vernunftwidriges in Welt und Leben gibt. Die Wirklichkeitsfremdheit der absolutistischen Vernunftphilosophie hat denn nun auch prompt eine Gegenbewegung ausgelöst: in der Erlebnisphilosophie, die eigentlich das Gegenteil von wissenschaftlicher Philosophie ist und nur von den Überspannungen der Vernunftphilosophie lebt. Die Grundlegung, die Maier gibt, sucht in einer logischen Überlegung ein oberstes Geltungsprinzip für das gegenstandsbezogene Denken zu erarbeiten. Den Ausgang bietet eine scharfsinnige Analyse des Urteils, wobei auch das emotionale Denken, auf das Maier schon 1908 in seinem Werk *Psychologie des emotionalen Denkens* (Tübingen, J. C. B. Mohr) hinwies, eingehend berücksichtigt wird. Dabei zeigt sich, daß Wahrheit und Geltung nicht das selbe sind; denn auch die emotionalen Urteile "gelten". Wahrheit ist ein spezifisches Prädikat der Erkenntnisurteile. Sie ist ein Korrelat zur Wirklichkeit. Wirklichkeitsfreie Wahrheiten gibt es nach Maier nicht. Hier werden gewiß sehr viele Einwände gemacht werden. Die Argumentation Maiers, auf die hier nur hingewiesen werden kann, ist jedenfalls die schroffste Abkehr von der Windelband-Rickertschen Geltungslehre. So wird die allgemeine Wirklichkeitswissenschaft, die Metaphysik, wieder zur philosophischen Grunddisziplin und der Erkenntnistheorie durchaus übergeordnet. Die Metaphysik hat es mit der allgemeinen kategorialen Formstruktur der Wirklichkeit zu tun. Dabei zeigt sich, daß eine Grundschrift von Kategorieen den beiden Reichen der Wirklichkeit, der naturhaften und der geistigen, gemeinsam ist. Vor allem die sogenannten Abstraktionskategorieen ge-

hören in diese Grundschrift. Maier hält nicht nur die begriffliche sondern auch die anschauliche Abstraktion für konstitutiv im Gebiet der Naturerkenntnis, wie die begriffliche es im Bereich der geisteswissenschaftlichen Erkenntnis ist. Man wird zugeben müssen, daß hier dem wirklichen wissenschaftlichen Erkennen in Natur- und Geisteswissenschaften, zumal wie heute die Dinge liegen, näher ins Auge geschaut wird als jemals vorher. Der natürlich von Maier nicht übersehene Unterschied zwischen den beiden Wirklichkeitsbereichen wird auf 2 sich deutlich von einander abhebende Kategorieensysteme zurückgeführt, die bis in die Einzelheiten hinein ausgeführt werden. Diese Kategorieen sind nicht Erkenntnisfunktionen sondern Strukturformen der Wirklichkeit. Die Begründung und Durchführung dieser Auffassung und vor allem die Entwicklung des grundlegenden Gedankens von der Korrelation von Wahrheit und Wirklichkeit machen das Werk zu einer der repräsentativsten Erscheinungen des heute in der Philosophie herrschenden Strebens.

**Verständigung** Für die philosophische Situation unserer Gegenwart ganz besonders charakteristisch ist ein Buch zu nennen, das *Paul Feldkeller* zum Verfasser hat, und das *Verständigung* als philosophisches Problem betitelt ist (Erfurt, Kurt Stenger). Wenn es richtig ist, daß der Anfang der Philosophie in dem Sichwundern liegt, darin, daß etwas, was für alle Welt selbstverständlich ist, in Frage gestellt wird, so ist dieses Buch eminent philosophisch. Seine gegenwartserhellende Bedeutung liegt aber darin, daß es die philosophische Forschung nicht nur Erkenntnis sein sondern sie auf alle Verhältnisse des Lebens Einfluß gewinnen lassen will, und daß zum Objekt dieser Beeinflussung der Philosophie eine grundlegende Beziehung des öffentlichen und privaten Lebens genommen wird: die *Verständigung*. Wie viel Katastrophen im politischen, gesellschaftlichen und privaten Leben auf der Unfähigkeit den andern zu verstehen beruhen, das haben wir alle seit 1½ Jahrzehnten miterlebt. Die theoretische Bedeutung und die praktische Wichtigkeit einer Untersuchung über das Wesen, die Grundlagen, die Schwierigkeiten und die Möglichkeiten der *Verständigung* können gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Feldkeller geht nun davon aus, daß alle Lebens-

besonderung in einer Besonderung des Interesses beruht, und daß das Problem der Verständigung darauf zurückgeführt werden kann, wie eine Verständigung der Interessen herbeigeführt werden kann. Die Untersuchung geht also von einer Betrachtung der Struktur des Interesses aus. Die eigenartigen seelischen Verhältnisse und Verhaltensweisen werden mit großer Deutlichkeit geschildert. Dabei wird eine Methode angewandt, die nicht einfach nur als psychologische Analyse oder als phänomenologische Deskription angesprochen werden kann sondern viel reicher ist. Höchst bemerkenswert ist der sehr differenzierte begriffliche Apparat, mit dem der Verfasser an die Untersuchung seines Gegenstands geht. Wir erfahren, wie das Interesse innerhalb des übrigen seelischen Lebens wirkt, wie sich das Weltbild durch das Interesse gestaltet, welche Typen der Interessebildung es gibt, und vor allem, wie sich Interessen soziologisch auswirken. Man sieht allbekannte Tatsachen in neuem Licht. Und man muß sagen: Der Verfasser versteht es außerordentlich gut unendlich viele Lebensstatsachen durchsichtig zu machen. An die eingehende Untersuchung des Interesses schließt sich nun die Hauptfrage, wie man zu einer Verständigung der Interessen kommen könne. Auch hier erhalten wir erleuchtende Betrachtungen über die Mittel zur Beherrschung und Gestaltung der Interessenbildung, Betrachtungen von außerordentlicher Feinheit der Seelen- und Menschenkenntnis. Das Buch zeigt, wie weit man mit einer dynamischen Auffassung seelischer Erscheinungen in ihrem Verständnis kommen kann.

**Totenliste** Anfang November starb, in seinem 73. Lebensjahr, *Ernst Marcus* in Essen, wo er als ehemaliger Richter im Ruhestand lebte. Er war ein sehr scharfsinniger Denker und ein Meister in der Kunst klarer Darstellung. In seinem Denken ganz von Kant bestimmt, ging er in der Auffassung und in der Darstellung der Kantischen Philosophie selbständig seinen Weg, der nicht der der Neukantianer war. In mehreren Schriften zur Erkenntnistheorie, wovon die bedeutendste Kants Weltgebäude /München, Duncker & Humblot/, und zur Ethik gibt er dem Moment der Spontanität eine von Kant abweichende Deutung, die aber wohl geeignet ist manche Schwierigkeiten Kants zu umgehen.

**Kurze Chronik** Bei der Verteilung des *Nobelpreises* erhielt dieses Jahr Henri Bergson den Preis für Philosophie. Dieser französische Philosoph jüdischer Abstammung, dessen Eltern aus Warschau nach Paris eingewandert waren, wo er 1859 geboren wurde, ist heute der repräsentativste Geist im Reich der europäischen Philosophie. Seine Lehre vom Intuitionismus und von der schöpferischen Entwicklung hat auf die Jugend in Frankreich und Deutschland vor dem Krieg den größten Einfluß ausgeübt. Sie ist hier vor nun fast einem Jahrzehnt in dem Artikel Seligmanns Die Entwicklungstheorie Bergsons (1919 I Seite 462 und folgende) ausführlich dargestellt worden. Nicht nur in der Philosophie sondern auch in anderen Bereichen des geistigen Lebens, besonders in der Politik, hat Bergson gewirkt. Ein soeben im Verlag Eugen Diederichs in Jena deutsch veröffentlichtes Werk Die seelische Energie zeigt die neuesten Wege Bergsons, der sich bemüht von seinem Grundgedanken aus die sozialen Gemeinschaften zu verstehen. Man wird auf dieses Werk noch zurückkommen müssen.  $\diamond$  In der Petersburger Eremitage ist eine ägyptische Papyrusrolle, der sogenannte *mathematische Papyrus*, völlig entziffert worden. Dieser Papyrus stammt aus dem 18. Jahrhundert vor Christus; er enthält 25 geometrische und algebraische Aufgaben, die den mathematischen Methoden nach der Geometrie des Euklid um 1500 Jahre vorausseilen und denen der Jetztzeit entsprechen sollen.

#### Exakte Naturwissenschaften / Juda Leman

**Ramaneffekt** C. V. Raman hat bei der genauen Untersuchung des Streulichts, das er bei der Durchstrahlung von Flüssigkeiten erhielt, die außerordentlich wichtige Entdeckung gemacht, daß die Wellenlänge eines Teils des zerstreuten Lichts gegen die des primären verschoben ist. Bis zu Rammans Entdeckung kannte man im sichtbaren Gebiet ein solches Phänomen bei Streustrahlung nicht. Im Röntgengebiet ist das Phänomen als Comptoneffekt bekannt (siehe diese Rundschau, 1924 Seite 265 und folgende und 1925 Seite 710): Das Lichtquant erleidet durch Zusammenstoß mit einem Elektron eine Richtungsänderung, verliert dabei aber auch an Energie, sein  $h\nu$  wird kleiner, das heißt, das gestreute Röntgenlicht ist von kleinerer Frequenz als das einfallende. Ein meßbarer Comptoneffekt ist aber bei

sichtbarem Licht, das durch Moleküle gestreut wird, nicht zu erwarten: gemäß den Erhaltungssätzen von Energie und Impuls ergibt sich beim Zusammenstoß eines Lichtquants mit einem Molekül die Frequenzänderung des Lichts respektive die Rückstoßbewegung des Moleküls als so klein, daß es mit den heutigen Hilfsmitteln unmöglich nachzuweisen ist. Die Versuchsanordnung zur Beobachtung des Ramaneffekts ist im Prinzip sehr einfach. Es kommt nur auf die reinen Versuchsbedingungen an, um eindeutig einen Streuprozeß und nicht etwa einen Fluoreszenzeffekt zu erreichen. Eine sorgfältig gereinigte Flüssigkeit wird durchstrahlt. Man beobachtet, etwa senkrecht zur primären Strahlrichtung, den Tyndalleffekt. Es war bekannt, daß das gestreute Licht, zum Unterschied vom Fluoreszenzlicht, wo zwischen dem Absorptions- und dem Reemissionsakt im Sinn der Quantentheorie die meßbare Zeit von der Größenordnung  $10^{-8}$  Sekunden vergeht (siehe diese Rundschau, 1927 II Seite 853), nur Wellenlängen enthält, die auch in der Primärstrahlung vorhanden sind. Man muß also beim Tyndalleffekt erwarten, daß ein Lichtfilter, das alles Licht des Primärlichts absorbiert, für das Streulicht undurchlässig ist. Raman konnte aber durch ein solches Filter noch Streulicht beobachten, also Licht von einer in der Primärstrahlung nicht vorhandenen Wellenlänge. Dabei gelang ihm auch der Nachweis, daß es sich nicht um Fluoreszenzstrahlung handeln kann. Bedeutungsvoll ist der Nachweis, der von Raman und von anderen Forschern, die jetzt auf diesem Gebiet arbeiten, erbracht wurde, daß der Ramaneffekt eng mit den Kernschwingungen der bestrahlten Substanzen zusammenhängt, derart, daß der Frequenzunterschied zwischen der primären und der gestreuten Strahlung mit der Frequenz der Kernschwingung des betreffenden Stoffs identisch ist. Ein Lichtquant des primären Lichts verliert beim Zusammenstoß mit dem streuenden Molekül so viel von seiner Energie, wie es einer bestimmten Kernschwingungszahl des betreffenden Moleküls entspricht, und fliegt dann mit geminderter Frequenz weiter. Auch sind jetzt bei dem Ramaneffekt gestreute Linien mit höherer Frequenz entdeckt, die man so zu deuten hat, daß das Lichtquant des primären Lichts beim Zusammenstoß mit einem Molekül eine bestimmte Energie von einem Molekül, das sich in angeregtem Zustand befand, aufgenommen hat.

Für die Deutung des Ramaneffekts kann man vorerst nur die quantentheoretischen Betrachtungen über Streuung und Dispersion heranziehen, wie sie zuerst Adolf Smekal vorschlug und Richard Kramers und Werner Heisenberg durchführten. Sie basieren auf den Ideen, die die Streuung als bestehend aus Absorption und Reemission, die innerhalb des Zeitintervalls einer Lichtperiode aufeinanderfolgen, betrachten. Dagegen lassen sich Einzelheiten aus der Ramanschen Entdeckung, wie Peter Pringsheim hervorhebt, durch die Schrödingersche Wellenmechanik nicht gut erklären.

**Lichtzerstreuung in Kristallen** Unabhängig von Raman haben *G. Landsberg* und *L. Mandelstam* in Moskau

die selbe Entdeckung bei Kristallen gemacht. Sie studierten, wie sie dem Herausgeber der Naturwissenschaften mitteilten, die molekulare Lichtzerstreuung und suchten nach einer Wellenlängenänderung, wie sie die Debyesche Theorie der spezifischen Wärme vermuten läßt. Sie fanden dabei den oben besprochenen Ramaneffekt bei der Durchstrahlung von festen Körpern. Ihre Versuchsanordnung war folgende: Als Lichtquelle diente eine Quecksilberquarzlampe. Das Licht wurde durch einen Quarzkristall gesandt. Es wurde das senkrecht zu dem primären Bündel zerstreute Licht untersucht. Die Aufnahmen wurden mittels eines Quarzspektrographen gemacht, wobei dafür gesorgt wurde, daß kein fremdes Licht mitaufgefangen wurde. »Es erwies sich, daß auf allen Spektrogrammen alle Quecksilberlinien von je einem deutlich ausgeprägten Trabanten von etwas größerer Wellenlänge begleitet waren, und außerdem noch bei jeder Linie 2 oder 3 weniger ausgeprägte andeutungsweise zum Vorschein kamen.« In dem Vergleichsspektrum, einer Aufnahme des von schwarzem Samt reflektierten Lichts, zeigte sich keine Spur dieser Trabanten. Die stärkeren Trabanten wiesen folgende Änderungen der Wellenlänge (in Angström) auf:

$\lambda$	$\Delta \lambda$	
	beobachtet	berechnet
2536	zirka 30	30,8
3126	" 47	47,0
3650	" 63	64,0

Die Autoren stellten verschiedene Kontrollversuche an, die mit Sicherheit ergaben, daß die beobachteten Linien nicht etwa von einem zufälligen falschen Licht

herrührten. Der folgende Versuch schien ihnen entscheidend zu sein: »Zwischen dem zerstreuenen Quarzkristall und dem Spektrographspalt wurde ein Quarzgefäß mit Quecksilberdampf eingeschaltet, welcher die Linie 2536 Angström vollständig absorbiert. Auf dem Spektrogramm haben wir diese Linie nicht mehr erhalten, wohl aber ihre Trabanten. Das beweist sicher, daß diese Trabanten wirklich eine andere Wellenlänge haben als die Grundlinie. Wir halten es für verriiht schon jetzt eine definitive Deutung der geschilderten Erscheinung zu geben. Eine der möglichen theoretischen Deutungen besteht vielleicht in folgendem: Bei der Zerstreung des Lichts können einige eigene ultrarote Frequenzen des Quarzes auf Kosten der Energie des zerstreuten Lichtes angeregt werden, und dadurch würde die Energie der zerstreuten Quanten und folglich ihre Frequenz um die Größe der entsprechenden infraroten Quanten abnehmen. Geht man dabei von der Frequenz, welche der Wellenlänge  $\lambda = 20,7 \mu$  entspricht, aus, so erhält man eine gute Übereinstimmung zwischen den berechneten und tatsächlich beobachteten Werten (siehe Tabelle). Ob und wie weit die von uns beobachtete Erscheinung mit der von Raman erst kürzlich beschriebenen im Zusammenhang steht, können wir zurzeit noch nicht beurteilen, weil seine Schilderung zu summarisch ist.« Später fügten die Entdecker noch hinzu: »Wir haben inzwischen das im Kalkspat zerstreute Licht untersucht und die selbe Erscheinung beobachtet. Die Wellenlängeänderung ist hier größer als im Quarz. Sie würde einer Infrarotenfrequenz von  $\lambda = 9,1 \mu$  entsprechen.«

**Tagungen** In Leyden fand vom 5. bis zum 13. Juli die Tagung der *Internationalen Astronomischen Union* unter dem Vorsitz de Sitters /Leyden/ statt. Von Deutschland waren 14 Delegierte anwesend. Die Deutschen nahmen allerdings nur als Gäste teil, da die deutschen Gelehrten bekanntlich noch nicht dem Conseil de Recherches angehören, dem die Internationale Astronomische Union angegliedert ist. Der nächste Kongreß der Internationalen Astronomischen Union soll 1932 in den Vereinigten Staaten abgehalten werden. Zum Präsidenten wurde Sir Frank W. Dyson, der Direktor der Sternwarte in Greenwich, gewählt. Die diesjährige (90.) Versammlung der *Deutschen Naturforscher und Ärzte* fand vom 15. bis zum 22. September in Ham-

burg statt. Von den Vorträgen der Abteilung Physik seien diese hervorgehoben: Walther Meißner /Berlin/ sprach über Messungen mit Hilfe von flüssigem Helium; Max Wien /Jena/, Georg Joos /Jena/, Kasimir Fajans /München/ und Otto Lange /München/ hielten zusammenfassende Vorträge über neue experimentelle und theoretische Untersuchungen über die Natur der Elektrolytlösungen; Carl Ramsauer /Berlin/ verbreitete sich über die Wirkungsquerschnitte der Atome oder Moleküle gegenüber Elektronen verschiedener Geschwindigkeit. In der Abteilung Chemie sprach Herbert Freundlich /Berlin/ über die Struktur der Kolloidteilchen und über den Aufbau von Solen und Gelen, in der Abteilung Physikalische Chemie Franz Simon /Berlin/ über spezifische Wärme von Metallen bei Heliumtemperaturen.

**Totenliste** Mitte September starb in Bozen der ehemalige Ordinarius der Astronomie an der Wiener Universität *Josef Hepperger*, im Alter von 73 Jahren. Von seinen Arbeiten seien genannt: Über Krümmungsvermögen und Dispersion von Prismen /1885/, Bahnbestimmung des Biellerschen Kometen /1898/, Über die heliozentrische Geschwindigkeit der Sternschnuppen /1923/. Für Hinnebergs Kultur der Gegenwart /Leipzig, B. G. Teubner/ schrieb er die Abhandlung *Mechanische Theorie des Planetensystems*. Im Jahr 1899 nahm er an der Expedition nach Indien teil, die die Erscheinung der Novembersternschnuppen zu untersuchen hatte.

**Kurze Chronik** In Como, der Geburtsstadt Alessandro Voltas, wurde von einem Mäzen, Francesco Somaini, ein *Voltamuseum* in Gestalt eines weißen Marmortempels errichtet, in dem sämtliche von Volta erfundenen und benutzten Apparate im Original oder in Nachbildung sowie seine Manuskripte, Bücher, Bilder und sonstigen Andenken ausgestellt sind; das größte Denkmal, das je einem Naturforscher gesetzt wurde. ◊ Nach Plänen des Astronomen George W. Ritchey soll beim Gran Canon des Colorado in Arizona eine Sternwarte errichtet werden. ◊ Von der Gesellschaft zur Förderung Wissenschaftlicher Arbeit durch Frauen sind Lise Meitner /Berlin/ und Ramart Lucas /Paris/ mit dem *Ellen-Richards-Preis* ausgezeichnet worden. Dieser Preis wird nur Frauen verliehen, die bedeutende selbständige Forschungen in der Naturwissenschaft aufzuweisen haben.

**Geschichte / Walther Koch**

**Aulard †** Beinahe 83 Jahre alt, starb in Paris am 23. Oktober der bedeutende Geschichtsschreiber der Französischen Revolution Alphonse Aulard, dessen Werk in dieser Rundschau (1926 Seite 565 und folgende) eingehend gewürdigt worden ist. Seine Politische Geschichte der Französischen Revolution ist in der Tat die große Korrektur der Taineschen pessimistischen Darstellung wie ein Zeugnis der eigenen republikanischen und demokratischen Stellung des französischen Geistes zu diesem weltgeschichtlichen Ereignis. Hippolyte Taine hatte, wie in Deutschland Heinrich von Sybel, aus der Reaktion auf die revolutionären Erschütterungen des 19. Jahrhunderts heraus das Bild der Französischen Revolution grau in grau, allerdings mit grandioser literarischer Kunst, gemalt. Er glaubte die revolutionäre Legende eines Lamartine und Michelet widerlegen zu müssen. Mit der veränderten politisch-ökonomischen Situation mußte nunmehr aber auch das Bild der großen Vergangenheit umgeschaffen werden. Wie die Antike immer neu von jedem Zeitalter aufgefaßt und reproduziert worden ist, so auch die Französische Revolution. Aulard wurde der Ausdruck jener großen innern Umwandlung des Zeitgeistes zur republikanisch-sozialen Haltung hin. Seine Tätigkeit als Historiker ging mit seiner politisch-kulturellen Wirksamkeit Hand in Hand. Wie er als unabhängiger Geist für alle verletzten Rechte des Menschen eintrat, besonders auch als Führer der Französischen Liga für Menschenrechte, so war es sein Hauptbemühen als Historiker die große Entwicklung der allgemeinen Menschenrechte in den verschiedenen Verfassungen der Französischen Revolution zu verfolgen und so die Grundlagen der französischen Demokratie und republikanischen Staatsverfassung verstehen zu lehren. Für Aulard war im Jahr 1886 durch die Stadt Paris ein besonderer Lehrstuhl für Geschichte der Französischen Revolution errichtet worden, und erst vor 6 Jahren mußte er nach Überschreitung der Altersgrenze aus diesem Lehramt ausscheiden. Aulards Bedeutung geht über die Grenzen seines Landes weit hinaus. Er war ein Gelehrter von europäischem Rang und europäischer Art, wie denn auch sein Kampf und seine Sehnsucht einer Annäherung des französischen und des deutschen Geistes zu einer gemeinsamen

europäischen Aufgabe galten. Darum beklagen seinen Tod nicht nur die französische Wissenschaft und Öffentlichkeit, sondern namentlich auch die deutschen Kreise, die in einer deutsch-französischen Verständigung die einzig mögliche Garantie einer künftigen Entwicklung der Kultur unseres Kontinents sehen.

**Burgundische Kultur** Im ausgehenden Mittelalter spielte das Zwischenland zwischen Deutschland und Frankreich, das alte Lothringen, das spätere Burgund, eine wichtige Vermittlerrolle. Hier, in dieser burgundischen Kultur ist noch einmal die feinste Blüte mittelalterlicher Welt aufgebrochen. Wir erkennen heute noch in den strahlenden Bildwerken altflandrischer Kunst jene zarte Verbindung germanischen und romanischen Geistes. Aber auch zeitlich ist diese Kultur von größter Bedeutung gewesen. Noch einmal hat sich hier das aristokratische Wesen des spätern Mittelalters zu üppigem Spiel entfaltet. Der Formenreichtum burgundischer höfischer Kultur wurde maßgebend für österreichisches und spanisches Zeremoniell am habsburgischen Hof. Auch die dort in Burgund entwickelte Verwaltungsorganisation ist von größtem Einfluß gewesen auf die Herausbildung der neuen Verwaltungsorganisation in Österreich und in den deutschen Territorialstaaten. Am bekanntesten ist dann natürlich die Schönheit der Kunst der Brüder van Eyck und des Roger van der Weyden, des Dirk Bouts und des Hans Memling und all der anderen ebenbürtigen Künstler dieser reichen Kunstepoche. Von dieser Welt, ihrem Leben und ihren Formen erzählt das Buch *Johan Huizingas* Herbst des Mittelalters, das den Untertitel Studien über Lebens- und Geistesformen des 14. und 15. Jahrhunderts in Frankreich und in den Niederlanden führt, und das, aus dem Holländischen übersetzt, nunmehr in 2., verbesserter Auflage neu erschien (München, Dreimaskenverlag). Wir befinden uns hier in den Spuren Jacob Burckhardts. Hat Burckhardt das Lebensgefühl der italienischen Renaissance in allen Äußerungen der Zeit erfassen wollen, so hat hier Huizinga diese spätgotische Kultur in Westeuropa dargestellt, die doch schon viel von dem Geist hatte, den Burckhardt erst der Renaissance zuschreibt. Das Buch betrachtet das Leben als eine ästhetische Einheit, die psychologisch mit intuitivem Verstehen erfaßt werden muß. Man kann weder Kunst noch Politik dieser Zeit verstehen, wenn man nicht, wie das Hui-

zinga tut, in das eigentliche Lebensgefühl, das in ihnen sich auswirkt, einzudringen versucht. Das Menschentum dieser Kultur ersteht so vor uns in seiner traumhaften Schönheit, mit seiner prunkhaften Freude an erlesener Form, aber auch seinem totgeweihten Schein. Aus der Fülle literarischer Dokumente, meist in mittelfranzösischer Sprache, die dem Text eingewoben sind, setzt sich mosaikartig das Bild der adligen Kultur, mit ihrer Sehnsucht nach schönem Leben, mit ihrem Traum von Heldentum und Liebe, ihren Frömmigkeitsäußerungen, ihren Denk- und Kunstformen zusammen. So schildert Huizinga in der französisch-burgundischen Kultur des 14. und 15. Jahrhunderts das Ableben einer überreifen Kultur, was ihm von nicht geringerer Bedeutung erscheint als den Werdegang der sich neu entwickelnden zu beobachten. Das Buch will den Duft, die Lebensstimmung eines Zeitalters wiedergeben. Es muß daher auch wie eine Dichtung, ein Spiel gelesen werden, das die wirkliche Welt und ihre tieferen Hintergründe nur an ihrem farbigen Abglanz aufleuchten läßt. Huizingas Werk bedeutet eine schöne Bereicherung der so seltenen Kulturgeschichtsschreibung im Sinn Jakob Burckhardts.

**Frankreich:** Einen recht wertvollen Beitrag zur Geschichte des Zweiten Kaiserreichs stellt die Herausgabe der Memoiren des Grafen Horace de Viel Castel dar, die unter dem Titel *Der Karneval des Zweiten Kaiserreichs in Tagebuchaufzeichnungen die Welt der Kaiserin Eugenie beleuchten* (in der Opalbücherei /Dresden, Carl Reißner/). Sie umfassen die Jahre 1851 bis 1864, also auch die Jahre des Glanzes Napoléons III, der allerdings gegen Ende der Memoiren schon zu verblässen beginnt. Der Verfasser war sein Leben lang nichts weiter als Konservator am Louvremuseum in Paris und hat nur als interessierter Zuschauer Menschen und Ereignisse registriert, wie er sie sah. Sein Vater war der Kammerherr und zugleich der Geliebte der Kaiserin Josephine, der ersten Gattin Napoléons I. Seine Lebenswelt war noch das vorrevolutionäre Frankreich, und auch die Sympathieen des Sohns galten dieser versunkenen Welt höchster Kultur. Er konnte sich nicht in die wirtschaftlichen Realitäten hineinfinden, die das 19. Jahrhundert bestimmten. Er lebte, ebenso wie die Kaiserin Eugenie, die Gemahlin Napoléons III, in einer romantischen Traumwelt, wie sie sich in

dem von der Kaiserin Eugenie unterstützten mexicanischen Abenteuer des Erzherzogs Ferdinand Maximilian zeigte. Von diesem kurzen Zwischenspiel eines Kaiserreichs in Mexico, das durch Franz Werfels Dichtung *Juarez* und Maximilian und Manets berühmtes Bild der Erschießung des Kaisers Maximilian von Mexico eine große literarisch-künstlerische Bedeutung erlangt hat, erzählt auch eine Lebensbeschreibung der Gattin des Erzherzogs, die Curt Elwenspoek unter dem Titel *Charlotte von Mexico: Der Leidensweg einer Kaiserin* herausgegeben hat /Stuttgart, Walter Hädecke/. Das Buch macht keinen Anspruch auf wissenschaftliche Bedeutung sondern will lediglich das menschliche Schicksal dieser Frau darstellen, die erst im Jahr 1927 zum Erstaunen des zeitunglesenden Publikums in geistiger Umnachtung starb. Wer eingehender über diese merkwürdige Persönlichkeit unterrichtet werden will, wird zu dem grundlegenden Werk Egon Caesar Conte Cortis *Maximilian und Charlotte von Mexico* /Wien, Amaltheaverlag/ greifen müssen.

#### Totenliste

Am 24. März starb in München der Professor für bayrische Landesgeschichte *Michael Doeberl*, im Alter von 67 Jahren.

Er hat als Nachfolger Riezlers die Kommission für Bayrische Landesgeschichte gegründet und eine Entwicklungsgeschichte Bayerns geschrieben.

Am 29. April starb in Bonn der noch aus der Tradition der Rankeschule stammende Historiker der Reformationszeit *Friedrich von Bezold*, fast 80 Jahre alt. Seine speziellen Lehrer waren Giesebrecht und Waitz. 1890 erschien als sein Hauptwerk seine *Geschichte der deutschen Reformation* /Berlin, Historischer Verlag Baumgärtel/; dazu kam 1908 in der Hinnebergischen Kultur der Gegenwart /Leipzig, B. G. Teubner/ sein Beitrag *Staat und Gesellschaft des Reformationszeitalters*.

Durch den Tod des 70jährigen Breslauer Historikers *Paul Kalkoff* verlor die Geschichtsforschung der Reformationsgeschichte am 11. Mai einen ihrer besten Kenner. Kalkoff hat vor allem die ersten Jahre der Wirksamkeit Luthers kritisch untersucht. Sein bekanntestes Werk ist *Der Wormser Reichstag von 1521*. Weitere Bücher sind Hutten gewidmet.

Am 30. September starb in Innsbruck der berühmte katholische Geschichtsschreiber *Ludwig Pastor*, in seinem 75. Lebensjahr. Sein Hauptwerk ist die *Geschichte der Päpste*, an der er mit einem

wahren Fanatismus des Fleißes über 40 Jahre hindurch gearbeitet hat, 12 Bände sind von ihr erschienen; sie umfassen den Zeitraum von 1417 bis 1621. Pastor wurde 1901 als Nachfolger Theodor von Sickels Direktor des Österreichischen Historischen Instituts in Rom. Die Räume dieses Instituts waren das einzige Besitztum, das nach dem Krieg dem vorher monarchischen Österreich in Rom geblieben war. Sie nahmen nun die österreichische Gesandtschaft auf, und Pastor als Leiter des Instituts wurde Gesandter der Republik Österreich.

Das Denguefieber, das vor einiger Zeit in Athen wütete, beraubte Ende September auch die griechische Archäologie eines ihrer bedeutendsten Vertreter; *Stephanos Xanthudidis*. Er hat eine große Reihe geschichtlicher, grammatischer und literarischer Arbeiten veröffentlicht. Vor allem waren seine Studien seiner Heimat Kreta gewidmet. Er leitete in Kreta zahlreiche Ausgrabungen.

In Paris starb Ende Oktober, im Alter von 68 Jahren, der Numismatiker und Inschriftenforscher *Théodore Reinach*, der auch die Papyruswissenschaft sehr gefördert hat. Er war Mitglied des *Collège de France*. 3 Brüder Reinach hatten sich der Archäologie gewidmet, von denen jetzt nur noch Salomon Reinach lebt.

**Kurze Chronik** Die berühmte *Engelsburg* am Tiber in Rom, die bereits 136 nach Christus, und zwar als Mausoleum für den Kaiser Hadrian, erbaut worden ist und seitdem verschiedenen Bestimmungen diente, wurde jetzt von ihrem gegenwärtigen Gouverneur, dem General Borgatti, zu dem wohl bedeutendsten historischen Waffenarsenal Europas eingerichtet. Auch die Gelasse der Engelsburg, in denen berühmte Gefangene der Päpste, wie Campanella und Cellini, gesessen haben, sind nun der Besichtigung freigegeben. **Ordentliche Mitglieder der Gesamtdeutschen Historischen Kommission** der Bayerischen Akademie der Wissenschaften wurden Albert Brackmann /Berlin/, Arnold Oskar Meyer /Göttingen/, Hans Nabholz /Zürich/, Heinrich von Srbik /Wien/. Zum Geschäftsführenden Sekretär der Kommission wählte man Karl Alexander von Müller /München/, an Stelle Hermann Onckens. **Nachdem** Ludwig Curtius als Direktor des Deutschen Archäologischen Instituts nach Rom gegangen ist, wurde *Ernst Buschor*, Direktor des Deutschen Archäologischen Instituts in Athen, als Ordinarius der Archäologie nach Heidelberg berufen. **◇**

In Berlin *habilitierte* sich Hedwig Hintze für neuere Geschichte: ein Ereignis von symptomatischer Bedeutung an dieser Universität, an der noch bis vor kurzem aus den Vorlesungen des Germanisten Gustav Roethe alle weiblichen Wesen streng ausgeschlossen worden waren. Hedwig Hintze, die Gattin und ehemalige Schülerin des Berliner Verfassungshistorikers Otto Hintze, sprach in ihrer Antrittsvorlesung über Epochen der Revolutionsgeschichtsschreibung und zeigte damit, wie eine im Leben stehende geschichtliche Betrachtungsweise zugleich auch wieder dem Leben zu dienen vermag. Sie führte den Weg von Quinet und Michelet über Taine und Tocqueville zu Aulard und Jaurès. Sie hat ja das Hauptwerk Aulards selbst in deutscher Sprache herausgegeben und in dem Vorwort dieser Ausgabe auch die sozialen und politischen Ideen Aulards gewürdigt. Über dieses Verständnis der demokratisch-republikanischen Einstellung Aulards hinaus hat sie aber in ihrer Antrittsvorlesung vor allem auch die epochemachende Bedeutung der ökonomischen Betrachtungsweise Jean Jaurès' hervorgehoben. Das geschichtliche Werk Hedwig Hintzes ist gerade vor einem Monat in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 916 und folgende) besprochen worden. **◇** Am 11. November wurde *Hans Delbrück* 80 Jahre alt. Seine Bedeutung als unabhängiger und weit orientierter historisch-politischer Kopf ist im allgemeinen anerkannt. Ausgehend von seinem Spezialgebiet, der Geschichte der Kriegskunst, ist er den großen Zusammenhängen weltgeschichtlichen Geschehens als gründlicher und doch großzügiger Forscher nachgegangen. So konnte in diesen Tagen noch seine Weltgeschichte, deren Bände in dieser Rundschau jeweils nach Erscheinen eingehend behandelt worden sind, ihren Abschluß mit der Darstellung der neuesten Zeit bis zur Gegenwart hin finden.

**Literatur** Das Archiv der Stadt Berlin eröffnet eine Reihe Berlinische Bücher /Berlin, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte/ mit einem Buch *Eberhard Fadens* Berlin im Dreißigjährigen Kriege. Im 1. Teil werden die Zustände, im 2. die Ereignisse behandelt. Die Arbeit beruht auf sehr gründlichen archivalischen Studien, die aber zu einer lebendigen und anschaulichen Darstellung verwoben worden sind. Faden ist aus der verfassungs-, verwaltungs- und wirtschaftsgeschichtlichen Schule Otto Hin-

tztes hervorgegangen und richtet daher sein Augenmerk mit kritischer Schärfe auf die Institutionen der Stadt Berlin; aber auch die allgemeinen kulturellen Zustände werden eingehend gewürdigt. Im Anhang sind einige Quellen zur Geschichte der Zeit beigelegt. Das Werk ist mit einigen guten Abbildungen und Tafeln versehen. Die Arbeit räumt mit manchen veralteten falschen Lieblingsvorstellungen über die Zeit des Dreißigjährigen Kriegs auf. Das eigene Erleben des Weltkriegs hat in einigen erst das rechte Verständnis für Größe und Schrecken dieser vergangenen Kriegsepoche geöffnet. Auch der Leser wird manchen Vergleich mit unserer jüngsten Vergangenheit ziehen können. Das Werk soll eine Vorarbeit zu einer umfassenden Geschichte der Stadt Berlin darstellen, die einmal wesentlich die allgemeine brandenburgisch-preußische Geschichte ergänzen wird. Denn Berlin hat als Sitz des Hofes und der Zentralbehörden naturgemäß auch für die Gesamtgeschichte eine durchaus zentrale Bedeutung. ◊ In diesem Zusammenhang darf der Bearbeiter dieser Rundschau vielleicht auch auf eine schon vor einiger Zeit von ihm verfaßte Studie aufmerksam machen, die, infolge der besonderen Zeitumstände, aber erst vor kurzem in Gierkes Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte / Breslau, M. & H. Marcus/ erscheinen konnte; *Walther Koch Hof- und Regierungsverfassung König Friedrichs I von Preußen*. Es ist darin gleichfalls eine kulturpsychologische Schilderung des Hoflebens und der Menschen der Zeit mit einer mehr systematischen Analyse der Institutionen wie der obersten Regierungsführung, des Maitre des Requétes, des Geheimen Rates und der Kammerverwaltung verbunden. Diese Verbindung kulturgeschichtlicher und verwaltungsgeschichtlicher Methode ist ein Ergebnis des Bildungsgangs des Verfassers, bei dem er die Anregung zu kulturgeschichtlichen Forschungen über das Hofleben des Absolutismus von Kurt Breysig empfing, daneben eine systematische Ausbildung in der Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte von Otto Hintze und Gustav Schmoller erfahren durfte. ◊ Von *Benedetto Croce*, dem bedeutenden italienischen Geschichtsphilosophen, der wieder an Hegel anknüpft, erschien eine auch in der deutschen Öffentlichkeit viel beachtete Schrift *Storia d'Italia dal 1871 al 1915* / Bari, Gius. Laterza & Figli/. Es wäre zu empfehlen, daß das Werk recht bald auch ins Deutsche übersetzt würde.

### Religionswissenschaft / Theodor Siegfried

**Glaube und Geschichte** Seit der Aufklärungszeit ist das Verhältnis von Glaube und Geschichte eines der theologischen Zentralprobleme gewesen. Daß der Historismus es nicht gelöst hat, ist allgemein eingestanden. Es ist auch allgemeines Gefühl, daß sich neue Wege mit einer Wendung des Geistes, und in prinzipiell neuer Richtung, erschließen werden. Dem vielspältigen Suchen stehen als Hemmungen teils eine traditionalistische Verfangenheit an alte Lösungen entgegen, die zu Entschiedenheit der Konsequenz nicht den Mut aufbringt, teils eine bedenkliche Verworfenheit des Denkens, die zwar philosophische Brocken allenthalben aufliest, aber nicht die Fähigkeit oder Bildung hat die aufgegriffenen Themen durchzuführen. Daß trotzdem gewisse durchgängige Tendenzen sich in den verschiedensten Lagern durchzusetzen beginnen, zeigt eindrücklich eine Reihe systematischer Hauptartikel aus der neuen Enzyklopädie *Die Religion in Geschichte und Gegenwart* / Tübingen, J. C. B. Mohr/, die jetzt bis zum Buchstaben H gediehen ist. Dynamische, ichtbezogene Wahrheit, Aktualismus und existenzielles Denken sind zu Schlagworten geworden, als ob sie Antworten und nicht bloße Problemstellungen wären. Nun ist es unendlich schwer im Rahmen einiger Spalten systematische Probleme zu erörtern. Viele der Mitarbeiter haben daraufhin die Konsequenz gezogen, oft unter Aufbietung erheblichen Scharfsinns, ihre Antwort zu skizzieren, ohne in ihr auch die gegenwärtige Problemlage deutlich werden zu lassen. Ein Musterbeispiel dieser Art sind die beiden großen Artikel *Friedrich Wilhelm Schmidts* über Glaube und Geschichte. Der Anspruch des Glaubens soll seine einzige Begründung darin sehen, daß der Glaube Vernehmen des Wortes Gottes ist. Diesem letzten Satz folgt unmittelbar unter der Einführung »genauer« die klassische Umschreibung, »daß er in Christus einer Wirklichkeit zu begegnen meint«. Seit wann ist das Meinen eine zureichende Begründung? Die »heillose Situation«, aus der sich Kant nicht herausfand, soll darin bestehen, daß der ethische Idealismus die Persönlichkeit erst zur Aufgabe mache, während zugleich nur der Bestand der sittlichen Persönlichkeit jener Aufgabe Sinn gebe. Als ob dieser »Zirkel« seinen Halt nicht sowohl in der Anerkennung der sinngebenden Kraft der Idee wie auch schon in der Anerkennung einer nicht-



seienden idealen Wertsphäre finden könnte. Hier bewegt sich Schmidt in den Bahnen jenes Pietismus, der standhaft die Augen davor schließt, daß, was Kant Gesetz nennt, vielleicht die einzig sinngemäße Form war die Gnade anzuerkennen. Die »Meinung« der christlichen Gemeinde, daß sie von der Macht persönlicher Güte getragen sei, soll auch ihren einzigen »legitimen« Grund in der »Wirklichkeit des geschichtlichen Christus« haben. Obzwar diese Wirklichkeit eine »Tatsache« nicht vor dem Glauben und ohne ihn sein soll, versichert Schmidt, daß der Glaube alles Interesse daran hat, daß sein Grund vor ihm steht als ein von ihm unabhängiges Faktum. Wenn er mit dem ersterwähnten recht hat, so ist das zu zweit genannte Interesse des Glaubens unerfüllbar. Wenn das Interesse des Glaubens erfüllt ist, so irrt er im ersten. Oder wenn die Lösung in anderer Richtung liegt, und ein Interesse an der einen und der andern These besteht, so hat Schmidt die Lösung jedenfalls nur verdeckt. Natürlich sieht er richtig, daß der Christus des Glaubens nicht »identisch« ist mit dem Jesusbild, das irgendein Historiker bildet. Aber er übersieht einmal, daß die perspektivische Sicht, die Gegenwartsbezogenheit, durch die sich »Geschichte« von »Historie« unterscheiden soll, ja auch die Historie trägt. Und er übersieht ferner, daß seine Begriffe inneres Leben Jesus' und Charakter Jesus' psychologische Kategorieen sind, mit denen er sich entweder der historischen Forschung oder den Einfällen einer Phantasiekonstruktion anheimgibt. Er behauptet: »Vielmehr ist der historische Jesus der geschichtliche Christus.« Das ist die Brücke, auf der der Glaube zum Hilfsmittel historischer Forschung wird. Denn nun wird einmal die alte, von ernsthaften Theologen längst beiseite gelegte These aufgefrischt, daß die Menschen das Bild eines reinen Willens nicht erfinden könnten: ein schlechthin wertloses Argument. Sodann wird allgemeiner festgestellt, daß Persönliches nur durch Persönliches erkannt werde, was doch dann wohl für alle historische Erfassung gilt. Endlich aber wird, da die Gefahr der historischen Kritik dann doch wieder droht, hinzugefügt, daß der Historiker jedenfalls das innere Wesen Jesus' nicht sehen könne, da seine Kategorieen es ihm a priori verbieten. Also hätte der gläubige Historiker 2 Persönlichkeiten in sich: eine, die Persönliches überhaupt erkennt, und eine andere, die die Glaubenswirklichkeit er-

kennt und auch trotz der ersten als geschichtlich ausgibt. Freilich wieder nicht ganz trotz der ersten; denn der Nachweis, daß Jesus gar nicht gelebt hätte, mußte den Glauben selbstverständlich erschüttern. Nachdem Schmidt einmal die Gegenwartsgebundenheit aller Historie geflissentlich übersieht, um nicht doch mehr als wünschenswert an den Historiker sich zu binden, muß er nun umgekehrt dem Glauben historische Erkenntnis zuschreiben; denn Charaktererkenntnis ist historisch.

Wer Charakterbilder mit mehr als historischer Gewißheit zu erkennen vermag, ist ein Hellscher, dem jedenfalls nur bedingtes Vertrauen entgegengebracht werden kann. Glücklicherweise versichert Schmidt abschließend: »Spannungen werden gleichwohl immer bleiben.« Mögen sie auch ihm sich entdecken.

Von ungleich schärferer Denkkraft sind die knappen Ausführungen *Georg Bertrams* über die Entwicklung des Christentums. In der Problemstellung dem zuvor erörterten Aufsatz ähnlich, betont Bertram eingangs, daß das Problem der Entstehung des Christentums ein historisches sei und daher eine »immanente und entwicklungsgeschichtliche Lösung« fordere. Freilich, die Forderung soll unerfüllbar sein. Denn es »bedeutet eine geschichtsmethodologische Unklarheit, wenn Bergh von der Eysinga meint dem Problem der Geschichtlichkeit Jesus' mit kalter Objektivität gegenüberzutreten zu können«. Wenn das richtig ist, besteht auch eine methodologische Unklarheit im Denken Bertrams. Abschließend hören wir, daß es gegenüber dem Problem der Entstehung des Christentums »keine objektive Stellungnahme« gebe. Der Historiker soll nur bis an die Entscheidung des Glaubens heranzuführen. An welchem Punkt aber und weshalb hört dort seine Objektivität auf? Abschließend nimmt Bertram freilich seine Antithese zurück, indem er erklärt, daß »bei aller Seinserkenntnis, die Wesenserkenntnis und empirische Wahrnehmung verbindet«, das Moment der Überzeugung entscheidend sei. Dann ist der methodologische Ausgangspunkt eine Fiktion. Aber dann ist auch die andere Seite der Alternative: daß die Frage nach dem Leben Jesus' eine Glaubensentscheidung fordere, weil der historische Wahrscheinlichkeitsbeweis hier versage, falsch. Denn wenn sich in die Seinserkenntnis bereits Überzeugung mischt, und wenn der historische Wahrscheinlichkeitsbeweis dennoch versagt, so ist der Fall erledigt. Wenn aber der hi-

storische Wahrscheinlichkeitsbeweis etwa unter Ausschluß jenes Moments der Überzeugung gedacht ist, so ist der Begriff der Historie laut Bertram selbst falsch gedacht. Wenn es aber niedere historische Wahrscheinlichkeitsbeweise und höhere geschichtliche Überzeugung geben, und wenn nur bei der niederen Schicht »Objektivität« statthaben sollte, so ist doch auch die höhere Überzeugung eine geschichtliche Überzeugung, nicht aber eine Glaubensentscheidung. Der Autor beruft sich auf die Grenzen aller geschichtlichen Erkenntnis. Sollte der Glaube sie überspringen dürfen? Trotz allem darf nicht außer acht gelassen werden, daß Bertram durch die Schärfe seiner Fragestellung das Problem fördert. Seine scharfe Betonung geschichtsmethodologischer Voraussetzungen ist für die Klärung der Lage begrüßenswert.

**Sozialethik** In einer außerordentlich aufschlußreichen Schrift über Soziologie und Sozialwissenschaften in Amerika schildert der Hamburger Soziologe *Andreas Walther* die Arbeit, die in dieser Hinsicht an den amerikanischen Universitäten geleistet wird /Karlsruhe, G. Braun/. Die Schrift enthält auch ein Kapitel über die soziale Vorbildung der Theologen und der Pädagogen. Im Jahr 1888 wurde Christliche Soziologie im Trinity College eingeführt. Ein besonders umfangreiches Lehrprogramm wird auf der größten protestantischen Graduiertenschule, dem Union Theological Seminary in New York, gepflegt. Teils sind die Vorlesungen der Abteilung Christian Ethics teils der Abteilung The Church and the Community eingeordnet. Die Kirche und das Großstadtproblem, die nationale Organisation für soziale Wohlfahrt usw. werden eingehend berücksichtigt, und zwar in zusammenhängenden Vorlesungen von fachlich durchgebildeten Kennern. Sehr klar zerlegt Walther die verschwimmenden Momente, die in dem jetzt zurücktretenden Namen Christliche Soziologie steckten; es sind 1. soziales Christentum, 2. christliche Sozialphilosophie, 3. christliche Sozialpolitik, 4. soziologisches gegenwärtiges Christentum, 5. Soziologie für Theologen. Ganz unabhängig von der Beurteilung des Werts dieser amerikanischen Methoden kann man den an der Ausbildung der Theologiestudierenden Interessierten die Schrift dringend empfehlen. Nicht um das in Deutschland auf allen Gebieten bis zum Überdruß behandelte und gelobhudelte Amerika geht es uns. Sondern

um die grundsätzliche Frage, die die Schrift aufwirft. Und diese lautet: Ist es erträglich, daß der Pfarrer weiterhin in fast restloser Unkenntnis über Leben und Lebensbedingungen derer ist, denen er zu dienen hat? Was nützt die Verkündung der 10 Gebote, wenn man schlechterdings nichts von der Welt weiß, in der sie "angewandt" werden sollen? Zwar ist die sittliche Entscheidung Sache des einzelnen. Aber ihm helfen die Situation zu klären kann auch nur der, der ihre Bedingungen und Elemente kennt. Das Scheitern der Versuche wenigstens einen Lehrstuhl für Sozialethik einzurichten zeigt, wie fern die berufenen Kreise von einem Verständnis der Lage sind. Zwar ist Sozialethik ein vielmaschiger und überaus problematischer Begriff. Wenn aber eine Verantwortung für das öffentliche Leben und eine Verantwortung im öffentlichen Leben anerkannt wird, so ist eine ethische Würdigung des öffentlichen Lebens gefordert. Sie kann fruchtbar nur auf der Basis eingehender Kenntnisse gegeben werden. Solange wir keine Soziologie und Ökonomie für Theologen haben, ist Sozialethik auch in dieser Hinsicht ein unentbehrlicher Ersatz. Und selbst wenn es den theologisch und ethisch geschulten Soziologen gäbe, der das Nötige leistete, wäre neben ihm immer noch der soziologisch geschulte Ethiker wünschenswert.

Über *Weltsünde und Weltwandlung* handelt unter dem Obertitel *Unheil und Heil im öffentlichen Leben der Heidelberger Philosoph Hans Ehrenberg* /Gütersloh, C. Bertelsmann/. Die Dämonien des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens werden als die Sünden der Öffentlichkeit charakterisiert. Die soziale Bekehrung, die Ehrenberg fordert, soll nicht eine Bekehrung zum »Tatchristentum« sein; eine solche wäre unheilig. »Das Tatchristentum ist ebenso bekehrungsbedürftig wie die von ihm kritisierte Kirche.« Eine ungeteilte Verkündung des einen Heils wird gefordert. Scharf und gut ist die Ablehnung einer prinzipiellen Teilung von Sozial- und Individualethik. Eben um der Ganzheit willen wird nun neben dem kirchlichen Amt eine prophetische Laienverkündung gefordert. Denn der Laie sieht tiefer in die öffentliche Lage, an der er selber mitarbeitet, als der Priester, der es beruflich nur mit dem ganz persönlichen Unheil zu tun hat. Ein umsichtiges und gedankenreiches Nachwort versucht die Geisteslage der Zeit zu umschreiben. Ausgehend von der schon bei

Luther beginnenden Trennung von Privatleben und öffentlichem Leben charakterisiert Ehrenberg dieses protestantische Dualisieren. Er zeigt, wie ein Gebiet nach dem andern bis zu Beruf und Familie dem »emanzipierten Öffentlichkeitsbereich« anheimgefallen ist. Und obgleich er immer noch der individualistischen, öffentlich uninteressierten Zuspitzung der Rechtfertigungslehre vor dem sozialen Optimismus den Vorzug geben muß, fordert er, daß die Kirche wieder für den ganzen Öffentlichkeitsbereich die Verantwortung übernehme. Ein einsichtiges Urteil fällt er über die politische Reaktion im Protestantismus. Von seiten der Kirche sei diese Reaktion nicht immer legitimitische Leidenschaft sondern Opportunismus aus Schwäche. Die kluge und tiefgrabende Schrift verdient ernste Beachtung.

**Nietzsche** »Aber namenlos und leicht verspottet leben, zu niedrig, um Neid oder Feindschaft zu erwecken, gleichsam ein Armenarzt des Geistes sein; wie eine geringe Herberge sein, die niemanden zurückstößt, der bedürftig ist, die aber hinterher vergessen oder verlacht wird.« Von solchem Ideal weiß Nietzsche in der Morgenröte zu sagen. Daß die Überwindung des Willens zur Macht sein letztes Wort geblieben sei, sucht in einer klugen Schrift *M. Schubert* zu zeigen. Sie führt den Titel *Das Verhältnis der Vitalitätswerte zu den Geisteswerten in der Philosophie Nietzsches* /Berlin, Saeemannverlag/. In der Einleitung unterscheidet der Verfasser die Nuancierungen des Schrifttums Nietzsches nach einem je prophetischen, pädagogischen und theoretischen Interesse und dem steilen künstlerischen Einschlag. Der offenen direkten prophetischen Verkündung steht die Verkapung gegenüber, hinter der sich der Pädagoge bis zur Unkenntlichkeit zu verummern entschlossen ist. Ein Seitenblick Schuberts auf Kierkegaard legt die Frage nahe, ob hier ein Unterschied zwischen Nietzsche und Kierkegaard zu entdecken sei oder nicht, sofern für Kierkegaard die Vermutung nicht auszuschließen ist, daß er seiner eigenen Vermummung erlegen sei, und auch, als er nicht mehr als Anonymus auftrat, doch nur noch pseudonym denken konnte. An Nietzsches Denken entwickelt Schubert 3 Schichten, die weniger 3 verschiedenen Zeitepochen angehören als 3 »Tiefenstufen« darstellen. Die Bejahung des Positivismus, seine Überwindung und die Überwindung des

Willens zur Macht gelten ihm als diese 3 Stufen. Am Eingang bekennt er sich ausdrücklich zu Max Schelers Primat der geistigen Werte und gegen Nietzsches »Perspektivismus«, der die Werte als Perspektiven des Willens zur Macht verstehe. Er zeigt, wie Nietzsche den Willen zur Macht so sehr ausweitet, daß er seine Überwindung selbst in den Begriff einschließen kann. Unter diesem Gesichtspunkt will Schubert jenen Perspektivismus gelten lassen. Indem er die vitalen Werte an anderer Stelle im Sinn Nietzsches als Symbolwerte charakterisiert und die Lebensimmanenz des Geistes betont, rührt er an grundsätzliche Probleme, die für sich besondere Würdigung verdienen.

Im 1. und im 3. Abschnitt geht Schubert auf Nietzsches Würdigung des Christentums ein. Er versucht hinter der Polemik Nietzsches Affinitäten mit Jesus, gelegentlich sogar mit Paulus zu entdecken. Bei Nietzsches Schätzung des Johannesevangeliums wird an Hölderlin erinnert. Aber hier wären eingehendere Analysen erforderlich. Wie der »hellenische« Geist des Johannesevangeliums zu verstehen ist, ist heute stark umstritten; siehe zum Beispiel Rudolf Bultmanns Rede über die dialektische Theologie und das Neue Testament, die 1927 in den Theologischen Blättern erschien. Die scharfe Abgrenzung, die neuerdings zwischen Hellenismus und Johannesevangelium versucht wird, darf nicht unberücksichtigt bleiben.

**Tagungen** Vom 2. bis zum 4. Oktober tagten in Eisenach die *Freunde der Christlichen*

*Welt*, jener große Kreis, der sich um die von Martin Rade herausgegebene Zeitschrift *Christliche Welt* sammelt. Die Tagung war der Frage gewidmet: »Wie stehen wir heute zu Schleiermacher?« Hermann Mulert /Kiel/ sprach über Luther und Schleiermacher und unternahm der beiden Verwandtschaft und Disparatheit geistesgeschichtlich zu analysieren. Otto Piper /Göttingen/ sprach über Glaube und Dogma bei Schleiermacher und entwickelte, von Schleiermacher ausgehend und zuletzt gegen ihn sich wendend, in oft packenden Formulierungen insbesondere den Begriff der Autorität. Auf die Autorität, die der geschichtlichen Bindung zukomme, konzentrierte sich das systematische Hauptinteresse seines Vortrags.

Vom 9. bis zum 12. Oktober fand in Frankfurt der 2. *Deutsche Theologentag* statt. Er war, im Gegensatz zum

1. Theologentag in Eisenach, einem einzigen Gesamthema gewidmet: der Idee der Erlösung, die von Carl Beth /Wien/ religionsgeschichtlich, von Otto Procksch /Greifswald/ im Alten Testament, von Ernst Lohmeyer /Breslau/ im Neuen Testament, von Heinrich Hermelink /Marburg/ durch die Kirchengeschichte verfolgt, von Reinhold Seeberg /Berlin/ systematisch und von Friedrich Niebergall /Marburg/ in ihrer praktischen Bedeutung gewürdigt wurde.

**Totenliste** Anfang August starb in Jena der emeritierte Ordinarius für Praktische Theologie

*Wilhelm Thümmel*, 72 Jahre alt. Er war in Barmen geboren. Zunächst wurde er Pfarrer in Remscheid, wo er durch seinen leidenschaftlichen Kampf gegen die katholische Kirche, in dessen Verlauf er seine berühmte Streitschrift *Rheinische Richter und römische Priester* /1887/ veröffentlichte, mit den Gerichten in Konflikt geriet und 2mal verurteilt wurde. 1898 trat er freiwillig vom Pfarramt zurück. Er habilitierte sich 1900 für Praktische Theologie in Berlin, woher er 1901 für dieses Fach an die Universität Jena berufen wurde. 1906 gab er eine in Juristenkreisen stark beachtete Arbeit über den Religionsschutz im Strafgesetz heraus. Er war gegen den Gotteslästerungsparagraphen. Im November 1918 setzte er sich mit Energie für eine Verschmelzung der verschiedenen Thüringer Landeskirchen ein. Die Verfassung der Thüringer Kirche ist sein Werk.

Am 31. August starb in Basel an den Folgen eines Straßenunfalls der Basler Alttestamentler *Bernhard Duhm*, im Alter von 81 Jahren. Er habilitierte sich 1873 in Göttingen, wurde dort 1877 außerordentlicher Professor. 1888 wurde er nach Basel berufen, wo er bis zu seinem Tod die Alttestamentliche Wissenschaft vertrat. Mit seinem Freund Julius Wellhausen gehörte er zu den Bahnbrechern der neuern biblischen Forschung. Besonders verdient machte sich Duhm um das Verständnis der Propheten. Auf ihn geht es zurück, daß die alttestamentliche Prophetie von aller Hellschere endgültig unterschieden wurde. Das Bild der mit ihrer Predigt das Volk erschütternden Propheten hat er meisterhaft gezeichnet. 1875 erschien sein grundlegendes Werk über die Theologie der Propheten, 1892 und 1902 ein Kommentar zum Buch Jesaja. Diesem stehen weitere Kommentare über Jeremia und Hiob zur Seite.

Am 4. September starb, im Alter von 68 Jahren, *Bruno Wille* auf seinem ländlichen Sitz bei Lindau in Baden (siehe die Rundschau Geistige Bewegung, in diesem Band Seite 889). In seinen Offenbarungen des Wachholderbaums /1895/ trat Wille für einen religiösen Monismus ein. Er hat sich viel um die Herausgabe und Interpretation der deutschen Klassiker bemüht. Insbesondere Novalis und Hölderlin zogen ihn an. Der Freireligiösen Bewegung angehörig, war er zuletzt das Haupt der "Allgemeinde".

**Kurze Chronik** Mitte dieses Jahres wurde in Spanien die 400. Wiederkehr des Geburtstags

*Luis de Leons* festlich begangen. Luis de Leon war einer der bedeutendsten Männer des 16., des großen Jahrhunderts Spaniens. Dieser Augustinermönch und Professor der Theologie wurde vor allem als Dichter gefeiert. Das hinderte nicht, daß er mehrfach von der Inquisition verfolgt wurde. Weil er gelehrt hatte, daß die jüdische Bibelauslegung ebenso richtig sein könne wie die katholische, wurde er 1572 vom Tribunal ins Gefängnis geworfen, nach 4½ Jahren mit einer Verwarnung wieder freigelassen. Er begann dann seine erste Vorlesung mit den berühmten Worten: »Gestern sagten wir . . .« Seine Übertragung des *שיר השירים*, des sogenannten Hohenlieds, wurde durch die Inquisition eingezogen. Er starb 1591 und wurde im Konvent seines Ordens in Salamanca beerdigt. Sein Katheder ist an der Universität Salamanca noch erhalten. ◊ Der Rostocker Ordinarius *Friedrich Baumgärtel* übernimmt das Ordinariat für Altes Testament in Greifswald, als Nachfolger Johannes Hempels. ◊ Der frühere Ordinarius für Neutestamentliche Wissenschaft am Herderinstitut in Riga *Joachim Jeremias*, der vor einiger Zeit Leiter des Seminars für Nachbiblisches Judentum an der Universität Berlin wurde, erhielt einen Lehrauftrag zur Vertretung des rabbinischen Schrifttums. ◊ Für Neues Testament habilitierte sich *Heinrich Schlier* in Jena. ◊ Dem Marburger Theologen *Georg Wünsch* wurde aus Anlaß seines umfassenden, hier noch zu würdigenden Buches *Evangelische Wirtschaftsethik* /Tübingen, J. C. B. Mohr/, des ersten Werks dieser Art, in dem der Verfasser seine ausgebreiteten Kenntnisse der einschlägigen Gebiete verarbeitet hat, von der Berliner Theologischen Fakultät die Würde eines Doktors der Theologie zuteil.

## KUNST

Bildende Kunst / Otto Brat'skoven

Slevogt

Am 8. Oktober wurde Max Slevogt 60 Jahre alt. Aus diesem Anlaß zeigten in

Berlin die Akademie der Künste eine Ausstellung seiner Gemälde, die Nationalgalerie außer neuerworbenen Zeichnungen die Entwürfe, Ausführungen und die fertigen Radierungen zur Zauberflöte, das Kupferstichkabinett das graphische Werk, und als Ergänzung der Verlag Bruno Cassirer in Berlin den Illustrator. Dabei erweist es sich als ganz evident, daß dieser Hauptrepräsentant des deutschen Impressionismus über eine spezifische Art verfügt. Gewiß sind die Malereien sehr ungleichwertig, dabei durchweg in derber und robuster Manier, ohne immer die malerische Feinnervigkeit zu haben, die die ehemals als Vorbilder wirkenden Franzosen im stärksten Maß besitzen. Auch gegenüber dem Werk Max Liebermanns treten seine Gemälde an Bedeutung zurück, es fehlt die durchgehende qualitative Geschlossenheit. Ebenso läßt es sich nicht abstreiten, daß sich sein malerisches Temperament mit dem seines Zeitgenossen Lovis Corinth an Fülle und immer anziehender Vehemenz nicht messen kann. Alle diese Eigenschaften aber führen dann zu einer besondern Wesensart, die meist oder immer dort einzigartig zum Durchbruch kommt, wo es sich darum handelt weniger eine phantasieprächtige als eine geistvolle Erfindung, ein Impromptu, eine Situation nicht beliebter Art, keinen üblichen Witz, wohl aber eine ungewöhnliche Wendung im Darstellerischen zu geben. Das zeigt sich schon bei seinen Gemälden, wo die meisten vom Auftrag abhängigen recht wenig bedeutend scheinen, andere, ohne Vernachlässigung des Handwerks, von einem sprühenden Geistreichtum sind: so die verschiedenen Fassungen des d'Andrade (wobei er freilich durch den sprühenden Geist dieser einzigartigen, fast ungläubhaften Verkörperung selbstherrlichen Lebens, wie er in dem unvergeßlichen Don Juan Francesco d'Andrades eine weit über das Leben reichende Wirklichkeit gewann, inspiriert wurde); und ganz besonders die Reisebilder aus Ägypten sind, ohne Anleihen aus orientalischen Märchen, bestes Gut reiner und absolut unbefangener Malerei. Von diesen Bildern aus gelangt man am folgerichtigsten zum Graphiker und Illustrator, der stets aus überquellender Phantasie und mit nervöser Griffelfüh-

rung improvisiert und gleichwohl, was frappiert, bei Außerachtlassung traditioneller Kompositionswerte ein nur zu ihm gehöriges Fertigein durch eine sichere Verteilung der Akzente erreicht.

Zum Leben Slevogts ist anzufügen, daß er in Landshut in Niederbayern geboren, an der Münchener Akademie unter Wilhelm von Diez ausgebildet wurde, ohne viel Beeinflussung Reisen nach Paris und Italien unternahm und schließlich 1901 auf Veranlassung Liebermanns, der damals die Sezession gründete, nach Berlin übersiedelte, wo er vorher durch sein Aufsehen erregendes Triptychon Der verlorene Sohn bekannt geworden war. Als Illustrator begann er zuerst mit gelegentlichen Beiträgen für die Jugend und den Simplicissimus in München; die erste größere Illustrationsfolge entstand mit dem Ali Baba. 1904 erschienen die ersten graphischen Folgen, und zwar die radierten Schwarzen Szenen, denen die lithographierten Arbeiten zu Sindbad, Lederstrumpf, Cellini, Cortez und 1919 die wiederum radierten Variationen des Zauberflöthemas folgten.

Rösler

Wenig bemerkt zeigte die Berliner Galerie Thannhauser Nachlaßarbeiten des Malers Waldemar Rösler, der sich 1916 aus nichtigem Anlaß erschoss. Früher spielte dieser Maler, der 1882 geboren war, eine gewisse Rolle in der Berliner Sezession, als ein Künstler, der sich die Aufgabe gestellt hatte die spezifisch deutsche Art impressionistischer Anschauung und Gestaltung in notwendig neue Formelemente überzuführen. Vorher hatte er Landschaften geschaffen; karge Motive, unter anderen Bahndamm, Landstraße, Vorstadt, durch Verwendung einiger weniger Farben und unter neuer Berücksichtigung von Licht und Luft kräftiger und weniger flexibel als sonst übliche Impressionen. Bis 1912 war es trotzdem das ausgesprochene Verwenden von Valeurs, seitdem kämpfte er um Gewinnung einer ungezwungenen Koloristik. Er machte es sich nicht so leicht wie sein fast gleichaltriger Mitkämpfer Max Beckmann, der rigoros mit seiner frühern Sehweise brach und unvermittelt zur starken Farbgebung und zu formalen Deformationen überging. Vielmehr baute er klar und folgerichtig das bisher Errungene zu stärkeren Farbwirkungen aus, diszipliniert schuf er nach und nach koloristische Steigerungen, die tatsächlich ungewöhnliche Verbindungswerke zwischen Max Liebermann und seinen expressionistischen

Antipoden darstellen. Hiervon bekam man in der genannten Ausstellung einen ungefähren Begriff, die energetisch gezügelte Darstellungsweise spricht jedenfalls jetzt eine Sprache, die heute mehr eingeht als vor rund 10 Jahren, als heftigere Tonarten im Vordergrund standen. Zum absoluten Ausreifenlassen seines Strebens ist Rösler nicht gekommen, er wurde 1914 Soldat, und sein Tod machte ihn indirekt auch zum Kriegsoffer. Sein hinterlassenes Werk mußte zeitweilig der Vergessenheit anheimfallen. Der besondere und in seiner Ernsthaftigkeit höchst sympathische Fall soll aber jetzt andeutungsweise hervorgehoben werden; auch um dem vorzubeugen, daß man zukünftig aus Nachlässigkeit vergessene Künstler plötzlich als neue Entdeckungen ausgräbt.

**Humor** Im Herbst sah man in den Räumen der Berliner Sessession eine von der Neuen Kunsthandlung veranstaltete Ausstellung Humor in der Malerei, die, in einzelnen Arbeiten auf das 19. und jetzige Jahrhundert beschränkt, ein interessantes Bild ergab. Es war eine Schau, die gewissermaßen in Stichworten alles bot, was unter dem Gesamtbegriff Humor in weitgehender Weise überhaupt zusammengefaßt werden kann. Wenn auch die Gelegenheitsarbeiten überwiegend waren, man bekam doch ein gutes Bild von den verschiedenfachen Anschauungsweisen, von gemütvoller Heiterkeit bis zu satirischer Groteske, vom behäbigen Lächeln bis zum bissigen Hohn; oder mit Namen ausgedrückt: bezeichnende Arbeiten von Theodor Hosemann bis zu Rudolf Schlichter und George Grosz, von Franz Burchard Doerbeck bis zu Rudolf Wilke und Thomas Theodor Heine, von Daniel Chodowiecki bis zu Heinrich Zille; daneben noch einige kaum bekannte Gemälde, von Ferdinand von Rayski vornehmlich *Der Strolch*, von Wilhelm von Diez *Das ungleiche Paar* und von dem fast vergessenen Hermann Dyck /1812 bis 1874/ ein in seiner stillen Art vollkommenes Werk *Die Wäscherinnen*. Unbedingt bot diese Ausstellung für den nur schaulustigen Betrachter ungemein viel Anregung. Aber man hatte zu viel Unwesentliches aufgenommen und zu wenig Systematik angewandt. Es wäre denkbar gewesen gerade mittels dieses Themas die Wandlung der Welt- und Gesellschaftsbetrachtung in gegen einander abgegrenzten Zeiträumen zu zeigen. Ganz davon abgesehen, daß die rückwärtige Grenze bis 1800 natürlich

nicht ausreicht, wäre auch einzuwenden, daß das 19. Jahrhundert mehr zufällig als unter dem Gesichtspunkt der tatsächlichen Repräsentation berücksichtigt ist. Im großen ganzen jedoch war die Ausstellung ein sehr beachtenswerter Versuch, auf Grund dessen, unterstützt von einem Sonderheft Humor in der Malerei (Kunst der Zeit /Berlin, Verlag Künstlerelbsthilfe/) eine umfangreichere Bemühung auf diesem Gebiet möglich und notwendig scheint.

**Totenliste** Mitte Juli starb in Berlin der Maler und Graphiker *Hans Mützel*. Er war einer der besten Kenner historischer Kostüme. Von ihm stammt ein bemerkenswertes Handbuch *Kostümkunde für Sammler*. Mitte August starb in München *Otto Rau*, im Alter von 72 Jahren. Seine Schneebilder wurden auf der Glaspalastausstellung 1913 mit der Goldenen Medaille ausgezeichnet. Am 9. September starb auf seiner Besitzung in Wolfshau bei Krummhübel *Karl Ernst Morgenstern*, im Alter von 81 Jahren. Er war ein Sohn des Malers *Christian Morgenstern* /1805 bis 1867/, der durch die Jahrhundertausstellung als feinfühligere Landschaftsmaler wieder bekannt wurde, und der Vater des Dichters *Christian Morgenstern*. Er wurde 1847 in München geboren und wirkte später 32 Jahre als Lehrer an der Kunstschule in Breslau. In seiner Malerei gestaltete er hauptsächlich Vorwürfe aus dem Riesengebirge. Ende September starb in Göteborg *Karl Wilhelmson*, im Alter von 62 Jahren. Er gehörte zu Schwedens bekanntem Künstlerbund der achtziger Jahre, zu dessen Mitgliedern auch *Anders Zorn* und *Carl Larsen* zählten. Mitte Oktober starb in Dresden *Richard Volz*, im Alter von 53 Jahren. Er war ein Schüler der Dresdener Akademie unter *Richard Müller*, *Gotthard Kuehl* und *Oskar Zwintscher*. Vornehmlich die Kuehlsche Art impressionistischen Sehens und Gestaltens hat er in kräftiger Manier fortgesetzt. Am 26. Oktober starb in Wien der Radierer *Ferdinand Schmutzer*, im Alter von 58 Jahren. Er war Schüler *William Ungers* und einer der meistgeschätzten Bildnisradierer. Als solcher schuf er Porträts vieler berühmter Zeitgenossen, unter anderen des *Joachimquartetts*, *Joseph Kainz*, *Richard Strauß*, *Karl Luegers*, *Karl Goldmarks*. Sein letztes größeres Werk war eine Darstellung der leitenden Männer der Farbenindustrie.

**Kurze Chronik** Am 16. Juli trat in Genf die neugebildete *Völkerbundskommission* für Literatur und Kunst zusammen. Von Deutschen gehören ihm Felix Weingartner, der Direktor des Leipziger Museums für dekorative Künste Richard Graul und der Leiter des Inselverlags Ernst Kippenberg an. ◊ In der Kapelle der Santa Barbara in Castelnovo, der ehemaligen Kapelle Roberts von Anjou, wurden Anfang Oktober Fresken entdeckt, die man *Giotto* zuschreibt. Eine Kommission wurde mit der Prüfung der Autorschaft beauftragt. ◊ Die Städtische Galerie in Nürnberg erwarb im Sommer ein *Selbstporträt Anselm Feuerbachs*, das neu entdeckt eine empfindliche Lücke in der sonst umfangreichen Reihe der Feuerbachschen Selbstporträts schließt. ◊ Der Dresdner Bildhauer Edmund Moeller hat im Auftrag der peruanischen Regierung ein *Freiheitsdenkmal* für Peru in Trujillo geschaffen, das noch in diesem Jahr enthüllt werden soll. ◊ Das *Berliner Kupferstichkabinett* stellte kürzlich seine, seit 1927 erworbenen Graphiken aus. Bemerkenswert war dabei besonders, daß neben Arbeiten Max Liebermanns, Max Slevogts und Käthe Kollwitz' auch die jüngere deutsche Generation reich berücksichtigt ist, unter anderen Ernst Kirchner, Ernst Heckel, Emil Nolde, Willy Jaeckel, George Grosz und Fritz Pauli. ◊ Die Stadt *Frankfurt* hat sich entschlossen ihre gesamten Museen einer einheitlichen Leitung zu unterstellen. Zum Generaldirektor wurde Georg Swarzenski bestimmt, bisher Direktor des Städelschen Instituts. Außer diesem untersteht ihm also jetzt noch das Historische und das Kunstgewerbemuseum. ◊ Der alljährlich am Verfassungstag zu verleihende *Georg-Büchner-Preis* wurde in diesem Jahr in Darmstadt dem Maler Richard Hölscher und dem Bildhauer Well Habicht zuerkannt. ◊ Zum neuen Direktor des Wallraf-Richartz-Museums in Köln wurde *Ernst Bucher* bestimmt, der vorher als Museumsassessor und Konservator an den bayrischen Staatsgemaldesammlungen tätig war. Schriftstellerisch ist er vornehmlich mit Veröffentlichungen über unerforschte Schulen und Meister der altdeutschen Malerei hervorgetreten. ◊ An die Stelle des ausscheidenden Leiters der Londoner National Gallery Charles Holmes trat *A. M. Daniel*, der wegen seiner Kennerschaft alter Kunst durch Baldwin in den Verwaltungsrat der Galerie berufen wurde, und von dem man hofft, daß er bei sei-

ner Ankaufstätigkeit gründlich mit der recht rückständigen Überlieferung brechen wird. ◊ Als Nachfolger Berthold Haendckes wurde *Wilhelm Worringer* auf den Lehrstuhl für Kunstgeschichte an der Universität Königsberg berufen. Er ist besonders durch seine entwicklungs-geschichtlichen Untersuchungen Abstraktion und Einfühlung und Formprobleme der Gotik /München, R. Piper & Co./bekannt geworden. Er hatte sich 1909 an der Universität Bern als Privatdozent niedergelassen, ging 1914 nach Bonn und erhielt dort einen Lehrauftrag für entwicklungs-geschichtliche Systematik.

#### Literatur

In einer Broschüre *Zeit und Raum; Das Absolute in Kunst und Natur* /Berlin, J. J. Ottens/ behandelt *Oswald Herzog* Fragestellungen nach dem neuzeitlichen Raumproblem, um es lebendig fortzuführen und vor Erstarrung zu bewahren. Bei mancher guten Bemerkung im einzelnen stellt sich aber die ganze Arbeit mehr als ein verwirrendes Jonglieren mit Begriffsbestimmungen dar, die nicht das bringen, was der Verfasser möchte, nämlich »in das tiefste Geheimnis der Kunst samt ihrer innern Ordnung einzudringen und die Kunst als das Spiegelbild dieser Ordnung wahrzunehmen suchen«. ◊ In 3., durchgesehener Auflage kam das Bändchen *Karl Doehlmanns Grundzüge der Perspektive* nebst Anwendungen heraus /Leipzig, B. G. Teubner/. Der Text ist aus einer Reihe von Vorträgen hervorgegangen; besonderes Gewicht ist auf die Abbildungen gelegt, bei deren Auswahl vornehmlich Klarheit und Übersichtlichkeit maßgebend waren. Wie der Verfasser selbst betont, können diese aus Gründen der Einfachheit nicht immer ästhetisch befriedigen. Der Inhalt gliedert sich in der Weise, daß in einem 1. Abschnitt 2 verschiedene Arten von geometrischen Bildern, das perspektivische Bild und der gerade Riß, und anschließend die Grundlagen des perspektivischen Entwurfs behandelt werden. 91 Figuren und 11 Abbildungen unterstützen übersichtlich die nicht immer einfachen Ausführungen. ◊ Bei Ernst Rowohlt in Berlin erschien ein Buch *Emil Ludwigs Kunst und Schicksal*, das in seiner bekannten Darstellungsmanier Bildnisse von Rembrandt, Beethoven, Karl Maria von Weber und Balzac vermittelt. Im Fall Rembrandt zeigt es sich, daß diese auf feuilletonistische Interpretierung des Tatsachenmaterials beruhende Methode immerhin anregt. ◊

Eine Schrift Franz Rohs über den Maler Kurt Günther /Berlin, Karl Nierendorf/ ist ein Versuch einen neusachlichen Künstler monographisch zu interpretieren. Was in den 48 Abbildungen zu sehen ist, steht dabei in keinem rechten Verhältnis zu dem teilweise recht hochtrabenden Text. Im Grunde ist Günther nur eine mindere Abart der Anschauungsweise Otto Dix', ohne durchgehend dessen stupende Anschauungssicherheit zu besitzen.  $\diamond$  Eine nach Form und Ausstattung höchst eigenartige Zeitschrift *Die Böttcherstraße* erscheint seit Mai dieses Jahres im Angelsachsenverlag in Bremen. Indirekt ist sie ein Reklameunternehmen der Kaffee-Hag-Gesellschaft, sachlich und inhaltlich vertritt sie große Gesichtspunkte, die mit den Titeln der jeweiligen Sonderhefte, unter anderen Weltpresse, Weltreisen, Indo-Germanica und Weltstaat umschrieben sein mögen. Die Ausstattung ist bei großem Format, großer gut leserlicher Schrift auf weiträumigem Satzspiegel und in der Qualität kaum übertreffbarem Abbildungsmaterial ohne falschen Anspruch luxuriös; allein die holländische Zeitschrift *Wendingen* könnte daneben genannt werden.

## KULTUR

### Technik / Heinrich Lux

**Vakuummessung** Durch die Entwicklung der elektrischen Glühlampe ist die Vakuumtechnik bedeutend gefördert worden. Es sind Luftpumpen und Pumpverfahren von so außerordentlicher Wirksamkeit ausgebildet worden, daß ein Gefäß heute in einem kleinen Bruchteil der Zeit entlüftet werden kann, die noch vor 15 Jahren erforderlich gewesen ist; und gleichzeitig ist man heute imstande den Grad der Luftleere bis zu einem früher für unmöglich gehaltenen Betrag zu steigern. Auf der Erzeugung eines Hochvakuums beruhen aber auch zahlreiche, bedeutende Fortschritte in Wissenschaft und Technik: genannt seien nur die Röntgenröhren höchster Leistung, die Elektronenröhren, die Kanalstrahlen, die Studien über die Dissoziation der Gase, über die inneratomaren Vorgänge usw. Auch für die chemische Industrie: bei der Konservierung von Nahrungsmitteln, zum Beispiel der Konservierung der Milch usw., spielt die Behandlung der Stoffe im Vakuum eine große Rolle. Hier, wie überall in Wissenschaft und Technik, ist aber das messende Verfolgen der Vorgänge von entscheidender Be-

deutung, denn um sie jederzeit reproduzieren zu können, müssen die physikalischen Bedingungen für ihr Eintreten eindeutig festgelegt sein. Das gilt für den Druck ebenso wie für die Temperatur. Die moderne Köchin, der Großbäcker usw. arbeiten heute ganz selbstverständlich mit dem Thermometer; ebenso kann der Vakuumtechniker ohne Messung des Vakuums nicht auskommen, selbst wenn es sich nur um das Abdampfen von Tischlerleim handelt. Aber Temperaturen lassen sich viel leichter und mit größerer Genauigkeit messen als niedrige Drucke. Es wird deshalb heute viel Scharfsinn zur Ausbildung empfindlicher und bequem handhabbarer Manometer aufgewandt. Ein derartiges Meßgerät liegt in dem von *M. Knudsen* konstruierten Hitzdrahtmanometer vor, das rasch und mit großer Genauigkeit Drucke von 10 bis herunter zu 0,02 Millimeter Quecksilbersäule zu messen gestattet. Es besteht aus einem Stück Draht von 3 bis 4 Zentimeter Länge, der nach dem Verfahren von Wollaston zu  $\frac{3}{1000}$  bis  $\frac{4}{1000}$  Millimeter Durchmesser ausgezogen worden ist. Dieser Draht befindet sich in einem Glasgefäß, das an den Apparat angeschmolzen wird, dessen Druck gemessen werden soll. Zur Bestimmung des Drucks wird durch den Draht ein elektrischer Strom gesandt, dessen Stromstärke so lange verändert wird, bis der Drahtwiderstand einen bestimmten Wert erreicht hat. Da sich die Temperatur und damit der Widerstand infolge von Konvektion um so stärker ändert, je größer der Gasrest in dem zu entlüftenden Gefäß ist, so ist auch der Drahtwiderstand ein Maß für den Druck, und zwar ändert sich das Produkt aus dem Widerstand und dem Quadrat der Stromstärke mit dem Druck. Mißt man also Widerstand und Stromstärke, was mit höchster Genauigkeit möglich ist, so ist der Druck bestimmt; die Messung von Druckdifferenzen ist mit einem Fehler von nur  $\frac{1}{100000}$  des Versuchsdrucks behaftet.

**Funktechnik im Luftverkehr** Die Transozeanfahrt des Luftschiffs Graf Zeppelin, über die hier in der Rundschau Verkehr (in diesem Band Seite 1023) berichtet wird, hat zahlreiche technische Probleme aufgeworfen, unter denen die Funktechnik nicht an letzter Stelle steht. Der moderne Luftverkehr ist ohne drahtlose Nachrichtenübermittlung undenkbar; das hat sich eindrucksvoll von neuem erwiesen. Ein großes Verdienst um die Entwicklung des Funkwesens in der Luftfahrt hat sich



vor allem die Deutsche Verkehrsanstalt für Luftfahrt in Berlin durch die Gründung einer Abteilung für Funkwesen und Elektrotechnik erworben. Eingehender studiert wurden zunächst die Fragen der Zuladungsverminderung infolge des Gewichts der Hochfrequenzgeräte, des aerodynamischen Widerstands der dem Fahrwind ausgesetzten Teile, die Beeinträchtigung des akustischen Empfangs durch Motoren- und Propellergeräusche, die Störungen durch die Motorzündungen und vor allem die Frage der günstigsten Wellenlänge und der zweckmäßigsten Antenne. Für die planmäßigen Untersuchungen mußten teilweise erst geeignete Geräte ersonnen und konstruiert werden. Eingehende Berichte über die Untersuchungen und ihre Ergebnisse finden sich in dem Sonderheft Funkwesen und Elektrotechnik /Berlin, Verlag des Vereins Deutscher Ingenieure/. An dieser Stelle interessiert zunächst am meisten die Frage der günstigsten Wellenlänge für den drahtlosen Nachrichtendienst. Es wurde festgestellt, daß sich für den Flugverkehr bis 800 Kilometer die Kurzwellen oberhalb 45 Meter am besten eignen, während für größere Entfernungen noch kürzere Wellen benutzt werden sollten. Als günstigste Wellenlänge für Entfernungen von 2000 Kilometer (Berlin-Madrid) erwies sich das Wellenband um 27 und 30 Meter herum. Es war sowohl bei Tage als auch bei Dunkelheit sicherer Empfang bei einer Sendeleistung von 300 Watt möglich, das heißt: es lassen sich noch reine Batteriegeräte von relativ kleinem Gewichte (4,2 Kilogramm) verwenden. Die Langwellensender im Flugzeug haben sich innerhalb ihrer sichern Reichweite von 300 bis 500 Kilometer bewährt; sie bedingen jedoch die Verwendung einer Schleppantenne von 70 Meter, wodurch die Zuladung stark beeinträchtigt wird. Für die Stromversorgung der Sende- und Empfangsgeräte in Luftfahrzeugen wurden auch Stromerzeuger gebaut, die durch den Fahrwind selbst angetrieben werden. Sie sind so konstruiert, daß die Windflügel sich zur Konstanterhaltung der Spannung selbst regeln. Die Untersuchungen wurden im Windkanal des Luftschiffbaus Zeppelin in Friedrichshafen vorgenommen.

Berlins Elektri- Im Dezember 1927 betrug  
 zitätsversorgung die Höchstleistung der  
 Berliner Elektrizitätswerke  
 356 000 Kilowatt; im Dezember 1928 dürf-  
 te sie bis auf 420 000 Kilowatt (gleich  
 rund 572 000 Pferdestärken) anwachsen.

Um dieser beträchtlichen Steigerung gewachsen zu sein, war es erforderlich umfangreiche Neubauten der Abspann- und Umformwerke, der Stützpunkte und Netzspeisepunkte und vor allem des Kabelnetzes selbst vorzunehmen. So hat beispielsweise das Berliner Kabelnetz jetzt eine Länge von zirka 18 000 Kilometer erreicht, ist also etwa 500 Kilometer länger als der Erdradius; sein Anlagewert beläuft sich auf 27 Millionen Mark, einschließlich der damit verbundenen Schalt- und Umspannanlagen. Der Strom wird in den Kraftwerken Berlin, in Golpa, Zscharnowitz usw. erzeugt und durch 30 000-Volt-Leitungen an Abspannwerke in den Außenbezirken Berlins verteilt, von wo er mit 6000 Volt den einzelnen Versorgungsbezirken zugeführt wird. Bis Ende des Jahres werden 11 solcher Abspannwerke mit einer Leistung von 450 000 Kilo-Volt-Ampere im Betrieb sein, und 3 weitere mit 112 500 Kilo-Volt-Ampere werden 1929 hinzukommen. Von den Abspannwerken fließt der Drehstrom insgesamt 26 Umformwerken zu, die noch mehrere Innenbezirke sowie die Straßenbahn mit Gleichstrom versorgen, außerdem sind 28 Stützpunkte für das Drehstromnetz vorhanden. Die Unterbringung dieser Stützpunkte in den eng bebauten Innenbezirken hat sehr erhebliche Schwierigkeiten verursacht, da hierfür umfangreiche Gebäulichkeiten erforderlich waren. Wesentlich erleichtert wird die Unterbringung durch ein neues, raumsparendes Schalt- und Isolationsmaterial, mit dem 6 neue Stützpunkte ausgerüstet sind. Die von allen Stützpunkten ausgehenden 6000-Volt-Kabel führen zu einzelnen Großabnehmern direkt und außerdem zu Netzumspannstellen, die für die Mehrzahl der Verbraucher die Spannung herabsetzen. Bis zum Ende des Jahres werden 3500 solcher Umspannstellen vorhanden sein, die eine Gesamtleistung von rund 350 000 Kilo-Volt-Ampere aufweisen werden; sie sind in besonderen Häuschen, in unterirdischen Räumen, Hauskellern usw. untergebracht. Die größten Schwierigkeiten und die höchsten Kosten verursacht die Unterhaltung und Erweiterung des Kabelnetzes wegen der unvermeidlichen Erdbewegung, die noch immer die unrationellste und daher kostspieligste Handarbeit ist. In Zukunft wollen deshalb die Berliner Elektrizitätswerke mehr und mehr mechanische Hilfsmittel zum Ausheben und Wiederfüllen der Kabelgräben anwenden. Es kommen ein besonders ausgebildeter Grabenbagger zum

Ausheben und Seilzugpflüge zum Zuschütten in Betracht. Da in Berlin jährlich etwa 600 Kilometer Kabelgräben auszuheben sind, ist die Durchbildung eines geeigneten Kabelbaggers eine überaus wichtige Angelegenheit, die auch den Beutel der Steuerzahler interessiert. Vielleicht findet auch hierbei gleichzeitig eine Rationalisierung der berüchtigten Buddelarbeiten statt, eine Rationalisierung, die sich übrigens vor allem auch auf die gegenseitige Verständigung der verschiedenen Dezernate erstrecken müßte, damit nicht, wie das bei dem Umbau der Hauptstraße festgestellt werden konnte, die Bürgersteige etwa 14mal unmittelbar hinter einander aufgerissen und wieder zugeschüttet werden müssen. Die Kabel sind zum Teil noch ungeschützt in offenen Gräben verlegt; die Neuverlegung geschieht dagegen jetzt in fest eingebauten Betonröhren, in die, ohne Öffnung der Kabelgräben, neue Kabel maschinell eingezogen werden können. Auch hierdurch werden nicht unbeträchtliche Ersparnisse zu erzielen sein, von deren Umfang man sich eine Vorstellung machen kann, wenn man erfährt, daß das Berliner Kabelnetz einen Wert repräsentiert, der etwa 2- bis 2,5mal höher ist als der der Erzeugeranlagen. Besondere Sorgen in jedem Elektrizitätswerk macht die Deckung der Spitzenleistung, für die gewaltige Reserven an Dampf- und Elektrizitätsgeneratoren erforderlich sind. Durch die Errichtung von Dampfspeicheranlagen in Charlottenburg und Moabit wird von den Berliner Elektrizitätswerken hier zweckdienlich vorgesorgt. Daß zur Ergänzung des Großkraftwerks Klingenberg ein neues ebenso großes oder noch größeres Werk im Westen Berlins, in Siemensstadt, gegenüber dem Bahnhof Ruhleben, gebaut werden wird, ist bereits berichtet worden.

**Berliner Lichtwoche** Mitte Oktober war, von kaufmännischen Kreisen angeregt, in Berlin der Versuch gemacht worden die mannigfaltigen Möglichkeiten einer wirkungsvollen Lichtreklame zu demonstrieren. Gewaltige Lichtströme sollten durch die Straßen fluten, um die Leistungsfähigkeit der Technik zu bekunden, und es sollte gezeigt werden, wie unter Ausnutzung lediglich des Lichts eine neue Form der Malerei zu werden beginnt, die von der Fläche in den freien Raum hinausstrebt. So reizvoll dieser Plan auch gewesen ist, so weit blieb die Ausführung doch hinter dem Gewollten zurück. Abge-

sehen von einigen eindrucksvollen Einzelleistungen war das Ganze doch ein ausgesprochener Mißerfolg, sowohl in ästhetischer wie in beleuchtungstechnischer Hinsicht. Schon heute spielt das Licht auch an gewöhnlichen Tagen als Lock- und Werbemittel eine gewaltige Rolle, und die Lichtreklame bestimmt geradezu das Straßen- und Stadtbild. Aber zunächst ist alles nur ein wirres, planloses Durcheinander von protzigen Lichteffekten, die sich durchaus noch nicht zu einem wirkungsvollen Gesamteindruck zusammenschließen. Die Woche Berlin im Licht hätte eine ausgezeichnete Gelegenheit geboten nach einem einheitlichen Plan das wenigstens anzubahnen. Zurzeit sucht immer eine Firma die andere durch gesteigerte Effekte zu übertrumpfen, um nur ja die Blicke der Vorübergehenden auf sich zu ziehen. Das Ergebnis aber ist, daß in dem augenmarternden Lichttumult keine von beiden zur rechten Geltung kommt, und daß gerade die feinsten Wirkungen unterdrückt werden. Hier hätte die Leitung der Berliner Lichtwoche eingreifen müssen. Sie hat aber versagt. Das trat am augenfälligsten dort zutage, wo sie eigene gut gemeinte Leistungen in das tobende Lichtchaos hineinstellte. So wirkte die imitierte Milchstraße inmitten der Leipziger Straße kleinlich neben den brutalen Lichteffekten der benachbarten Geschäftshäuser und dem blendenden Licht der Straßenbeleuchtung mit Diacarbonglühlampen. Der Mangel an Einheitlichkeit in der Durchführung machte sich besonders Unter den Linden bemerkbar, wo das schöne Bild des angeleuchteten Brandenburger Tors durch die lächerlichen bunten Lampen in den fast entlaubten Bäumen zerstört wurde. Auch sonst wurden Fehler auf Fehler gehäuft. An vielen Stellen der Stadt sah man Lichtvorführungen, die darin gipfelten Lichtquellen in Nacktheit vorzuführen, anstatt mit ihnen Beleuchtung zu schaffen. Da sah man an den Fenstern eines großen Warenhauses bunte Stoffdekorationen, zwischen denen lange Reihen unverhüllter Glühlampen sichtbar wurden. Ihr Licht brachte nicht nur nicht die Farben der Stoffstreifen zur Geltung, es verhinderte vielmehr vollständig ihre Erkennbarkeit. Ebenso verpuffte die Wirkung der unmittelbar unter den Fenstern angebrachten Lichtreklameschilder. Die viel zu eng gezeichneten Buchstaben wurden von nackten Gasfüllungslampen gebildet, die so stark blendeten, daß man unmöglich den Text der Reklameinschrift lesen konnte;

von größerer Entfernung gesehen gab es überhaupt nur ein Wirrwarr durcheinanderlaufender Lichtlinien. Im Lustgarten sollte die Schönheit des alten Museums durch Flutlicht aus seiner Umgebung herausgehoben werden. Man hatte aber die Bogenlampen für die allgemeine Beleuchtung des Lustgartens weder gedämpft, noch, was zweckmäßiger gewesen wäre, ganz ausgeschaltet. Die Folge davon war, daß sich zahlreiche grelle Lichtflecken auf das fein abgestimmte Lichtgemälde des alten Museums auflagerten. Das Bild blieb deshalb ohne jeden Eindruck; und da man nicht, wie sonst gewöhnlich, beim Passieren des Schloßplatzes auf den Weg sah sondern direkt in die Lichtvorführung hineinblickte, wurde jedem Beschauer drastisch demonstriert, wie stark blendend die Straßenbogenlampen wirken. Aber ganz aus erster Hand erfuhr das Auge Blendung von der Flutlichtbeleuchtung der alten Schloßapotheke. Diese Beleuchtung war von unbestreitbarer Wirkung, wenn man von der Börse aus den alten Schloßteil betrachtete; aber wenn man vom Schloßplatz nach der Kaiser-Wilhelm-Brücke zu ging, mußte man direkt in die unverborgenen und viel zu niedrig angebrachten Scheinwerfer hineinblicken. Das also vergewaltigte Auge wandte sich instinktiv ab, trotzdem sah es eine ganze Weile überhaupt nichts mehr. Auch das Beispiel der Kontrastblendung wurde in recht drastischer Weise demonstriert, und man konnte leicht feststellen, wie schlecht doch im ganzen Berlin noch beleuchtet ist. Während einzelne Straßen der Stadt geradezu mit Lichtfluten überschwemmt waren, lagen benachbarte Straßen in absoluter Finsternis. So schien es wenigstens infolge der Kontrastwirkung höchster Leuchtdichte gegen die minimale Leuchtdichte der in normaler Weise beleuchteten Straßen. Wer an den Abenden der Lichtwoche mit einem Auto eine Rundfahrt machte, mußte die unglücklichen Chauffeure bewundern, daß sie noch die Fahrbahn vom Bürgersteig zu unterscheiden wußten, wenn sie aus dem Hellen ins Dunkle oder umgekehrt ihren Wagen steuerten.

Um gerecht zu sein, darf man nicht verschweigen, daß auch viel Reizvolles dargeboten wurde. Fein abgestimmt wie gute Bühnenbilder wirkten die Schaulenster von Michels und die von Maaßen; verglichen mit den veralteten Effekten am Haus der Technik wirkte das in seinen Konturen beleuchtete Haus der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in

der ganzen Schönheit seiner architektonischen Gliederung. Eine Oase in dem Irrgarten der sinnlosen Lichtverschwendung bildeten die lodernden Gasflammen auf dem Dach der Neuen Wache, und wer zufällig an den Abenden der Lichtwoche den Südring benutzte, konnte feststellen, wie sich mit einfachsten Mitteln fast zauberische Eindrücke hervorrufen lassen. An den Kühltürmen des Elektrizitätswerks wurde der entweichende Dampf einfach mit roten Glühlampen beleuchtet; ein Flammenbild am dunklen Nachthimmel. Aber das war auch ein grober Fehler des ganzen Arrangements, daß die einzelnen Lichtveranstaltungen in dem riesigen Stadtgebiet verstreut und durch weite Lagunen trostloser Dunkelheit von einander getrennt waren. Hätte man sich auf einen kleinen, aber geschlossenen Stadtbezirk beschränkt, so wäre eine weit einheitlichere Wirkung zustande gekommen und das Weniger wäre ein Mehr geworden. Das eine Gute hat das Berliner Lichtfest jedoch im Gefolge gehabt, daß es weite Kreise auf die Mangelhaftigkeit der gegenwärtigen Straßenbeleuchtung aufmerksam gemacht hat. Das hervorstechende Charakteristikum der Berliner Straßenbeleuchtung ist die Verwendung blendender Lichtquellen sowohl in den Haupt- wie in den Nebenstraßen. Im allgemeinen herrscht in Berlin die Gasbeleuchtung vor. Durch die Einführung von Gasgruppenbrennern ist die mittlere Beleuchtungsstärke auf dem Straßenplanum im Vergleich mit der Vorkriegszeit zwar beträchtlich verbessert worden; aber alle Glühstrümpfe wirken wegen der viel zu niedrigen Aufhängung der Leuchten durchweg blendend. In den Straßen mit größerer Verkehrsbeleuchtung, wo die allgemeine Raumhelligkeit beträchtlich ist, wirkt das nicht so auffällig wie in den Nebenstraßen, aus deren Dunkelheit sich die einzelnen Lampen besonders auffällig herausheben, und deren Leuchtdichte stark mit der geringen Helligkeit des Straßenniveaus kontrastiert. Blendung ist aber auch in den stark beleuchteten Straßen vorhanden. Es muß deshalb die generelle Forderung erhoben werden, daß die Gasleuchten wesentlich höher aufgehängt und die Glühkörper mit Opalglas abgeschirmt werden. Um auf die gleiche Beleuchtungsstärke wie heute zu kommen, müßte dann freilich die Zahl der Kandelaber erheblich vermehrt werden. Im Interesse der Verkehrssicherheit dürfte die Kostenfrage keine Rolle spielen. Diese Kosten können auch zu einem gu-

ten Teil wieder hereingebracht werden, wenn an Stelle des teuern und dabei im nassen Zustand gefährlichen Asphaltbelags ein rauher Straßenbelag gewählt werden würde, der dabei noch den Vorteil bietet, daß auch die indirekte Blendung durch das von dem nassen Asphalt reflektierte Licht aufhören würde. Auch die zahlreichen Bogenlampen wirken trotz ihrer beträchtlichen Aufhängehöhe blendend. Hier müßten große Glocken aus Opalglas angebracht werden, die die viel zu hohe Leuchtdichte auf ein erträgliches Maß herabsetzen. Blendung muß unter allen Umständen vermieden werden, vor allem dort, wo sie, wie beim Straßenverkehr, die Quelle verhängnisvoller Unfälle ist.

Wenn sich aus dem im wesentlichen mißlungenen Berliner Lichtfest die Erkenntnis herauskristallisieren würde, daß die Berliner Straßenbeleuchtung dringend einer Verbesserung bedarf, dann hätte das Lichtfest einen Nutzen gebracht.

#### Totenliste

Am 15. Juli starb der langjährige Direktor der Preussischen Versuchsanstalt für

Wasserbau und Schiffbau in Berlin, *Hans Dettlef Krey*, in seinem 62. Lebensjahr. Krey war zugleich ordentlicher Professor für Versuchswesen im Wasserbau und praktischer Hydromechanik an der Technischen Hochschule in Berlin. Seine Forschungen erwarben ihm auf diesem Spezialgebiet einen Namen.

Anfang September starb der Professor an der Darmstädter Technischen Hochschule *Karl Wirtz*, in seinem 67. Lebensjahr. Sein besonderes Arbeitsgebiet war, besonders in den letzten Jahren, die Radiotechnik. Er schrieb ein Lehrbuch der drahtlosen Telegraphie und ein Radiotelegraphisches Praktikum.

Ende September starb in Cambridge *Sir Horace Darwin*, ein Sohn Charles Darwins, 77 Jahre alt. Er widmete seine Arbeit der Aeronautik, in der er als Autorität galt, und der Herstellung wissenschaftlicher Instrumente.

#### Kurze Chronik

Am 17. August waren 60 Jahre seit der gesetzlichen Einführung des *metrischen Maßsystems* vergangen. Heute wird es von insgesamt 1100 Millionen Menschen benutzt. Ablehnend gegen seine Einführung verhalten sich noch immer die angelsächsischen Reiche: England mit seinen Kolonien und die Vereinigten Staaten von Amerika. Dagegen geht Palästina, obgleich britisches Mandatsland, nach Abschaffung der türkischen Maße,

zum metrischen System über. In Mexico werden alle nichtmetrischen Maße und Gewichte verboten.  $\diamond$  Das Preussische Handelsministerium will für die allgemeine *Luftbildaufnahme* des Staatsgebiets den Landplanungsverbänden eine Beihilfe gewähren. Nach diesen Aufnahmen sollen die vorhandenen Karten ergänzt und berichtigt werden. Die Regierung Indochinas plant die Vermessung der ganzen Kolonie auf dem Weg der Luftbildaufnahme. Zunächst soll die Provinz Kambodscha durch eine französische Luftbildgesellschaft aufgenommen werden.  $\diamond$  In Toulon wurden 2 *Trockendocks* für die französische Marine fertiggestellt. Mit 480 Meter Länge und 55 Meter Breite sind sie zurzeit die größten der Welt.  $\diamond$  In der Nähe von Coswig in Anhalt sind *Braunkohlenlöze* erbohrt worden, deren Abbau wegen der verhältnismäßig großen Tiefe nicht im Tagebau sondern durch Spülverfahren erfolgen soll.  $\diamond$  Der einzige *Hochofen* der Schweiz in Choidnez ist nach 10jähriger Stilllegung wieder in Betrieb genommen worden. Er hat eine Tagesleistung von 70 Tonnen Roheisen. Der größte Hochofen Rußlands ist auf dem metallurgischen Werk Rykow in Artemowsk mit einer Tagesleistung von 500 Tonnen fertiggestellt worden.  $\diamond$  Für den weiteren Ausbau des Berliner Großkraftwerks Zschornowitz, das hauptsächlich Berlin beliefert, ist der Bau eines neuen *Turbogenerators* von 100 000 Kilo-Volt-Ampere Leistung den Siemens-Schuckert-Werken übertragen worden.  $\diamond$  Die Selbwerke in Hameln haben ein zunächst für den Geländedienst der Reichswehr bestimmtes *Automobil* herausgebracht, das 3 Achsen aufweist, die sämtlich Kraftantrieb erhalten.  $\diamond$  Der Absatz an Kalksandsteinen in Deutschland ist von 500 Millionen Stück im Jahr 1926 auf etwa 1 Milliarde in 1927 angestiegen, was auf die erhöhte Bautätigkeit, aber auch auf die *Normung des Kalksandsteins* zurückgeführt wird.  $\diamond$  Die gesamte Jahresgewinnung von *Brom* beträgt 1500 Tonnen, wovon allein auf Deutschland 1400 entfallen. Deutschland fördert 70% aller Kaliumsalze, aus denen Brom erzeugt wird.  $\diamond$  Die deutsche *Kunstseidenindustrie* umfaßte im Jahr 1927 29 Betriebe mit 32 966 Arbeitern.  $\diamond$  Die Anzahl der deutschen *Rundfunkteilnehmer* betrug am 1. Oktober rund 2,33 Millionen, die Zunahme gegen den 1. April betrug 4,4%.  $\diamond$  Ende Januar 1929 soll eine *Reichsunfallverhütungswoche* stattfinden, die den entzückenden Namen *Ruwo* erhält.

**Verkehr / Otto Schmidt**

**Transozeanluftschiff** Der Amerikaflug des deutschen Luftschiffs Graf Zepelin bietet die Möglichkeit nicht nur die Leistungsfähigkeit und Betriebssicherheit des Luftschiffs für den Transozeanverkehr sondern auch seine verkehrstechnische Bedeutung im Vergleich zum Flugzeug zu bewerten. Die Fahrt des Luftschiffs ist auf der Hin- wie auf der Rückreise nicht besonders vom Glück begünstigt gewesen. Stürmisches Wetter und eine leichte Havarie zwangen es mehr als einmal die aufgestellte Reiseroute zu verlassen, wodurch die Fahrtdauer wesentlich verlängert wurde. Es spricht immerhin für die Sicherheit des Luftschiffs, daß es trotz diesen Schwierigkeiten nach einer Fahrtlänge von 12 000 Kilometer glatt gelandet ist. Es war 111½ Stunden in der Luft, überbot damit den deutschen Dauerrekord des Kommandanten Lehmann vom Jahr 1917 um 6 Stunden und blieb hinter dem Weltrekord des Franzosen du Plessis um 6½ Stunden zurück. Gleichwohl scheint das Luftschiff für den transozeanischen Verkehr der Zukunft nicht das geeignete Verkehrsmittel zu sein. Die Fahrt des Graf Zepelin stellt gegenüber der Amerikafahrt des jetzt Los Angeles genannten Luftschiffs vor 4 Jahren keine Verbesserung sondern eher einen Rückschritt dar. Das Luftschiff war nicht in der Lage die gewählte Route einzuhalten sondern wurde fast willenlos von den Tiefdruckgebieten und Stürmen aus seiner Bahn gedrängt. Ein Verkehrsmittel, das aber nicht imstande ist auf dem geplanten Weg sein Ziel auch mit einer gewissen Pünktlichkeit zu erreichen, stellt gegenüber den vorhandenen Verkehrsmitteln, zum Beispiel den Ozeandampfern, keine Verbesserung dar. Es ist dem Luftschiff ferner unmöglich bei Beschädigung auf dem Wasser zu landen, und selbst eine Notlandung auf dem Festland ohne das erforderliche Landungspersonal und bei ungünstigen Winden würde den großen Schiffskörper wahrscheinlich argbeschädigen. Die Größe des Luftschiffs und damit die hohen Baukosten stehen überhaupt in einem äußerst ungünstigen Verhältnis zur Tragfähigkeit. So waren auf der Amerikafahrt nur 20 Passagiere an Bord, denen eine Besatzung von 43 Mann gegenüberstand. Hugo Eckener hat auch bereits zugegeben, daß das Luftschiff, wenn es überhaupt mit den Ozeanschiffen erfolgreich konkurrieren will, noch bedeutend schneller fahren, das heißt

Geschwindigkeiten bis zu 130 bis 140 Kilometer in der Stunde erreichen müsse. Man wird sich jedoch fragen müssen, ob es überhaupt gelingt in den nächsten Jahren das Luftschiff so zu verbessern, daß es dem Flugzeug überlegen oder auch nur gleichwertig ist. Der große Vorteil des Flugzeugs, dessen beispiellose Entwicklung in den letzten Jahren von Erfolg zu Erfolg geeilt ist (siehe diese Rundschau 1927 I Seite 511, 1927 II Seite 1054, 1928 I Seite 460, in diesem Band Seite 728 und folgende), liegt gegenüber dem Luftschiff in seiner kleinen Verkehrseinheit, die dementsprechend in der Herstellung billiger und im Betrieb wirtschaftlicher ist. Bei einer Besatzung von nur wenigen Leuten vermag das Flugzeug auch heute schon 30 bis 50 Passagiere zu fassen, und Großflugzeuge für bis zu 200 Fahrgästen sind geplant. Dabei kann das Flugzeug im Gegensatz zum Luftschiff überall aufsteigen und überall landen; Flugplätze sind mit verhältnismäßig geringen Mitteln zu schaffen, während das Luftschiff teure Hallen mit umfangreichen Reserven des kostspieligen Füllungsgases erfordert, die natürlich nur an einigen Stellen errichtet werden können. Die Großflugzeuge, zum Beispiel das Rohrbachflugboot, das demnächst für den Südamerikaflug angesetzt werden soll, vermögen sich zudem auch auf dem Wasser längere Zeit sicher zu halten. Die nächsten Jahre werden in der Entwicklung des Flugzeugs zweifellos so gewaltige Fortschritte bringen, daß es fraglich erscheint, ob die hohen Aufwendungen, die für den Bau neuer Luftschiffe erforderlich sind, wirtschaftlich angelegt werden. Es hat fast den Anschein, als ob hier das jüngere Verkehrsmittel das ältere bereits geschlagen hat.

In der Vossischen Zeitung vom 1. November 1928 meint Wilhelm Schulze, der die Rückfahrt im Luftschiff als Pressevertreter mitmachte, daß das Flugzeug im transatlantischen Verkehr nichts zu suchen habe und nur als Zubringer in Frage komme, während das Luftschiff im Verkehr zwischen Europa und New York wegen des geringen Zeitgewinns gleichfalls nicht geeignet sei, wohl aber für den Verkehr nach Südamerika und dem Fernen Osten. Diese Ansicht ist zunächst, was das Luftschiff betrifft, inkonsequent; denn wenn das Luftschiff für den transatlantischen Verkehr überhaupt in Frage kommt, so ist es gleichgültig, ob es den Ozean im Norden oder im Süden überquert; der Zeitverlust, der durch die weiten Reisen zum Abfahrt-

platz entsteht, wird sich auf der nördlichen Route ebenso nachteilig bemerkbar machen wie auf der südlichen, wenn auch die Wetterverhältnisse im Süden dem Luftschiff allgemein günstiger sind. Andererseits heißt es die Entwicklungsmöglichkeiten des Flugzeugs völlig verkennen, wenn man ihm heute die Eignung für den Ozeanverkehr abspricht und es nur als Zubringer zum Ozeandampfer oder Luftschiff verwenden will. Den Zeitgewinn, den das Luftschiff im Transoceanverkehr gegenüber den Ozeanschiffen vielleicht so bald nicht erzielen wird, vermag das Flugzeug heute schon zu bieten, und die kurze Flugdauer und die Sicherheit des Lindberghschen Transoceanflugs werden im Flugverkehr sicherlich in nicht zu langer Zeit allgemein erreicht werden. Der Weltflug der Costes und Le Brix (siehe diese Rundschau, 1928 I Seite 461) hat gezeigt, daß der Wirksamkeit des Flugzeugs Grenzen eigentlich überhaupt nicht mehr gesetzt sind.

Der interkontinentale Luftverkehr ist kein Phantom mehr sondern eine Notwendigkeit und in wenigen Jahren zweifellos eine Tatsache. Daß das Luftschiff in ihm die Hauptrolle spielen wird, hat die letzte Zeppelinfahrt nicht erwiesen. Die Erfolge des Flugzeugs lassen aber eine Skepsis als unberechtigt erscheinen.

Luftfahrt vor  
100 Jahren

Wir sind gewohnt unsere  
Zeit auf allen Gebieten der  
Technik als schlechtlin

richtungsgebend und neuschaffend anzusehen und vergessen hierüber häufig die Leistungen früherer Generationen, die an Intelligenz und Wagemut uns nicht nachstanden. Zu den Erfindungen, die das 20. Jahrhundert im allgemeinen ganz für sich in Anspruch nimmt, gehört die Bezwingung der Luft. Frühere Zeiten standen dem Problem des Fliegens jedoch keineswegs völlig fremd und hilflos gegenüber, und um den "fliegenden Menschen" hat schon das Mittelalter heiß, wenn auch erfolglos gerungen. Als ersten erfolgreichen Luftfahrtversuch ist man im allgemeinen gewohnt die Ballonfahrt der Brüder Montgolfier im Jahr 1782 zu bezeichnen. Wer weiß aber, daß die Luftfahrt gegen Ende des 18. Jahrhunderts die breite Öffentlichkeit fast so stark wie in der Gegenwart interessiert hat, daß sie vom militärischen Standpunkt gewertet wurde, sportlichen Ehrgeiz befriedigte, ja selbst als Transoceanflug die Zeitungen beschäftigte? Ernst Schäffer hat alte Bände der Vossischen Zeitung jener Zeit durchblättert

und in einem äußerst lehrreichen und dabei spannend unterhaltenden Artikel Fliegerei vor 100 Jahren in der Vossischen Zeitung vom 2. September 1928 festgestellt, daß bereits vor mehr als einem Jahrhundert Mitteilungen über Ereignisse in der Luft überraschend häufig sind. So erfahren wir, daß nicht nur die Sambre- und Maasarmee im Jahr 1794 von einer aerostatischen Kompanie mit einem ovalen Ballon begleitet wurde, sondern daß in dieser Zeit häufig bei militärischen Übungen und Paraden Ballons in die Luft stiegen. Auch ein Luftangriff auf England, der die Napoléonische Armee auf diese Weise über den Kanal bringen soll, wird bereits erwogen. Zahlreich sind die Nachrichten von Erfindern, die sich bemühen den Freiballon zu vervollkommen oder sogar ein lenkbares Luftschiff zu bauen. 1799 kündigt der Franzose Blanchard, der bereits mehrmals auch in Deutschland (Berlin) Flüge ausgeführt hatte, einen Transoceanflug nach Nordamerika an, das er unter Mitnahme eines unversehbaren Bootes in 8 Tagen zu erreichen hoffte; der Flug kam jedoch nicht zustande. Beim Versuch den englischen Kanal zu überfliegen stürzte ein anderer Ballon ab. Wie heute Frauen ihren sportlichen Ehrgeiz und die Sensationslust in Transoceanflügen zu befriedigen suchen, steigen auch am Ende des 18. Jahrhunderts bereits Frauen mit dem Ballon auf. Zuerst hält die Pariser Polizei die Luftreise der Bürgerin Henry mit einem Mann für unmoralisch; aber am 13. Juli 1798 findet die Fahrt mit einer Flugdauer von 21 Minuten statt, und im November des selben Jahres steigt die gleiche Frau mit einem Mädchen allein auf. Auch strebten die kühnen Piloten jener Zeit schon danach möglichst lange in der Luft zu bleiben und auch eine möglichst große Strecke zurückzulegen, was jedoch nur selten gelang; immerhin wird von einem Flug von Paris nach Chalons berichtet. Nicht wunder kann es schließlich nehmen, daß diese Flugversuche häufig Unglücksfälle hervorriefen, bei denen mancher Pilot sein Leben lassen mußte.

Diese Beispiele, die sich bei eingehendem Studium der literarischen Quellen jener Zeit sicherlich noch erheblich vermehren ließen, beweisen geradezu verblüffend, wie nahe man damals in dem »klassischen Land der Fliegerei«, Frankreich, Lösungen war, die erst ein Jahrhundert später in der Luftfahrt gefunden wurden. Die Kühnheit der Ideen und der Mut der Versuche muß um so

mehr bewundert werden, als die technischen und verkehrlichen Voraussetzungen für die Luftfahrt damals, wozu den Atlantischen Ozean noch nicht einmal im Dampfschiff überquert hatte, noch gar nicht gegeben waren. Deshalb mußten jene Flugversuche auch Experimente bleiben, weil die Zeit für sie noch nicht erfüllt war. Die große zukunftsweisende Idee war zwar vorhanden, aber die reale Möglichkeit der Durchführung, die Verkehrsnotwendigkeiten, die erst die Vervollkommnung unseres technischen Könnens im 19. Jahrhundert geschaffen haben, fehlten. Eine solche Erinnerung an die Leistungen und Wagnisse jener Zeiten ist doppelt lehrreich. Sie zeigt, daß wir in allem an frühere Erfahrungen anknüpfen und, wenn wir ein Problem zu lösen vermögen, dies vielfach nur dem Glück verdanken in der Zeit zu leben, die reif für diese Lösungen ist. Andererseits wird auch vieles im Verkehrswesen, was uns heute phantastisch und unerreichbar scheint, späteren Generationen, die die noch fehlenden Zwischenstufen der Entwicklung hinter sich haben, eine selbstverständliche Tatsache sein.

#### Vogesendurchstich

Die Ende Oktober eröffnete neue Bahn von Straßburg nach Saint-Dié bedeutet eine wesentliche Verbesserung der mitteleuropäischen Verkehrsverhältnisse, da sie den ersten Vogesendurchstich darstellt. Bisher schoben sich die Vogesen wie eine trennende Wand zwischen Innenfrankreich und das Elsaß und damit auch das benachbarte Deutschland. Eine Eisenbahnverbindung bestand im Norden lediglich auf der Strecke Zabern-Lunéville und im Süden auf der Strecke Mülhausen-Belfort. Dazwischen war so lange keine Eisenbahnverbindung in den Vogesen möglich, als nicht ein Durchstich des Gebirges gelang. Pläne derartiger Durchstiche bestanden bereits vor dem Krieg; die Breuschtalbahn, die eine Teilstrecke der jetzt eröffneten Vogesenbahn ist, führte bereits vor 1914 Igleisig bis Saales. Während des Krieges sind dann, hauptsächlich aus strategischen Bedürfnissen, verschiedene Bruchstücke von Eisenbahnlinien in den Vogesen gebaut worden, ohne daß jedoch der längerstrebte Durchstich erreicht wurde. Nachdem das Elsaß wieder an Frankreich zurückgekommen war, hatte die französische Regierung ein um so stärkeres Interesse an einer Vogesenbahn, die einen schnellen und direkten Verkehr zum El-

saß ermöglicht. Von den verschiedenen Projekten wurde der Durchstich auf der Linie von Straßburg nach Saint-Dié gewählt. Die neue Bahnstrecke ist 41,6 Kilometer lang und erklimmt eine Höhe bis 540 Meter. Der eigentliche Vogesendurchstich liegt in dem Abschnitt Saales-Provencières, wo mehrere Viadukte und auch ein großer Tunnelbau notwendig wurden. Die Bedeutung des Vogesendurchstichs, dessen Baukosten auf etwa 191 Millionen Mark angegeben werden, liegt zunächst in dem nunmehr vorhandenen direkten Verkehrsanschluß des Elsaß mit dem übrigen Frankreich, der natürlich die wiedergewonnene Provinz auf die Dauer noch enger als bisher schon dem Land eingliedern wird. Die Verkehrsverkürzung wird für Handel und Wirtschaft nicht ohne Folgen bleiben und auch insbesondere Straßburg zugute kommen. Auch für die deutsche Wirtschaft, insbesondere den Kohlenhandel, schafft die neue Bahn dadurch neue Absatzmöglichkeiten, daß das lothringische Gebiet westlich der Vogesen durch den Vogesendurchstich nunmehr an den Rhein angeschlossen wird, von der belgischen Kohle also zur auf dem Rhein billig beförderten Ruhrkohle übergehen kann. Für den Personenverkehr bringt die Vogesenbahn eine wesentliche Zeitersparnis mit, die von Straßburg bis Saint-Dié etwa 1¼ Stunde beträgt. Schließlich zieht aber auch der gesamte mitteleuropäische Verkehr aus der neuen Bahn Nutzen, darunter vor allem die Nachbarländer Frankreich und Deutschland, zwischen denen eine neue Verbindung geschaffen, und eine natürliche Grenze überbrückt ist. Je enger Deutschland und Frankreich durch Verkehrsverbindungen zusammengeschlossen werden und sich auch sonst auf allen Zweigen des Verkehrswesens zu gemeinsamer Arbeit finden, um so zwingender wird ihr Zusammengehen auch auf anderen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens.

#### Eisenbahnelektrifizierung

Eine der größten technischen Ruhmestaten des 19. Jahrhunderts war die Entwicklung der Dampfmaschine und damit gleichzeitig der Dampflokomotive, durch die das Entstehen der großen Eisenbahnnetze erst möglich wurde. Von der ersten Dampflokomotive bis zur heutigen von 2000 Pferdestärken war ein weiter Weg. Was vor 100 Jahren kaum erreichbar erschien, wird heute fast ohne technische Schwierigkeiten gelöst. Indessen sind es in einer Zeit, die gewohnt



ist bei allen Produktionsprozessen vom Grundsatz höchster Wirtschaftlichkeit auszugehen, nicht allein die rein technischen Fragen, die bei der Eisenbahnlokomotive nach neuen Formen suchen lassen, sondern volkswirtschaftliche Probleme, die nach grundsätzlicher Veränderung des Eisenbahnwesens drängen. 2 Nachteile sind es vor allem, die die Wirtschaftlichkeit bei der Dampflokomotive so ungünstig beeinflussen. Zunächst erfordert die Lokomotive die Verwendung eines sehr hochwertigen Brennstoffs, der Steinkohle, die sehr teuer ist, bis zur Verbrauchsstelle weit transportiert werden muß und in vielen Ländern nicht abgebaut wird, daher aus dem Ausland gekauft werden muß. Dieser teure Brennstoff wird andererseits im Lokomotivkessel äußerst unwirtschaftlich ausgenutzt. Der thermische Wirkungsgrad der Lokomotive, das heißt der Grad der Wärmeausnutzung, beträgt selbst bei den modernsten, mit allen Verbesserungen versehenen Lokomotiven nur höchstens 8% bis 9%. Eine größere Ausnutzung der Kohle im Lokomotivkessel dürfte auch in Zukunft kaum möglich sein, und auch die schlechte Ausnutzung des Abdampfs und der durch den Schornstein abgehenden Gase wird sich kaum verbessern lassen. Auch für steinkohlenreiche Länder, ganz abgesehen von solchen Ländern, die keine größeren Kohlevorkommen besitzen, bedeutet die Dampferzeugung in der Lokomotive, volkswirtschaftlich gesehen, geradezu einen Raubbau. Andere Möglichkeiten der Zugförderung bietet die Diesellokomotive, die Turbinenlokomotive und auch die Verwendung des Explosionsmotors. In allen Ländern sind nach dieser Richtung hin seit Jahren Untersuchungen vorgenommen worden, die, was die Diesel- und Turbinenlokomotive anlangt, durchaus verheißungsvolle Ergebnisse gezeigt haben; die Verwendung des Explosionsmotors im Eisenbahnwesen scheint hingegen keine größeren Möglichkeiten zu bieten. Wesentliche wirtschaftliche und technische Vorteile kommen aber aus der Elektrifizierung der Bahnen. Neben rein betrieblichen Ersparnissen verschiedenster Art beträgt die Ausnutzung des Brennstoffs im elektrischen Kraftwerk bis zu 25%. Daneben ist es möglich geringwertige Brennstoffe, zum Beispiel Braunkohle, zu verwenden und die Energieerzeugung unmittelbar an den Ort der Brennstoffgewinnung zu legen. Dadurch wird der Transport des Brennstoffs fast völlig überflüssig. Im Kraftwerk können ferner bei der Energieerzeugung wichtige

Nebenprodukte gewonnen und weiterhin wirtschaftlich ausgenutzt werden. Vor allem aber ermöglicht die Elektrifizierung die weitestgehende Ausnutzung der Wasserkräfte, wodurch jegliche Steinkohlenverwendung überflüssig werden kann. Dieser Vorteil läßt besonders in gebirgigen Ländern, die über keine Kohlenschätze verfügen, die elektrische Zugförderung als die einzigmögliche erscheinen. Von großer hygienischer Bedeutung ist schließlich beim elektrischen Zugbetrieb unter anderm der Fortfall des Ruß, der in den Städten eine äußerst schädigende Belästigung der Einwohner darstellt. Gegen die Eisenbahnelektrifizierung wird häufig der Einwand erhoben, daß im Kriegsfall oder auch schon bei Streiks der gesamte Zugverkehr durch die Ausschaltung eines Kraftwerks lahmgelegt werden kann. Dieser Einwand hat vor dem Krieg dazu geführt, daß man in manchen Ländern die Elektrifizierung grundsätzlich ablehnte. Es fragt sich jedoch, inwieweit insbesondere die europäischen Staaten in Zukunft derartigen Erwägungen Rechnung tragen können (die natürlich auch von der Entwicklung der Technik gegenstandslos gemacht werden). Völlig absurd ist es, wenn heute Italien und Österreich auf ihren elektrisch betriebenen Grenzbahnen 2 völlig verschiedene Stromsysteme verwenden und auch sonst die Betriebsführung grundsätzlich anders ausbauen. Der kontinentaleuropäische Gedanke wird dieser Art "militärischer Notwendigkeiten" ein Ende bereiten. Die Elektrifizierung der Eisenbahn hat nach dem Krieg in allen Ländern der Welt große Fortschritte gemacht und bereits ein gewisses Stadium der Entwicklung erreicht. Wenn in einzelnen Ländern die elektrische Zugförderung noch nicht weit gediehen ist, so ist dies vielfach auf die sehr hohen Anlagekosten zurückzuführen, die die Umstellung erfordert. Technische Schwierigkeiten grundsätzlicher Art stehen der Elektrifizierung wohl nirgends mehr entgegen. Da die Einrichtung des elektrischen Zugbetriebs für alle Eisenbahnen der Welt eins der wichtigsten Probleme geworden ist, soll in dieser Rundschau fortlaufend der Stand der Eisenbahnelektrifizierung in den europäischen Ländern wie außerhalb unseres Kontinents zusammenhängend besprochen werden.

Deutsche Reichsbahn Am 15. Mai führte die Deutsche Reichsbahn für den internationalen Reiseverkehr durch Deutschland nach der



Schweiz einen besondern Luxuszug ein, der den Namen Rheingoldzug trägt. Er wird ausschließlich aus Salonspeisewagen gebildet und führt nur 1. und 2. Klasse. Die Wagen sind mit den letzten technischen Neuerungen versehen und im Innern von Künstlern ausgestattet worden. Dieser Zug, der von Hoek van Holland bis Basel verkehrt, ermöglicht es von London nach Luzern in 24 Stunden zu kommen; die Fahrzeit von Hoek van Holland bis Basel beträgt rund 11 Stunden. Der Zug vermag eine Höchstgeschwindigkeit von 100 Kilometer in der Stunde zu erreichen. Die Paß- und Zollkontrolle geschieht im Zug, so daß darum keine Zeit versäumt wird.

Die Reichsbahn ist weiterhin bestrebt den Schnellzugsverkehr so zu beschleunigen, daß auf vielen Strecken wieder die kürzeren Vorkriegsfahrzeiten erreicht werden. Der Fahrplan dieses Sommers wies gegenüber dem Vorjahr in dieser Hinsicht bereits wieder einige Verbesserungen auf. Die schnellsten deutschen Züge sind die Fernschnellzüge zwischen Berlin und Hamburg mit einer Geschwindigkeit von 86,1 Kilometer in der Stunde; demgegenüber hat der schnellste französische Schnellzug bereits eine Geschwindigkeit von 99,8 Kilometer in der Stunde und damit rund 2 Kilometer mehr als vor dem Krieg. Das Bestreben muß dahin gehen die Geschwindigkeit nicht nur einzelner Schnellzüge wieder auf den Vorkriegsstand zu bringen sondern allgemein auch den Zugverkehr zu beschleunigen; eine Maßnahme, die mit Rücksicht auf den Wettbewerb des Automobil- und Luftverkehrs schließlich auch im finanziellen Interesse der Reichsbahn liegen sollte.

Der bereits seit langem gehegte Plan einer direkten Verbindung Rügens mit dem Festland scheint jetzt der Vollendung nahe zu sein. Die Entscheidung ist zugunsten eines Damms gefallen, der zwischen Stralsund und Altefähr verlaufen soll und eine Breite von 20 Meter haben wird. Die Bahn soll über diesen Damm 2gleisig geführt werden; daneben soll genügend Raum für den Automobil- und Fußgängerverkehr freigehalten bleiben. Der Schiffsverkehr nach Stralsund soll durch 2 Klappbrücken offengehalten bleiben. Die Baukosten für den Damm sind zu 18 Millionen Mark veranschlagt. Durch diese direkte Eisenbahnverbindung nach Rügen würde der durchgehende Reiseverkehr nach Schweden und Norwegen und auch nach den Bädern auf Rügen erheblich beschleunigt und damit wohl auch vergrößert werden.

Am 1. Oktober trat auf sämtlichen Eisenbahnen Deutschlands, mit Ausnahme der des Saargebiets, eine neue Eisenbahnverkehrsordnung in Kraft. Sie schließt sich zwar im allgemeinen an die bisherigen Bestimmungen an, bringt aber eine Reihe von Veränderungen und Ergänzungen, die im Hinblick auf die internationalen Eisenbahnübereinkommen der letzten Jahre erforderlich wurden. Die Fassung der neuen Verkehrsordnung ist im übrigen nach Form und Inhalt fast vollständig der österreichischen Verkehrsordnung angeglichen.

Im Jahr 1927 beförderte die Deutsche Reichsbahn 489 045 000 Tonnen gegen 438 546 000 Tonnen im Jahr 1926. Die Anzahl der beförderten Personen ist im letzten Jahr von 1 819,4 Millionen auf 1 909,2 Millionen angestiegen.

**Zweiklassensystem** Nachdem die Tarifierhöhung auf der Reichsbahn nunseit dem 7. Oktober auf Grund des Urteils des Reichsbahngerichts eingetreten ist, muß man sich mit der Tatsache abfinden, wenn die Notwendigkeit der Erhöhung auch keineswegs unbedingt überzeugend erscheint. Die Reichsbahn hat die Verteuerung des Verkehrs, die ihr rund 250 Millionen Mark Mehreinnahmen erbringen soll, damit besonders schmackhaft zu machen geglaubt, daß sie gleichzeitig zum Zweiklassensystem übergegangen ist. Die Vorteile des Zweiklassensystems sind in dieser Rundschau mehrfach (zuletzt 1927 II Seite 1055) beleuchtet worden. Hat die Reichsbahn es aber wirklich durchgeführt? Durch die Tarifierhöhung sind zunächst vor allem die Fahrgäste der bisherigen 4. Klasse, und das ist der überwältigende Teil aller Reisenden, betroffen worden; für die bisherige 2. Klasse bedeuten die neuen Sätze eine gewisse Ermäßigung. Aber faktisch bestehennach wie vor 3, zunächst sogar noch 4 Klassen. Wenn auch nichts dagegen einzuwenden ist, daß die Luxuszüge weiter die 1. Klasse führen, so ist es doch unlogisch von einem Zweiklassensystem zu sprechen und dann, wie es der Fall ist, nach wie vor in einer großen Reihe von D-Zügen Wagen 1., 2. und 3. Klasse zu führen. Die 1. Klasse ist von jeher die unwirtschaftlichste Klasse gewesen, und jeder Fahrgast dieser Klasse hat Zuschüsse erfordert. Das Zweiklassensystem sollte hier Wandel schaffen und gleichzeitig die Beförderungsart der 3. und 4. Klasse verbessern. Es ist deshalb unverständlich, warum die Reichsbahn in den D-Zügen auch weiterhin an der

1. Klasse festhält, einer Klasse, die, außer für die Plutokraten, ausschließlich für die höheren Reichsbahnbeamten und die Parlamentsmitglieder reserviert ist. Auch sonst sind bei dem Übergang zu der neuen Klasseneinteilung noch manche Nachteile zu bemerken. Es geht nicht an, daß die Wagen 4. Klasse einfach zu Wagen der 3. Klasse umgestempelt werden; denn dadurch müssen die bisherigen Reisenden der 3. Klasse das Gefühl haben bei ungefähr den gleichen Fahrpreisen trotzdem schlechter zu fahren. Ohne Zweifel werden die Wagen der 4. Klasse in den Personenzügen bis zu einem gewissen Grad auch weiterhin notwendig werden, insbesondere für sperriges Reisegepäck. Jeder Zug sollte jedoch höchstens einen der alten Wagen 4. Klasse führen, die übrigen Wagen sollten entweder aus dem Verkehr gezogen oder umgebaut werden. Durch die starke Erhöhung der Zuschläge, die jetzt auch für die Eilzüge bei gleichzeitigem Fortfall der beschleunigten Personenzüge eingeführt wurden, sind weiterhin die Fahrpreise für kurze Strecken ganz erheblich gegenüber den bisherigen verteuert worden; auf kurzen Strecken kann der Zuschlag sogar höher werden als der Grundfahrpreis, und die geringfügige Herabsetzung der bisherigen Fahrpreise der 2. und 3. Klasse wird durch die Zuschläge auf kurzen Entfernungen mehr als ausgeglichen. Die Reichsbahn sollte auch hier ihre Tarife energisch überprüfen, vor allem aber für eine restlose Einführung des Zweiklassensystems auf allen Strecken, mit Ausnahme der Luxuszüge, Sorge tragen. Schließlich dürfte es den Etat der Reichsbahn nicht allzu sehr belasten, wenn in Zukunft auch die 3. Klasse eine leichte Polsterung erhält und sich nur in der Platzzahl von der 2. Klasse unterscheidet.

Berlin

Der lange geplante Zusammenschluß der 3 Berliner Verkehrsunternehmungen (Straßenbahn-, Schnellbahn- und Omnibusgesellschaft) ist am 13. November verwirklicht worden. Unter dem Namen Berliner Verkehrsgesellschaft wurde eine Aktiengesellschaft gegründet, in die die 3 Gesellschaften entsprechend ihrer Bewertung eingebracht werden. Durch diese Zusammenfassung der 3 Verkehrsunternehmungen, in deren Betrieb im einzelnen durch die Verschmelzung nichts geändert wird, soll vor allem eine einheitliche Finanzwirtschaft und Verkehrsbedienug erreicht werden. Die Aufwendungen für Verkehrsverbesserungen und

Neuanlagen werden sich in Zukunft nicht mehr nach den zufälligen Erträgnissen des einen oder andern Verkehrsmittels richten, sie müssen vielmehr nach den Bedürfnissen des Gesamtverkehrs und von dem Grundsatz ausgehend behandelt werden, daß jeweils das Verkehrsmittel herangezogen wird, das die neuen Anforderungen am besten erfüllen kann. Die Hauptaufgabe der neuen Berliner Verkehrsgesellschaft, deren Aufsichtsrat unter dem Vorsitz des Stadtrats Ernst Reuter steht, wird der Bau neuer Schnellbahnlinien sein. Neben der Fertigstellung der Schnellbahn Gesundbrunnen-Neukölln, die im Lauf des nächsten Jahres zu erwarten ist, soll jetzt auch der Bau der Schnellbahn durch die Leipziger Straße in Angriff genommen werden. Die neue Linie, die die seit langem notwendige Entlastung der Berliner Innenstadt bringen wird, soll vom Alexanderplatz, wo einer der größten Kreuzungsbahnhöfe des Berliner Schnellbahnnetzes entsteht, durch die Leipziger und Potsdamer Straße nach Steglitz führen und wird an 7 Stellen vorhandene Schnellbahnstrecken kreuzen. Die Strecke wird 17,5 Kilometer lang sein. Die seit Jahren von der Reichsbahn betriebene, leider viel zu spät begonnene Elektrifizierung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen ist nunmehr wenigstens zunächst auf einigen Strecken beendet. Am 11. Juni fuhren die ersten elektrischen Züge auf der Strecke Berlin-Erkner, und seit dem 7. Oktober verkehren auf den Strecken Potsdam-Erkner, Grunewald-Spandau und Wannsee-Stahnsdorf nur noch elektrische Züge. Die Elektrifizierung der übrigen Strecken wird nach und nach folgen. Die Fahrzeiten des elektrischen Betriebs sind im Durchschnitt etwa 25 % kürzer als die der Dampfzüge. Leider besitzen die neuen elektrischen Wagen in ihrer Ausstattung einige erhebliche Nachteile, die um so unverständlicher sind, als die Reichsbahn bei dem Bau der Wagen in der Lage war sämtliche Erfahrungen der bestehenden Schnellbahnen zu verwenden. Auch hätte die Reichsbahn die Gelegenheit benutzen sollen im Berliner Vorortverkehr zum Einheitsklassensystem überzugehen und statt der beibehaltenen Trennung in 2. und 3. Klasse eine in jeder Beziehung mustergültig ausgestattete gepolsterte Klasse zu schaffen. Durch die schlechte Ausstattung der elektrischen Wagen bleibt die Anziehungskraft der elektrifizierten Stadt- und Vorortbahnen auf die Berliner Bevölkerung nur gering. Dies kann der

Reichsbahn schließlich nicht gleichgültig sein, da die Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen, ähnlich wie die Hamburger Stadt- und Vorortbahn, bekanntlich äußerst unwirtschaftlich arbeiten und erhebliche Zuschüsse erfordern, die durch die Elektrifizierung gerade beseitigt werden sollten. Über die Höhe dieses Defizits gab Erich Giese am 21. September in der Verkehrstechnik genauere Zahlen bekannt. Danach haben die Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen im Jahr 1927 mit einer Unterbilanz von 60,7 Millionen Mark gearbeitet. Dieses geradezu vernichtende Wirtschaftsergebnis ist vor allem auf die schlechte Platzausnutzung zurückzuführen, die nur 17 % gegenüber 40,3 % bei der Berliner Straßenbahn und 47,9 %, bei dem Berliner Omnibus beträgt. Eine Verbesserung des Wirtschaftsergebnisses hält Giese nur durch Verdichtung des Zugverkehrs auf kürzeren Strecken, durch den Ausbau der Umsteigemöglichkeit auf die übrigen Berliner Verkehrsmittel, Angleichung der Tarife an die Fahrpreise der übrigen Berliner Verkehrsmittel, sowie durch eine Vervollkommnung der Linienführung für möglich. So werden vor allem die Verbindungsstrecke vom Stettiner Bahnhof zum Wanneseebahnhof mit Umsteigebahnhöfen auf das Berliner Schnellbahnnetz und eine Vereinigung der am Lehrter und Görlitzer Bahnhof endigenden Vorortbahnen geschaffen werden müssen. Es ist auf die Dauer wenigstens unmöglich, daß eins der wichtigsten Berliner Verkehrsunternehmen unwirtschaftlich arbeitet und in Betrieb und Linienführung den Anforderungen einer modernen Stadtschnellbahn nicht entspricht.

Um dem von Jahr zu Jahr zunehmenden Automobilverkehr die geeigneten Straßen zur Verfügung zu stellen, plant Berlin den Bau von 3 Umgehungs- oder Ringstraßen, die sich in gewissem Abstand konzentrisch um den Stadtkern legen sollen. Ihre Aufgabe ist vor allem den Durchgangsverkehr unter Umgehung der überlasteten Innenstadt aufzunehmen. Darüber hinaus ist eine Reihe neuer Ausfallstraßen, insbesondere in westlicher und südwestlicher Richtung nach Potsdam und Brandenburg geplant. Besondere Schnellverkehrsstraßen sollen schließlich zur Verbindung einzelner Ortsteile und Verkehrszentren der Innenstadt dienen. Die Gesamtbauzeit für das umfangreiche Programm soll 15 Jahre betragen. Die Kosten seiner Ausführung sind vorläufig auf jährlich 18 Millionen Mark veranschlagt.

#### Totenliste

Am 3. Mai starb in Paderborn der ehemalige Ministerialdirektor *Hermann Kirchhoff*, 82 Jahre alt. Sein Name ist mit der Entwicklung der deutschen Reichsbahn auf alle Zeiten verbunden. Er war einer der frühesten Vertreter des Gedankens der Verstaatlichung aller deutschen Eisenbahnen. Von Haus aus Jurist, trat er schon 1874 in den Dienst der preußischen Eisenbahnverwaltung. Seit 1884 war er ununterbrochen bis 1908 Beamter in der Eisenbahnabteilung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten. Kirchhoff hat den preußisch-hessischen Eisenbahnvertrag abgeschlossen, er war der Gründer der deutschen Betriebsmittelgemeinschaft und des deutschen Staatsbahnwagenverbands. Ebenso schuf er die Finanzordnung der preußischen Staatsbahnverwaltung. Am 16. Juni starb in Berlin der frühere Generalverkehrsinspektor der Großen Berliner Straßenbahn *Robert Krause*, 68 Jahre alt. Er war vom Schaffner bis zu seinem hohen Posten aufgestiegen, und er hat sich Verdienste um den Ausbau des Berliner Verkehrsnetzes erworben.

#### Kurze Chronik

Mit einer Unterstützung der braunschweigischen Regierung wird im Harz eine *Schwebebahn* gebaut, die von Bad Harzburg aus auf den großen Burgberg führen soll. Auch in Baden soll von Freiburg aus eine Seilschwebbahn auf den Schauinsland gebaut werden. Die Verkehrsverhältnisse im Riesengebirge werden durch 2 neue Bahnen verbessert werden. So ist am 11. September die tschechische Schwebependelbahn von *Johannisbad* nach der Schwarzbachbaude in Betrieb genommen worden, während die Hirschberger Talbahnaktiengesellschaft eine Seilschwebbahn auf den Spindlerpaß plant, die direkt an eine neue Straßenbahnlinie von Hirschberg aus anschließen und im Jahr 1930 fertiggestellt sein soll. ◊ Der erste *Pyrenäentunnel*, der Bodous in Frankreich und Jaca in Spanien mit einander verbindet, ist fertiggestellt worden. Der Haupttunnel ist 8 Kilometer lang, außer diesem waren noch 13 weitere Tunnels zu bauen. ◊ Nachdem bereits vor 2 Jahren die *Durchquerung der Sahara* geglückt war (siehe diese Rundschau, 1926 Seite 510), ist es jetzt wieder 4 belgischen Automobilisten gelungen Afrika von der Nordküste bis nach Kapland im Personenwagen zu durchqueren. Sie brauchten für die etwa 25 000 Kilometer lange Strecke durch Urwald und Wüste

103 Tage. Diese Fahrt hat wieder die hervorragende Eignung des Automobils für die Erschließung Afrikas gezeigt. ◊ Die Stadt Wiesbaden hat beschlossen die Straßenbahn abzuschaffen und vom 1. April 1929 ab einen eigenen städtischen Autoomnibusbetrieb dafür einzurichten. ◊ Der Verein Deutscher Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privateisenbahnen beschloß seinen Namen in *Verband Deutscher Verkehrsverwaltungen* umzuändern. Der Verband hat als neues Arbeitsgebiet jetzt den Automobilverkehr einbezogen. ◊ In Berlin fand vom 7. bis zum 28. Oktober die *Internationale Luftfahrtausstellung* statt, die von fast allen Ländern besichtigt war. ◊ Im Anschluß an die Luftfahrtausstellung begann am 8. November nach 2jähriger Pause die *Automobilausstellung*, die diesmal auch ausländische Fahrzeuge zeigt. ◊ Der Pariser Polizeipräfekt hat zur Wahrung der Nachtruhe der Einwohner eine Verfügung erlassen, nach der die Automobile im Pariser Stadtbezirk während der Zeit von 1 bis 5 Uhr ihre Geschwindigkeit so beschränken müssen, daß das *Hupen überflüssig* wird. Ähnliche Vorschriften wären auch in deutschen Großstädten, zum mindesten in ausgesprochenen Wohnvierteln, zweckmäßig. ◊ In England wurden im letzten Jahr 5329 Personen *durch den Straßenverkehr getötet*, gegen 4086 im Jahr zuvor. Die Anzahl der Verletzten stieg von 133 800 auf 148 600.

**Literatur** Eine knappe und übersichtliche Darstellung der heutigen Stellung der Eisenbahn in ihrer Beziehung zu den übrigen Verkehrsmitteln gibt die Schrift *Carl Piraths Die Eisenbahnen und ihre Stellung in der neuzeitlichen Entwicklung der Verkehrstechnik* /Berlin, Guido Hackebeil/. In ihr werden die betriebliche Leistungsfähigkeit, die Förderkosten und die Wirtschaftlichkeit von Eisenbahn, Binnenschiffahrt und Flugzeug untersucht und durch graphische Darstellungen erläutert. Als Schlußforderung wird weitestgehende Gemeinschaftsarbeit aller Verkehrsmittel im Interesse der Allgemeinheit als Grundlage einer Verkehrseinheit aufgestellt, die jedem Verkehrsmittel den Verkehr überträgt, den es am wirtschaftlichsten bedienen kann. Die Schrift stellt wegen ihrer konzentrierten Fassung eine ausgezeichnete Einführung in die wirtschaftlichen Fragen des modernen Verkehrswesens dar. ◊ Auf die Bedeutung des Radfahrverkehrs weist eine vom Verein Deutscher Fahrradindu-

striellen in Berlin herausgegebene Schrift *Arthur Hennekings Der Radfahrverkehr hin*. Die Verbreitung des Fahrrads in Stadt und Land wird meist sehr unterschätzt. Zurzeit sind in Deutschland etwa 10 bis 12 Millionen Fahrräder vorhanden, so daß etwa ein Sechstel der Gesamtbevölkerung ein Fahrrad besitzt. Bei der Stärke des Radfahrverkehrs in den Städten wie auf dem Land ist die Anlage von Radfahrwegen unbedingt erforderlich; verabsäumt man sie, so würde das nicht nur den Radfahrverkehr ungerechterweise äußerst benachteiligen sondern auch einer reibungslosen Abwicklung des Gesamtverkehrs in Zukunft immer größere Schwierigkeiten bereiten.

### Kunstgewerbe / Ludwig Hilberselmer

**Wohnungsbau** In Zusammenarbeit mit der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen veranstaltete die Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstätten in Berlin im Fischtalgrund eine Ausstellung *Bauen und Wohnen*. 17 Architekten: Hans Gerlach, Ernst Grabbe, Wilhelm Jost, Fritz Keller, Alexander Klein, Arnold Knoblauch, Paul Mebes und Paul Emmerich, Hans Poelzig, Emil Ruster, Paul Schmitthenner, Fritz Schopohl, Georg Steinmetz, Heinrich Tessenow, Karl Weishaupt, Gustav Wolf, wurden unter der Oberleitung Tessenows zur Mitarbeit herangezogen. Das Haus Erich Richters, der gleichfalls aufgefördert war, kam nicht zur Ausführung. Für die Ausstellungsart dienten die beiden großen Siedlungen Mathildenhöhe in Darmstadt und Weißenhofsiedlung in Stuttgart zum Vorbild, die vor ihrer Ingebrauchnahme als Ausstellungen gezeigt wurden. »Diese Siedlungen gaben jedesmal einer Gruppe von Architekten Raum für freiestes Schaffen, die als Führende unter den Modernsten ihrer Zeit galten, das heißt, sie verfolgten im wesentlichen ästhetische Zwecke. Als 3. Ausstellung größern Maßstabs in Deutschland (es handelt sich um 120 Wohnungen) schließt sich die der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstätten-siedlung im Fischtalgrund an. Sie verfolgt aber schon programmäßig ganz andere Ziele als die beiden anderen. Die hohen Baukosten und die hohen Zinsen des Leihkapitals bedingen heute trotz den angleichenden Hauszinssteuerhypotheken so hohe Mieten beziehungsweise so hohe jährliche Aufwendungen der Besitzer von Einfamilienhäusern, daß alles daran

gesetzt werden muß den Baukörper zu verkleinern. Will man bei diesem Bestreben aber den kulturellen Bedürfnissen des Mittelstands auch nur einigermaßen gerecht werden, so steht man vor einem völlig ungelösten Problem. Dieses Problem der Lösung näherzubringen ist der Zweck der Arbeit, die hier aufgewandt wurde.»

Zu diesem von Arnold Knoblauch, Vorstandsmitglied der Gesellschaft, aufgestellten Programm ist zu sagen, daß es ein Bauproblem für den Mittelstand überhaupt nicht gibt sondern nur ein allgemeines Bauproblem, das zum Ziel hat möglichst ausreichenden, einwandfreien und billigen Wohnraum für alle zu schaffen. Dies setzt allerdings eine prinzipielle Umorganisation der Wohnung voraus, während man sich in der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstädtensiedlung anscheinend damit begnügt hat das übliche Bürgerhaus, die übliche Bürgerwohnung zum Vorbild zu nehmen und eine Verbilligung durch einfache Reduzierung der Maße zu erzielen hoffte. Außerdem ist die Zielsetzung auch insofern begrenzt, als weder neue Baustoffe noch neue Baumethoden versucht worden sind. Untersuchen wir nun, wie es der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstätten gelungen ist den Baukörper zu verkleinern und die Baukosten zu reduzieren. Bei einem Vergleich der Wohnfläche und Baukosten einiger Häuser der Stuttgarter Siedlung mit Häusern der Fischtalsiedlung kommt Hugo Häring im Zentralblatt der Bauverwaltung zu folgendem Ergebnis:

Haus	Wohnfläche (in Quadratmeter)	Baukosten (in Mark)	
		insgesamt	pro Quadratmeter Wohnfläche
Knoblauch in Berlin	48,48	18 000	371,50
Oud in Stuttgart	72	14 903,6	206,85
Hilberseimer in Stuttgart	123,5	26 905	219,00
Poelzig in Stuttgart	150	25 931	173,00
Berlin a)	155	47 000	303,22
b)	98	28 200	287,75
Mies van der Rohe in Stuttgart	1550	310 000	200,00

Wie kommen die Architekten der Weissenhofsiedlung, die nach Knoblauch wesentlich »ästhetische Zwecke« verfolgten, zu einem weit günstigeren wirtschaftlichen Ergebnis als die angeblich auf wirtschaftliche Ziele gerichtete Siedlung der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft

für Angestelltenheimstätten. Besonders auffallend ist die Vergleichung der Häuser Poelzigs, der ja in Stuttgart und im Fischtalgrund gebaut hat, in beiden Fällen ungefähr das gleiche Bauprogramm erfüllte und trotzdem in Stuttgart fast um 40 % billiger baute, obgleich die Stuttgarter Baukosten höher sind als in Berlin. Man organisierte in Stuttgart die Wohnungen nach dem Bedürfnis, verwandte raumsparende Konstruktionen und Materialien, paßte die Dimensionierung von Keller und Boden der Wohnfläche an, setzte Flachdächer auf. Die Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstätten dagegen benötigt offenbar zur Erfüllung der kulturellen Bedürfnisse des Mittelstands durch Achsen bestimmte und dadurch unorganische und raumverschwendende Grundrisse, dickes Ziegelmauerwerk, Steildach, Dachgauben, kleine Fenster mit kleinen Scheiben, Dachböden für Gerümpel, große Trockenböden, Dielen und Dielentreppen.

Dabei ist dieses erstaunliche wirtschaftliche Ergebnis unter Mitarbeit der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen erzielt worden, die doch eigentlich entsprechend ihrer Zielsetzung so negative Experimente verhindern sollte.

#### Glas- und Metallbau

Im Gegensatz zu dem Konservatismus der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstätten scheint der Modernismus der Ausstellung Glas und Metall zu stehen. Er ist aber im Grunde genommen ebenso konservativ. Diese Ausstellung wurde unter der künstlerischen Leitung Bruno Pauls von der Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Handwerkskultur in Berlin veranstaltet und soll vor allem das Glas als einen neuen Baustoff, allein und in Verbindung mit Metall, zeigen.

Den Vertretern der neuern Baukunst, vor allem aber Mies van der Rohe, kommt das Verdienst zu die Aufmerksamkeit auf die Verbindung von Glas und Metall als Baustoff gelenkt zu haben. Der Glaswohnraum, den Mies van der Rohe für die Werkbundaustellung in Stuttgart ausführte, zeigte zum erstenmal die unerhörten Wirkungen, die raumkünstlerisch mit der Verwendung von hellem und farbigem Spiegelglas zu erzielen sind. Entsprechend der Durchsichtigkeit des Baustoffs Glas ist die Verwendung des Metalls auf das notwendigste reduziert, wodurch eine neuartige, fast schwebende Leichtigkeit des

Raums entsteht. In der genannten Ausstellung wird aber dieser ganz neue Baustoff im Sinn einer althergebrachten dekorativen Monumentalität benutzt. Man braucht da schwere Bronzegegüsse und -stützen, wodurch der eigenartig leichte Charakter dieser Bauweise wieder aufgehoben wird. Außerdem kommt noch hinzu, daß diese Art der Metallverwendung sehr kostspielig ist. Diese dekorative Effekthascherei ist um so bedauerlicher, als es sich um überaus hochwertige industrielle und handwerkliche Erzeugnisse handelt, die für das Bauen der Zukunft von großer Bedeutung sind.

#### Küche

Die Architektenvereinigung Der Ring hat in Berlin, mit Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Handwerkskultur und unter Mitarbeit von Erna Meyer und Hilde Grünbaum-Sachs, eine Küchenausstellung veranstaltet, die das Ziel verfolgt zur Klärung der Anlage, Größe und allgemeinen Einrichtung der Küche in städtischen Kleinwohnungen beizutragen. Außerdem zeigt sie eine Reihe bautechnischer Versuche, insbesondere in Hinsicht auf die Massenherstellung einzelner Bauteile. Neben einer Reihe bereits vorhandener Küchen, wie der Küche der Wiener Kleinwohnungen von Brenner, der Kochnische von Schuster, der Frankfurter, einer holländischen Küche, der Küche von Arnold werden die von Hugo Häring und dem Bearbeiter dieser Rundschau bearbeiteten R-Küchen gezeigt, die das kleinste Maß einer brauchbaren Küche feststellen wollen. Sie beruhen auf einem Typus von Einheitsmöbeln, der jede Variation der Aufstellung und jede Ergänzung nach dem jeweiligen Bedürfnis gestattet. Die Wohnungsfürsorgegesellschaft schreibt als Mindestgröße für die Küche einer Kleinwohnung 10 Quadratmeter vor, einen Raum, der für eine Wohnküche zu klein, für eine Kochküche zu groß ist. Die völlig ausreichende und zweckmäßige R-Küche beansprucht nur 4,5 Quadratmeter. Das bedeutet für jede Küche in Berliner Neubauwohnungen eine Flächenersparnis von 5,5 Quadratmeter, was einer Ersparnis an umbautem Raum von 15,5 Kubikmeter oder rund zirka 500 Mark pro Wohnung entspricht. Bei der Jahresproduktion von 25 000 Wohnungen in Berlin bedeutet das eine Ersparnis von 12,5 Millionen oder 2000 Wohnungen mehr, wenn man diese Ersparnisse nicht der übrigen Wohnfläche zugute kommen lassen oder für andere Verbesserungen verwenden will.

#### Stuhl

Das Württembergische Landesgewerbeamt veranstaltete im September und Oktober in Stuttgart eine Ausstellung Der Stuhl, deren Leitung Adolf Schneck und Hugo Keuterleber übertragen war. Es wurden hauptsächlich Modelle einfacher, zweckmäßiger und bequemer Stühle für den Wohnraum, das Bureau und den Garten gezeigt. Vor allem wurden Stühle ausgestellt, die in Massenfabrikation hergestellt waren oder Modelle dafür waren. Auch historische Formen wurden gezeigt, sofern sie durch jahrelange Bewährung zum Typus geworden waren, noch angefertigt werden und im Handel sind. Dagegen wurden Museumsstücke nicht aufgenommen. Der einfache und bequeme Stuhl ist entsprechend dem Programm der Ausstellung am meisten vertreten. Auch der bequeme Armsessel wurde gezeigt, besonders englische Modelle, da die englischen Stuhlbauer ein besonderes Verständnis für Bequemlichkeit und Material haben. Ebenso sah man eine Anzahl Versuchs- und Sondermodelle sowie Metall- und Korbstühle. Die Ausstellung gab einen Überblick über das, was heute auf dem Sondergebiet des Stuhls vor sich geht.

Im Anschluß an diese Ausstellung, auch im Auftrag des Württembergischen Landesgewerbeamts, hat Schneck in der Reihe der Baubücher /Stuttgart, Julius Hoffmann/ eine Publikation Der Stuhl herausgebracht, die Stuhltypen aus verschiedenen Ländern und Versuche neuerzeitlicher Lösungen in Ansichten und Maßzeichnungen zeigt. Das Buch will zeigen, was auf dem Gebiet des einfachen Stuhls geleistet worden ist, und was noch geleistet werden muß. Gleichfalls aus Anlaß dieser Ausstellung erschien ein Buch von Heinrich und Bodo Rasch, auch unter dem Titel Der Stuhl /Stuttgart, Fritz Wedekind & Co./. Im Gegensatz zu Schnecks Publikation, die einen allgemeinen Überblick über das vorhandene Material gibt, beschränkt sich diese Schrift auf eine systematische Untersuchung des Sitzens und damit zusammenhängend der Gestaltung des Stuhls. Die Verfasser haben sich bemüht die statischen Grundlagen des Sitzmöbels festzustellen und synthetisch zu neuen Konstruktionen zu kommen, die industriell hergestellt werden können. In einer Reihe von Modellen wird die Entwicklung des Stuhls dargestellt, vom handwerklichen Zargenstuhl über aufgelöste Fachwerkkonstruktionen, Stühle aus gebogenem Sperrholz bis zu Stühlen von elastischer Tragkonstruktion.

**Technische Form**

Aus dem Chaos von Formattrappen des 19. Jahrhunderts erwuchs langsam, aber immer deutlicher das wahre Gesicht dieser Epoche: der Formendruck der technischen Welt. Nur langsam wurde der ungeheure Reichtum dieser gewaltigen menschlichen Leistung erkannt. Erst die neuere Baukunst in ihrem Bestreben nach Sachlichkeit hat auf diese technischen Erzeugnisse hingewiesen und ihre kulturelle Funktion erkannt. Bei zahllosen Gelegenheiten wurden sie als Vorbild propagiert, allerdings oft im Sinn einer rein äußerlichen Ingenieurromantik. Daher ist es doppelt begrüßenswert, daß endlich ein Techniker, Franz Kollmann, sich an die Aufgabe herangewagt hat in einem Buch, betitelt Schönheit der Technik /München, Albert Langen/, diese Schönheit zu analysieren. In klaren, knappen Erörterungen, die eine absolute Vertrautheit mit dem technischen Stoff verraten, werden die Zusammenhänge von baulicher Eigenart und Schönheit, von Zweck und Form gezeigt. Überaus bemerkenswert ist Kollmanns Feststellung, daß die Technik keine exakte Wissenschaft ist, und daß die Gesetze, die sie aufstellt, nicht als Eselsbrücken von "Minderbegabten" mißbraucht werden dürfen. »Gerade die besten Konstrukteure, die all diese Formen errechnet haben, schufen das Letzte, die Endform, nach eigenem Gefühl und Ermessen. Und dieses Letzte gestattet fast immer Freiheit der formgebenden Arbeit.« Kollmann weist darauf hin, daß die Arbeitsweise der Ingenieure mehr und mehr rein mechanisch wird, so daß sie, falls sie ihr verfallen, »mit der Zeit zu einem lebendigen Storchschnabel« werden, »der nur mehr gedankenlos Zeichnungen übersetzt und überträgt«. »Formen schaffen sollte deshalb nur der, dem die Gabe und das Verantwortungsgefühl hierzu gegeben sind. Für den Techniker gilt das noch mehr als für den Künstler, denn seine Verantwortung beschränkt sich nicht auf einzelne Werke, die beim Mißlingen für die Allgemeinheit gänzlich belanglos sind, sondern sie erstreckt sich auf die unzählig wiederkehrenden Gegenstände des arbeitenden Alltags.«

Es ist überaus bedeutungsvoll, wenn unabhängig von dem Techniker ein Dichter zu einem ähnlichen Ergebnis über den Zusammenhang des Nützlichen und Schönen kommt. Paul Valéry läßt in seinem Buch Eupalinos oder Gespräch über die Architektur, seinem künstle-

rischen Glaubensbekenntnis, das Rainer Maria Rilke ins Deutsche übertragen hat /Leipzig, Inselverlag/, Phaidros sagen; »Es scheint mir manchmal, als ob ein Eindruck der Schönheit einfach aus der Genauigkeit hervorginge; und zuweilen entstand etwas wie Wollust durch die bloße, oft wunderbare Übereinstimmung eines Gegenstandes mit seiner Bestimmung. Es kann geschehen, daß die vollkommene Beschaffenheit dieser Eignung in unseren Seelen das Gefühl erzeugt, als ob zwischen dem Schönen und dem Nützlichen eine Verwandtschaft bestände, und die Leichtigkeit oder schließliche Einfachheit des Ergebnisses, gemessen an der vielfältigen Schwierigkeit der Aufgabe, sind imstande uns eine Art Begeisterung einzuflößen. Die Eleganz, auf die wir nicht gefaßt waren, hat etwas Berauschendes. Nichts in diesen glücklichen Erzeugnissen, was nicht der Nützlichkeit diene: Sie scheinen genau nur das zu enthalten, was nötig war, um die Wirkung hervorzubringen, die gemeint war; aber man fühlt, daß beinah ein Gott nötig war, damit das so rein gelänge.« Diese Schönheit der technischen Welt läßt sich ebensowenig wie die Schönheit überhaupt rechnerisch festlegen. Sie ist Ergebnis schöpferischen Willens.

**Totenliste**

Der Mineraloge der Berliner Technischen Hochschule **Julius Hirschwald**, der eine Erholungsreise nach Teneriffa gemacht hatte, erlag auf der Heimreise Ende April einem Herzschlag. Außer durch seine zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten ist er vor allem durch seine umfangreichen Restaurierungsarbeiten am Heidelberger Schloß bekannt geworden. Er wurde 83 Jahre alt. Der Dombaumeister **Heinrich von Schmidt** ist Anfang September, 73 Jahre alt, in München gestorben. Er war der Sohn des Wiener Dombaumeisters und Burgenerneuerers Friedrich von Schmidt. Von seinen Bauten sind die Maximiliankirche in München, die Johanniskirche in Darmstadt und die Ausgestaltung des Rathauses in Passau als die wesentlichsten zu erwähnen. In Überlingen am Bodensee starb Mitte September der frühere langjährige Direktor der Stuttgarter Kunstgewerbeschule **Hans von Kolb** im Alter von 83 Jahren. Er erwarb sich besondere Verdienste beim Aufdecken und Restaurieren alter Wandmalereien. Auch schrieb er ein Werk über die Glasmalerei des Mittelalters und der Renaissance.



**Kurze Chronik** Nach dem Vorbild der Stuttgarter Werkbundaussstellung Die Neue Wohnung wurde dieses Jahr in Brünn unter dem Titel Das Neue Haus eine Ausstellung tschechischer Wohnkultur veranstaltet, zu der eine Anzahl tschechischer Architekten: Bohuslav Fuchs, J. Stepanek Praha, Jaroslav Grun, J. Kroha, Hugo Foltyn, Miroslav Putna, Jan Visek, J. J. Syryste, Arnost Wiesnec, Wohnhäuser verschiedenster Art bauten und einrichteten. In Paris denkt man gleichfalls daran den Versuch von Stuttgart zu wiederholen und plant für das nächste Frühjahr eine von den gleichen Gesichtspunkten ausgehende Bau- und Wohnungsausstellung. Für das Jahr 1930 plant Stockholm ebenfalls eine Wohnungsausstellung, die 3 Hauptabteilungen: Hausarchitektur, Straßen- und Gartenkultur und Möbelkunst, umfaßt.  $\diamond$  Das Folkwangmuseum in Essen veranstaltete in Verbindung mit der Nordwestdeutschen Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Werkbunds vom 14. Oktober bis zum 18. November eine Ausstellung *Bauten der Technik*, in der in Photographieen und Bildern sowie Modellen ein Überblick über den Stand des Industriebaus der Nachkriegszeit gegeben werden sollte. Neben den eigentlichen Industriebauten wurden auch Bauten des Verkehrs, Verwaltungsgebäude, Lagerräume, Markthallen und Schlachthöfe gezeigt.  $\diamond$  Im Grassimuseum in Leipzig veranstaltete in diesem Herbst das Kunstgewerbemuseum in Gemeinschaft mit der Leipziger Akademie für Graphische Künste und Buchgewerbe, der Höheren Fachschule für Dekorationskunst an der Schule Reimann in Berlin und dem Bund der Schaufensterdekorateure Deutschlands eine *Schaufensterschau*, die zum erstenmal ein geschlossenes Bild von den Möglichkeiten geben soll, die durch die heutige Technik geboten sind.  $\diamond$  Der Verfasser der vom Albertusverlag in Berlin herausgebrachten, durch Stoff und Wiedergabe außerordentlichen Bildersammlung Paris, *Mario von Bucovich*, hat auf einer Internationalen Photographischen Ausstellung in Boston unter mehr als 1000 Einsendern den 1. Preis gewonnen.

**Literatur** Das Buch *Joseph Gantners Grundformen der europäischen Stadt* /Wien, Anton Schroll & Co./ basiert auf einer der letzten kunstwissenschaftlichen Entdeckungen: die Stadt als Kunstwerk zu betrachten. Gantner verzichtet absicht-

lich auf das Aufbringen neuer Forschungen, die Analyse einzelner Objekte, will vielmehr seine Arbeit als den Versuch einer historisch-systematischen Gliederung, der Festlegung einer einheitlichen wissenschaftlichen Methode angesehen haben. Sein Buch umfaßt die Städte Europas von der Antike bis zum Klassizismus. Im Gegensatz zu Albert Erich Brinckmann nimmt er nicht nur für die angelegte sondern auch für die gewachsene "gotische" Stadt bestimmte Formenabsichten an und weist nach, daß der "gotische" Stadttypus nicht nur mittelalterlich ist sondern bereits in der Antike angewandt wird. Er begnügt sich mit der Feststellung dieser Tatsache, ohne zu untersuchen, inwieweit soziologische Ursachen bestimmend auf die Stadtanlage wirken, das heißt inwieweit beide Stadttypen, die angelegte geometrische und die gewachsene organische, in ihrem Ursprung bestimmte gesellschaftliche Strukturen zur Voraussetzung haben. Wesentlich ist jedenfalls, daß die Stadt nicht zu einem Kunstwerk wird, weil sie geometrisch oder organisch ist, sondern daß erst die Verwirklichung einer bestimmten Formenabsicht, die Durchsetzung eines bestimmten Gestaltungswillens hier wie auf jedem Kunstgebiet das Kunstwerk hervorbringt.  $\diamond$  In Zusammenarbeit mit dem Studienausschuß des *Bundes Deutscher Architekten* für Zeitgemäßes Bauen gab Fritz Block einen Sammelband *Probleme des Bauens* heraus /Potsdam, Müller & Kiepenheuer/. Es ist zu begrüßen, daß nun auch der Bund Deutscher Architekten zu diesen, von ihm einst sehr bekämpften neuen Bauproblemen positiv Stellung nimmt. Beachtenswert sind besonders die folgenden Arbeiten: Anton Brenner *Neuzeitliche Grundrißlösung bei kleinstem Raum*, Alexander Klein *Beiträge zur Wohnungsfrage*, Kurt Kröncke *Rationelle Bodenbewirtschaftung*, Erna Meyer *Die Wohnung als Arbeitsstätte der Frau*, Friedrich Paulsen *Die wirtschaftlichen Grundlagen der Rationalisierung im Bauwesen*, Adolf Rading *Die Typenbildung und ihre städtebaulichen Folgerungen*.  $\diamond$  Das Buch *Schlichte deutsche Wohnmöbel* /München, Georg D. W. Callwey/, das der Deutsche Bund für Heimatschutz zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Handwerkskultur durch *Theda Behme* herausgegeben hat, gibt einen guten Überblick über das noch vorhandene Kulturgut an Hausrat vom Mittelalter bis zur Neuzeit unter dem Gesichtspunkt der Brauchbarkeit für unsere Zeit.







ROSA MAYREDER, DAMALS ROSA OBER-  
MAYER / NACH EINER AUFNAHME AUS  
DEM JAHR 1876